



XV. Legislaturperiode

XV legislatura

WORTPROTOKOLL  
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 47

RESOCONTO INTEGRALE  
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO  
PROVINCIALE  
N. 47

---

vom 15.1.2015

---

del 15/1/2015

Präsident  
Vizepräsident

Dr. Thomas Widmann  
Dr. Roberto Bizzo

Presidente  
Vicepresidente

# WORTPROTOKOLL DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 47

vom 15.1.2015

## Inhaltsverzeichnis

Beschlussantrag Nr. 246/14 vom 4.11.2014, eingebracht vom Abgeordneten Köllensperger, betreffend eine wilde Müllkippe am Schloss Sigmundskron?"(Fortsetzung) . . . . . Seite 2

Beschlussantrag Nr. 259/14 vom 21.11.2014, eingebracht vom Abgeordneten Urzì, betreffend die verborgene Mülldeponie von Sigmundskron (Fortsetzung) . . . . . Seite 2

*Landesgesetzentwurf Nr. 28/14: "Bestimmungen über die kleinen und mittleren Wasserableitungen zur Erzeugung elektrischer Energie" . . . . . Seite 4*

Tagesordnung Nr. 1 vom 13.1.2015, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Heiss, betreffend Ausgleichszahlungen für Umweltschäden der acht Betreiber der vormaligen ENEL-Kleinkraftwerke . . . . . Seite 26

Tagesordnung Nr. 2 vom 13.1.2015, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Heiss, betreffend Fusion zwischen SEL und Etschwerken: zuerst Neubewertung der Konzessionen . . . Seite 29

Tagesordnung Nr. 3 vom 14.1.2015, eingebracht von den Abgeordneten Noggler und Wurzer, betreffend Fischerei – Maßnahmen zugunsten der Besitzmaßnahmen . . . . . Seite 33

*Landesgesetzentwurf Nr. 31/14: "Änderungen zu Landesgesetzen in den Bereichen Bildung, Rechtsstatus des Lehrpersonals und Lehrlingsausbildung" . . . . . Seite 80*

# RESOCONTO INTEGRALE DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO PROVINCIALE

N. 47

del 15/1/2015

## Indice

Mozione n. 264/14 del 4/11/2014, presentata dal consigliere Köllensperger, riguardante una discarica abusiva a Castel Firmiano? (continuazione) . . pag. 2

Mozione n. 259/14 del 21/11/2014, presentata dal consigliere Urzì, riguardante la discarica nascosta di Castel Firmiano (continuazione) . . . . . pag. 2

*Disegno di legge provinciale n. 28/14: "Disciplina delle piccole e medie derivazioni d'acqua per la produzione di energia elettrica . . . . . pag. 4*

Ordine del giorno n. 1 del 13/1/2015, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss, riguardante investimenti ambientali per le 8 medie centrali ex Enel . . . . . pag. 27

Ordine del giorno n. 2 del 13/1/2015, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss, riguardante la fusione SEL-AEW prima il riesame delle concessioni . . . . . pag. 29

Ordine del giorno n. 3 del 14/1/2015, presentato dai consiglieri Noggler e Wurzer, riguardante pesca – interventi di ripopolamento . . . . . pag. 33

*Disegno di legge provinciale n. 31/14: "Modifiche di leggi provinciali in materia di istruzione, di stato giuridico del personale insegnante e di apprendistato" . . . . . pag. 80*

**Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Dr. Thomas Widmann**

**Ore 10.05 Uhr**

*Namensaufruf - appello nominale*

**PRÄSIDENT:** Die Sitzung ist eröffnet. Laut Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung wird das Protokoll der jeweils letzten Landtagssitzung allen Abgeordneten in Papierform zur Verfügung gestellt.

Zum Protokoll können bis Sitzungsende beim Präsidium schriftlich Einwände vorgebracht werden. Sofern keine Einwände nach den genannten Modalitäten erhoben werden, gilt das Protokoll ohne Abstimmung als genehmigt.

Kopien des Protokolls stehen bei den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen, die mit der Abfassung des Protokolls betraut sind, zur Verfügung.

Wir fahren mit der Behandlung der gestern ausgesetzten Beschlussanträge fort.

Herr Abgeordneter Köllensperger, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

**KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles):** Ich möchte nur kurz eine Sache auf den Tisch bringen. Es ist bekannt, dass gestern Abend im Parlament in Rom die zwei autonomen Provinzen Trient und Südtirol wieder unter den "potere sostitutivo dello stato" hineingerutscht sind. Es gibt anscheinend Änderungsanträge, um das wieder zu streichen, aber da es sich doch um den x-ten Angriff auf unsere Autonomie handelt, wäre es angebracht, dass der Landeshauptmann kurz dazu Stellung bezieht. Vielleicht können wir im Laufe des Tages eine kurze Fraktionssprechersitzung einberufen, um Klarheit zu diesem Punkt zu schaffen. Es wäre auch interessant zu erfahren, welche Schritte die SVP zu setzen gedenkt. Schließlich handelt es sich um Änderungsanträge Eures Bündnispartners PD.

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** Auch ich habe die Pressemeldung gesehen, wobei es sich aber um eine Fehlinterpretation der Sachlage handelt. Es geht um den Artikel 120, der die Abschaffung der Provinzen vorsieht. In diesem Zusammenhang ist vorgesehen, dass der Staat, sollten die Provinzen nicht alle damit zusammenhängenden Maßnahmen treffen, den "potere sostitutivo" hat. Diesen will er im Übrigen für die Regionen mit Normalstatut auch sonst haben, aber das ist ein anderes Thema. Nachdem diese Maßnahme uns nicht betrifft, ist es kein Angriff auf die Autonomie, denn unsere Provinzen werden nicht abgeschafft. Somit ist das Ganze eine Sache, die nirgendwo hinzielt. Es ist aber schon zugesagt worden, das wieder zu korrigieren, weil es ein Nonsens wäre. Die Frage ist aber eine andere. Unsere Überprüfung hat ergeben, dass diese Bestimmung, die für uns de facto keine Auswirkung haben kann, auch als Bestätigung der Sonderrolle Südtirols interpretiert werden könnte. Deshalb erwägen wir zur Zeit zu überprüfen, ob es nicht sogar angebracht ist zu sagen, dass sie bleiben soll. Das mag jetzt komisch erscheinen, aber wir haben beide Möglichkeiten zur Auswahl. Konkrete Auswirkung hat die Bestimmung keine, sondern wenschon, dann hat sie eine politische Aussagekraft.

**KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles):** Danke für diese Stellungnahme. Ich beziehe mich nur auf Artikel 120 des Titolo V - die Abschaffung der Provinzen ist ein Thema -, der den "potere sotitutivo dello stato" vorsieht. Da wurden auch unsere zwei Provinzen hineingeschrieben. Meines Wissens gibt es ein negatives Gutachten der Regierung zu den Änderungsanträgen, um das wieder rückgängig zu machen. Auf alle Fälle ersuche ich darum, uns auf dem Laufenden zu halten, denn es ist ganz klar, in welche Richtung das geht. Die Vorzeichen sind denkbar schlecht.

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** Es ist nichts Neues, dass die Südtirol-Autonomie im Parlament keine große Anhängerschaft hat. Es besteht aber kein Grund zur Besorgnis. Diese Bestimmung hätte keine Auswirkungen auf uns, und außerdem haben wir es in der Hand, sie, wenn wir wollen, abzuändern. Es stellt sich die Frage, ob es nicht besser wäre, es so zu belassen, und das prüfen wir zur Zeit.

**PRÄSIDENT:** Bevor ich dem Kollegen Knoll das Wort gebe, möchte ich die zweite Klasse des Sprachengymnasiums und die zweite Klasse Wifo Schlanders mit Professor Hauser begrüßen und im Landtag willkommen heißen.

Kollege Knoll, bitte.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Ich hätte eine Frage zum Fortgang der Arbeiten. Man kann den Medien heute entnehmen, dass das Regierungskommissariat den Landtag angreift, weil der gestern einen entsprechenden Beschlussantrag genehmigt hat. Das Regierungskommissariat unterstellt dem Landeshauptmann, dass es nur deshalb alles auf Italienisch abwickeln würde, weil sämtliche Anfragen vom Landeshauptmann in italienischer Sprache gestellt würden. Deshalb würde ich den Landeshauptmann um eine Auskunft bitten, ob das der Wahrheit entspricht oder ob das Regierungskommissariat lügt. Dass das Regierungskommissariat den Landtag so angreift und wir nicht darauf reagieren, scheint mir nicht unbedingt angemessen zu sein.

**URZÌ (L'Alto Adige nel cuore):** Sull'ordine dei lavori, nel senso letterale del termine. L'ordine dei lavori prevede che noi oggi dobbiamo discutere una mozione che deve essere illustrata, poi c'è una replica dell'assessore. L'ordine dei lavori non sono interrogazioni sui temi di attualità, ci sono gli strumenti e i modi per poterle richiedere. Dopodiché, se c'è l'esigenza, come è stato peraltro richiesto in maniera molto corretta dal collega Köllensperger, di approfondire alcune tematiche, si chiede una sospensione dei lavori, ci si incontra come capigruppo e si affrontano, ma io non aprire dibattiti su qualunque tema che fossero estranei all'ordine dei lavori.

Sull'ordine dei lavori, presidente, chiedo che si proceda sull'ordine dei lavori.

**PRÄSIDENT:** Sie haben natürlich Recht, Kollege Urzì, aber das ist nicht immer so einfach. Ich weiß vorher ja nicht, was jemand sagt, wenn er sich zum Fortgang der Arbeiten meldet. Der Fortgang der Arbeiten betrifft die Punkte, die gerade behandelt werden.

Landeshauptmann Kompatscher, bitte.

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** Ich schließe mich der Meinung des Präsidenten an, denn sonst wird es Usus, dass der Landeshauptmann zu Beginn einer jeden Sitzung zu diesem oder jenem Thema befragt wird. Wir sollten mit der Tagesordnung fortfahren. Ich habe natürlich kein Problem, die nötigen Informationen zu geben, aber wir sollten uns an die Geschäftsordnung halten.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Mir geht es nicht darum, eine Diskussion zu starten, aber dieser Punkt ist ja Gegenstand der Tagesordnung. Wir haben gestern über diesen Beschlussantrag abgestimmt.

**PRÄSIDENT:** Ich gebe Ihnen nur teilweise Recht, Kollege Knoll. Wir haben den Beschlussantrag gestern behandelt, und was andere in diesem Zusammenhang tun, ist etwas anderes. Ich möchte jetzt wirklich mit der Behandlung der Tagesordnung fortfahren.

Punkt 7 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 246/14 vom 4.11.2014, eingebracht vom Abgeordneten Köllensperger, betreffend eine wilde Müllkippe am Schloss Sigmundskron?"** (Fortsetzung).

Punto 7) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 264/14 del 4/11/2014, presentata dal consigliere Köllensperger, riguardante una discarica abusiva a Castel Firmiano?"** (continuazione).

Punkt 12 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 259/14 vom 21.11.2014, eingebracht vom Abgeordneten Urzì, betreffend die verborgene Mülldeponie von Sigmundskron"**. (Fortsetzung).

Punto 12) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 259/14 del 21/11/2014, presentata dal consigliere Urzì, riguardante la discarica nascosta di Castel Firmiano"** (continuazione).

Die Einbringer der gemeinsam in Behandlung stehenden Beschlussanträge haben sich in der gestrigen Sitzung darauf geeinigt, einen gemeinsamen Ersetzungsantrag zum gesamten Beschlussantrag Nr. 246/14 vorzulegen.

Seit Monaten führt die Umweltpolizei im Zusammenhang mit den wilden Müllkippen die an Schloss Sigmundskron angrenzen, auf denen seit Jahrzehnten Abfall unterschiedlicher Art und Gefährlichkeit abgelagert wird, Ermittlungen durch.

Im Bereich der direkt an den darunterliegenden Radweg angrenzt, ist in Regenzeiten ein Durchfluss von

Sickerwasser offensichtlich. Die Ergebnisse der Labor Analysen einer dort entnommenen Bodenprobe erfordern ein dringendes Eingreifen der Behörden zum Schutz der Umwelt und der Gesundheit der Bürger.

Insbesondere der Aluminiumgehalt der Probe liegt weit über dem gesetzlichen Höchstwert: einem gesetzlichen Höchstwert von 1 mg/l steht ein Wert von 272 mg/l gegenüber. Auch der Arsengehalt übersteigt mit 4,94 mg/l die gesetzliche Toleranzgrenze von 0,5 mg/l. Damit liegt leider eine konkrete Gefahr einer Verunreinigung des Grundwassers vor, und deshalb ist es dringend die Zone einer eingehenden Untersuchung und anschließenden Sanierung zu unterziehen.

Des weiteren, wurde im Laufe der Jahre eine nicht unbedeutende Menge an Müll am Fuße von Schloss Sigmundskron bei Frangart abgelagert (aber nicht in der offiziellen stillgelegten Deponie), sodass mit der Zeit eine regelrechte wilde Müllkippe entstanden ist, die jedweder Rechtmäßigkeit und ökologischer Sicherheit entbehrt. Dieses Gebiet wurde zwar teilweise und mit Verspätung an der Oberfläche saniert. Diese Arbeit muss nun zu Ende geführt werden.

Aus diesen Gründen

verpflichtet

der Südtiroler Landtag die Landesregierung,

dem Landtag innerhalb von 2 Monaten einen Bericht über die Sachlage der Mülldeponie vorzulegen, samt Ausführungsprojekt der Sanierung der Gemeinde Bozen, den mit der Komplettisanierung verbundenen Kosten, Zeiten und Kosten zur Fertigstellung derselben

die Überwachung seitens des Landes / der Umweltagentur über die Arbeiten, die Modalitäten und den Zeitrahmen der Sanierung zu garantieren

den Landtag und die Öffentlichkeit periodisch und ausführlich über das Fortschreiten der Sanierungsarbeiten zu informieren

bei Nicht-Einhaltung der Modalitäten und des Zeitrahmens der Sanierung so wie im Ausführungsprojekt vorgesehen, bei den zuständigen Stellen zu intervenieren.

-----

L'area adiacente Castel Firmiano è da mesi oggetto di indagini dei carabinieri del Noe per problemi di tutela ambientale causata dalla presenza di discariche abusive, con rifiuti di diverso tipo e pericolosità accumulati illegalmente nei decenni.

In particolare, nell'area posta nelle immediate adiacenze della sottostante pista ciclabile, risulta evidente nei periodi piovosi la fuoriuscita di percolato dal terreno. I risultati dell'analisi in laboratorio di campioni prelevati in loco impongono un intervento urgente dell'autorità pubblica ai fini della tutela dell'ambiente e della salute dei cittadini. In particolare i livelli di alluminio sono risultati essere totalmente fuori norma: rispetto a un limite di legge di un mg/L, nel campione se ne trovano 272. Anche la presenza di arsenico eccede la soglia di tolleranza fissata dalla normativa 4.94 mg/L rispetto al limite di 0.5. Il rischio di inquinamento della falda acquifera è quindi purtroppo concreto e sarebbe quindi urgente sottoporre la zona in questione a un accurato processo di analisi e quindi di bonifica.

Inoltre, nel corso degli anni una quantità non trascurabile di rifiuti è stata depositata ai piedi di Castel Firmiano, verso l'abitato di Frangarto (non si tratta della discarica ufficiale chiusa), tanto che con il tempo si è venuta a creare una vera e propria discarica abusiva, abbandonata a se stessa fuori da una cornice di legalità e sicurezza ambientale. Dopo precise denunce, l'area in questione è stata solo parzialmente (oltre che tardivamente) bonificata. Il lavoro va quindi completato.

Ciò premesso,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano impegna

la Giunta provinciale

a presentare in Consiglio Provinciale entro 2 mesi un rapporto sulla situazione della discarica, incluso il progetto esecutivo di bonifica del Comune di Bolzano, i relativi costi per la bonifica completa, i tempi e le risorse finanziarie necessarie all'espletamento della stessa

*a garantire il ruolo di supervisione della Provincia / Agenzia per l'Ambiente sui lavori, le modalità ed i tempi della bonifica*

*ad informare periodicamente in maniera completa il Consiglio provinciale e la cittadinanza circa il procedimento della bonifica*

*ad intervenire nelle sedi opportune in caso di mancato rispetto di modalità e tempi della bonifica come da progetto esecutivo*

Herr Abgeordneter Köllensperger, bitte.

**KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles):** In Absprache mit Landesrat Theiner und mit dem Kollegen Urzi haben wir einen Ersetzungsantrag zu meinem Beschlussantrag eingebracht. Die Prämissen sind im Grunde genommen dieselben geblieben. Die Verpflichtung an die Südtiroler Landesregierung ist jetzt wie folgt formuliert: *"... der Südtiroler Landtag verpflichtet die Landesregierung, dem Landtag innerhalb von 2 Monaten einen Bericht über die Sachlage der Mülldeponie vorzulegen, samt Ausführungsprojekt der Sanierung der Gemeinde Bozen, den mit der Komplettisanierung verbundenen Kosten, Zeiten und Kosten zur Fertigstellung derselben; die Überwachung seitens des Landes / der Umweltagentur über die Arbeiten, die Modalitäten und den Zeitrahmen der Sanierung zu garantieren; den Landtag und die Öffentlichkeit periodisch und ausführlich über das Fortschreiten der Sanierungsarbeiten zu informieren; bei Nicht-Einhaltung der Modalitäten und des Zeitrahmens der Sanierung so wie im Ausführungsprojekt vorgesehen, bei den zuständigen Stellen zu intervenieren."*

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem neu formulierten Beschlussantrag.

**THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP):** Wie bereits vom Kollegen Köllensperger ausgeführt, sind wir mit dem beschließenden Teil des Beschlussantrages einverstanden. Die Prämissen lehnen wir hingegen ab.

**PRÄSIDENT:** Wir stimmen über den Beschlussantrag ab.

Ich eröffne die Abstimmung über die Prämissen: mit 10 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über den beschließenden Teil: mit 28 Ja-Stimmen genehmigt.

Wie gestern im Kollegium der Fraktionsvorsitzenden vereinbart, beginnen wir nun mit der Behandlung der Tagesordnungspunkte der Mehrheit.

Punkt 184 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 28/14: "Bestimmungen über die kleinen und mittleren Wasserableitungen zur Erzeugung elektrischer Energie"*.

Punto 184) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 28/14: "Disciplina delle piccole e medie derivazioni d'acqua per la produzione di energia elettrica"*.

#### ***Begleitbericht/relazione accompagnatoria***

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

*der Bereich zur Vergabe von Konzessionen für die Nutzung öffentlicher Gewässer zur Produktion hydroelektrischer Energie in Anlagen mit einer mittleren jährlichen Nennleistung unter 3000 kW (kleine und mittlere Ableitungen) ist im Landesgesetz vom 30. September 2005, Nr. 7 „Bestimmungen auf dem Gebiet der Nutzung öffentlicher Gewässer und elektrischer Anlagen“ geregelt*

*Mit beiliegendem Gesetzentwurf wird nun die Vergabe von Konzessionen für kleine und mittlere Ableitungen neu gestaltet. Die Regelung erfolgt in Übereinstimmung mit dem Gesamtplan für die Nutzung der öffentlichen Gewässer gemäß Artikel 14 des Dekretes des Präsidenten der Republik vom 31. August 1972, Nr. 670, und mit dem Gewässerschutzplan laut Artikel 27 des Landesgesetzes vom 18. Juni 2002, Nr. 8, und unter Wahrung der Grundsätze des Wettbewerbs, der Niederlassungsfreiheit, der Transparenz, der Nichtdiskriminierung und des Fehlens jeglichen Interessenkonflikts sowie zu Gunsten einer höheren Ressourceneffizienz.*

Der Entwurf sieht unter anderem folgende wesentlichen Änderungen im Vergleich zu bisherigen Regelung vor:

- a) Zuordnung von Gemeinnützigkeit an Ableitungen größer 220kW und kleiner 3000 kW (mittlere Ableitungen);
- b) Zweistufiges Auswahlverfahren für Konzessionen für mittlere Ableitungen;
- c) Möglichkeit der Enteignung der benötigten Flächen zur Realisierung der notwendigen Infrastrukturen bei Konzessionen für mittlere Ableitungen;
- d) ein Konkurrenzverfahren auf der Grundlage von Öffentlichkeit, Transparenz, Wahrung der öffentlichen Interessen, der Ressourceneffizienz und der Innovation;
- e) Umweltkompensationen bei der Vergabe von Konzessionen bei mittleren Ableitungen;
- f) Nachweis der Grundverfügbarkeit für die benötigten Flächen für die Errichtung und den Betrieb von kleinen Ableitungen ist bis spätestens 90 Tage nach Erhalt der Mitteilung der Entscheidung der Dienststellenkonferenz zu erbringen.

-----

*Egregi Signore e Signori,*

*il settore relativo al rilascio delle concessioni per l'uso delle acque pubbliche per la produzione di energia elettrica mediante impianti con una potenza nominale media annua inferiore a 3.000 kW (piccole e medie derivazioni) è regolato dalla Legge provinciale del 20. settembre 2005, Nr. 7 Norme in materia di utilizzazione di acque pubbliche e di impianti elettrici*

*La bozza di legge in allegato disciplina ora il rilascio di concessioni per piccole e medie derivazioni ex-novo. La regolazione avviene in conformità al Piano generale per l'utilizzazione delle acque pubbliche di cui all'articolo 14 del decreto del Presidente della Repubblica 31 agosto 1972, n. 670, del Piano di tutela delle acque di cui all'articolo 27 della legge provinciale 18 giugno 2002, n. 8, e nel rispetto dei principi della libera concorrenza, della libertà di stabilimento, della trasparenza, della non discriminazione e dell'assenza di qualsiasi conflitto di interesse nonché a favore di un uso più efficiente delle risorse.*

*La bozza prevede tra l'altro le seguenti variazioni significativi a confronto con la normativa vigente:*

- a) attribuzione di pubblica utilità a derivazioni maggiori 220 kW e minori 3000 kW (media derivazione);*
- b) procedura di valutazione a due livelli per le concessioni di medie derivazioni;*
- c) possibilità per l'espropriazione dei terreni necessari per la realizzazione delle infrastrutture necessarie per concessioni di medie derivazioni;*
- d) procedura di concorrenza sulla base della pubblicità, trasparenza, rispetto del interesse pubblico, dell'efficiente uso delle risorse e dell'innovazione*
- e) fondi di compensazione ambientale per il rilascio di concessioni per medie derivazioni*
- f) titolo giuridico a dimostrazione della disponibilità dei fondi per la costruzione e la messa in esercizio di piccole derivazioni va presentata al più tardi entro 90 giorni dalla comunicazione della decisione della Conferenza dei servizi;*

### **Bericht des zweiten Gesetzgebungsausschusses/relazione della seconda commissione legislativa**

*Die Arbeiten im Ausschuss*

*Der vorliegende Landesgesetzentwurf wurde vom II. Gesetzgebungsausschuss am 18., 19. und 27. November 2014 behandelt. An der Sitzung nahmen Landesrat Richard Theiner, Abteilungsdirektor Dr. Flavio Ruffini und der Direktor des Verwaltungsamtes für Umwelt Dr. Helmut Schwarz teil.*

*Der Vorsitzende verlas sodann das Gutachten des Rates der Gemeinden.*

*Landesrat Theiner legte die Grundzüge des Gesetzentwurfs dar und sprach vom Ergebnis eines umtriebigen runden Tisches, der im Zuge zahlreicher Sitzungen unter Berücksichtigung des Gewässerschutzplans die Lage in Südtirol und die verschiedenen Lösungsansätze in anderen italienischen Regionen und in den benachbarten Bundesländern untersucht hat. Am runden Tisch arbeiteten auch Vertreter von SEL, der Etschwerke AG, der Bezirke und Gemeinden mit. Der Landesrat erwähnte sodann kurz die wichtigsten Neuerungen: Aufteilung der kleinen und mittleren Anlagen auf der Grundlage der mittleren Nennleistung pro Jahr (kleine Anlagen bis 220 kW, mittlere Anlagen zwi-*



schen 220 und 3.000 kW), allfällige Enteignung von Liegenschaften zur Errichtung von mittleren Anlagen und dazugehörigen Bauwerken samt Entschädigung, Umweltschutzmaßnahmen, Bürokratieabbau und Abbau der Wartezeiten für die Bewilligung dank eines Verwaltungsverfahrens mit festgelegten Fristen. Der Landesrat sprach die Unterschiede beim Bewilligungsverfahren für kleine Anlagen an. In Absprache mit dem Rat der Gemeinden sei das Verfahren ziemlich verschlankt worden, da angenommen werde, dass derartige Anlagen wichtige finanzielle Auswirkungen haben. Im Gegensatz dazu sei bei den mittleren Anlagen aufgrund des unmittelbaren öffentlichen Interesses das Verfahren komplexer.

Der Vorsitzende eröffnete daraufhin die Generaldebatte.

Es folgte eine Debatte zwischen den Abgeordneten und dem Landesrat. Dieser wies darauf hin, dass der Gesetzentwurf nicht nur das Verwaltungsverfahren zur Konzessionserteilung regelt, sondern auch die verschiedenen Phasen des Baus, der Ableitung und der Wiedereinleitung sowie die Inbetriebnahme der Anlage selbst. Von den 393 Konzessionsanträgen, die eingereicht wurden, betreffen 221 kleine und 172 mittlere Anlagen. Die zahlreichen Anträge seien auf die staatlichen Förderungen der jüngsten Vergangenheit zurückzuführen, wobei einige dieselben Flussabschnitte betreffen. Letzthin seien keine neuen Anträge gestellt worden. Die hohe Anzahl der Konzessionsanträge bedeute jedoch nicht, dass alle möglichen Ableitungen genutzt werden, da viele Anträge ähnlich oder aufgrund von Abtretungsanträgen für leistungsfähigere Anlagen hinfällig seien.

In der Generaldebatte erinnerte die Abg. Hochgruber Kuenzer an die in der vorhergehenden Legislaturperiode genehmigten Bestimmungen zum Schutz des Eigentums auch im Falle der Zwangsverlegung von Rohren und Leitungen und fragte, inwiefern und unter welchen Bedingungen der Gesetzentwurf sich über diese Schutzmechanismen hinwegsetze.

Landesrat Theiner antwortete, der runde Tisch habe sich auch mit den Schwachstellen und den in der Vergangenheit festgestellten Fällen von Rechtsmissbrauch, auch aufgrund der von der Abgeordneten genannten Bestimmungen, auseinandergesetzt. Man habe sich darauf geeinigt, diesen absoluten Schutzmechanismus bei Vorlage eines offensichtlichen allgemeinen Interesses zu umgehen. Er führte einige Beispiele dafür an.

Herr Dr. Ruffini verwies auf die eingehende Debatte, die darüber geführt worden sei. Man müsse aber jedenfalls berücksichtigen, dass die E-Werke ein öffentliches Gut in Anspruch nehmen. Wenn also in bestimmten Fällen die Zuerkennung eines allgemeinen Interesses richtig sei, um eine Anlage über allfällige Enteignungen zu errichten, sei es auch richtig, eine entsprechende Entschädigung auszubezahlen. Die Dienststellenkonferenzen hätten weiters die Aufgabe, die Inanspruchnahme landwirtschaftlichen Bodens zu verhindern, wobei die Mehrheit der Anlagen ohnehin entlang von Wasserläufen errichtet werde, ohne landwirtschaftliche Flächen zu besetzen. Außerdem haben die Ufergemeinden Anrecht auf dynamische Wasserzinse, die also aufgrund der erzeugten Strommenge variieren. Schließlich verwies er auf den Unterschied zwischen Wasserzins und ökologischen Ausgleichszahlungen.

Im Rahmen der Generaldebatte brachte der Abg. Dello Sbarba seine allgemeine Wertschätzung für die mit den neuen Regeln für kleine und mittlere E-Werke eingeführten Neuerungen zum Ausdruck. Dadurch werde die Landesgesetzgebung an die europäischen Vorgaben angeglichen, die dann einen selektives Auswahlverfahren fordern, wenn das E-Werk einen Gewinn generiert. Der Abgeordnete hält die Bewertung des allgemeinen Interesses auch bei mittleren Anlagen zwar für lobenswert, kritisierte aber die Bestimmung, wonach bei fehlender Einigung über die Nutzung der Liegenschaft auch Privatpersonen eine Enteignung vornehmen können. Dies würde dem (auch privaten) Konzessionsinhaber eine enorme Macht verleihen, da er damit auch zur Grundstücksenteignung befugt wäre. In der Vergangenheit seien die großen Wasserkraftwerke mit Hinweis auf ein staatliches Interesse ohne Rücksicht auf die Umgebung und die in der Gegend lebende Bevölkerung errichtet worden. Nun befürchte man, dass sich auf Landesebene dasselbe wiederholt und der Stromerzeugung der Vorrang vor dem Gebiets- und Umweltschutz eingeräumt werde. Er verwies auch auf die Kritik des Dachverbandes, wonach nur die Vertreter des Wirtschaftsflügels am runden Tisch beteiligt gewesen waren, weshalb das Ergebnis, wenngleich es die finanziellen Aspekte und die Wasserzinse an die Ufergemeinden abdeckt, den Umweltschutz nicht ausreichend berücksichtigt. Der Abgeordnete bemerkte weiters, dass der neue Gewässerschutzplan noch nicht genehmigt worden und der alte überholt sei, weshalb er nur schwerlich verstehen könne, anhand welcher Kriterien die Konzessions-



sionsanträge in ökologischer Hinsicht bewertet werden, weshalb Willkür zu befürchten sei. Auch den vom Landesrat angekündigten Änderungsantrag halte er für nicht ausreichend, da er nicht für die bereits gestellten Anträge gelten würde, die nach der vorhergehenden Regelung, also ohne eine entsprechende ökologische Bewertung, behandelt würden.

In der Generaldebatte meldete sich sodann der Abg. Noggler zu Wort, der nähere Auskunft zur Übergangsregelung für die ca. 400 bereits gestellten Anträge erbat. Er resümierte die verschiedenen Debatten über die Bedeutung, die für bereits gestellte Anträge geltenden Regeln nicht zu verändern, die Verzögerungen im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Gewässerschutzplans, an dessen Genehmigung die Einbringung neuer Konzessionsanträge gebunden sei, und wies darauf hin, dass bis dahin die Landesregierung das Ausmaß des Umweltschutzes bestimmen werde. Er sprach sich dafür aus, dass die Bestimmungen über die Grundstücksverfügbarkeit auch auf die mittleren E-Werke angewandt werden, äußerte jedoch Bedenken hinsichtlich der finanziellen Belanglosigkeit der Anlagen bis zu 220 kW. Auch diese könnten unter bestimmten Umständen zur Zahlung eines Zinses verpflichtet werden, da sie ein öffentliches Gut in Anspruch nehmen. Es fehle ein eigenes Verfahren zum einfachen Ausbau einer Wasserkraftanlage. Es bestehe kein Anreiz zur Verbesserung der Anlage oder der Stromerzeugung, da ohnehin ein neues Konzessionsvergabeverfahren vonnöten sei. Er äußerte abschließend den Wunsch nach Bestimmungen, die die Anträge von öffentlichen Körperschaften begünstigen, wie das der Gesetzentwurf im Zusammenhang mit den historischen Genossenschaften vorschreibe.

Der Abg. Zimmerhofer erklärte sich mit der formalrechtliche Zweiteilung der Verfahren für kleine und mittlere Wasserkraftanlagen einverstanden. Er fragte nach den Projekten, die das Land für angemessen erachtet, den für ökologische Ausgleichsmaßnahmen bereitgestellten Summen und nach einer allfälligen Abstimmung der Südtiroler Verfahren mit jenen in Nordtirol.

Der Abg. Sigmar Stocker bat um Aushändigung einer Liste der Konzessionsanträge für Anlagen bis zu 220 kW und der Namen der Vertreter, die am runden Tisch zum Thema Energie beteiligt gewesen waren.

Die Abg. Hochruber Kuenzer wollte ihrerseits in Erfahrung bringen, wie viele Konzessionsanträge von Privatpersonen und wie viele von öffentlichen Behörden oder Körperschaften eingereicht worden seien.

Der Abg. Schiefer erklärte sich mit den Grundzügen des Gesetzentwurfes einverstanden. Er berichtete von den Einschätzungen einiger Gemeindebeamten über Problemstellungen bei der Bewertung der Konzessionsanträge und äußerte den Wunsch, die neuen Bestimmungen mögen die Abarbeitung der noch 400 unbearbeiteten Anträge erlauben.

In seiner Replik erklärte LR Theiner, dass die Bedenken des Abg. Dello Sbarba unbegründet seien, da der Gesetzentwurf eine Übergangsbestimmung umfasse, wonach die neuen Bestimmungen auch für die noch nicht veröffentlichten Konzessionsanträge gelten. Angesichts der langwierigen Genehmigungsphase des Gewässerschutzplanes sei es nicht sinnvoll, jedwede finanzielle Initiative gänzlich zu unterbinden, weshalb die Landesregierung unter Miteinbeziehung aller Betroffenen und des Rates der Gemeinden die Anträge einer Bewertung unterziehen werde. Die Sonderbestimmungen für historische Genossenschaften gebe es bereits auf staatlicher Ebene, weshalb sie nicht auf andere Staaten ausgedehnt werden können, obgleich er die dahinter stehende Absicht teile.

Herr Dr. Ruffini verwies auf die wichtige Neuerung der Trennung zwischen den Ausgleichszahlungen und den technischen Umweltschutzmaßnahmen, da die Bewertung dieser beiden Aspekte nun getrennt erfolge. Es sei schwierig, einen objektiven Parameter zur Unterscheidung zwischen kleinen und mittleren Anlagen zu finden. Der Wert von 220 kW stamme aus früheren Vorschlägen und Steuervorschriften. Ein eigenes Verfahren für den Anlagenausbau wäre machbar, man müsse aber zunächst vertiefen inwiefern, da es bereits das Rechtsinstitut der Ablöse gebe. Ein Vergleich mit den in Nordtirol angewandten Verfahren sei nach Dr. Ruffini nicht angebracht, da die Zielsetzungen in Nordtirol andere seien, weshalb auch andere Instrumente zur Anwendung kommen. Jedenfalls erfahren die Gebietskörperschaften und die Genossenschaften, die Wasserkraftanlagen betreiben, eine bessere Behandlung in Südtirol als in Nordtirol.

Es folgte eine ausgiebige Debatte über die unbearbeiteten Anträge, die Gründe, weshalb diese noch nicht behandelt wurden, den Zeitpunkt der Anwendung der neuen Bestimmungen, das Verfahren zum Anlagenausbau und die Zahlung von Zinsen auch seitens kleinerer Anlagen.

Nach Abschluss der Generaldebatte wurde der Übergang zur Artikeldebatte mit 4 Jastimmen und 3 Enthaltungen genehmigt.

In der Sitzung vom 27. November wurde der Präsident des Rates der Gemeinden Andreas Schatzer angehört, da er darum gebeten hatte, vor Beginn der Prüfung der Artikel des Gesetzentwurfs durch den Ausschuss Stellung nehmen zu dürfen.

Nach Absprache mit den zuständigen Landesämtern stimmte der Ausschuss den vom Rechtsamt des Landtages im Laufe der Sitzung vorgeschlagenen sprachlichen und technischen Verbesserungen und Korrekturen zu, die im beiliegenden vom Ausschuss genehmigten Gesetzestext unterstrichen sind.

Die einzelnen Artikel und die entsprechenden Änderungsanträge wurden mit den nachfolgenden Abstimmungsergebnissen genehmigt.

Artikel 1: Nach der einstimmigen Genehmigung eines Änderungsantrags von LR Theiner zur Angleichung des italienischen an den deutschen Wortlaut genehmigte der Ausschuss den Artikel mit 4 Jastimmen und 2 Enthaltungen.

Artikel 2: Der Ausschuss behandelte und debattierte verschiedene Änderungsanträge: Der Änderungsantrag zu Absatz 1 Buchstabe b) von LR Theiner, der auch den Rat der Gemeinden zu den Empfängern der Ausgleichsmaßnahmen hinzufügt, wurde einstimmig genehmigt, während ein Änderungsantrag des Abg. Dello Sbarba mehrheitlich abgelehnt wurde, der die Maßnahmen für das Ökosystem als vorrangig eingestuft hätte. Ein Änderungsantrag der Abg. Noggler, Wurzer und Hochgruber Kuenzer zur Ergänzung von Absatz 2 Buchstabe d) wurde hingegen mehrheitlich genehmigt. Der Ausschuss genehmigte den so abgeänderten Artikel mit 4 Jastimmen und 2 Enthaltungen.

Artikel 3: Der Ausschuss lehnte einen Änderungsantrag zu Absatz 1 des Abg. Dello Sbarba mehrheitlich ab und genehmigte mehrheitlich drei Änderungsanträge von LR Theiner, mit denen die Frist im Absatz 3 von 45 auf 30 Tage verkürzt, Absatz 5 gestrichen und Absatz 6 ersetzt wird. Der Ausschuss genehmigte den so abgeänderten Artikel mit 4 Jastimmen und 3 Enthaltungen. Ein weiterer Änderungsantrag zu Absatz 5 des Abg. Dello Sbarba wurde für hinfällig erklärt.

Artikel 4: mit 4 Jastimmen und 3 Enthaltungen genehmigt.

Artikel 5: mit 5 Jastimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.

Artikel 6: Nach der Genehmigung eines Änderungsantrags zu Absatz 3 von LR Theiner und eines Änderungsantrags zu Absatz 5 des Abg. Dello Sbarba genehmigte der Ausschuss den abgeänderten Artikel einstimmig.

Artikel 7: mit 4 Jastimmen und 3 Enthaltungen genehmigt.

Artikel 8: Der Ausschuss lehnte die Streichungsanträge zu den Absätzen 3, 4, 6 und 7 des Abg. Dello Sbarba sowie den Änderungsantrag zur Einfügung eines vom Abgeordneten verfassten Absatz 5-bis mehrheitlich ab. Der von LR Theiner eingebrachte Ersetzungssantrag zu Absatz 5 wurde hingegen mit 6 Jastimmen und 1 Enthaltung genehmigt. Der abgeänderte Artikel wurde schließlich mit 4 Jastimmen, 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen genehmigt.

Artikel 9: Nachdem der Abg. Dello Sbarba seine Änderungsanträge zu den Absätzen 2, 3 und 4 zurückgezogen hatte, da sie mit bereits abgelehnten Änderungsanträgen in Verbindung standen, genehmigte der Ausschuss die Änderungsanträge von LR Theiner zu den Absätzen 3 und 4. Der abgeänderte Artikel wurde schließlich mit 4 Jastimmen und 3 Enthaltungen genehmigt.

Artikel 10: mit 4 Jastimmen und 3 Enthaltungen genehmigt.

Artikel 11: Der Ausschuss genehmigte den Ersetzungsantrag von LR Theiner zum gesamten Artikel, damit zusätzlich zur Enteignung die Einräumung von Zwangsdienstbarkeiten und die Besetzung geregelt werden, mit 4 Jastimmen und 3 Enthaltungen. Durch die Genehmigung dieses Ersetzungsantrags wurden zwei Änderungsanträge zu Absatz 2 vom Abg. Noggler bzw. von den Abg. Wurzer und Hochgruber Kuenzer hinfällig.

Artikel 12: Der Ausschuss genehmigte den Ersetzungsantrag der Abg. Noggler, Wurzer und Hochgruber Kuenzer zum gesamten Artikel, um die Berechnung der Enteignungsentschädigungen zu regeln, mit 5 Jastimmen und 2 Enthaltungen. Durch die Genehmigung dieses Ersetzungsantrags wurde ein Änderungsantrag zu Absatz 1 derselben drei Abgeordneten und zwei Änderungsanträge von LR Theiner hinfällig.

Artikel 13: Nachdem der Abg. Wurzer einen Ersetzungsantrag zu Absatz 1 sowie einen Änderungsantrag zu Absatz 1 Buchstabe b) zurückgezogen hatte, genehmigte der Ausschuss mit 5 Jastimmen

und 2 Enthaltungen den Ersetzungsantrag von LR Theiner zu Absatz 1 Satz 1 sowie einen Änderungsantrag zu seinem Änderungsantrag, mit dem ein Absatz 4 über die Berechnung der Entschädigung bei Einräumung einer Dienstbarkeit eingeführt werden soll. Der so abgeänderte Artikel wurde mit 4 Jastimmen und 3 Enthaltungen genehmigt.

Artikel 14: Nachdem der Abg. Wurzer einen von ihm, dem Abg. Noggler und der Abg. Hochgruber Kuenzer eingebrachten Änderungsantrag, mit dem Absatz 1 Satz 2 gestrichen werden sollte, und einen weiteren Änderungsantrag derselben Einbringer zur Einfügung eines neuen Buchstabens d) im Absatz 2 zurückgezogen hatte, genehmigte der Ausschuss einen Streichungsantrag von LR Theiner zu Absatz 4 mit 4 Jastimmen und 3 Enthaltungen. Der abgeänderte Artikel wurde seinerseits mit 4 Jastimmen und 3 Enthaltungen genehmigt.

Artikel 15: Der Ausschuss genehmigte den Änderungsantrag der Abg. Noggler, Hochgruber Kuenzer und Wurzer zu Absatz 1 mit 5 Jastimmen und 1 Enthaltung. Der so abgeänderte Artikel wurde mit 4 Jastimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.

Artikel 16: mit 4 Jastimmen und 3 Enthaltungen genehmigt.

Artikel 17: Der Änderungsantrag der Abg.en Noggler und Hochgruber Kuenzer, mit dem die Frist der Baubeginnmeldung an die Gemeinden im Absatz 1 auf 15 Tagen herabgesetzt wird, wurde mit 4 Jastimmen und 3 Enthaltungen genehmigt. Der Streichungsantrag von LR Theiner zu Absatz 3 wurde mit 4 Jastimmen und 3 Enthaltungen genehmigt, genauso wie der abgeänderte Artikel.

Artikel 18: Nachdem der Abg. Wurzer einen von ihm, dem Abg. Noggler und der Abg. Hochgruber Kuenzer eingebrachten Änderungsantrag zu Absatz 5 zurückgezogen hatte, genehmigte der Ausschuss einen weiteren Änderungsantrag von LR Theiner zu Absatz 5 und den abgeänderten Artikel mit 4 Jastimmen und 3 Enthaltungen.

Artikel 19: Der Streichungsantrag zu Absatz 3 des Abg. Dello Sbarba wurde vom Ausschuss einstimmig genehmigt. Der so abgeänderte Artikel wurde mit 4 Jastimmen und 3 Enthaltungen genehmigt.

Artikel 20: Der Änderungsantrag zu Absatz 1 des Abg. Dello Sbarba wurde vom Ausschuss einstimmig genehmigt. Sodann wurden die Streichungsanträge des Abg. Dello Sbarba zu den Absätzen 3, 4 und 5 mit 6 Jastimmen und 1 Enthaltung genehmigt. Der abgeänderte Artikel wurde schließlich mit 6 Jastimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

Artikel 21: mit 4 Jastimmen und 3 Enthaltungen genehmigt.

Artikel 22: Der Änderungsantrag von LR Theiner zu Absatz 5, um im deutschen Wortlaut das Wort "gemeinsame" zu streichen, wurde einstimmig genehmigt. Der so abgeänderte Artikel wurde mit 4 Jastimmen und 3 Enthaltungen genehmigt.

Artikel 23: Der Ausschuss genehmigte den Ersetzungsantrag von LR Theiner zu Absatz 1 mit 6 Jastimmen und 1 Enthaltung. Der so abgeänderte Artikel wurde mit 4 Jastimmen und 3 Enthaltungen genehmigt.

Artikel 24 und 25: jeweils mit 4 Jastimmen und 3 Enthaltungen genehmigt.

Artikel 26: Der Streichungsantrag von LR Theiner zum Artikel wurde mit 4 Jastimmen, 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung genehmigt.

Artikel 27: mit 5 Jastimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.

Artikel 28 bis 32: jeweils mit 4 Jastimmen und 3 Enthaltungen genehmigt.

Artikel 33: Der Änderungsantrag zu Absatz 1 des Abg. Dello Sbarba wurde vom Ausschuss einstimmig genehmigt, während ein weiterer Änderungsantrag zu Absatz 1, wiederum vom selben Abgeordneten, mehrheitlich abgelehnt wurde. Der abgeänderte Artikel wurde mit 4 Jastimmen und 3 Enthaltungen genehmigt.

Artikel 34: Nachdem der Ausschuss vier Änderungsanträge des Abg. Dello Sbarba zu den Absätzen 12, 13, 14 bzw. 14 mehrheitlich abgelehnt hatte, wurde der Artikel mit 4 Jastimmen, 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen genehmigt.

Artikel 35 (Übergangsbestimmungen): Der Ausschuss lehnte einen Ersetzungsantrag des Abg. Dello Sbarba zum gesamten Artikel mehrheitlich ab. Ebenso wurde eine Reihe von Änderungsanträgen bzw. Änderungsanträgen zu Änderungsanträgen zu den Absätzen 1, 2 und 3 des Abg. Dello Sbarba abgelehnt. Der Ersetzungsantrag zu Absatz 1 von LR Theiner wurde hingegen mit 4 Jastimmen, 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen genehmigt. Der abgeänderte Artikel wurde schließlich mit 4 Jastimmen, 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen genehmigt.

Artikel 36: Nach der mehrheitlichen Ablehnung des Änderungsantrags zu Absatz 2 des Abg. Dello Sbarba genehmigte der Ausschuss den Artikel mit 4 Jastimmen, 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen.

Artikel 37 und 38: mit 4 Jastimmen und 3 Enthaltungen genehmigt.

Bei seiner Stimmabgabeerklärung bedankte sich der Abg. Dello Sbarba zunächst beim Ausschuss für die Genehmigung einiger wichtiger, von ihm eingebrachter Änderungsanträge. Er sei jedoch vor allem mit Artikel 35 des Gesetzentwurfs nicht einverstanden. Mit diesem Artikel werde nämlich der Großteil der Anträge auf Erteilung einer Stromkonzession abgearbeitet, ohne dass jedoch die notwendige Voraussetzung, d.h. der Gewässerschutzplan, genehmigt worden sei. Aus diesem Grund werde er sich enthalten und einen Minderheitenbericht einbringen.

Auch der Abg. Noggler sprach sich bei seiner Stimmabgabeerklärung für den Gesetzentwurf aus. Im Vergleich zum in der letzten Legislaturperiode eingebrachten Vorgängertext sei dieses Gesetz besser mit den Branchenvertretern abgestimmt worden und umfasse auch Bestimmungen für kleine Anlagen sowie die Gemeinnützigkeitserklärung für mittlere Anlagen. Er sei mit dem Ergebnis zufrieden und halte den eingeschlagenen Weg für richtig.

Die Abg. Hochgruber Kuenzer gab ebenfalls eine Stimmabgabeerklärung ab und sprach sich dabei für den Gesetzentwurf aus. Die bei mittleren Anlagen vorgesehenen Ausgleichsmaßnahmen seien positiv, vor allem in ökologischer Hinsicht und für die Gemeinden. Löblich sei auch die eindeutige Unterscheidung zwischen kleinen und mittleren Anlagen sowie die Auszahlung einer Entschädigung auch bei Einräumung einer Dienstbarkeit.

In der Schlussabstimmung wurde der Gesetzentwurf in seiner Gesamtheit mit 4 Jastimmen (der Abg.en Hochgruber Kuenzer, Noggler, Schiefer und Wurzer) und 3 Enthaltungen (der Abg.en Dello Sbarba, Sigmar Stocker und Zimmerhofer) genehmigt.

-----

*I lavori in commissione*

La II commissione legislativa ha esaminato il disegno di legge nelle sedute del 18, 19 e 27 novembre 2014. Ai lavori hanno partecipato l'assessore Richard Theiner, il direttore di ripartizione, dott. Flavio Ruffini e il direttore dell'ufficio amministrativo dell'ambiente Consulenza legale, dott. Helmut Schwarz. Il presidente ha dato lettura del parere del Consiglio dei Comuni.

L'assessore Theiner ha illustrato le linee fondamentali del disegno di legge riferendo che è il risultato di un lungo tavolo di lavoro che nel corso delle numerose riunioni ha analizzato la situazione locale, confrontato le soluzioni elaborate nelle diverse Regioni italiane e nei Länder vicini, tenendo conto anche del piano di tutela delle acque. In particolare al tavolo di lavoro hanno partecipato rappresentanti di SEL, AE-EW, dei singoli comprensori e dei Comuni. L'assessore ha quindi elencato brevemente le maggiori novità: suddivisione dei piccoli e dei medi impianti in base alla potenza nominale media annua (piccoli impianti fino a 220 kW e medi fra 220 e 3.000 kW), possibile esproprio dei terreni per la realizzazione di medi impianti e delle opere connesse con relativo indennizzo, previsione di misure compensative ambientali, riduzione della burocrazia e dei tempi per la concessione con un procedimento amministrativo a scadenze predeterminate. L'assessore ha riferito poi delle differenze nel procedimento per la concessione di piccoli impianti precisando che, d'accordo con il Consiglio dei Comuni, l'iter è stato molto snellito in quanto si presuppone che tali impianti non abbiano importanti risvolti economici. Al contrario, per le medie centrali, essendo direttamente coinvolto anche l'interesse pubblico, è previsto un procedimento più articolato.

Il presidente ha dichiarato aperta la discussione generale.

Si è quindi sviluppata una discussione fra i consiglieri e l'assessore nell'ambito della quale quest'ultimo ha chiarito che il disegno di legge non riguarda solamente il procedimento amministrativo di concessione ma anche le diverse fasi della costruzione, derivazione e restituzione di acqua nonché messa in opera della centrale stessa e che delle 393 domande di concessione presentate agli uffici, 221 sono richieste per piccoli impianti mentre 172 per medi impianti. In merito il dott. Ruffini ha chiarito che l'alto numero di domande è riconducibile agli incentivi statali previsti del recente passato, che diverse domande riguardano medesimi tratti di corsi d'acqua e che ultimamente non vengono più presentate nuove richieste. È stato quindi chiarito che nonostante l'alto numero di richieste di concessione non è detto che queste sfruttino tutte le possibili derivazioni in quanto molte richieste sono simili o sono superate da richieste di sottensione.



Nell'ambito della discussione generale la cons. Hochgruber Kuenzer, ricordando che nella precedente legislatura si erano approvate disposizioni a tutela della proprietà anche in caso di posa di tubazioni e condotte forzate, ha chiesto di chiarire se e in quali termini il disegno di legge superi tali tutele.

L'assessore Theiner ha risposto che nell'ambito del tavolo di lavoro sono stati discusse anche le criticità e gli abusi del diritto emersi nel passato anche a causa delle disposizioni citate dalla consigliera. È stato convenuto di superare tale tutela assoluta in presenza di un interesse pubblico prevalente. Egli ha quindi riportato alcuni esempi.

Il dott. Ruffini ha precisato che la questione ha creato ampie discussioni ma che si deve in ogni caso considerare che le centrali sfruttano un bene pubblico e che quindi se è corretto, in determinati casi, riconoscere l'interesse pubblico per realizzare l'intervento attraverso eventuali espropri, è anche corretto prevedere l'indennizzo e il risarcimento economico. Egli precisa che le conferenze di servizi hanno anche il preciso compito di evitare il consumo di suolo agricolo, che comunque la maggior parte degli impianti viene realizzata lungo i corsi d'acqua e non dovrebbe comportare utilizzo di suolo agricolo e che inoltre i Comuni rivieraschi avranno diritto a dei canoni dinamici che variano cioè in base alla quantità di energia prodotta. Infine egli ha sottolineato che il canone viene ben distinto dal fondo di compensazione ambientale.

Nell'ambito della discussione generale il cons. Dello Sbarba ha apprezzato in generale le novità introdotte con la nuova disciplina sulle piccole e medie centrali affermando che le nuove disposizioni allineano la normativa provinciale alle linee guida europee che richiedono un procedimento selettivo concorrenziale in tutti quei casi in cui l'impianto idroelettrico comporti risvolti economici. Il consigliere, pur apprezzando che anche per le medie centrali sia previsto il procedimento di valutazione dell'interesse pubblico ha poi criticato la disposizione che in sostanza attribuisce anche ai privati, in caso di mancato accordo sull'utilizzo dei terreni, la possibilità di espropriarli. Pertanto, ad avviso del consigliere, una volta ottenuta la concessione il titolare, anche se privato, avrebbe un enorme potere, anche di procedere all'esproprio di terreni. Il consigliere ha ricordato che nel passato le grandi centrali idroelettriche sono state realizzate, a discapito di territorio e di comunità locali, invocando l'interesse nazionale e teme che ora si possa riprodurre a livello provinciale proprio lo stesso schema che predilige la produzione energetica rispetto alla tutela del territorio e dell'ambiente. Egli ha riportato anche la critica del "Dachverband" il quale ha stigmatizzato la presenza, nel tavolo di lavoro sull'energia, dei soli rappresentanti dell'ala economica e che il risultato emerso, se anche legittimamente considera l'aspetto economico e l'attribuzione di canoni rivieraschi ai comuni, non valuta sufficientemente la tutela dell'ambiente. Il consigliere ha poi portato l'attenzione sul fatto che al momento il nuovo piano di tutela delle acque non è ancora stato approvato, che il precedente è risalente e superato e che pertanto gli risulta difficile comprendere con quali criteri verranno valutate le richieste di concessione dal punto di vista ambientale e teme che si possa scadere nella discrezionalità. Anche l'emendamento annunciato dall'assessore non risulta sufficiente per il consigliere in quanto, a suo avviso, non si applicherebbe alle domande già presentate che verrebbero trattate con al precedente normativa e quindi senza un'adeguata valutazione ambientale.

Sempre nell'ambito della discussione generale è intervenuto il cons. Noggler per chiedere precisazioni sulla disciplina transitoria prevista per le circa 400 domande di concessione già presentate. Egli ha ripercorso le varie discussioni sull'importanza di non modificare le regole per le domande già presentate, sulle lungaggini legate all'entrata in vigore del piano di tutela delle acque alla cui approvazione definitiva è legata la possibilità di presentare nuove domande di concessione e ha sottolineato come fino a tale approvazione sarà sostanzialmente la Giunta provinciale a stabilire il grado di tutela ambientale. Il consigliere si è espresso a favore dell'applicazione, anche alle medie centrali, delle disposizioni sulla disponibilità dei terreni mentre ha espresso delle perplessità sull'effettiva indifferenza economica degli impianti fino a 220 kW suggerendo che anche questi, a determinate condizioni, potrebbero essere chiamati a corrispondere un canone a favore della comunità visto che utilizzano una risorsa pubblica. Il consigliere ha infine evidenziato che, a suo avviso, non è prevista una procedura diversa per il semplice potenziamento dell'impianto e che pertanto manca lo stimolo a migliorare gli impianti o la produzione se in ogni caso si deve iniziare una nuova procedura di concessione. Egli ha auspicato infine una disciplina di favore per le richieste provenienti da enti pubblici, così come previsto nel disegno di legge per le cooperative storiche.

*Il cons. Zimmerhofer è intervenuto per affermare di condividere la formale suddivisione delle procedure abilitative per le piccole e le medie centrali, e ha chiesto di indicare i progetti che la Provincia ritiene di poter condividere, gli importi previsti per le misure di compensazione ambientale e se ci sia stato un coordinamento con le procedure adottate nel Tirolo.*

*Il cons. Sigmar Stocker è intervenuto per chiedere di avere una lista delle richieste di concessioni per impianti fino a 220 kW e di conoscere i nominativi dei rappresentanti al tavolo di lavoro sull'energia.*

*La cons. Hochgruber Kuenzer ha quindi chiesto di chiarire quante domande di concessione siano state presentate da privati e quante da amministrazioni o enti pubblici.*

*Il cons. Schiefer è intervenuto dichiarando di concordare sulle linee guida del disegno di legge e, dopo aver riportato le valutazioni di alcuni tecnici comunali sulle criticità emerse nella procedura di valutazione delle richieste di concessione, si è augurato che le nuove disposizioni possano consentire di risolvere e smaltire l'arretrato delle 400 domande ancora pendenti.*

*Nella replica l'ass. Theiner ha dichiarato che le preoccupazioni del cons. Dello Sbarba non sono fondante in quanto il disegno di legge prevede una norma transitoria in base alla quale anche alle domande di concessione non ancora pubblicate si applicano le nuove disposizioni. Inoltre, visti i tempi lunghi dell'approvazione definitiva del piano di tutela delle acque, non avrebbe senso bloccare completamente ogni iniziativa economica e pertanto le domande saranno sottoposte a valutazione da parte della Giunta provinciale la quale provvederà a coinvolgere tutti i soggetti interessati nonché il Consiglio dei Comuni. L'assessore ha poi chiarito che la particolare disciplina per le cooperative storiche è già prevista a livello statale e quindi, seppur condividendo gli intenti, non può essere estesa ad altre realtà.*

*Il dott. Ruffini ha precisato che un'importante novità introdotta è la distinzione fra fondi di compensazione e le misure tecniche volte a tutelare l'ambiente in quanto viene separata la valutazione di tali aspetti. Egli ha poi affermato che è difficile trovare un parametro obiettivo per distinguere le piccole dalle medie centrali e che il valore di 220 kW è stato adottato riprendendo precedenti proposte e normative fiscali. Prevedere una procedura differenziata per il solo potenziamento degli impianti potrebbe essere una soluzione percorribile ma abbisogna di approfondimento in quanto, ad avviso del direttore, è già previsto l'istituto della sottensione. In merito alla comparazione delle procedure previste in Tirolo il dott. Ruffini ha precisato che non è agevole confrontare le diverse situazioni in quanto gli obiettivi del Tirolo vanno in direzione diversa e si servono quindi di strumenti diversi ma è certo che in ogni caso le amministrazioni locali e le cooperative che gestiscono impianti idroelettrici hanno un trattamento migliore in Alto Adige rispetto al Tirolo.*

*Si è infine svolta un'ampia discussione sulle domande di concessione ancora pendenti, sulle motivazioni per cui non sono ancora state trattate, a quante verrà applicata la nuova disciplina, sul procedimento per potenziare gli impianti e sulla possibilità di introdurre un canone anche per i piccoli impianti.*

*Conclusa la discussione generale, il passaggio alla discussione articolata è stato approvato con 4 voti favorevoli e 3 astensioni.*

*Nella seduta del 27 novembre la commissione ha effettuato l'audizione del presidente del Consiglio dei Comuni, Andreas Schatzer, il quale ha chiesto di essere sentito prima dell'inizio dell'esame degli articoli del disegno di legge da parte della commissione legislativa.*

*La commissione ha accolto le correzioni linguistiche e tecniche proposte nel corso della seduta dall'ufficio legale del Consiglio provinciale, sentiti gli uffici competenti dell'amministrazione provinciale, e che nell'allegato testo di legge approvato dalla commissione risultano, insieme agli emendamenti approvati, evidenziate in forma sottolineata.*

*I singoli articoli nonché i relativi emendamenti sono stati approvati con l'esito di votazione sotto riportato.*

*Articolo 1: la commissione, approvato all'unanimità un emendamento dell'ass. Theiner diretto ad allineare il testo italiano con quello tedesco, e ha approvato l'articolo con 4 voti favorevoli e 2 astensioni.*

*Articolo 2: la commissione ha trattato e discusso diversi emendamenti: ha approvato all'unanimità un emendamento alla lettera b) del comma 1, presentato dall'ass. Theiner, diretto a coinvolgere anche il Consiglio dei Comuni nella destinazione dei fondi di compensazione, ha respinto a maggioranza un emendamento del cons. Dello Sbarba diretto a considerare prioritarie le misure a favore dell'ecosistema.*



stema e ha poi approvato a maggioranza un emendamento dei conss. Noggler, Wurzer e Hochgruber Kuenzer, volto a integrare la lettera d) del comma 2. Infine la commissione ha approvato l'articolo, così emendato, con 4 voti favorevoli e 2 astensioni.

Articolo 3: la commissione, respinto a maggioranza un emendamento del cons. Dello Sbarba al comma 1, ha approvato a maggioranza tre emendamenti dell'ass. Theiner diretti rispettivamente a ridurre, al comma 3, il termine da 45 a 30 giorni, a sopprimere il comma 5 e a sostituire il comma 6. La commissione ha approvato l'articolo, così emendato, con 4 voti favorevoli e 3 astensioni. L'ulteriore emendamento del cons. Dello Sbarba al comma 5 è stato dichiarato decaduto.

Articolo 4: approvato con 4 voti favorevoli e 3 astensioni.

Articolo 5: approvato con 5 voti favorevoli e 2 astensioni.

Articolo 6: dopo aver approvato un emendamento al comma 3 presentato dall'ass. Theiner e un emendamento al comma 5 presentato dal cons. Dello Sbarba, la commissione ha approvato l'articolo emendato all'unanimità.

Articolo 7: approvato con 4 voti favorevoli e 3 astensioni.

Articolo 8: la commissione ha respinto a maggioranza gli emendamenti soppressivi del comma 3, del comma 4, del comma 6 nonché del comma 7, presentati dal cons. Dello Sbarba, come pure l'emendamento diretto a inserire il comma 5-bis presentato dallo stesso consigliere. Ha invece approvato con 6 voti favorevoli e 1 astensione l'emendamento dell'ass. Theiner sostitutivo del comma 5. L'articolo emendato è stato infine approvato con 4 voti favorevoli, 1 voto contrario e 2 astensioni.

Articolo 9: dopo che il cons. Dello Sbarba ha ritirato i propri emendamenti ai commi 2, 3 e 4, perché collegati a emendamenti già respinti, la commissione ha approvato gli emendamenti ai commi 3 e 4 presentati dall'ass. Theiner. L'articolo emendato è stato infine approvato con 4 voti favorevoli e 3 astensioni.

Articolo 10: approvato con 4 voti favorevoli e 3 astensioni.

Articolo 11: la commissione ha approvato con 4 voti favorevoli e 3 astensioni l'emendamento sostitutivo dell'intero articolo, al fine di regolare oltre all'espropriazione anche l'imposizione di servitù coattive e l'occupazione, presentato dall'ass. Theiner. L'approvazione di tale emendamento sostitutivo ha fatto decadere due emendamenti al comma 2 presentati, rispettivamente dal cons. Noggler e dai cons. Wurzer e Hochgruber Kuenzer.

Articolo 12: la commissione ha approvato con 5 voti favorevoli e 2 astensioni l'emendamento sostitutivo dell'intero articolo, diretto a disciplinare il sistema di calcolo dell'indennità di espropriazione, presentato dai conss. Noggler, Wurzer e Hochgruber Kuenzer. L'approvazione di tale emendamento sostitutivo ha fatto decadere un emendamento al comma 1 presentato precedentemente dagli stessi tre consiglieri nonché due emendamenti presentati dall'ass. Theiner.

Articolo 13: dopo che il cons. Wurzer ha ritirato un emendamento sostitutivo del comma 1 nonché un emendamento alla lettera b) del comma 1, la commissione ha approvato con 5 voti favorevoli e 2 astensioni l'emendamento sostitutivo dell'alea del comma 1, presentato dall'ass. Theiner, nonché il subemendamento diretto ad aggiungere il comma 4, concernente il calcolo dell'indennità per l'imposizione di servitù, presentato dallo stesso. L'articolo emendato è stato approvato con 4 voti favorevoli e 3 astensioni.

Articolo 14: dopo che il cons. Wurzer ha ritirato un emendamento diretto a sopprimere il secondo periodo del comma 1, presentato dal cons. Noggler, dalla cons. Hochgruber Kuenzer e da lui stesso, nonché un ulteriore emendamento degli stessi presentatori diretto a inserire al comma 2 una nuova lett. d), la commissione ha approvato con 4 voti favorevoli e 3 astensioni un emendamento soppressivo del comma 4, presentato dall'ass. Theiner. L'articolo emendato è stato a sua volta approvato con 4 voti favorevoli e 3 astensioni.

Articolo 15: la commissione ha approvato con 5 voti favorevoli e 1 astensione l'emendamento al comma 1 presentato dai conss. Noggler, Hochgruber Kuenzer e Wurzer. L'articolo emendato è stato approvato con 4 voti favorevoli e 2 astensioni.

Articolo 16: approvato con 4 voti favorevoli e 3 astensioni.

Articolo 17: l'emendamento diretto a ridurre a 15 giorni, al comma 1, il termine per la dichiarazione ai comuni di inizio lavori, presentato dai conss. Noggler e Hochgruber Kuenzer, è stato approvato con 4 voti favorevoli e 3 astensioni. L'emendamento soppressivo del comma 3, presentato dall'ass. Theiner, è stato approvato con 4 voti favorevoli e 3 astensioni, come pure l'articolo emendato.

Articolo 18: dopo che il cons. Wurzer ha ritirato un emendamento al comma 5, presentato dal cons. Noggler, dalla cons. Hochgruber Kuenzer e da lui stesso, la commissione ha approvato un ulteriore emendamento al comma 5 presentato dall'ass. Theiner, con 4 voti favorevoli e 3 astensioni, come pure l'articolo emendato.

Articolo 19: la commissione ha approvato all'unanimità l'emendamento soppressivo del comma 3, presentato dal cons. Dello Sbarba. L'articolo emendato è stato approvato con 4 voti favorevoli e 3 astensioni.

Articolo 20: la commissione ha approvato all'unanimità l'emendamento al comma 1, presentato dal cons. Dello Sbarba. Ha poi approvato con 6 voti favorevoli e 1 astensione ciascuno degli emendamenti diretti a sopprimere, rispettivamente, i commi 3, 4 e 5, presentati dal cons. Dello Sbarba. L'articolo emendato è stato infine approvato con 6 voti favorevoli e 1 astensione.

Articolo 21: approvato con 4 voti favorevoli e 3 astensioni.

Articolo 22: l'emendamento al comma 5, presentato dall'ass. Theiner e diretto a stralciare, nel testo tedesco, la parola "gemeinsame", è stato approvato all'unanimità. L'articolo emendato è stato approvato con 4 voti favorevoli e 3 astensioni.

Articolo 23: la commissione ha approvato con 6 voti favorevoli e 1 astensione l'emendamento sostitutivo del comma 1, presentato dall'ass. Theiner. L'articolo emendato è stato approvato con 4 voti favorevoli e 3 astensioni.

Articoli 24 e 25: approvati ciascuno con 4 voti favorevoli e 3 astensioni.

Articolo 26: l'emendamento soppressivo dell'articolo, presentato dall'ass. Theiner, è stato approvato con 4 voti favorevoli, 1 voto contrario e 1 astensione.

Articolo 27: approvato con 5 voti favorevoli e 2 astensioni.

Articoli da 28 a 32: approvati ciascuno con 4 voti favorevoli e 3 astensioni.

Articolo 33: la commissione ha approvato all'unanimità l'emendamento al comma 1 presentato dal cons. Dello Sbarba, mentre ha poi respinto a maggioranza un ulteriore emendamento al comma 1 dello stesso consigliere. L'articolo emendato è stato approvato con 4 voti favorevoli e 3 astensioni.

Articolo 34: dopo aver respinto a maggioranza quattro emendamenti del cons. Dello Sbarba, rispettivamente, ai commi 12, 13, 14 e 15, la commissione ha approvato l'articolo con 4 voti favorevoli, 1 voto contrario e 2 astensioni.

Articolo 35 (norme transitorie): la commissione ha respinto a maggioranza l'emendamento sostitutivo dell'intero articolo, presentato dal cons. Dello Sbarba e ha poi respinto una serie di emendamenti e subemendamenti presentati dal cons. Dello Sbarba ai commi 1, 2 e 3. È stato invece approvato con 4 voti favorevoli, 1 voto contrario e 2 astensioni l'emendamento sostitutivo del comma 1 presentato dall'ass. Theiner. L'articolo emendato è stato infine approvato con 4 voti favorevoli, 1 voto contrario e 2 astensioni.

Articolo 36: dopo aver respinto a maggioranza l'emendamento al comma 2 presentato dal cons. Dello Sbarba, la commissione ha approvato l'articolo con 4 voti favorevoli, 1 voto contrario e 2 astensioni.

Articoli 37 e 38: approvati con 4 voti favorevoli e 3 astensioni.

Per dichiarazioni di voto è intervenuto il cons. Dello Sbarba, il quale ha innanzitutto ringraziato la commissione per aver approvato alcuni importanti emendamenti da lui presentati, mentre ha poi dichiarato di non considerare condivisibile soprattutto l'art. 35 del disegno di legge; a suo parere, ha spiegato il consigliere, con questo articolo viene infatti sostanzialmente esaurito il grosso della partita delle concessioni idroelettriche, senza però che sia stato ancora approvato il relativo presupposto, cioè il Piano di tutela delle acque. Ha infine preannunciato per tale motivo il proprio voto di astensione e la presentazione di una relazione di minoranza.

Sempre nell'ambito delle dichiarazioni di voto il cons. Noggler si è espresso a favore del disegno di legge apprezzando che rispetto alla proposta presentata nella precedente legislatura il presente testo sia il risultato di maggior discussione e condivisione fra gli operatori del settore e comprenda anche disposizioni per i piccoli impianti e la dichiarazione di pubblica utilità per i medi impianti. Il consigliere ha infine dichiarato di apprezzare il risultato, sottolineando la correttezza del percorso seguito. Anche la cons. Hochgruber Kuenzer è intervenuta per dichiarazione di voto esprimendosi a favore del disegno di legge e dichiarando di apprezzare che per i medi impianti siano previsti fondi di compensazione, soprattutto dal punto di vista ambientale e delle amministrazioni comunali. La consi-

gliera ha apprezzato anche la chiara suddivisione fra piccoli e medi impianti nonché l'attribuzione di un indennizzo adeguato anche per l'imposizione di servitù.

Posto in votazione finale, il disegno di legge nel suo complesso è stato approvato con 4 voti favorevoli (espressi dai conss. Hochgruber Kuenzer, Noggler, Schiefer e Wurzer) e 3 astensioni (esprese dai conss. Dello Sbarba, Sigmar Stocker e Zimmerhofer).

Herr Abgeordneter Dello Sbarba, ich ersuche Sie um Verlesung Ihres Minderheitenberichtes.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Il presente disegno di legge regola in modo nuovo le concessioni a scopo idroelettrico per le centrali con potenza installata inferiore ai 3.000 kW. Il disegno di legge distingue tra centrali "piccole", con potenza fino a 220 kW, e centrali "medie", con potenza tra 220 kW e 3.000 kW.

Per tutte queste derivazioni prevede un procedimento concorsuale, più semplificato per le piccole e più rigoroso per le medie centrali.

Per le medie centrali prevede da un lato il pagamento degli investimenti ambientali (cosa non prevista fino ad oggi, dunque molto positiva per il territorio e i comuni rivieraschi) e, dall'altro lato, prevede che, una volta approvato il progetto, questo sia dichiarato di pubblica utilità e dunque siano previsti gli espropri dei terreni necessari a realizzarlo.

La commissione legislativa ha elevato notevolmente il compenso previsto per i proprietari dei terreni espropriati. Altri emendamenti, presentati dal gruppo Verde e anch'essi approvati, hanno reso più rigoroso il procedimento di approvazione dei progetti, eliminando diverse possibilità – previste nel testo iniziale – che il progetto vincitore potesse essere modificato DOPO la gara, cosa che avrebbe compromesso la correttezza della gara stessa.

Un "Tavolo sull'energia" senza l'ambiente

Il progetto di legge è stato elaborato dalla Giunta provinciale anche attraverso il confronto col "Tavolo sull'energia" nominato con delibera 131 dell' 11 febbraio 2014 dalla Giunta provinciale, con 16 componenti, tutti uomini e tutti rappresentanti dei produttori e distributori di energia, con l'eccezione del direttore di Ripartizione e di un rappresentante del Consiglio dei Comuni. E qui cominciano le dolenti note.

Da un lato, infatti, il Consiglio dei Comuni, che era rappresentato al tavolo, nel parere dell'11 novembre 2014 scrive però che "la Giunta provinciale nell'approvazione del disegno di legge non ha in gran parte rispettato le proposte del Consiglio dei Comuni". Viene dunque da chiedersi come abbia lavorato questo "Tavolo sull'energia".

Dall'altro lato al "Tavolo" non sedeva nessun rappresentante dell'ambiente e dunque mancava un punto di vista essenziale per fissare i criteri indispensabili per l'utilizzo della risorsa acqua. Il 18 novembre 2014 il Dachverband für Natur- und Umweltschutz ha approvato un documento in cui ha espresso un giudizio negativo sul disegno di legge, sollevando obiezioni fondamentali fatte proprie dal gruppo Verde sia in commissione che ora in aula.

Manca il presupposto: il "Piano di tutela delle acque".

In diversi articoli, a partire dal primo, il disegno di legge dichiara che le concessioni idroelettriche verranno rilasciate "in conformità al (...) Piano di tutela delle acque, di cui all'articolo 27 della legge provinciale 18 giugno 2002, n. 8 – Disposizioni sulle acque". Tale Piano di tutela costituisce uno dei piani di settore resi obbligatori dalla Legge Urbanistica provinciale e doveva essere approvato "entro il 31 dicembre 2003". Ebbene, questo piano non è MAI stato approvato, almeno finora.

Ne è stato approvato uno stralcio che tuttavia è sostanzialmente un "piano depuratori". Il "vero" Piano di Tutela, ha dichiarato l'assessore, è ancora in elaborazione e non sarà pronto prima di un anno. Da notare: il Piano di Tutela è un documento tutto "made in Südtirol", che non ha bisogno di autorizzazioni statali.

La colpa dei ritardi è solo nostra: le Giunte provinciali che si sono succedute fino ad oggi non si sono volute "legare le mani" con il Piano di tutela, ma hanno preferito assegnare le concessioni idroelettriche sulla base di valutazioni caso per caso.

Dunque attualmente non abbiamo criteri sulla base dei quali possono essere approvate nuove concessioni idroelettriche, oppure rinnovate o modificate concessioni esistenti. Mancando il Piano di Tutela, manca il presupposto fondamentale indicato dal disegno di legge che stiamo discutendo. La

conseguenza non può che essere una sola, e il Dachverband lo ha detto chiaramente: finché il Piano di tutela delle acque non verrà approvato, non potranno essere approvate nuove concessioni idroelettriche, di nessun tipo. Sarebbe un atto arbitrario e rischia di compromettere per un lungo periodo l'utilizzo della risorsa acqua sul territorio provinciale.

Secondo gli ultimi dati, in provincia di Bolzano sono già attive 960 concessioni idroelettriche, di cui 30 grandi (che forniscono l'86% dell'energia), 146 medie (che forniscono l'11% dell'energia) e 784 piccole (che forniscono solo il 2,6% dell'energia, ma hanno un elevato impatto ambientale per la loro penetrazione capillare, come ha dimostrato uno studio della Convenzione delle Alpi).

Lo sfruttamento di fiumi e torrenti ha raggiunto dunque il limite delle loro capacità e tutti i tratti in qualche modo utili a un efficiente sfruttamento energetico sono già stati utilizzati. Il 93% dei nostri fiumi e torrenti è già utilizzato per derivazioni idroelettriche, che utilizzano 565.000 litri al secondo. Visto che la portata media dell'Adige a Salorno è di 142.000 litri al secondo, ciò significa che ogni litro d'acqua che esce dai nostri confini è già passato in media attraverso quattro centrali idroelettriche.

Per questo, prima di procedere a nuove concessioni, è indispensabile disporre del Piano di Tutela delle acque, che secondo le normative provinciali vigenti deve stabilire, per esempio:

la potenzialità e i limiti dei corpi idrici al fine di autorizzare o meno nuove derivazioni a scopo idroelettrico;

la quantità e il controllo del deflusso minimo vitale (DMV);

il controllo delle fluttuazioni di portata causate dall'esercizio di impianti idroelettrici e il loro effetto sull'ecosistema fluviale;

i criteri per ripristinare la continuità del flusso dei principali corsi d'acqua;

la gestione di dighe e serbatoi;

i criteri per la gestione dei bacini fluviali in valle;

le misure per proteggere i corpi idrici;

le linee guida generali per la gestione della pesca.

Se il "Piano di tutela" ancora non esiste, neppure il "Piano di Utilizzazione delle Acque Pubbliche" se la passa molto bene. Quello in vigore, approvato il 26 aprile 2010 con delibera n. 704 è già datato, poiché non adeguato ai criteri fissati dalla fondamentale "Direttiva quadro sulle acque" dell'Unione Europea (UE 60/2000), recepita in Italia solo nel febbraio 2011, cioè dopo l'approvazione del nostro Piano provinciale.

La stessa Giunta provinciale, in premessa alla propria delibera nr. 893 del 30.05.2011, ha riconosciuto che nel "Piano Generale di Utilizzazione delle Acque Pubbliche" la valutazione dello stato dei corpi idrici è stata effettuata in base ad una normativa superata. Le nuove direttive europee modificano in modo sensibile proprio gli allegati tecnici della precedente legislazione, ad esempio sui criteri di analisi e di classificazione dello stato ecologico dei corpi idrici dal punto di vista della qualità biologica, fisico-chimica e idromorfologica. Tutti questi indicatori vengono ora monitorati con indici molto più dettagliati e penetranti di quelli utilizzati nel nostro "Piano di Utilizzazione".

La Giunta provinciale ha affermato nella citata delibera 893/2011 che "l'adeguamento della rete di monitoraggio è stata avviata e si prevede di completare la valutazione della qualità dei corpi idrici nel 2015, essendo necessario un complesso lavoro di raccolta ed elaborazione dei dati". Ciò è stato anche comunicato al Ministero dell'Ambiente, in vista dell'obbligo fissato dalla norma europea di raggiungere entro il 2015 una qualità "buona" (seconda classe) di tutti i corpi idrici.

In conclusione: delle due norme di base citate fin dall'articolo 1 del presente disegno di legge, una – il "Piano di tutela" – non è mai stata approvata, e l'altra – il "Piano di utilizzazione" – non è più adeguato ed in via di riscrittura. Prima dell'approvazione di questi due piani non è possibile, se si tiene fede ai principi fondativi del presente disegno di legge, procedere a nuove concessioni idroelettriche.

Quasi 400 domande in sospeso: la partita idroelettrica si gioca qui.

Può sembrare paradossale: di tutta la legge, l'articolo più importante è il n. 35: "Norme transitorie", che in 4 commi e poche righe regola il trattamento delle domande già presentate e che giacciono da anni senza aver avuto risposta.

Di queste, 221 sono domande di piccola derivazione e 172 di media derivazione. Ovviamente alcune sono in concorrenza sullo stesso tratto: possiamo considerare che gli impianti davvero proposti siano la metà, circa 200. Se anche meno della metà di questi fosse autorizzata, verrebbero definitivamente utilizzati tutti gli spazi di sfruttamento idroelettrico ancora disponibili in provincia di Bolzano. A quel



punto i primi 34 articoli del presente disegno di legge servirebbero soltanto per i futuri rinnovi di concessioni esistenti, tra molti anni.

Ma che cosa prevede l'articolo 35?

1° Che alle domande di concessione già pubblicate si applichi non la nuova ma la vecchia legge: cioè niente investimenti ambientali, niente procedure rigorose, niente espropri. Le domande già pubblicate sono 42 per piccole concessioni e 65 per medie concessioni. Per queste la nuova legge non vale (comma 2).

2° Che tutte le altre domande di concessione già presentate vengano giudicate prima e senza l'approvazione del Piano di tutela delle acque (quindi in violazione dei principi dello stesso disegno di legge), ma in base a una sorta di "tutela parziale e provvisoria" fissata dalla Giunta provinciale con semplice delibera, sentiti (sentiti!) i comuni, i produttori, gli ambientalisti e chi più ne ha più ne metta – tanto alla fine decide la Giunta (comma 3).

Sottoposte a questa procedura "semplificata" sono:

189 richieste per piccole concessioni, di cui 147 in attesa e 42 già avviate alla conferenza dei servizi, 149 richieste per medie concessioni, di cui 117 in attesa e 32 già avviate alla conferenza dei servizi.

3° Che nuove domande non siano accettate prima del 31 giugno 2015, dopo di che, anche se il Piano di tutela non è approvato, si riapre la possibilità di presentare nuove domande di concessione, che a quel punto saranno trattate secondo i criteri indicati dalla Giunta nella sua "tutela provvisoria".

In sintesi: l'articolo 35 da solo è capace di vanificare tutto il resto della legge, poiché consente alla Giunta di approvare concessioni anche in assenza del Piano di tutela, su cui tutta la legge negli altri articoli si basa. Per questi motivi l'articolo 35 è inaccettabile.

Come gruppo Verde proponiamo di sostituirlo completamente, prevedendo che "fino all'entrata in vigore del Piano di Tutela delle Acque non vengono rilasciate nuove concessioni, non vengono accettate nuove domande e viene sospesa ogni procedura riguardante le domande ancora pendenti".

Procedura di valutazione: pari dignità tra ambiente ed economia

Gli articoli 8 (Conferenza dei servizi) e 9 (Valutazione) indicano la procedura che verrà seguita per stabilire i progetti vincitori. Il meccanismo previsto dal disegno di legge comporta un pericolo grave: quello che alla fine vinca il progetto peggiore dal punto di vista ambientale. Cerco di spiegare perché. Alla Conferenza dei servizi che deve dare la valutazione ambientale arrivano più progetti che riguardano uno stesso tratto. La Conferenza approva quelli ambientalmente compatibili e scarta quelli incompatibili. Il problema: a quelli "promossi" non viene data una graduatoria, passano tutti a pari merito alla seconda fase della valutazione. Questa seconda fase riguarda le qualità tecniche del progetto – in sostanza: la quantità di energia prodotta – e l'offerta economica. Su questi due fattori viene deciso qual è il progetto vincitore da una commissione composta dal Direttore d'ufficio, da un rappresentante della ripartizione economia e da uno del Consiglio dei Comuni.

Molto, come si sa, dipende dal "deflusso minimo vitale" proposto da ciascun progetto. Lasciare più acqua nel fiume equivale a un maggior rispetto dell'ambiente, ma anche a una minore produzione e dunque a una minore offerta economica. Ecco dunque il rischio: che il progetto approvato come il "meno buono" dal punto di vista ambientale (perché prevede appena il minimo indispensabile di deflusso minimo vitale) in sede di seconda valutazione tecnico-economica scavalchi tutti altri perché è in grado di offrire una produzione più alta e una offerta economica maggiore. Insomma, il rischio è che l'economia abbia l'assoluta prevalenza sull'ecologia, due valori che invece dovrebbero essere equilibrati.

Come evitare questo pericolo? L'unica strada è prevedere un punteggio da attribuirsi sia nella prima fase, sia nella seconda, in modo che davvero vinca il progetto che meglio equilibra ecologia ed economia. Il progetto vincitore sarà quello con la somma più alta dei due punteggi. Nella commissione legislativa su questo si è discusso approfonditamente e l'assessore ha affermato di condividere il principio proposto dagli emendamenti del gruppo Verde, impegnandosi a presentare una sua proposta per l'aula. In attesa di conoscerla, noi proponiamo una soluzione che dia pari dignità alla valutazione ambientale, che può attribuire fino a 50 punti, e a quella tecnico economica, che può attribuire altri 50 punti, fino a un punteggio massimo totale fino a 100 punti. Una precisazione importante: nella prima fase la Conferenza dei servizi prima procede a eliminare i progetti non compatibili con l'ambiente e solo tra quelli compatibili stila una graduatoria e assegna il punteggio.

*Se si prevede una valutazione a graduatoria come quella appena descritta, allora è giusto sottoporre a questa doppia valutazione non solo le medie concessioni (come previsto attualmente dal disegno di legge), ma anche le piccole realizzate allo scopo di trarne un profitto, a patto, ovviamente, che vi siano più domande in concorrenza tra loro. E' invece corretto limitarsi alla sola valutazione ambientale (prima fase) nei casi in cui la domanda di concessione sia una sola, oppure che riguardi l'approvvigionamento di malghe o edifici non allacciati alla rete, poiché questi impianti non hanno alcun scopo di lucro.*

*Per gli stessi motivi, è opportuno che per tutte le concessioni con scopo di lucro sia l'assessore a rilasciare le concessioni, non solo per le medie (come previsto dal disegno di legge), ma anche per le piccole derivazioni, eccetto quelle per l'approvvigionamento di malghe o edifici non allacciati alla rete, per le quali può decidere il Direttore/la Direttrice dell'Agenzia per l'ambiente. Ciò va previsto con una modifica all'art. 2. Lo stesso va previsto ai casi di rinnovo delle piccole concessioni (art. 24).*

*Sempre all'articolo 2, quando si parla delle finalità dei fondi di compensazione ambientale, va specificato che le misure a favore dell'ecosistema idrico devono avere la priorità sulle altre, perché è proprio questo ecosistema che subisce il danno maggiore dalla realizzazione di un impianto idroelettrico.*

*Trasparenza, correttezza e competenze dei Comuni.*

*Vi sono altri punti da migliorare per rendere più rigorosa e oggettiva la procedura di rilascio delle concessioni. Qui se ne elencano i principali.*

*Gli articoli 3 e 4 prevedono che chi presenta la prima domanda sia "promotore" del progetto, ma non debba presentare alcuna offerta economica finché non siano arrivate domande concorrenti. In questo modo il presentatore della prima domanda può attendere e, se non arriva nessun'altra domanda, può offrire il minimo possibile, certo comunque di ottenere la concessione. È più equo che anche la prima domanda debba essere completa di offerta economica fin dall'inizio.*

*L'articolo 31 prevede i casi di decadenza del diritto di concessione. Va aggiunto il caso di chi provoca gravi e permanenti danni all'ambiente.*

*L'articolo 33 indica i soggetti preposti al controllo del rispetto delle condizioni di concessione. Specialmente per le piccole e medie concessioni, data la loro diffusione e il loro grande numero, è sempre difficile garantire efficaci controlli sul rispetto del deflusso minimo vitale. Un valido sostegno lo possono dare i guardiapescia, che sono diffusi sul territorio e sono guardie giurate.*

*L'articolo 34, infine, determina le sanzioni amministrative. In particolare i commi 12, 13, 14 e 15 prevedono le sanzioni nei casi di violazione grave sia per le piccole che per le medie concessioni. Rispetto alla normativa attualmente vigente, le sanzioni minime sono leggermente aumentate, ma le sanzioni massime sono drasticamente diminuite: da 50.000 € si scende a 12.000 € di sanzione massima per le piccole derivazioni, e in proporzione triplicata per le medie derivazioni, per violazioni come derivazioni abusive, non rispetto del deflusso minimo vitale e così via. La nostra proposta è di mantenere le vecchie sanzioni, che tra l'altro hanno diminuito il proprio valore dall'anno in cui sono state stabilite, il 2005.*

*Il nostro auspicio è che prosegua quel clima di positiva collaborazione che ha accompagnato il lavoro della commissione legislativa e che, apportando le necessarie modifiche, il Consiglio provinciale approvi una buona legge sulle medie e piccole concessioni idroelettriche.*

*Sarebbe un raggio di luce nelle tempestose vicende della politica energetica provinciale.*

-----

*Dieser Gesetzentwurf regelt auf neuartige Weise die Stromkonzessionen für Wasserkraftwerke mit einer Leistung von weniger als 3000 kW. Der Gesetzentwurf unterscheidet zwischen "kleinen" Anlagen mit einer Leistung bis zu 220 kW und "mittleren" Anlagen mit einer Leistung zwischen 220 kW und 3000 kW.*

*Für all diese Anlagen ist ein Vergabeverfahren geplant, dass sich für kleinere Wasserkraftwerke einfacher, für die mittleren Kraftwerke hingegen strenger gestaltet.*

*Für die mittleren Wasserkraftwerke sind einerseits Ausgleichszahlungen für die Umwelt vorgeschrieben (die es bis jetzt nicht gab und für Südtirol und die Ufergemeinden positiv sind), andererseits wird das Projekt nach seiner Genehmigung für gemeinnützig erklärt, weshalb die zu seiner Umsetzung erforderlichen Grundstücke enteignet werden können.*



Im Gesetzgebungsausschuss wurden die Entschädigungen für die enteigneten Besitzer beachtlich angehoben. Dank der von der Grünen Fraktion eingebrachten und im Ausschuss genehmigten Änderungsanträge wurde das Genehmigungsverfahren der Projekte rigoroser gestaltet und einige im ursprünglichen Text enthaltenen Optionen, zum Beispiel eine Abänderung des Siegerprojekts NACH dem Verfahren, gestrichen, denn dies hätte die Korrektheit des Vergabeverfahrens beeinträchtigt.

*Eine "Expertenrunde Energie" ohne die Umwelt*

Der Gesetzentwurf wurde von der Landesregierung auch in Abstimmung mit der "Expertenrunde Energie" ausgearbeitet, die mit Beschluss Nr. 131 vom 11. Februar 2014 von der Landesregierung eingesetzt worden war, aus 16 rein männlichen Fachleuten bestand und mit Ausnahme des Abteilungsleiters und eines Vertreters des Rates der Gemeinden rein aus Vertretern von Stromversorgungsunternehmen und Verteilungsnetzbetreibern zusammengesetzt war. Und das ist der wunde Punkt des Ganzen:

Einerseits schreibt der in der Expertenrunde vertretene Rat der Gemeinden in seiner Stellungnahme vom 11. November 2014, dass die Landesregierung bei der Genehmigung des Gesetzentwurfs die Vorschläge des Rates der Gemeinden weitgehend missachtet habe. Dies wirft Fragen zur Arbeitsweise der Expertenrunde Energie auf.

Andererseits war in der Expertenrunde kein Vertreter für Umweltbelange zugegen, weshalb bei der Festlegung der unabdingbaren Kriterien für die Nutzung der Wasserressourcen ein wesentlicher Gesichtspunkt nicht berücksichtigt wurde. Am 18. November 2014 wurde vom Dachverband für Natur- und Umweltschutz ein Dokument verabschiedet, das ein negatives Urteil über den Gesetzentwurf fällt und dieselben wesentlichen Beanstandungen erhebt, wie sie von der Grünen Fraktionen zunächst im Ausschuss und nun im Plenum vorgebracht worden werden.

*Es fehlt eine Voraussetzung: der Gewässerschutzplan.*

In verschiedenen Artikeln, beginnend beim ersten, wird erklärt, dass die Konzessionserteilung in Übereinstimmung mit dem Gewässerschutzplan laut Artikel 27 des Landesgesetzes vom 18. Juni 2002, Nr. 8, "Bestimmungen über die Gewässer" erfolgen wird. Dieser Plan ist einer der Fachpläne, die mit dem Landesraumordnungsgesetz verpflichtet eingeführt wurden, und hätte bis zum 31. Dezember 2003 genehmigt werden sollen. Dieser Plan ist aber noch NIE verabschiedet worden, zumindest bis jetzt nicht.

Es wurde nur ein Teil davon genehmigt, der aber grundsätzlich ein "Fachplan für Aufbereitungsanlagen" ist. Nach Angaben des Landesrats befindet sich der eigentliche Gewässerschutzplan noch in Ausarbeitung und wird erst in einem Jahr verabschiedet werden. Nota bene: Der Gewässerschutzplan ist gänzlich "made in Southtyrol" und bedarf also keiner staatlichen Genehmigung.

*Wir sind einzig und allein schuld an dieser Verspätung: Die bisherigen Landesregierungen wollten sich nicht die Hände mit dem Gewässerschutzplan binden und zogen es vor, die Stromkonzessionen von Mal zu Mal auf der Grundlage von fallspezifischen Bewertungen zu vergeben.*

*Wir verfügen derzeit also über keine Kriterien zur Genehmigung neuer Stromkonzessionen oder zur Verlängerung oder Änderung bestehender Konzessionen. Mit dem Gewässerschutzplan fehlt die wichtigste Voraussetzung, die im gegenständlichen Gesetzentwurf angegeben ist. Die Schlussfolgerung ist eine einzige, die vom Dachverband auch eindeutig gezogen wurde: Solange der Gewässerschutzplan nicht genehmigt ist, dürfen keine neuen Stromkonzessionen vergeben werden, egal welcher Art. Es wäre ein Akt der Willkür und es besteht Gefahr, dass die Wassernutzung in Südtirol auf lange Zeit kompromittiert wird.*

Nach den jüngsten Daten wurden in Südtirol bereits 960 Stromkonzessionen ausgestellt, davon 30 für große Wasserkraftwerke (die 86 % des Stroms erzeugen), 146 für mittlere (11 % des Stroms) und 784 kleine (die nur 2,6 % des Strombedarfs decken, aber aufgrund ihrer flächendeckenden Durchdringung eine hohe Belastung für die Umwelt darstellen, wie in einer Studie der Alpenkonvention ausgeführt wird).

Die Nutzung von Flüssen und Bächen ist damit bereits an ihre Grenzen gestoßen und alle fließenden Gewässer, die irgendwie einer effizienten Stromproduktion dienen, werden bereits genutzt. Rund 93 % unserer Flüsse und Bäche wird bereits zu Stromerzeugung genutzt und dabei werden 565.000 Liter pro Sekunde benötigt. Da die durchschnittliche Wasserführung der Etsch bei Salurn bei 142.000 Litern pro Sekunde liegt, bedeutet dies, dass jeder Liter Wasser, der unsere Landesgrenzen passiert, im Schnitt bereits vier Wasserkraftwerke durchlaufen hat.

Aus diesem Grund ist die Genehmigung des Gewässerschutzplans vor der Vergabe neuer Konzessionen unabdingbar. Nach den geltenden Landesbestimmungen muss dieser folgende Festlegungen enthalten:

die Leistungsfähigkeit und -grenzen der Wasserkörper als Bezugswert für die Vergabe neuer Konzessionen zur Stromerzeugung;

die Quantität und die Kontrolle der Abflussmenge;

die Kontrolle der Schüttungsschwankungen aufgrund des Betriebs von Wasserkraftwerken und ihre Auswirkungen auf das Ökosystem des Flusses;

die Kriterien zur Wiederherstellung der Fließkontinuität der größten Wasserläufe;

der Betrieb von Staudämmen und Speicherbecken;

die Kriterien für das Management der Flussbecken im Tal;

Maßnahmen zum Schutz der Wasserkörper;

allgemeine Leitlinien für die Regelung der Fischerei.

Den Gewässerschutzplan gibt es noch nicht und um den Wassernutzungsplan ist auch nicht viel besser bestellt. Die letzte Ausgabe, die mit Beschluss Nr. 704 vom 26. April 2010 genehmigt wurde, ist insofern veraltet, als sie nicht an die Kriterien der grundlegenden Wasserrahmenrichtlinie der Europäischen Union (EU 60/2000) angepasst ist, die in Italien erst im Februar 2011 umgesetzt wurde, also nach der Genehmigung unseres Landesplans.

Die Landesregierung räumt in der Einleitung ihres Beschlusses Nr. 893 vom 30.05.2011 ein, dass die Bewertung des Zustandes der Wasserkörper im Wassernutzungsplan auf der Grundlage überholter Bestimmungen erfolgte. Mit den neuen europäischen Richtlinien wurden gerade an den technischen Anlagen der vorhergehenden Legislaturperiode einige bedeutsame Änderungen vorgenommen, zum Beispiel an den Kriterien der Analyse und der Einstufung des ökologischen Zustands der Wasserkörper in Bezug auf die biologische, physikalisch-chemische und hydromorphologische Qualität. All diese Indikatoren werden nun anhand detaillierterer und weitergehender Indizes als jene geprüft, die auch in unserem Wassernutzungsplan zur Anwendung kommen.

Die Landesregierung hielt im genannten Beschluss Nr. 893/2011 Folgendes fest: "Es wurde bereits die Anpassung des Monitoringsnetzes in die Wege geleitet und es ist vorgesehen, die Bewertung der Wassergüte der Gewässer bis zum Jahre 2015 zu vervollständigen, zumal eine komplexe Arbeit zur Sammlung und zur Auswertung der diesbezüglichen Daten erforderlich ist." Dies wurde, angesichts des mit der europäischen Bestimmung festgelegten Zielsetzung, bis 2015 für alle Wasserkörper einen guten Zustand (Güteklasse II) zu erreichen, auch dem Umweltminister mitgeteilt.

Abschließend: Von den beiden grundlegenden Regelungen, die bereits im ersten Artikel dieses Gesetzentwurfs erwähnt werden, wurde eine, der Gewässerschutzplan, nie genehmigt, während die andere, der Wassernutzungsplan, nicht mehr angemessen ist und derzeit überarbeitet wird. Will man die wesentlichen Grundsätze dieses Gesetzentwurfs wahren, so dürfen vor der Genehmigung dieser beiden Pläne keine neuen Konzessionen vergeben werden.

Fast 400 noch nicht bearbeitete Anträge, die über das Thema Wasserkraft entscheiden.

Es mag paradox klingen, aber der wichtigste Artikel dieses Gesetzentwurfs ist der Artikel 35. Die Übergangsbestimmungen regeln in vier Absätzen und wenigen Zeilen, was mit den bereits vor Jahren eingereichten und noch nicht bearbeiteten Anträgen geschehen soll.

Von diesen betreffen 221 kleine und 172 mittlere Wasserkraftwerke. Natürlich betreffen einige davon dieselben Wasserabschnitte, weshalb sich die Anzahl der beantragten Konzessionen eigentlich auf die Hälfte beläuft, also auf ca. 200. Wenn auch nur weniger als die Hälfte dieser Anträge genehmigt würde, würden definitiv alle in Südtirol noch zur Stromerzeugung nutzbaren Abschnitte in Anspruch genommen. Damit würden die ersten 34 Artikel des Gesetzentwurfs nur für die zukünftige Erneuerung bestehender Konzessionen angewendet, die erst in vielen Jahren ansteht.

Was legt Artikel 35 also fest?

1. Für alle bereits veröffentlichten Konzessionsanträge gilt das alte, nicht das neue Gesetz: Somit entfallen sämtliche Investitionen für Umweltmaßnahmen, die rigorosen Verfahren und die Enteignungen. Von den bereits veröffentlichten Anträgen betreffen 42 kleine und 65 mittlere Wasserkraftwerke. Und für diese gilt das neue Gesetz nicht (Absatz 2).

2. All die anderen, bereits eingereichten Konzessionsanträge werden vorher, ohne Genehmigung des Gewässerschutzplans (also unter Verletzung der Grundsätze des Gesetzentwurfs) und anhand

einer Art "partiellen und provisorischen" Schutzkatalogs bewertet, der mit einfachem Beschluss der Landesregierung nach Anhörung (Anhörung!) der Gemeinden, der Stromversorgungsunternehmen, der Umweltvertreter und allerlei sonstige Personen erfolgt. Unter dem Strich entscheidet also die Landesregierung (Absatz 3).

Dieses vereinfachte Verfahren gilt für:

189 Anträge für kleine Wasserkraftwerke, von denen 147 noch nicht bearbeitet und 42 der Dienststellenkonferenz weitergeleitet wurden;

149 Anträge für mittlere Wasserkraftwerke, von denen 117 noch nicht bearbeitet und 32 der Dienststellenkonferenz weitergeleitet wurden.

3. Neue Anträge können erst nach dem 31. Juni 2015 eingereicht werden. Wenn der Gewässerschutzplan bis dahin nicht genehmigt ist, können neue Konzessionsanträge eingereicht werden, die dann anhand der von der Landesregierung im "provisorischen Schutzkatalog" angegebenen Kriterien bearbeitet werden.

Kurzum: Mit Artikel 35 wird das ganze Gesetz vereitelt, da er der Landesregierung die Genehmigung von Konzessionsanträgen auch ohne den Gewässerschutzplan ermöglicht, auf dem sich die übrigen Artikel des Gesetzes stützen. Aus diesem Grund ist Artikel 35 inakzeptabel.

Die Grüne Fraktion schlägt eine vollständige Ersetzung desselben vor, damit "bis zum Inkrafttreten des Gewässerschutzplans keine neuen Konzessionen erteilt und keine neuen Anträge zugelassen werden und sämtliche Vergabeverfahren betreffend noch nicht bearbeitete Anträge ausgesetzt werden".

Bewertungsverfahren: Gleichstellung von Umwelt und Wirtschaft.

Die Artikel 8 (Dienststellenkonferenz) und 9 (Bewertung) beschreiben das Verfahren zur Ermittlung der Zuschlagsempfänger. Das festgelegte Verfahren birgt die große Gefahr, dass am Ende das in ökologischer Hinsicht schlechteste Projekt gewinnt. Ich werde versuchen zu erklären warum.

Die Dienststellenkonferenz, die für die ökologische Bewertung zuständig ist, muss über mehrere Projekte befinden, die allesamt denselben Abschnitt betreffen. Sie genehmigt die Projekte, die in ökologischer Hinsicht kompatibel sind und lässt jene durchfallen, die es nicht sind. Das Problem liegt darin, dass genehmigte Projekte nicht nach ihrer Bewertung gereiht werden, sondern allesamt gleichberechtigt zur zweiten Bewertungsphase zugelassen werden. In der zweiten Phase werden die technischen Eigenschaften des Projekts, d.h. die erzeugte Strommenge, und das wirtschaftliche Angebot geprüft. Anhand dieser zwei Faktoren ermittelt ein Bewertungsausschuss bestehend aus dem Amtsdirektor, einem Vertreter der Abteilung Wirtschaft und des Rates der Gemeinden das Siegerprojekt.

Bekanntlich hängt viel von der projektspezifischen Abflussmenge ab. Verbleibt mehr Wasser im Fluss, so bedeutet dies mehr Rücksichtnahme auf die Umwelt, aber auch eine geringere Produktion und somit auch weniger Einnahmen. Es besteht also die Gefahr, dass ein in ökologischer Hinsicht schlechteres Projekt (da nur ein Mindestmaß an Abflussmenge vorgesehen ist) bei der zweiten, technisch-wirtschaftlichen Bewertung besser abschneidet als alle anderen, da die erzeugte Strommenge größer und die Einnahmen demnach höher sind. So könnte der Wirtschaft gegenüber der Umwelt absoluter Vorrang eingeräumt werden, wobei beiden jedoch dieselbe Bedeutung beigemessen werden sollte.

Wie kann man dies verhindern? Der einzige Weg besteht darin, sowohl in der ersten als auch in der zweiten Phase Punkte zu erteilen, damit das Projekt gewinnt, bei dem sich ökologische und wirtschaftliche Aspekte die Waage halten. Den Zuschlag erhält das Projekt mit der höchsten Gesamtpunktzahl. Im Gesetzgebungsausschuss wurde dieses Thema eingehend debattiert: Der Landesrat erklärte sich mit dem in den Änderungsanträgen der Grünen Fraktion enthaltenen Grundsatz einverstanden und verpflichtete sich, im Plenum einen Vorschlag in diesem Sinne vorzulegen. In Erwartung, den Inhalt dieses Vorschlags in Erfahrung zu bringen, regen wir hiermit an, dass sowohl bei der ökologischen als auch bei der technischen Bewertung jeweils bis zu 50 Punkte vergeben werden können, bis zu einer Gesamtpunktzahl von 100, damit beiden dasselbe Gewicht beigemessen wird. Ein wichtiger Hinweis: In der ersten Phase sortiert die Dienststellenkonferenz jene Projekte aus, bei denen keine ökologische Kompatibilität gegeben ist und verteilt die Punkte nur an jene, die ökologisch nachhaltig sind.

Wenn schon eine Rangliste wie die soeben beschriebene erstellt werden soll, dann sollen nicht nur die Konzessionen für die mittleren Wasserkraftwerke (gemäß der derzeitigen Fassung des Gesetzesentwurfs), sondern auch jene für gewinnbringende kleine Wasserkraftwerke einer doppelten Bewertung unterzogen werden, sofern natürlich mehrere konkurrierende Konzessionsanträge vorliegen. Liegt nur ein Konzessionsantrag vor oder betrifft der Antrag die Stromversorgung von nicht am Stromnetz angeschlossenen Almen oder Gebäuden (also ohne Gewinnabsicht), ist es richtig, sich nur auf die ökologische Bewertung (erste Phase) zu beschränken.

Aus denselben Gründen sollen die Konzessionen für sämtliche Wasserkraftwerke mit Gewinnabsicht, also nicht nur für mittlere Wasserkraftwerke, (gemäß der geltenden Fassung des Gesetzesentwurfs), sondern auch für kleine Wasserkraftanlagen vom Landesrat erteilt werden, mit Ausnahme jener für die Stromversorgung von nicht am Stromnetz angeschlossenen Almen oder Gebäuden. In diesem Fall kann die Direktorin/der Direktor der Umweltagentur die Vergabe vornehmen. Dies soll über eine Änderung von Artikel 2 erzielt werden. Dasselbe gilt für die Konzessionserneuerung bei kleinen Wasserkraftwerken (Art. 24).

Im Artikel 2 ist weiters zu den Zielsetzungen der ökologischen Ausgleichszahlungen hinzuzufügen, dass die Maßnahmen für das Ökosystem Fluss Vorrang vor den anderen haben müssen, denn gerade dieses leidet am meisten unter der Errichtung eines Wasserkraftwerks.

Transparenz, Korrektheit und Kompetenzen der Gemeinden

Weitere Punkte sind zu verbessern, damit das Konzessionsvergabeverfahren rigoroser und objektiver gestaltet wird. Es folgen die wichtigsten:

Nach den Artikeln 3 und 4 gilt als Projektträger, wer das erste Gesuch einreicht. Solange keine konkurrierenden Gesuche eingebracht werden, hat der Projektträger kein wirtschaftliches Angebot zu unterbreiten. Auf diese Weise kann der erste Gesuchsteller zunächst abwarten und wenn kein weiteres Gesuch mehr eingereicht wird, kann er in der Gewissheit, die Konzession ohnehin zu erhalten, die Mindestsumme anbieten. Es wäre gerechter, wenn auch das erste Gesuch von Anfang an mit einem wirtschaftlichen Angebot versehen sein muss.

Artikel 31 zählt die Fälle auf, in denen eine Konzession verfällt. Dies sollte auch bei schwerwiegenden und dauerhaften Umweltschäden geschehen.

Unter Artikel 33 werden die Personen angeführt, die für die Kontrolle über die Einhaltung der Konzessionsbedingungen zuständig sind. Insbesondere bei den Konzessionen für kleine und mittlere Wasserkraftwerke ist die Sicherstellung von effizienten Kontrollen über die Einhaltung der Abflussmenge aufgrund ihrer Ausbreitung und Anzahl schwierig. Eine wertvolle Unterstützung könnten die Fischereiaufseher bieten, die es in ganz Südtirol gibt und mit Aufsichtsaufgaben betreut sind.

Artikel 34 enthält schließlich die Verwaltungsstrafen. Insbesondere die Absätze 12, 13, 14 und 15 zählen die Verwaltungsstrafen für kleine und mittlere Wasserkraftwerke bei schweren Verstößen auf. Im Vergleich zu den geltenden Bestimmungen wurde die Mindeststrafe leicht angehoben, aber die Höchststrafen wurden drastisch gesenkt: von 50.000 Euro auf 12.000 Euro für kleine Wasserkraftwerke, die im Falle mittlerer Wasserkraftwerke für Vergehen wie widerrechtliche Anlagen oder Nichteinhaltung der Abflussmenge verdreifacht wird. Wir schlagen vor, die alten Strafen beizubehalten, deren Wert seit ihrer Einführung im Jahr 2005 eh schon abgenommen hat.

Wir wünschen uns, dass die gute Zusammenarbeit im Gesetzgebungsausschuss weiterhin fortgeführt wird und der Landtag, nach Genehmigung der notwendigen Änderungen, ein gutes Gesetz über kleine und mittlere Wasserkraftwerke verabschieden möge.

Das wäre ein Lichtblick in der düsteren Geschichte der Südtiroler Energiepolitik.

**PRÄSIDENT:** Die Generaldebatte ist eröffnet. Wer möchte das Wort? Herr Abgeordneter Zimmerhofer, bitte.

**ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Danke, Herr Präsident! Einleitend möchte ich unseren Standpunkt zur Strompolitik in Südtirol kundtun. Wir produzieren doppelt soviel Strom, als wir verbrauchen. Die Landesregierung sollte sich darum kümmern, in den Besitz der großen Wasserleitungen zu kommen. Damit meine ich nicht die Praxis, die in Vergangenheit mit dem Erschwindeln von Konzessionen zur Anwendung gekommen ist. Herr Landesrat, Sie haben gestern bezüglich Plagiat gesprochen. Da muss man schon einmal ein bisschen vor der eigenen Haustür kehren. Die SEL konnten sich bei den kleinen Beteiligungen draußen in den



Gemeinden zurückziehen und diese an die Genossenschaften bzw. Gemeinden abgeben. Das wäre eine vernünftige Lösung. Die SEL sollte sich um die großen Ableitungen kümmern. Wir sind im Energiebereich vor allem für die Subsidiarität. Die Stromproduktion sollte lokal erfolgen und in die Hände von Genossenschaften und Gemeinden gelegt werden. Die gesamten bestehenden Leitungen sollten potenziert werden, denn dadurch könnte ein Mehrwert erzielt werden. Wir sollten nicht jeden Gebirgsbach verbauen. Es nützt ja nichts, wenn man jedes Bächlein verbaut, nachdem der Mehrwert nicht allzu groß ist.

Ich komme zum Gesetzentwurf zurück, der einige gute Ansätze beinhaltet. Wir werden die einzelnen Artikel im Rahmen von deren Behandlung bewerten und uns am Ende für einen Mehrwert für die Bevölkerung und gegen Einzelpersonen, die nur auf Gewinnabsicht aus sind, entscheiden.

**PRÄSIDENT:** Bevor ich dem Kollegen Pöder das Wort gebe, möchte ich die Klasse 3B der Mittelschule Vigil Raber Sterzing mit Professor Frei begrüßen und im Landtag willkommen heißen.

Kollege Pöder, bitte.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Vielen Dank, Herr Präsident! Der Begleitbericht zum Gesetzentwurf beinhaltet einige Aussagen, die belegen, dass es hier nicht so sehr darum geht, das Geschäft mit dem Wasser einzuschränken, sondern das Geschäft mit dem Wasser zu regeln. Der Kollege Dello Sbarba sagt in seinem Minderheitenbericht, der im Übrigen hervorragend ist und sehr viele interessante Daten und richtige Aussagen enthält, dass man das Geschäft mit dem Wasser noch mehr einschränken und das Wasser schützen solle, anstatt weiterhin Tür und Tor für die Ausnutzung der Gewässer offen zu halten. Der Gewässerschutzplan fehlt. Der Kollege Dello Sbarba hat klargestellt, dass eine solche Vorgangsweise im Prinzip nicht akzeptabel ist. Mit dem Artikel 35 wird genau das getan, was eigentlich nicht passieren sollte. Es gibt zwar keinen Gewässerschutzplan, aber die bereits eingebrachten Konzessionsanträge können trotzdem bearbeitet werden. Es gibt 400 Anträge, die eine weitere Ausbeutung des Wassers in Südtirols vorantreiben. Eigentlich sollten wir in die Richtung gehen, die Gewässer zu schützen, denn es braucht nicht noch mehr Stromerzeugung. Wir verbrauchen ja nur etwas mehr als ein Drittel des in Südtirol erzeugten Stroms. Unter diesem Aspekt werden die Gewässer bereits übermäßig ausgebeutet. Wenn man liest und hört, dass jeder Liter Wasser, die Etsch bei Salurn hinunterfließt, praktisch durch vier Kraftwerke gelaufen ist, dann ist klar, dass das flüssige Gold Wasser in Südtirol ausgebeutet wird. Mit dem vorliegenden Gesetz sollen die Regeln für die Vergabe von Konzessionen für Kraftwerke mittlerer Größe zwar etwas verschärft werden, aber unterm Strich kippt man das alles selbst wieder, indem die bisher vorliegenden Anträge ohne Gewässerschutzplan bearbeitet und genehmigt werden. Die Ausbeutung der Gewässer in Südtirol hat einen Punkt erreicht, an dem wir sagen müssen, dass wir alle gesetzlichen Möglichkeiten ausschöpfen müssten, um eine Aussetzung der Gewässernutzung zu erreichen. Wenn wir sehen, wie Bäche und Flüsse der Geschäftemacherei mit dem Strom anheim gestellt werden – das verhindert auch das vorliegende Gesetz nicht –, müssen wir wirklich besorgt darüber sein, was letztlich passieren wird. Wir kennen die Warnungen des Dachverbandes für Natur und Umweltschutz. Es gibt auch Interventionen des Fischereiverbandes, der nur scheinbar seine Interessen als Fischereiverband vertritt. Er hat jedes Interesse daran, Natur- und Umweltschutzgründe vorzubringen, denn irgendwann einmal ist genug mit der Ausbeutung des Wassers. Die Landesregierung versucht schon, etwas zu tun. Es soll nicht verschwiegen werden, dass schon das eine und andere Wichtige in diese Richtung getan worden ist, aber man sollte das Umdenken hin zum Schutz unserer Gewässer vor der Geschäftemacherei weiter vorantreiben. Wir regeln die Ausbeutung des Wassers und verhindern sie nicht! Der Landtag sollte mehr und mehr in die Richtung gehen, die Ausbeutung der Gewässer zu verhindern. Für die Energieautarkie braucht es keine neuen Wasserkraftwerke. Wir haben bereits genug Stromerzeugung. Im Ahrntal hat einmal ein Privater gesagt: "Das ist alles Geld, was da die Ahr hinausfließt." Natürlich! Wenn man aber hinter die Münzen und die Geldscheine schaut, dann muss man das Gewässer sehen. Man muss auch einen anderen Wirtschaftszweig, nämlich den Tourismus sehen. Unsere Bäche und Flüsse prägen die Landschaft und sind nicht nur aus ökologischer Hinsicht interessant. Je mehr Wasser abgeleitet wird, desto mehr werden Bachläufe, Flüsse usw. eingeschränkt. Wir hatten vor einigen Jahren einmal eine Diskussion über die Trickserei in Bezug auf die sogenannte Restwassermenge. Da gab es ja ganz tolle Sachen. Da wurde beispielsweise die Wassermenge bei der Passer so weit hochgeschraubt, dass auch nach mehreren Entnahmen für Stromerzeugung immer noch genügend Wasser übrig blieb, obwohl das gar nicht so war. Das wichtigste Argument ist aber, wie gesagt, dass es keinen Gewässerschutzplan gibt. Es sollte eine Aussetzung jeglicher Konzessionsvergabe erfolgen. Diese Aussage sollte als Grundlage für die Entscheidungsfindung dienen. Wie wir das mit der Konzessionsvergabe regeln, ist im Detail zu überprüfen. Was ist sinnvoller? Braucht es noch schärfere Regeln? Im Sinne der freien Marktwirtschaft ist ein völliges Verbot theoretisch

natürlich nicht möglich. Der Gewässerschutzplan kann aber trotzdem sehr weit gehen. Letztlich ist dieser die Grundlage für zukünftige Entscheidungen. Wenn wir den umgehen und aushebeln, dann leisten wir gegenüber unseren Gewässern, unserer Umwelt und unserer Landschaft einen sehr schlechten Dienst. Es ist sicher nicht richtig, dass wir immer noch der Meinung sind, dass wir die Geschäftemacherei regeln müssen. Es gibt kein Umdenken in jene Richtung, dass der Schutz der Gewässer im absoluten Vordergrund stehen muss. Wenn wir in den letzten Jahren mehr als 900 Konzessionen vergeben haben, dann muss es irgendwann reichen. Natürlich kann man jeden letzten Tropfen Wasser dazu benutzen, um Geld zu machen, aber was bleibt unterm Strich übrig? Ausgetrocknete Flussläufe, ein völlig zerstörtes ökologisches System, beeinträchtigte Landschaft und für jene, die die Konzessionen haben, viel Geld. Einfacher geht es ja nicht, Wasser zu Geld zu machen. Im Prinzip hätten sich das die Alchimisten ja gewünscht. So einfach geht es, Wasser zu Gold zu machen. Die Alchimisten haben über Jahrhunderte weg versucht, aus irgendetwas Gold zu machen. Heute gibt es die richtige Methode, indem Wasser zu Gold gemacht wird. Ich habe Verständnis dafür, dass jemand sagt: "Ich möchte ein Kraftwerk für private Zwecke haben, um im Rahmen von Gemeinden oder Genossenschaften den Menschen eines bestimmten Gebietes günstigen Strom anzubieten." Der Schritt zur reinen Geschäftemacherei ist dann natürlich sehr klein. Der ist zwar dadurch eingeschränkt, dass ein Gesetzentwurf vorgelegt wurde, der die Vergabe für Konzessionen mittlerer Ableitungen schärfer regelt. Die Geschäftemacher konzentrieren sich hauptsächlich auf diese Ableitungen. Unterm Strich muss aber der Ansatz verstärkt werden, die Gewässer zu schützen, da sie bereits genügend für Stromerzeugung ausgebeutet werden. Noch mehr geht nicht! Bis zur Verabschiedung des Gewässerschutzplanes muss es ein Moratorium der bereits eingebrachten Konzessionsanträge geben.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ich möchte nicht Dinge wiederholen, die schon gesagt worden sind. Ausgehend von der Situation, dass es einen Stau bei den Gesuchen für Kleinkraftwerke gibt – es liegen ja 400 Gesuche auf -, möchte ich eine Frage in Bezug auf die Rechtssicherheit stellen. Wie rechtfertigt das Land, dass Gesuch einfach nicht behandelt werden? Wenn der Bürger ein Ansuchen stellt, egal für was, dann hat er das Recht, innerhalb einer vernünftigen Zeit zu erfahren, ob das Gesuch behandelt werden kann oder nicht. Einfach Gesuche über Jahre hinweg nicht zu behandeln, hat mit Rechtssicherheit relativ wenig zu tun. Das möchte ich vorausschicken.

Auch ich möchte unterstreichen, dass dieses Gesetz notwendig ist, um Klarheit zu schaffen und Ordnung in die Materie zu bringen. Jeder von uns möchte, dass die Bäche bestmöglich geschützt werden. Gleichzeitig sollte man natürlich alle Maßnahmen treffen, um an den bestehenden Werken technische Verbesserungen vorzunehmen. Das Ganze hat natürlich einen Haken, nämlich dass es den Wassernutzungsplan nicht gibt. Der Kollege Dello Sbarba hat in seinem Minderheitenbericht zutreffend dargelegt, dass vieles vom Wassernutzungsplan abhängt. Wenn ab Juni oder Juli 2015 wieder Gesuche gestellt werden können, dann stellt sich die Frage, ob der Wassernutzungsplan bis dahin vorhanden sein wird? Sonst haben wir wieder ein Problem in der Anwendung.

Richtig ist die Trennung von Ausgleichszahlungen und Wasserzins, das heißt, dass hier Klarheit herrscht. Was die Abgaben an die Gemeinden anbelangt, möchte ich der Landesregierung Folgendes sagen: Die Bürger interessiert nicht, wie viel die Gemeinden kassieren. Die Bürger interessiert, ob der Strom endlich billiger wird. Hat man mit dem Gemeindenverband auch in dieser Richtung geredet? Wenn sie schon mehr Einnahmen bekommen, dann sollten sie das an die Bürger in Form von günstigen Tarifen usw. weitergeben. Natürlich werden Sie sagen, dass das in die Autonomie der Gemeinden fällt. Nachdem wir ein Gesetz machen, von dem die Gemeinden profitieren, müssen wir im Sinne der Bürger sprechen und sagen, dass den letzten Nutzen die Bürger haben müssen.

Ein weiteres wichtiges Argument ist die Fischerei. Wir haben in den letzten Jahren immer wieder Klagen von Fischern und deren Vereinigungen gehört, dass die Restwassermengen nicht eingehalten werden. Dazu habe ich immer wieder Anfragen gestellt. Das ist vor allem dann ein großes Problem, wenn es keine Kontrollmöglichkeiten gibt. Wenn es bei keinem Bach keine Messstellen gibt, dann ist das teilweise eine sehr subjektive Bewertung. Wenn an einem Tag kontrolliert wird, dann sagt das nicht viel aus. Das ist eine Bestandsaufnahme, aber über eine länger anhaltende Situation sagt das nichts aus. Man sollte also auch hier klare Spielregeln aufstellen und diese dann kontrollieren. Die Restwassermenge ist ein Kontrollinstrument, und deshalb sollte man da ein bisschen genauer sein.

Ich habe unlängst eine Anfrage bezüglich der Stromproduktion einer GmbH gestellt. Dabei habe ich gefragt, ob das Land die Möglichkeit hat, die verfügbaren und abgeleiteten Wassermengen sowie die produzierten Strommengen in Erfahrung zu bringen. Ich habe nicht schlecht gestaunt, als ich in der Antwort gelesen habe: "*Leider gibt es in diesem Fall keine aktive Messstelle, welche eine kontinuierliche Messung der abgeleiteten Wassermenge ermöglicht. Aus diesem Grund kann über die effektiv verfügbare und abgeleitete Wassermenge keine Auskunft erteilt werden. Der Betreiber der Anlage ist jedoch verpflichtet, die Stromproduktion jährlich dem UTIF zu*



*melden. Die Produktionsmenge kann dort in Erfahrung gebracht werden."* Landesrat Theiner, wenn ich das nächste Mal eine solche Anfrage stelle, dann erwarte ich mir, dass Sie beim UTIF nachfragen. Sonst kann ich ja gleich dort nachfragen. Das gehört zur Anfrage dazu und es ist Ihre Verpflichtung, das zu beantworten. Es gibt auch ein entsprechendes Gutachten von Seiten des Rechtsamtes des Landtages, das besagt, dass die Landesregierung verpflichtet ist, bei übergeordneten oder anderen Institutionen die entsprechenden Informationen einzuholen. Ich möchte Sie daran erinnern! Es geht mir nicht darum, einer Genossenschaft auf die Nerven zu gehen. Ich möchte lediglich Daten erfahren. Es ist im Übrigen auch so, dass gerade in dieser Sache ein Gerichtsverfahren behängt. Im Jahr 2006 hat jemand eine Konzession bekommen. Daraufhin gab es eine Anfechtung, wobei das Gericht bis heute nicht entschieden hat. In welchem Rechtsstaat leben wir? Auch der Stromproduzent, egal wie er heißt, hat ein Recht, irgendwann zu erfahren, ob er das machen kann oder nicht. Das sind Zustände, die nicht aufrecht erhalten werden sollten. Was die Restwassermenge anbelangt, so wurde sie in diesem spezifischen Fall teilweise auch nicht eingehalten.

Wie gesagt, der Gesetzentwurf geht sicher in die richtige Richtung und enthält viele positive Ansätze. Ich möchte auf den Tagesordnungsantrag des Kollegen Noggler, der die Fischerei betrifft, verweisen. Diese Geschichte muss wirklich ernst genommen werden, denn der Fischbestand wird eher als Randerscheinung gesehen, obwohl er im Ökosystem des Landes eine wichtige Rolle spielt. Dementsprechend soll er gewürdigt werden.

**STEGER (SVP):** Landesrat Theiner, Sie haben gehört, dass Ihr Gesetzentwurf in die richtige Richtung geht. Auch wir sehen das so. Vor allem sehen wir die Notwendigkeit, in dieser Materie Ordnung zu schaffen. Wir sehen auch die Notwendigkeit, Anpassungen an europäische Vorgaben, die in den letzten Jahren nicht gemacht worden sind, mit dem vorliegenden Gesetzentwurf werden diese Anpassungen vorgenommen. Es besteht ein Gesuchstau, der aufzulösen ist, weil die Bürger ein Recht haben, ihre Anträge innerhalb einer angemessenen Zeit beantwortet zu bekommen. Kollege Dello Sbarba, was soll man tun? Wir alle wissen, dass der Wassernutzungsplan, der im Jahr 2010 verabschiedet worden ist, in Rom behängt. Der Gewässernutzungsplan baut maßgeblich auf diesem auf. Es würde keinen Sinn machen, jetzt zuzuwarten. Es ist richtig, dass man die Materie regelt. Im Übrigen denke ich, dass die Kritik in Bezug auf Artikel 35 nur teilweise zutrifft. Sie wissen, dass alle Anträge, die nicht veröffentlicht sind, nach dem neuen Verfahren abgewickelt werden.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** *(interrompe)*

**STEGER (SVP):** Ja, aber wollen Sie warten, bis wir aus eine Rom Antwort bekommen? Es ist Zeit, die Materie endlich zu regeln. Es ist wichtig, dass ein Ausgleich zwischen Ökologie und Ökonomie gefunden wird. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird dieser Ausgleich gefunden. Ich halte es für sehr angemessen und für richtig, dass man eine Trennung zwischen den Ausgleichszahlungen und den technischen Umweltmaßnahmen vornimmt. Dort wird die Bewertung getrennt gemacht. Wenn man Verfahren beschleunigen will, dann ist es richtig, dass die Konzession über das Land läuft und es nicht wiederum eine Baukonzession von Seiten der zuständigen Gemeinde braucht. Beschleunigung und Entbürokratisierung gehören zu den Zielsetzungen dieser Landesregierung und werden in diesem Gesetzentwurf auch umgesetzt, ohne dass die Rechte und Notwendigkeiten, die von öffentlichem Interesse sind, eingeschränkt werden.

Ich glaube, dass dieser Gesetzentwurf ein guter Kompromiss ist. Wir sollten die kleinen und mittleren Wasserleitungen regeln. Ich hoffe, dass dann endlich Ordnung in diesen Bereich gebracht werden kann. Wie gesagt, für uns ist es wesentlich, dass es einerseits Klarheit, andererseits einen angemessenen Ausgleich zwischen ökologischen und ökonomischen Interessen gibt. Deshalb werden wir diesem Gesetzentwurf zustimmen.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Solo per precisare una cosa rispetto a quanto diceva il collega Steger, di cui alcune cose sono condivisibili, ma c'è un punto che non è corretto dal punto di vista dell'informazione. Noi non abbiamo il piano di tutela delle acque, il "Gewässerschutzplan" e questo non dipende da Roma ma da noi. Il piano di tutela delle acque, che è lo strumento fondamentale, perché tu prima ...il Nutzungsplan ce l'abbiamo tanto è vero delle delibere della Giunta provinciale che Roma dica sì o dica no, che faccia osservazioni ecc. sono già basate su quel piano, moltissime delibere di autorizzazioni o di negazioni delle concessioni noi lo consideriamo valido, ma il "Gewässerschutzplan" non passa da Roma, è un piano di settore previsto dalla legge urbanistica e doveva essere approvato entro la fine del 2003 da noi. Se non è stato approvato è perché la Giunta provinciale che ha governato fino a poco tempo fa non voleva legarsi le mani, preferiva decidere caso per caso. Questa è una svolta politica che riconosco, invece di dire: non obbedisco neanche alla mia

legge urbanistica provinciale, non faccio il piano, faccio finta di non averlo, e poi valuto momento per momento, la Giunta attuale dice: "No, facciamo il piano, stabiliamo cosa c'è da tutelare, cosa può essere ulteriormente utilizzato, quanto può essere utilizzato, come vanno tenute le dighe, come vanno tenuti i serbatoi, ecc. tutto quello che bisogna fare. Questo è un fatto politico importante, però visto il livello di sfruttamento che abbiamo raggiunto nei nostri fiumi e nei nostri torrenti che tutti conosciamo, se noi giudichiamo le 393 domande che giacciono senza avere questo strumento, azzoppiamo questa volontà della Giunta. Questo strumento cioè arriva quando la partita è giocata. Poi ovviamente servirà per i rinnovi e per un sacco di cose, per cui va fatto, però la partita delle circa 400 domande è giocata, quindi ci giochiamo gli spazi residui, perché se di queste 400 domande anche se ne vengono accettate una cinquantina di cui la metà medie/grosse, compromettiamo la partita. A meno che la volontà della Giunta non sia di archiviare tutte queste 400 domande! Ma non credo sia questa, e non credo sia possibile, perché una parte delle domande son già avviate alla Conferenza dei servizi ecc.

Crede che la strada migliore sarebbe dire che visto che questo piano di tutela delle acque era previsto fin dal 2003, visto che già prima le normative dicevano che ci si deve orientare a questo piano, le domande vengono sospese ancora per un po' di tempo, fino a che questo piano non sarà approvato. Crede che ci siano tutti gli elementi per poterlo approvare entro alcuni mesi e per poter fare un'operazione che sia coerente con il tipo di nuovo indirizzo annunciato, che dica che ci diamo delle regole. Non è che stabiliamo concessione per concessione come va quel giorno o, peggio, chi la propone. Ci diamo un piano, dei criteri uguali per tutti, dopodiché le concessioni vengono date in base ad esso. Ma se, non avendo questo piano, ci giochiamo le 400 domande giacenti, non so cosa rimane per il futuro, se non i rinnovi di concessioni!

**THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP):** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich für die konstruktiven Beiträge, die geleistet wurden. Zunächst folgende Information: Bis zum heutigen Stichtag sind insgesamt 996 Konzessionen vergeben wurden. Von diesen betreffen 30 Großwasserableitungen, 151 mittlere Wasserableitungen und 815 kleinere Wasserableitungen. Mittlerweile liegen 418 Gesuche auf, von denen insgesamt 188 mittlere Ableitungen und 230 kleinere Ableitungen betreffen. Von den Gesuchen für mittlere Ableitungen sind 128 noch nicht veröffentlicht worden.

Nun zur Generaldebatte selbst. Es ist von allen anerkannt worden, dass der Gesetzentwurf in die richtige Richtung geht. Dabei wurde gefragt, was mit den aufliegenden Gesuchen geschieht und ob es nicht eine Unterlassung von Seiten der Verwaltung wäre. Sie alle kennen den Vorschlag, der im Artikel 35 vorgesehen ist. Ich lese ihn noch einmal vor: "*Bis zum Inkrafttreten des Gewässerschutzplanes, aber nicht länger als bis zum 30. Juni 2015 werden keine neuen Gesuche angenommen. Bis zum Inkrafttreten dieses Planes legt die Landesregierung nach Anhörung des Rates der Gemeinden, der Expertenrunde Energie und der repräsentativsten Umweltschutzverbände Südtirols die besonders sensiblen Gewässerabschnitte fest, welche auf jeden Fall von der hydroelektrischen Nutzung ausgeschlossen sind.*" Es wurde zu Recht angeprangert, dass man von Fall zu Fall entscheidet. Diesbezüglich möchte ich die Gelegenheit nutzen, der sogenannten Expertengruppe Energie ein Dankeschön zu sagen, die die Vorarbeit geleistet hat. Es war das erste Mal, dass die verschiedenen Akteure des Energiebereichs zusammengekommen sind und versucht haben, einen gemeinsamen Nenner zu finden. Wertvoll war auch die Arbeit im Gesetzgebungsausschuss. Es sind viele Anliegen in den Gesetzentwurf eingeflossen.

Ich glaube, dass der Gesetzentwurf auf eine breite Zustimmung stoßen kann, da er eine Unterscheidung zwischen kleineren und mittleren Ableitungen vornimmt. Diesbezüglich gibt es einen Konsens. Es wurde gesagt, dass es zu lange dauert, bis eine Konzession erteilt wird. Bei der Erstellung des Gesetzentwurfes wurde auch darüber diskutiert, wie es zu einer raschen Behandlung des Gesuches kommen kann. Dass man jetzt wieder hergeht und sagt, dass alle Genehmigungsverfahren ausgebaut werden sollen, ... Also, da beißt sich die Katze in den Schwanz. Da muss man schon eine konsequente Linie ziehen.

Ich bedanke mich bei den Diskussionsteilnehmern für die vielen Anliegen, die eingereicht worden sind. Zu den einzelnen Themen werde ich dann im Rahmen der Artikeldebatte Stellung nehmen.

**PRÄSIDENT:** Somit ist die Generaldebatte abgeschlossen.

**Tagesordnung Nr. 1 vom 13.1.2015, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Heiss, betreffend Ausgleichszahlungen für Umweltschäden der acht Betreiber der vormaligen ENEL-Kleinkraftwerke.**

**Ordine del giorno n. 1 del 13/1/2015, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss, riguardante investimenti ambientali per le 8 medie centrali ex Enel.**

*Aufgrund einer Vereinbarung zwischen dem Land Südtirol und ENEL kann die SEL AG die übrigen Anteile (40%) an der SE Hydropower zum Gesamtpreis von 400 Millionen Euro erwerben. Das Haushaltsgesetz Nr. 25/14 enthält bereits einen entsprechenden Artikel, mit dem die Landesregierung befugt wird, Garantien für aufgenommene Darlehen in Höhe von bis zu 560 Millionen Euro zu stellen.*

*Damit würde die SEL zur alleinigen Eigentümerin der Gesellschaft. In Südtirol betreibt die SE Hydropower auch 8 mittlere E-Werke, deren Konzession am 31.12.2029 ausläuft, und für die keine Ausgleichszahlungen für Umweltschäden an die Ufergemeinden zu tätigen sind.*

*Es handelt sich dabei um folgende E-Werke: Fontana bianca/Weissenbrunn (GD/1596, Ufergemeinden: Ulten), Campill (comuni rivieraschi: D/1384, Ufergemeinden: St. Martin), Predoi/Prettau (D 1037, Ufergemeinden: Prettau), Stegona/Stegen (Gd 980, Ufergemeinden: Bruneck), Pontives (GD 37, Ufergemeinden: Kastelruth und Lajen, Selva Gardena/Wolkenstein (GD 238, Ufergemeinden: Wolkenstein), Versciaco/Vierschach (GD 66, Ufergemeinden: Innichen), Pracupola/Kuppelwies (GS/87, Ufergemeinden: Ulten).*

*Für die Hydros-Werke, deren Konzessionen vor dem Ablauf stehen, wurde ein Weg gefunden, damit der Betreiber noch vor der Erneuerung der Konzession Ausgleichszahlungen für Umweltschäden in Höhe von €38 pro kW-Nennleistung entrichtet. Die Lösung findet sich im Art. 19-bis des Landesgesetzes Nr. 7 aus dem Jahr 2006, in der mit Gesetz Nr. 13/2013 aktualisierten Fassung.*

*Die Konzessionen für die 8 Kleinwasserkraftwerke, die vormalig der Enel gehörten, fallen zwar nicht in die Kategorie der verlängerten Konzessionen (obgleich das Land zunächst die Ansicht vertrat, dass auch diese zum 31.12.2010 auslaufen sollten), allerdings liegt es eindeutig im Interesse der Gemeinden, die Frage der Ausgleichszahlungen für Umweltschäden vor dem fernen Jahr 2029 zu klären. Dies kann vom Gesetz abhängig gemacht werden, aber auch von einer Vereinbarung zwischen Betreiber und Ufergemeinde, deren Abschluss durch das Land zu erleichtern ist. Der Abschluss einer derartigen Vereinbarung dürfte sich als schwierig erweisen, solange Enel Anteile an SE Hydropower hält, sollte aber machbar sein, sobald SEL, auch dank den finanziellen Garantien des Landes, zur alleinigen Eigentümerin der Gesellschaft wird.*

*aus diesen Gründen*

*verpflichtet  
der Südtiroler Landtag*

*die Landesregierung, sobald die SEL alleinige Eigentümerin der SE Hydropower geworden ist, ihre Vertreter im Verwaltungsrat der SEL zur Unterbreitung eines Vorschlags anzuweisen, wonach die SE Hydropower Vereinbarungen mit den Ufergemeinden der 8 Kleinkraftwerke, die vormalig der Enel gehörten, abschließen soll, damit im Zusammenhang mit den Ausgleichszahlungen für Umweltschäden eine Lösung gefunden wird, die den Festlegungen nach Art. 19-bis des Landesgesetzes Nr. 7/2006 in der mit Gesetz Nr. 13/2013 abgeänderten Fassung entspricht.*

-----

*La Provincia ha stretto un accordo con Enel per l'acquisto da parte di Sel Spa della residua quota dei 40% di partecipazione in SE Hydropower al prezzo complessivo di 400 milioni di €. Nella Legge finanziaria provinciale n. 25/14 è già stato predisposto un apposito articolo che autorizza la Giunta provinciale a rilasciare garanzie a copertura di prestiti contratti fino a € 560 milioni.*

*In questo modo Sel diventerebbe proprietaria al 100% della società. In Alto Adige SE Hydropower gestisce anche 8 medie centrali con scadenza 31-12-2029 per le quali non è previsto il pagamento di alcun investimento ambientale a favore dei comuni rivieraschi.*

*Le centrali sono quelle di: Fontana bianca/Weissenbrunn (GD/1596, comuni rivieraschi: Ultimo), Longuiarù (comuni rivieraschi: D/1384, comuni rivieraschi: S. Martino), Predoi/Prettau (D 1037, comuni rivieraschi: Predoi), Stegona/Stegen (Gd 980, comuni rivieraschi: Brunico), Pontives (GD 37, comuni rivieraschi: Castelrotto e Laion), Selva Gardena/Wolkenstein (GD 238, comuni rivieraschi: Selva Gardena), Versciaco/Vierschach (GD 66, comuni rivieraschi: San Candido), Pracupola/Kuppelwies (GS/87, comuni rivieraschi: Ultimo).*

*Per le centrali Hydros in scadenza è stato trovato un modo grazie al quale il gestore, anche prima del rinnovo della concessione, il gestore paga investimenti ambientali pari a € 38 per ogni kW di potenza nominale. La soluzione è prevista dall'art. 19/bis della legge provinciale n. 7 del 2006, come modificato con legge n. 13 del 2013.*

*Pur non rientrando le 8 centrali "mini idro" ex Enel nella categoria delle concessioni prorogate (anche se in un primo momento, almeno secondo la Provincia autonoma, anche queste concessioni dovevano scadere al 31-12-2010) è chiaro che è interesse dei comuni trovare una soluzione per il pagamento di misure di compensazione ambientale prima del lontano 2029. Ciò può dipendere dalla legge, ma anche da un accordo tra gestore e comune rivierasco, facilitato dalla Provincia. Un simile accordo, difficile finché Enel partecipa a SE Hydropower, dovrebbe essere fattibile nel momento in cui, grazie anche alle garanzie finanziarie della Provincia, Sei diventa unica proprietaria della società. Tutto ciò premesso,*

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano  
impegna  
la Giunta provinciale,*

*una volta che Sel sia diventata proprietaria al 100% della società Se Hydropower, a dare indicazione ai propri rappresentanti nel CDA della società Sel a proporre che la società SE Hydropower stipuli accordi con i comuni rivieraschi delle 8 centrali "mini idro" ex Enel affinché sia trovata una soluzione per il pagamento di investimenti di compensazione ambientale ispirata a quanto già previsto dall'art. 19/bis della legge provinciale n. 7 del 2006, come modificato con legge n. 13 del 2013.*

Herr Abgeordneter Dello Sbarba, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Leggo il testo:

*"La Provincia ha stretto un accordo con Enel per l'acquisto da parte di Sel Spa della residua quota del 40% di partecipazione in SE Hydropower al prezzo complessivo di 400 milioni di €. Nella Legge finanziaria provinciale n. 25/14 è già stato predisposto un apposito articolo che autorizza la Giunta provinciale a rilasciare garanzie a copertura di prestiti contratti fino a € 560 milioni. In questo modo Sel diventerebbe proprietaria al 100% della società. In Alto Adige SE Hydropower gestisce anche 8 medie centrali con scadenza 31-12-2029 per le quali non è previsto il pagamento di alcun investimento ambientale a favore dei comuni rivieraschi. Le centrali sono quelle di: Fontana bianca/Weissenbrunn (GD/1596, comuni rivieraschi: Ultimo), Longuiarù (comuni rivieraschi: D/1384, comuni rivieraschi: S. Martino), Predoi/Prettau (D 1037, comuni rivieraschi: Predoi), Stegona/Stegen (Gd 980, comuni rivieraschi: Brunico), Pontives (GD 37, comuni rivieraschi: Castelrotto e Laion), Selva Gardena/Wolkenstein (GD 238, comuni rivieraschi: Selva Gardena), Versciaco/Vierschach (GD 66, comuni rivieraschi: San Candido), Pracupola/Kuppelwies (GS/87, comuni rivieraschi: Ultimo). Per le centrali Hydros in scadenza è stato trovato un modo grazie al quale il gestore, anche prima del rinnovo della concessione, il gestore paga investimenti ambientali pari a € 38 per ogni kW di potenza nominale. La soluzione è prevista dall'art. 19/bis della legge provinciale n. 7 del 2006, come modificato con legge n. 13 del 2013. Pur non rientrando le 8 centrali "mini idro" ex Enel nella categoria delle concessioni prorogate (anche se in un primo momento, almeno secondo la Provincia autonoma, anche queste concessioni dovevano scadere al 31-12-2010) è chiaro che è interesse dei comuni trovare una soluzione per il pagamento di misure di compensazione ambientale prima del lontano 2029. Ciò può dipendere dalla legge, ma anche da un accordo tra gestore e comune rivierasco, facilitato dalla Provincia. Un simile accordo, difficile finché Enel partecipa a SE Hydropower, dovrebbe essere fattibile nel momento in cui, grazie anche alle garanzie finanziarie della Provincia, Sel diventa unica proprietaria della società.*

*Tutto ciò premesso, il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano impegna la Giunta provinciale,*

*una volta che Sel sia diventata proprietaria al 100% della società Se Hydropower, a dare indicazione ai propri rappresentanti nel CDA della società Sel a proporre che la società SE Hydropower stipuli accordi con i comuni rivieraschi delle 8 centrali "mini idro" ex Enel affinché sia trovata una soluzione per il pagamento di investimenti di compensazione ambientale ispirata a quanto già previsto dall'art. 19/bis della legge provinciale n. 7 del 2006, come modificato con legge n. 13 del 2013."*

Si propone se, una volta che, se una volta che Sel sia proprietaria al 100% di Se Hydropower, ci sia un accordo, so benissimo che Se Hydropower visto che queste 8 medie centrali è stato stabilito che scadono nel 2029 è vero che non si può per legge costringere nessuno a pagare investimenti ambientali, ma visto che questa si tratte-



rebbe di una società al 100% di proprietà di SEL e quindi di proprietà della Provincia, potrebbe essere tentata una strada di accordi fra comuni rivieraschi e società Se Hydropower una volta che essa sia libera da ENEL per stipulare il pagamento di investimenti compensativi sull'ambiente sui territori dei comuni rivieraschi. Credo sia un dovere di riequilibrio e di giustizia perché ci sono molte centrali che pagano questi investimenti ambientali, mentre loro non li pagano, e di solidarietà verso i comuni che hanno sul territorio queste centrali e che, non dimentichiamoci, prima del 2010 la Provincia riteneva che la scadenza di queste centrali fosse insieme alla scadenza delle grandi centrali, cioè a fine 2010. Poi c'è stata una trattativa, a mio parere neanche troppo trasparente con ENEL, con il Governo ecc. e queste centrali sono state rimandate al 2029, ma all'inizio c'era anche un documento ufficiale della Provincia con l'elenco di tutte le centrali con le date di scadenza in cui era indicata la data del 31/12/2010, quindi queste centrali dovevano già essere rinnovate in base a nuovi criteri e con investimenti ambientali ecc. C'è stata questa trattativa assai oscura che ha portato lo spostamento al 2029, però credo che noi siamo in debito verso i comuni rivieraschi di queste 8 centrali del pagamento di investimenti ambientali. È chiaro che finché c'è ENEL dentro è difficile farlo, con Hydros è stato fatto perché si è stabilito che per le centrali scadute e prolungate d'ufficio pagano gli investimenti ambientali, quindi finché c'è ENEL è difficile farlo, ma nel momento in cui Sel dovesse diventare proprietaria al 100% di queste centrali, credo che nulla osta acchè una società al 100% pubblica non stipuli delle convenzioni con i comuni per investimenti compensativi sul proprio territorio.

**THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP):** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Sie haben vielleicht den Änderungsantrag zu Artikel 36 gesehen. Sie werden mir zustimmen, dass sich dieser Tagesordnungsantrag erübrigt. In Artikel 36 ist Folgendes vorgesehen: *"Im Falle von kleinen oder mittleren Anlagen zur Erzeugung hydroelektrischer Energie kann die Abtretung von Aktien oder Anteilen von Gesellschaften, an denen das Land direkt oder indirekt eine Beteiligung hält, an andere Gesellschafter zum Preis der Gesamtinvestitionen, zuzüglich ASTAT-Aufwertung, erfolgen, sofern es sich um örtliche Körperschaften handelt."* Das sagt alles, und deshalb braucht es diese Tagesordnung nicht. Wir sind sowieso gewillt, diese Anteile an die Gemeinden abzutreten.

**PRÄSIDENT:** Wir stimmen über Tagesordnung Nr. 1 ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 12 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen abgelehnt.

**Tagesordnung Nr. 2 vom 13.1.2015, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Heiss, betreffend Fusion zwischen SEL und Etschwerken: zuerst Neubewertung der Konzessionen.**

**Ordine del giorno n. 2 del 13/1/2015, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss, riguardante la fusione SEL-AEW prima il riesame delle concessioni.**

*Artikel 9 des Omnibusgesetzes Nr. 17/14 schreibt eine Neuordnung des Stromsektors vor und führt unter den möglichen Instrumenten die allfällige Verschmelzung der öffentlicher Gesellschaften zu einer neuen Landesgesellschaft an. In diesem Zusammenhang wurden zwischen dem Land Südtirol und den Gemeinden Bozen und Meran Verhandlungen über einen Zusammenschluss der SEL AG und der Etschwerke AG geführt.*

*Zeitgleich wurde aber auch das Verfahren zur Neubewertung der vom Land aufgrund von manipulierten Projekten erteilten Konzessionen für vormalige Kraftwerke der ENEL eingeleitet. Dieses widerrechtliche Vorgehen wurde mit Urteil Nr. 138/2013 des Landesgerichts Bozen, Abteilung für Strafsachen, festgestellt, wonach Straftatbestände wie Betrug, wettbewerbsbeschränkende Absprache bei Ausschreibungen, Verletzung des Amtsgeheimnisses, Falschbeurkundung im Amt usw. erfüllt sind.*

*Nach dem Beschluss der Landesregierung Nr. 562 vom 15.04.2014 über eine Neubewertung, die sich mittlerweile in der Endphase befindet, nimmt das Land im Rahmen eines Abhilfeverfahrens eine Neubewertung der rechtmäßig eingereichten Konzessionsanträge vor und erteilt die Konzessionen der E-Werke an die Bestbieter. Die Kraftwerke, die Gegenstand dieser Neubewertung sind, sind 12 an der Zahl (10 vormalige Enel-Kraftwerke, das Kraftwerk Töll, das ehemalige Kraftwerk der Etschwerke bzw. der Edison und das Kraftwerk Laas), bei einer Jahresproduktion von über 2.300 gWh, also beinahe die Hälfte der landesweiten Produktion. Die Konzessionserteilung an den einen oder*

anderen Bieter (sowohl SEL als auch die Etschwerke sind interessiert) kann sowohl den Wert als auch die Bewertung der geplanten Fusion verändern.

In den Beschlüssen der Gemeindefräusschüsse von Bozen und Meran vom 11. Dezember 2014 (Nr. 827 bzw. Nr. 491) wird der Abschluss des Abhilfeverfahrens des Landes Südtirols als unentbehrliche Voraussetzung für eine Entscheidung über eine allfällige Fusion angeführt. Weiters wird im unteren Teil der Beschlusses bekräftigt, dass es unter den gegebenen Umständen nicht möglich sei, vom Abschluss des vom Land Südtirol mit Beschluss Nr. 562 vom 15.04.2014 eingeleiteten Neubewertungsverfahren in der darin angegebenen Art und Weise abzusehen.

Die Landesregierung von Meran geht noch ein Stück weiter und ergänzt: "Diese Überlegung wird noch dazu von der von dieser Körperschaft und vom Verwaltungsrat der Etschwerke AG geäußerten Notwendigkeit untermauert, dass die volle Einhaltung der Legalität in Bezug auf die Erteilung der großen Wasserleitungen zur Erzeugung elektrischer Energie Voraussetzung für den Zusammenschluss der SEL mit den Etschwerken sein muss".

Aus diesen Gründen

verpflichtet  
der Südtiroler Landtag

die Landesregierung, dem Willen der Gemeinden Bozen und Meran Rechnung zu tragen und jedwede Entscheidung über eine Fusion zwischen der SEL AG und der Etschwerke AG vom Abschluss des Neubewertungsverfahrens der Anträge abhängig zu machen, das vom Land Südtirol mit Beschluss der Landesregierung Nr. 562 vom 15.04.2013 eingeleitet wurde.

-----

La legge Omnibus n. 17/14, articolo 9, prevede una riorganizzazione del settore energetico e indica, tra i possibili strumenti, l'eventuale integrazione di società pubbliche in una nuova società provinciale. Sono state condotte trattative tra Provincia e comuni di Bolzano e Merano per portare le società Sel e AEW sotto lo stesso tetto.

Contemporaneamente è aperta anche la procedura di riesame delle concessioni ex Enel rilasciate dalla Provincia sulla base della manipolazione dei progetti, una illegalità sanzionata dalla sentenza del Tribunale di Bolzano, sezione penale, n. 138/2013, in cui sono stati accertati gravi reati quali la truffa, la turbativa d'asta, rivelazione di segreti d'ufficio, falso ideologico ecc...

La procedura di riesame, avviata dalla delibera di Giunta provinciale n. 562 del 15-4-2013 ed entrata ormai nella fase finale, prevede che la Provincia agisca in autotutela riesaminando i progetti regolarmente presentati alla gara per le concessioni e assegni nuovamente le centrali al soggetto che ha presentato il progetto migliore. Ricordiamo che le centrali oggetto di riesame sono 12 (10 ex Enel, più Tel – ex AE – e Lasa – ex Edison) per una produzione annua di oltre 2.300 gWh, quasi la metà della produzione provinciale. L'assegnazione all'uno o all'altro soggetto in gara (sono interessate sia Sel che AEW) può spostare sia i valori che la valutazione della progettata fusione.

Le giunte comunali di Bolzano e Merano, nelle loro delibere dell'11 dicembre 2014 (la n. 491 per Merano e n. 827 per Bolzano) hanno affermato di considerare come "condizioni ritenute essenziali" per decidere sulla eventuale fusione "la previa conclusione del procedimento di autotutela avviato dalla Provincia autonoma di Bolzano", ribadendo più avanti che "rebus sic stantibus, non pare allo stato potersi prescindere dalla conclusione dei procedimenti di riesame avviati dalla Provincia autonoma di Bolzano con delibera n. 562 del 15-4-2014 nelle forme e nei modi ivi previsti".

La giunta di Merano è andata anche oltre, aggiungendo: "Tale considerazione è per di più supportata dall'esigenza manifestata da parte di quest'Ente e del Consiglio di amministrazione di AEW di subordinare l'operazione di integrazione di Sel e Aew al pieno rispetto della legalità in relazione all'affidamento delle concessioni idroelettriche".

Tutto ciò premesso,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano  
impegna  
la Giunta provinciale,

a rispettare la volontà espressa dai Comuni di Bolzano e Merano e subordinare qualsiasi decisione in merito all'integrazione tra le società Sel e Aew all'avenuta conclusione del procedimento di riesame delle concessioni idroelettriche avviato in autotutela dalla stessa Provincia con Delibera di Giunta provinciale n. 562 del 15-4-2013.



Herr Abgeordneter Dello Sbarba, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Si tratta della fusione tra AE-AEW e SEL, ed è anche uno strumento, questo ordine del giorno, per potare la discussione qui, perché si discute del fatto di quando e come i consigli comunali dovranno deliberare questa fusione ma dal punto di vista del Consiglio provinciale la decisione passa solo dalla Giunta ed è una decisione importante. Chiedo quindi all'assessore non solo di replicare dicendo che accetta o respinge l'ordine del giorno ma di darci anche le ultime informazioni ufficialmente di cose sta andando avanti questa trattativa.

*"La legge Omnibus n. 17/14, articolo 9, prevede una riorganizzazione del settore energetico e indica, tra i possibili strumenti, l'eventuale integrazione di società pubbliche in una nuova società provinciale. Sono state condotte trattative tra Provincia e comuni di Bolzano e Merano per portare le società Sel e AEW sotto lo stesso tetto. Contemporaneamente è aperta anche la procedura di riesame delle concessioni ex Enel rilasciate dalla Provincia sulla base della manipolazione dei progetti, una illegalità sanzionata dalla sentenza del Tribunale di Bolzano, sezione penale, n. 138/2013, in cui sono stati accertati gravi reati quali la truffa, la turbativa d'asta, rivelazione di segreti d'ufficio, falso ideologico ecc... La procedura di riesame, avviata dalla delibera di Giunta provinciale n. 562 del 15-4-2013 ed entrata ormai nella fase finale, prevede che la Provincia agisca in autotutela riesaminando i progetti regolarmente presentati alla gara per le concessioni e assegni nuovamente le centrali al soggetto che ha presentato il progetto migliore. Ricordiamo che le centrali oggetto di riesame sono 12 (10 ex Enel, più Tel – ex AE – e Lasa – ex Edison) per una produzione annua di oltre 2.300 gWh, quasi la metà della produzione provinciale. L'assegnazione all'uno o all'altro soggetto in gara (sono interessate sia Sel che AEW) può spostare sia i valori che la valutazione della progettata fusione. Le giunte comunali di Bolzano e Merano, nelle loro delibere dell'11 dicembre 2014 (la n. 491 per Merano e n. 827 per Bolzano) hanno affermato di considerare come "condizioni ritenute essenziali" per decidere sulla eventuale fusione "la previa conclusione del procedimento di autotutela avviato dalla Provincia autonoma di Bolzano", ribadendo più avanti che "rebus sic stantibus, non pare allo stato potersi prescindere dalla conclusione dei procedimenti di riesame avviati dalla Provincia autonoma di Bolzano con delibera n. 562 del 15-4-2014 nelle forme e nei modi ivi previsti". La giunta di Merano è andata anche oltre, aggiungendo: "Tale considerazione è per di più supportata dall'esigenza manifestata da parte di quest'Ente e del Consiglio di amministrazione di AEW di subordinare l'operazione di integrazione di Sel e Aew al pieno rispetto della legalità in relazione all'affidamento delle concessioni idroelettriche".*

Quindi si dice sempre "conclusioni essenziali previa la conclusione" quindi la conclusione deve avvenire prima poi può avvenire la decisione sulla fusione. Non si deve prescindere dalla conclusione della procedura Caia ecc. per cui c'è una chiara indicazione di un prima e di un dopo. Prima deve essere conclusa la procedura di assegnazione quindi di ripristino della legalità delle concessioni idroelettriche, e poi può essere valutata l'operazione della fusione.

*"Tutto ciò premesso, il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano impegna la Giunta provinciale, a rispettare la volontà espressa dai Comuni di Bolzano e Merano e subordinare qualsiasi decisione in merito all'integrazione tra le società Sel e Aew all'avenuta conclusione del procedimento di riesame delle concessioni idroelettriche avviato in autotutela dalla stessa Provincia con delibera di Giunta provinciale n. 562 del 15-4-2013."*

Vorrei aggiungere un'altra cosa, perché non ho diritto di replica dopo l'assessore. Io ho letto sui giornali che la fine della procedura Caia è prevista per fine marzo, che voi vorreste che la decisione nei consigli comunali avvenisse prima della sua chiusura, quindi prima di sapere a chi andranno le centrali. Ovviamente sapete bene anche voi che essendo in gioco grosse centrali, 12 di queste 30, che le centrali vadano a uno o ad un altro o ad un terzo, sposta i valori. Mi è sembrato di leggere, ma chiedo all'assessore di confermarlo, che avreste fatto una serie di clausole, la prima è che se le centrali vanno a uno o all'altro, si sposta il valore della partecipazione o dei comuni o della Provincia nella nuova società e poi mettereste una sorta di clausola d'uscita nel senso che se lo spostamento oltrepassa un certo limite o quindi non fosse più conveniente o per i Comuni o per la Provincia stare dentro la nuova società ci sarebbe una clausola d'uscita dall'operazione. Io mi chiedo se invece che fare tutte queste cose complicate non sia più semplice concludere la procedura Caia e poi chiudere la vicenda della fusione e valutare la fusione da parte sia della Provincia che dei Comuni in maniera positiva, e poi decidere, perché lo spostamento delle centrali potrebbe essere non indolore. Avviene che ENEL è ancora dentro, ENEL ha dei diritti di risarcimento se perde delle centrali, perché ENEL ha portato un certo valore in SE-Hydropower. Poi non so la vicenda di Sant'Antonio. Do per scontato che vi siete convinti che la centrale di Sant'Antonio vada ad un privato, questo ha delle richieste di risarcimento. E poi c'è l'altra vicenda di cui abbiamo letto oggi sul Corriere dell'Alto

Adige che c'è anche la vicenda fiscale aperta con 232 milioni di richiesta alla SEL la quale pensa di cavarsela con 5 milioni, però anche su questo i Comuni hanno detto di aspettare per vedere quanti debiti si porta col fisco la SEL. Oggi sui giornali viene fuori la notizia che c'è anche un'inchiesta penale, perché si sospetta su tutti i passaggi a tasso zero che sono stati fatti per portare le domande di concessione e poi le concessioni ottenute in SE-Hydro-power, l'autorità giudiziaria ha aperto un'inchiesta su questo. Se siamo arrivati alla conclusione che il ripristino del diritto della legalità attraverso il riesame delle concessioni e la chiusura di tutte le questioni aperte dalle illegalità che sono state fatte è presupposto fondamentale per un nuovo assetto della politica energetica per vivere tranquilli i prossimi 25 anni, fino al 2040, senza scheletri nell'armadio, questo scheletro togliamolo prima di fare pressioni, come state facendo, perché decidano alla svelta con un sacco di sub e clausole su clausole. Io ho letto i contratti tra SEL e ENEL, anche lì c'erano clausole su clausole, tanto gli avvocati sono gli stessi, una giungla di cose, l'ufficio complicazioni affari semplici.

Concludete entro marzo la vicenda Caia, vediamo quali sono gli assetti, l'impostazione della fusione c'è ma la decisione della fusione prendiamola dopo la chiusura di questa procedura, perché credo che tutti dobbiamo essere al riparo da qualsiasi sorpresa. Visto che questa vicenda di riassegnazione delle centrali non si sa come andrà a finire, lo dico con preoccupazione, e ci potrebbero essere anche una serie di conseguenze successive a certe decisioni, chiedo che vengano fatte le cose, per una volta, per bene, senza fretta, perché la gatta frettolosa fa i gattini ciechi.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Dieser Tagesordnungsantrag ist sicher sinnvoll bzw. fordert die Klärung einiger Fragen. In der Öffentlichkeit besteht derzeit der Eindruck, dass das Land die Fusion will, während die Gemeinden zögern. Wir haben gehört, dass die Landesregierung von einer Neubewertung der Konzessionen absieht. Deshalb stellt sich die Frage, ob die vorgegebenen Termine realistisch sind. Wie schaut das im Konkreten aus? Wie aus dem Tagesordnungsantrag hervorgeht, hat sowohl die Gemeinde Meran, als auch die Gemeinde Bozen beachtliche Vorbehalte gegenüber dieser Fusion.

**STEGER (SVP):** Es ist nicht wahr, dass die Gemeinden Bozen und Meran die Fusion nicht wollen und dass nur das Land die Fusion will. Meine Partei in der Gemeinde Bozen will die Fusion sehr wohl. Ich möchte auch sagen, dass auch der Herr Bürgermeister die Fusion will. Eine Zusammenlegung der beiden großen Player im Energiebereich wird stattfinden, was langfristig ein Vorteil für Südtirol und für die Städte Bozen und Meran sein wird. Das gilt auch für die restlichen Gemeinden, die auch eine Möglichkeit bekommen sollen, dabei zu sein. Es geht hier nicht um Druck oder Gegendruck, sondern es geht um Vernunft.

Wir alle wissen, dass die Zeiten eng sind. Es gibt Termine, auch vor Gericht. Die politischen Entscheidungen sind jetzt zu treffen. Die Details, wie die Abwicklung stattfinden soll, werden zeitgerecht und nach dem sogenannten "riesame" zu treffen sein. Ich würde davor warnen, den Weg einer Fusion zu verlangsamen bzw. zu blockieren. Wir werden dieser Tagesordnung nicht zustimmen.

**THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP):** Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Verhandlungen bezüglich der Fusion befinden sich auf der Zielgeraden. Was den Vertrag selbst anbelangt, möchte ich keine Details nennen, da ich ihn noch nicht kenne. Er befindet sich nämlich noch in materieller Ausarbeitung. Was die Bewertung der einzelnen Konzessionen usw. anbelangt, so wird das in diesen Tagen ausgearbeitet. Es ist nicht so, dass die Landesregierung Druck auf die beiden Stadtgemeinden hilflos ausüben würde. Dieses Bild entspricht nicht den Tatsachen. Man würde nie von Fusion sprechen, wenn sie nicht für alle Beteiligten von Vorteil wäre. Klar ist, dass man alles in den Bereich der Legalität zurückführen will. Das haben wir immer wieder gesagt. Deshalb müssen wir hier unterscheiden: Eines ist die Neubewertung, etwas anderes ist die politische Entscheidung, ob es zu einer Fusion kommt oder nicht. Ich kann Ihnen nicht sagen, wie lange die Neubewertung dauern wird. Ich selber werde sie nicht machen, denn das machen die zuständigen Ämter. Die Politik wird bestimmt nicht sagen, dass diese oder jene Unterlagen herangezogen werden können. Die Politik wird sich hier bestimmt nicht einbringen. Das werden die zuständigen Ämter, in enger Abstimmung mit der Gerichtsbarkeit, machen. Die Fusion ist eine politische Willensbekundung. Wir sind davon überzeugt, dass es für unser Land von enormem Vorteil ist, wenn es zu dieser Fusion kommt. Ich brauche hier nicht die Zahlen auflisten, die McKinsey ermittelt hat. McKinsey hat mit der Landesregierung überhaupt nicht darüber gesprochen. Von Weisungen oder Gefälligkeitsgutachten sind wir hier meilenweit entfernt. Dazu sind diese Institute viel zu seriös. Hier sind knallharte Zahlen festgehalten worden. Ihr könnt Euch vorstellen, was passieren würde, wenn diese nicht stimmen würden.

Die Landesregierung spricht sich also gegen diese Tagesordnung aus.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Sull'ordine dei lavori. Assessore Theiner, quando Lei dice che la decisione va presa, a me risulta che ai consigli comunali verrà sottoposto il contratto e lo statuto, mi confermate che la "Willensbekundung" è già stata fatta? Quindi la volontà è già stata espressa, qui si tratta di approvare la fusione nella sua concretezza giuridica!

**PRÄSIDENT:** Kollege Dello Sbarba, das ist nicht unbedingt zum Fortgang der Arbeiten.

Wir stimmen über die Tagesordnung Nr. 2 ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 8 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

**Tagesordnung Nr. 3 vom 14.1.2015, eingebracht von den Abgeordneten Noggler und Wurzer, betreffend Fischerei – Maßnahmen zugunsten der Besatzmaßnahmen.**

**Ordine del giorno n. 3 del 14/1/2015, presentato dai consiglieri Noggler e Wurzer, riguardante pesca – interventi di ripopolamento.**

*Den Nutznießern von Fischereigewässern, allen voran den Fischereivereinen, entstehen naturgemäß aus den kleinen und mittleren Ableitungen zur Produktion elektrischer Energie einige Nachteile, die entsprechend ausgeglichen werden sollten.*

*Die Hauptanliegen der Fischerei in Südtirol sind die Erhaltung der Fischgewässer und der Schutz der autochthonen Arten. Das Überleben der einzelnen, ökologisch oder wirtschaftlich wichtigen Fischarten hängt nicht zuletzt von gezielten Maßnahmen in ihren Lebensräumen ab. Weitere Ziele der Südtiroler Fischereipolitik sind die Hege und Förderung der Marmorierten Forelle als Leitfisch der Flüsse sowie die nachhaltige Sicherung der geschützten Fischarten. Dies versucht das Land sowohl durch Verbesserung der Habitate als auch durch direkte Besatzmaßnahmen zu erreichen.*

*Es erscheint angebracht, dass die effektiven Bewirtschafter vor Ort bei der Nutzung von Fischereigewässern mit ins Boot genommen werden und sie für die entstandenen Nachteile in Form von zusätzlichen Fischbeständen auf Kosten der Konzessionäre einen ausgleichenden Ersatz erfahren.*

*Aus diesen Gründen*

*verpflichtet*

*der Südtiroler Landtag*

*die Landesregierung, bei der Vergabe der Konzessionen bezüglich der kleinen und mittleren Ableitungen, welche ausschließlich die Nutzung von Fischereigewässern betreffen, im Auflagenheft vorzusehen, dass der Konzessionär am angemessenen Besatz von Fischen im Gewässer beiträgt, indem er außerhalb und unbeschadet der Maßnahmen zu Gunsten der betroffenen Gewässerökosysteme jährlich im Ausmaß von 10 Kilogramm pro 100 Kilowatt mittlerer Nennleistung der Anlage am Fischbesatz beiträgt. Der Fischbesatz wird zu Gunsten der vor Ort tätigen Bewirtschafter vorgesehen. Diese Auflage gilt für Ableitungen mit einer mittleren Nennleistung größer als 100 Kilowatt. Die Auswahl der Fischarten und die Besetzung wird vom Amt für Jagd und Fischerei abgestimmt. Die Zuteilung des Besatzes richtet sich nach dem Prinzip der größeren Beeinträchtigung der Fischereiabschnitte durch die Ableitungen. Die genannten Maßnahmen dürfen zu keiner Reduzierung bereits bestehender Maßnahmen im Sachgebiet der Fischerei führen.*

-----

*Il fine principale della gestione della pesca in Alto Adige consiste nella conservazione delle acque da pesca e nella protezione delle specie autoctone. La sopravvivenza di alcune specie ittiche, importanti dal punto di vista ecologico o economico, dipende da interventi mirati nei relativi habitat. Un altro importante obiettivo della politica ittica in Alto Adige è la conservazione e l'incremento della trota marmorata, quale specie tipica dei fiumi, nonché l'attuazione di provvedimenti a favore delle specie minori, protette per legge. La Provincia si attiva al riguardo con interventi di miglioramento dell'habitat e con l'immissione diretta di giovani esemplari.*

*Si ritiene opportuno che gli acquicoltori locali siano coinvolti nella gestione delle acque e compensati per gli svantaggi subiti tramite l'immissione di nuovi esemplari a spese dei concessionari.*

*Per questi motivi,*

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano  
impegna  
la Giunta provinciale,*

*a prevedere nel capitolato contestualmente all'assegnazione delle concessioni per piccole e medie derivazioni riguardanti esclusivamente l'utilizzo di acque da pesca, che il concessionario contribuisca a un'adeguata semina di pesci fornendo, in aggiunta e fatti salvi i provvedimenti a favore degli ecosistemi idrici interessati, 10 chilogrammi di semina per ogni 100 Kilowatt di potenza nominale media. Le immissioni sono previste a favore degli acquicoltori locali. La presente disposizione si applica per le derivazioni con potenza nominale media superiore a 100 Kilowatt. La scelta delle specie da immettere e l'assegnazione viene decisa dall'ufficio caccia e pesca. La ripartizione delle immissioni viene effettuata secondo il criterio dei tratti di pesca maggiormente danneggiati dalle derivazioni. I suddetti provvedimenti non devono andare a scapito delle misure in vigore nel settore della pesca.*

Herr Abgeordneter Nogglar, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

**NOGGLER (SVP):** Danke, Herr Präsident! Der Abgeordnete Wurzer und ich haben uns erlaubt, einen Tagesordnungsantrag vorzulegen, wohlwissend, dass diese Materie eigentlich schon geregelt sein müsste. Das Landesgesetz vom 23. Dezember 2010, Nr. 15, sieht vor, dass pro Kilowattstunde 0,95 Euro in einen Fonds für die Erhaltung oder Verbesserung des Fischbestandes in den öffentlichen Gewässern fließen müssen. Wie es dann immer so ist, werden die Kriterien und Modalitäten mit Beschluss der Landesregierung festgelegt. Ich glaube, dass in diesem Fonds circa 800.000 Euro liegen. Mit besagtem Landesregierungsbeschluss wurde festgelegt, wie dieses Geld aufgeteilt wird. Es handelt sich um Stützmaßnahmen zugunsten des Fischbestandes sowie für die von der Landesfischzucht und Fischereibehörde erstellten Projekte, die einmal jährlich aufgelegt und vom zuständigen Landesrat genehmigt werden. Generell ist vorgesehen, dass 65 Prozent dieser Gelder an die Landesfischzucht in Meran fließen, 15 Prozent sind technischer Natur und stehen für Verbesserungsmaßnahmen in Bachläufen zur Verfügung. Weitere 15 Prozent werden für die Forschung verwendet. Das ist alles gut und recht, aber die Fischereiverbände vor Ort spüren von diesem Geld nichts. Das ist der Punkt, auf den wir hinweisen möchten, denn damals wurde anders diskutiert. Es wurde nämlich gesagt, dass Bewirtschafter der Gewässer diejenigen sind, die durch den Bau eines Kraftwerkes einen Nachteil erleiden. Dieser Verlust muss also irgendwie entgolten werden. Es wäre vielleicht angemessen, wenn pro 100 Kilowattstunden mittlere Nennleistung 10 Kilogramm Fische eingesetzt würden. Dadurch würden die Bewirtschafter entschädigt. Der Landesrat weiß, dass nicht alles so funktioniert, wie es funktionieren sollte. Wir möchten mit diesem Tagesordnungsantrag nochmals darauf hinweisen, dass es die Fischereivereine vor Ort sehr schwer haben, wenn Kraftwerke gebaut werden.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Ich halte diesen Antrag für richtig und unterstützenswert. Die Zahlen kann ich nicht beurteilen, aber sie werden schon stimmen. Das gilt für Ableitungen über 100 Kilowatt oder?

**NOGGLER (SVP):** Ja.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Sind die anderen nicht so beeinträchtigend? Gut. Für mich ist neu, dass es einen Leitfisch gibt. Auf jeden Fall fordert auch der Fischereiverband immer wieder andere Maßnahmen im Bereich der sogenannten Fischtreppe usw. Das sind wichtige Maßnahmen, die getroffen werden müssen, um das Fischereiwesen zu erhalten und das bisherige System in irgendeiner Form zu retten.

**SCHULER (Landesrat für Land- und Forstwirtschaft, Zivilschutz und Gemeinden - SVP):** Ich muss den Einbringern dieses Tagesordnungsantrages in zwei Punkten Recht geben. Ein Punkt ist, dass diese Materie eigentlich schon geregelt ist, und zwar über das Gesetz Nr. 15 aus dem Jahr 2010. Die heutige Form der Verteilung der Geldmittel ist sicher nicht ideal, und deshalb muss sie verbessert werden. Die Geldmittel, die als Entschädigung für die Verluste im Bereich der Fischerei eingezahlt werden, müssen auch stärker vor Ort eingesetzt werden. Dadurch können das Gewässer-Ökosystem und der Fischbestand verbessert werden. Ich werde mich auf alle Fälle dafür verwenden, die entsprechende Bestimmung in diesem Sinne abzuändern, würde aber trotzdem darum ersuchen, diesen Tagesordnungsantrag zurückzuziehen. Sonst hätten wir eine zweite Regelung und die Sache würde komplexer.



**WURZER (SVP):** Danke für die Antwort. Wir haben gehofft, dass es in diese Richtung gehen wird. Deshalb ziehe ich diese Tagesordnung zurück.

**PRÄSIDENT:** Wir kommen nun zur Abstimmung über den Übergang zur Artikeldebatte. Ich eröffne die Abstimmung: mit 18 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 12 Enthaltungen genehmigt.

Art. 1

Anwendungsbereich

1. Dieses Gesetz regelt Ableitungen aus öffentlichen Gewässern zur Produktion elektrischer Energie in Anlagen mit einer mittleren jährlichen Nennleistung kleiner als 3.000 kW in Übereinstimmung mit dem Gesamtplan für die Nutzung der öffentlichen Gewässer gemäß Artikel 14 des Dekretes des Präsidenten der Republik vom 31. August 1972, Nr. 670, und mit dem Gewässerschutzplan laut Artikel 27 des Landesgesetzes vom 18. Juni 2002, Nr. 8, und unter Wahrung der Grundsätze des Wettbewerbs, der Niederlassungsfreiheit, der Transparenz, der Nichtdiskriminierung und des Fehlens jeglichen Interessenkonflikts sowie einer höheren Ressourceneffizienz.
2. Als kleine Anlagen zur Erzeugung hydroelektrischer Energie werden Anlagen mit einer mittleren jährlichen Nennleistung kleiner gleich 220 kW definiert (kleine Ableitung).
3. Als mittlere Anlagen zur Erzeugung elektrischer Energie werden Anlagen mit einer mittleren jährlichen Nennleistung größer als 220 kW und kleiner als 3.000 kW definiert (mittlere Ableitung).
4. Die Artikel 15 und 15-bis des Landesgesetzes vom 30. September 2005, Nr. 7, in geltender Fassung, werden sinngemäß auf die kleinen und mittleren Ableitungen angewandt.

Art. 1

Ambito di applicazione

1. La presente legge disciplina le derivazioni di acque pubbliche per la produzione di energia elettrica mediante impianti con una potenza nominale media annua inferiore a 3.000 kW, in conformità al Piano generale per l'utilizzazione delle acque pubbliche di cui all'articolo 14 del decreto del Presidente della Repubblica 31 agosto 1972, n. 670, del Piano di tutela delle acque di cui all'articolo 27 della legge provinciale 18 giugno 2002, n. 8, e nel rispetto dei principi della libera concorrenza, della libertà di stabilimento, della trasparenza, della non discriminazione, dell'assenza di qualsiasi conflitto di interessi, nonché un uso più efficiente delle risorse.
2. Per piccoli impianti per la produzione di energia idroelettrica si intendono gli impianti con una potenza nominale media annua minore o uguale a 220 kW (piccola derivazione).
3. Per medi impianti per la produzione di energia elettrica si intendono gli impianti con una potenza nominale media annua superiore a 220 kW e minore a 3.000 kW (media derivazione).
4. Gli articoli 15 und 15-bis della legge provinciale 30 settembre 2005, n. 7, e successive modifiche, si applicano, per quanto di ragione, ai piccoli e medi impianti.

Wer möchte das Wort zu diesem Artikel? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 21 Ja-Stimmen und 9 Enthaltungen genehmigt.

Art. 2

Zuständigkeiten

1. Die Landesregierung legt Folgendes fest:  
die technischen Leitlinien zu den Gesuchen und zu den anzugebenden Daten und beizulegenden Unterlagen,  
die Ausgleichszahlungen laut den Absätzen 2 und 3, die möglichen Einsatzbereiche, den Modus ihrer Auszahlung und das Monitoring über ihren ordnungsgemäßen Einsatz, im Einvernehmen mit dem Rat der Gemeinden,  
die Leitlinien für die Festlegung der Entschädigung für den scheidenden Konzessionär,  
die Richtlinien über die Art und Weise sowie die Periodizität der Sicherheitsprüfungen.
2. Die Ausgleichszahlungen müssen für folgende Maßnahmen bestimmt sein:  
Maßnahmen zu Gunsten der betroffenen Gewässerökosysteme,

*Maßnahmen für eine umweltverträglichere und sozialere Energieversorgung,  
Maßnahmen zu Gunsten von Natur, Landschaft und Ökosystemen,  
Maßnahmen zur Vorbeugung gegen Naturgefahren und Sicherung der ländlichen Infrastrukturen,  
Maßnahmen zur Klimawandelvorsorge und zur Klimawandeladaptation,  
Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz,  
Maßnahmen im Bereich des technischen Umweltschutzes.*

*3. Die Maßnahmen zur Vorbeugung und Milderung der unmittelbaren negativen Auswirkungen des Projektes auf die Umwelt können nicht als Ausgleichszahlungen geltend gemacht werden.*

*4. Der Landesrat/Die Landesrätin für Energie  
ernennt die Bewertungskommission laut Artikel 9, die vier Jahre im Amt bleibt,  
erteilt die Konzessionen für mittlere Ableitungen,  
erteilt die Unbedenklichkeitserklärung zur Abtretung von mittleren Ableitungen.*

*5. Der Direktor/Die Direktorin der Landesagentur für Umwelt  
erteilt die Konzessionen für kleine Ableitungen,  
erteilt die Unbedenklichkeitserklärung zur Abtretung von kleinen Ableitungen,  
legt die Modalitäten für die Mitteilungen über die erzeugte Energiemenge fest.*

*6. In Abweichung von Artikel 31 Absatz 2 des Landesgesetzes vom 5. April 2007, Nr. 2, ist keine  
Aufsichtsbeschwerde an die Landesregierung zulässig.*

*7. Die von den zuständigen Organen erlassenen Verwaltungsakte sind endgültig.*

*8. Die Höchstdauer des Verfahrens darf 330 Tage nicht überschreiten.*

-----  
Art. 2

Competenze

*1. La Giunta provinciale stabilisce:*

*le linee guida tecniche sulle domande nonché sui dati e documenti da produrre a corredo delle  
stesse;*

*i fondi di compensazione di cui ai commi 2 e 3, con le relative modalità di pagamento, i relativi settori  
di intervento e il monitoraggio del loro corretto utilizzo, d'intesa con il Consiglio dei comuni;*

*le linee guida per la determinazione dell'indennizzo al concessionario uscente;*

*le direttive circa le modalità e la periodicità delle verifiche di sicurezza.*

*2. I fondi di compensazione devono essere destinati a:*

*misure a favore dell'ecosistema idrico di riferimento;*

*misure per il miglioramento della sostenibilità ambientale e sociale dell'approvvigionamento ener-  
getico;*

*misure a favore della natura, del paesaggio e dell'ecosistema;*

*misure di prevenzione e di protezione dalle calamità naturali nonché di messa in sicurezza delle  
infrastrutture rurali;*

*misure di prevenzione dei cambiamenti climatici e a favore degli adattamenti ai cambiamenti clima-  
tici;*

*misure per il miglioramento dell'efficienza energetica;*

*misure nell'ambito della tutela tecnica dell'ambiente.*

*3. Le misure volte a prevenire e mitigare gli effetti negativi direttamente connessi al progetto sull'am-  
biente non sono considerate come fondi di compensazione.*

*4. L'assessore provinciale/L'assessora provinciale all'energia:*

*nomina la commissione di valutazione di cui all'articolo 9, che rimane in carica per quattro anni;*

*rilascia le concessioni per medie derivazioni;*

*rilascia il nulla osta per la cessione di medie derivazioni.*

*5. Il direttore/La direttrice dell'Agenzia provinciale per l'ambiente:*

*rilascia le concessioni per piccole derivazioni;*

*rilascia il nulla osta per la cessione di piccole derivazioni;*

*stabilisce le modalità di comunicazione dei quantitativi di energia prodotta.*

*6. In deroga all'articolo 31, comma 2, della legge provinciale 5 aprile 2007, n. 2, non è ammesso il ri-  
corso gerarchico alla Giunta provinciale.*

*7. Gli atti amministrativi adottati dai competenti organi sono definitivi.*

8. Il termine massimo del procedimento non può superare 330 giorni.

**Änderungsantrag Nr. 1**, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa e Heiss: "Am Ende von Buchstabe a) wird folgender Wortlaut hinzugefügt: 'diese Maßnahmen sind als vorrangig zu betrachten'."

"Alla fine della lettera a) sono aggiunte le seguenti parole: 'tali misure vanno considerate come prioritarie'."

**Änderungsantrag Nr. 2** (Ersetzungsantrag), eingebracht von Landesrat Theiner:

"Artikel 2, Absätze 4 und 5 sind wie folgt ersetzt:/I commi 4 e 5 sono così sostituiti:

'4. Der Landesrat/die Landesrätin für Energie

a) ernennt die Bewertungskommission laut Artikel 9, die vier Jahre im Amt bleibt;

b) erteilt die Konzessionen für kleine und mittlere Ableitungen;

c) erteilt die Unbedenklichkeitserklärung zur Abtretung von kleinen und mittleren Ableitungen.

5. Der Direktor/Die Direktorin der Landesagentur für Umwelt

a) legt die Modalitäten für die Mitteilungen über die erzeugte Energiemenge fest.

-----

4. L'Assessore provinciale/L'Assessora provinciale all'energia

a) nomina la commissione di valutazione di cui all'articolo 9, che rimane in carica per quattro anni;

b) rilascia le concessioni per piccole e medie derivazioni;

c) rilascia il nulla osta per la cessione di piccole e medie derivazioni.

5. Il Direttore/La Direttrice dell'Agenzia per l'ambiente

a) stabilisce le modalità di comunicazione dei quantitativi di energia prodotta'."

**Änderungsantrag Nr. 3**, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Heiss: "Dem Buchstaben b) wird folgender Wortlaut hinzugefügt: 'und kleinere Ableitungen, mit Ausnahme jener, die der Versorgung von nicht an das Stromnetz angeschlossenen Gebäuden oder Almen dienen'."

"Alla lettera b) è aggiunto il seguente testo: 'e per le piccole derivazioni, ad eccezione di quelle volte all'approvvigionamento di edifici o malghe non allacciate'."

**Änderungsantrag Nr. 4**, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Heiss: "Dem Buchstaben c) wird folgender Wortlaut hinzugefügt: 'und kleinen Ableitungen, mit Ausnahme jener, die der Versorgung von nicht an das Stromnetz angeschlossenen Gebäuden oder Almen dienen'."

"Alla lettera c) è aggiunto il seguente testo: 'e di piccole derivazioni, ad eccezione di quelle volte all'approvvigionamento di edifici o malghe non allacciate'."

**Änderungsantrag Nr. 5**, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Heiss: "Dem Buchstaben a) wird folgender Wortlaut hinzugefügt: 'die der Versorgung von nicht an das Stromnetz angeschlossenen Gebäuden oder Almen dienen,'"

"Alla lettera a) è aggiunto il seguente testo: 'volte all'approvvigionamento di edifici o malghe non allacciate'."

**Änderungsantrag Nr. 6**, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Heiss: "Dem Buchstaben b) wird folgender Wortlaut hinzugefügt: 'die der Versorgung von nicht an das Stromnetz angeschlossenen Gebäuden oder Almen dienen,'"

"Alla lettera b) è aggiunto il seguente testo: 'volte all'approvvigionamento di edifici o malghe non allacciate'."

Wer möchte das Wort zu den Änderungsanträgen? Herr Abgeordneter Dello Sbarba, bitte.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Il primo emendamento riguarda gli utilizzi dei fondi di compensazione. Nell'articolo vengono messi tutti gli utilizzi sullo stesso piano, però noi proponiamo che si specifichi che al primo utilizzo, al punto a) misure a favore dell'ecosistema idrico di riferimento venga aggiunto "tali misure vanno considerate come prioritarie", perché se sono misure di compensazione, di risanamento innanzitutto dell'impatto ambientale che un impianto idroelettrico ha, questi fondi di compensazione devono, prima che a costruire il campo da tennis del comune, innanzitutto essere utilizzati per l'equilibrio idrogeologico. Ricordo che tutti i rapporti sullo stato delle acque pubbliche in provincia di Bolzano indicano come tratti critici tutti i tratti interessati da utilizzo di acqua da idroelettrici. L'impatto della produzione idroelettrica è quello più pesante in provincia di Bolzano, quello che determina la rilevazione di più bassi indici di qualità delle acque. Il fatto che i fondi di compensazione possano essere destinati a tutti questi usi va benissimo, ma noi proponiamo che venga specificato che la misura da finanziare prioritariamente sia quella a favore dell'ecosistema idrico di riferimento.

Il secondo emendamento si accavalla con l'emendamento dell'assessore Theiner. Era una proposta che faceva anche il Consiglio dei comuni, cioè nella legge originaria le piccole concessioni vengono rilasciate dal direttore d'ufficio. Il Consiglio dei comuni ha detto no, perché bisogna vedere che cosa sono le piccole concessioni,

hanno una rilevanza, e quindi devono essere messe sotto la responsabilità dell'assessore. Vedo che l'assessore ha portato sotto la sovranità dell'assessore anche le piccole concessioni, e su questo siamo d'accordo. Noi eravamo più timidi, avevamo escluso dalla competenza dell'assessore affidandola al direttore d'ufficio le *"derivazioni, ad eccezione di quelle volte all'approvvigionamento di edifici o malghe non allacciate"*. Intendevamo quelle concessioni sicuramente senza nessun valore economico. Per esempio i rifugi di montagna non sono allacciati alla rete, hanno piccole centraline per alimentarsi, per noi non erano problematiche e potevano essere lasciate all'autorizzazione del direttore d'ufficio, però se l'orientamento della Giunta provinciale è di dare tutte le piccole concessioni senza distinzione all'assessore, a noi va benissimo, quindi se l'emendamento dell'assessore Theiner viene mantenuto in questa forma lo votiamo, e ovviamente cadono tutti i nostri emendamenti.

**THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP):** Mit Änderungsantrag Nr. 1 sind wir einverstanden. Meinen Änderungsantrag brauche ich nicht zu erläutern, denn das war erklärter Wunsch des Rates der Gemeinden und des Gesetzgebungsausschusses. Somit sind die anderen Änderungsanträge hinfällig.

**PRÄSIDENT:** Wir stimmen über die Änderungsanträge ab.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Beim Änderungsantrag von Landesrat Theiner fehlt bei Absatz 4 Buchstabe b) das Wörtchen "und".

**PRÄSIDENT:** Danke für den Hinweis. Das wird also korrigiert.

Änderungsantrag Nr. 1. Ich eröffne die Abstimmung: mit 30 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

Änderungsantrag Nr. 2. Ich eröffne die Abstimmung: mit 29 Ja-Stimmen genehmigt.

Somit sind alle anderen Änderungsanträge hinfällig.

Wer möchte das Wort zum so geänderten Artikel? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab: mit 31 Ja-Stimmen genehmigt.

#### Art. 3

##### Gesuch

1. Das Gesuch um Erteilung einer Konzession ist zusammen mit den in den technischen Leitlinien vorgesehenen Unterlagen beim zuständigen Amt der Landesagentur für Umwelt, in Folge als zuständiges Amt bezeichnet, einzureichen.

2. Wer das erste Gesuch einreicht, gilt als Projektträger.

3. Das zuständige Amt überprüft innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des Gesuches dessen Konformität und die Vollständigkeit der beigelegten Dokumentation.

4. Falls das Gesuch nicht im Widerspruch zu den geltenden Bestimmungen des Gesamtplanes für die Nutzung der öffentlichen Gewässer und des Gewässerschutzplanes steht und die Unterlagen vollständig sind, wird ein öffentliches Verfahren zur Vergabe der Konzession eingeleitet. Das zuständige Amt veröffentlicht im Südtiroler Bürgernetz folgende Daten aus dem Gesuch:

*persönliche Daten:* Angaben zum Projektträger und Datum, an welchem das Gesuch eingereicht wurde,

*technische Daten:* die Ableitungs- und Rückgabekoten und -orte, Typ und Name des abgeleiteten Gewässers, Typ und Name jenes Gewässers, in das die Rückgabe erfolgt, Höhenunterschied und geplante abzuleitende maximale Wassermenge.

5. (gestrichen)

6. Nach Einreichung des ersten Gesuches und bis zu dessen Veröffentlichung werden alle weiteren Gesuche für den betroffenen Abschnitt als konkurrierende Gesuche betrachtet, die laut Artikel 4 zu ergänzen und vervollständigen sind. Kann das ersteingereichte Gesuch nicht veröffentlicht werden, so gilt das darauf folgend eingereichte Gesuch als erstes Gesuch.

#### Art. 3

##### Domanda

1. La domanda per il rilascio di una concessione è presentata al competente ufficio dell'Agenzia provinciale per l'ambiente, di seguito denominato ufficio competente, corredata della documentazione indicata nelle linee guida tecniche.



2. Il soggetto che presenta per primo la domanda è considerato il promotore.
3. Entro 30 giorni dal ricevimento della domanda l'ufficio competente verifica la conformità della stessa e la completezza della documentazione allegata.
4. Qualora la domanda non sia in contrasto con le disposizioni vigenti del Piano generale di utilizzazione delle acque pubbliche e del Piano di tutela delle acque e la documentazione sia completa, è avviata una procedura ad evidenza pubblica per l'affidamento della concessione. L'ufficio competente pubblica sulla Rete Civica dell'Alto Adige i seguenti dati ricavati dalla domanda:  
dati personali: dati del promotore e data in cui è presentata la domanda;  
dati tecnici: le quote e i punti in cui si trovano le opere di presa e di restituzione, la tipologia e il nome del corso d'acqua derivato, la tipologia e il nome del corso d'acqua nel quale ha luogo la restituzione, la differenza di quota e la quantità massima di acqua che si prevede di derivare.
5. (soppresso)
6. Dopo la presentazione della prima domanda e fino alla pubblicazione della stessa tutte le altre domande sul tratto interessato vengono considerate domande concorrenti da integrare e completare ai sensi dell'articolo 4. Se la prima domanda non può essere pubblicata, la domanda successiva viene considerata prima domanda.

**Änderungsantrag Nr. 1**, eingebracht vom Abgeordneten Dello Sbarba: "Nach den Worten "vorgesehenen Unterlagen" wird folgender Wortlaut eingefügt: ', samt dem Angebot zu den Ausgleichszahlungen in einem eigenen geschlossenen Umschlag,'"

"Alla fine del comma 1 sono aggiunte le parole: 'compresa l'offerta per i fondi di compensazione, da inserire in busta chiusa separata.'"

**Änderungsantrag Nr. 1.1**, eingebracht von Landesrat Theiner: "Artikel 3 Absatz 1 ist wie folgt abgeändert: '1. Nach den Worten 'Leitlinien vorgesehenen Unterlagen' wird folgender Wortlaut eingefügt: 'und bei Gesuchen für Konzessionen von mittleren Ableitungen samt dem Angebot für den ökonomischen Beitrag zum Wohle der Allgemeinheit im Ausmaß von mindestens 38 € je kW mittlerer jährlicher Nennleistung im zuständigen Amt der Landesagentur für Umwelt, in Folge als zuständiges Amt bezeichnet, einzureichen.'"

"Il comma 1 dell'articolo 3 è così sostituito: '1. Alla fine del comma 1 sono aggiunte le parole 'e comprendente, per le domane per medie derivazioni, l'offerta per il contributo economico destinato a favore della collettività nella misura minima di 38 € per kW di potenza nominale media annua'."

Herr Abgeordneter Dello Sbarba, Sie haben das Wort

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda)**: Questo punto è stato molto discusso in commissione. Sono contento che anche l'assessore Theiner abbia convenuto che andava modificato e il subemendamento al nostro emendamento da lui presentato aggiunge solo un piccolo elemento al nostro emendamento, quindi lo voteremo.

Il percorso di gara per la richiesta di una concessione previsto da questa legge è quello della gara pubblica, cioè c'è un primo presentatore di un progetto, che diventa il promotore, poi ci sono una serie di pratiche e poi c'è una finestra di tempo in cui altri che vogliono presentare un proprio progetto sullo stesso tratto di fiume con lo stesso tipo di caratteristiche possono presentare progetti concorrenti. Quindi c'è un primo presentatore e poi ci sono gli altri che seguono sulla scia e presentano progetti concorrenti. Naturalmente gli altri presentano le loro domande successivamente alla pubblicazione del primo progetto. Originariamente nel testo del disegno di legge è previsto che il primo presentatore non presenti un'offerta economica subito, ma la presenti quando la presentano anche i concorrenti. Io avevo sollevato in commissione, e mi fa piacere che nell'assessorato ci sia stata una riflessione su questo, un dubbio, cioè se io fossi il primo presentatore di un progetto aspetterei per presentare l'offerta economica di sapere un po', e nei paesi soprattutto si sa, se arriva un'offerta concorrente, se so che non arriva presento l'offerta economica più bassa possibile. A quel punto non ho concorrenti quindi o il progetto viene approvato nella sua dimensione ambientale quindi va alla seconda fase, però se è l'unico passa. Il rischio era che si desse la possibilità a chi è il primo presentatore del progetto di attendere come si mettono le cose per calibrare la propria offerta economica, per risparmiare il più possibile e ovviamente sottrarre il più possibile alla comunità per un'offerta che va a favore della comunità.

In commissione avevamo chiesto che il presentatore presentasse fin da subito un'offerta economica, tenendo conto che il presentatore può anche modificarla, perché ha diritto di recepire alcune idee delle concorrenti ecc. come con Benko per intenderci. In commissione non era stato possibile trovare un accordo su questo, il no-

stro emendamento è stato bocciato e io l'ho ripresentato in aula, ma mi fa piacere vedere che l'assessore ha ripreso l'idea che avevamo avanzato in commissione aggiungendoci, e questo è certamente positivo, che comunque l'offerta economica che il primo iniziatore del progetto deve allegare fin da subito alla domanda, deve rispettare anche un tetto minimo, non può essere inferiore ai 38 euro per kwh di potenza nominale media annua richiesta in quel caso, che questi 38 euro si richiamano alla legge per le grandi concessioni come base minima di offerta, per esempio per quelle prolungate d'ufficio. L'emendamento dell'assessore riprende in pieno il nostro emendamento e in più aggiunge questo elemento di garanzia minima che ci trova d'accordo.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Ich möchte lediglich eine sprachliche Präzisierung vorschlagen. Sie reden hier davon, dass das Angebot für die Ausgleichszahlungen in einem eigenen geschlossenen Umschlag abgegeben werden soll. Gemeint ist wahrscheinlich ein versiegelter Umschlag oder?

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** *(interrompe)*

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Ja schon, aber ein geschlossener Umschlag macht keinen Sinn.

**THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP):** Der Kollege Dello Sbarba hat unseren Änderungsantrag sehr gut erklärt. Ich möchte nur daran erinnern, dass sich diese 38 Euro, die als Mindestausmaß vorgesehen sind, an das anlehnen, was die Kollegen Schuler und Noggler in ihrem Gesetzentwurf vorgesehen hatten.

**PRÄSIDENT:** Wir stimmen über die Änderungsanträge ab.

Änderungsantrag Nr. 1.1. Ich eröffne die Abstimmung: mit 26 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen genehmigt.

Somit ist Änderungsantrag Nr. 1 hinfällig.

Wer möchte das Wort zum so geänderten Artikel? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab: mit 23 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen genehmigt.

#### Art. 4

##### *Konkurrierende Gesuche*

1. *Innerhalb von 120 Tagen nach Veröffentlichung der Maßnahme können konkurrierende Gesuche eingereicht werden, denen in einem geschlossenen Umschlag sämtliche in den technischen Leitlinien geforderte Unterlagen vollständig beizulegen sind.*
2. *Den Gesuchen für mittlere Ableitungen sind die Angebote zu den Ausgleichszahlungen in einem eigenen geschlossenen Umschlag beizulegen, welcher im Umschlag laut Absatz 1 einzufügen ist.*
3. *Während derselben Frist von 120 Tagen ab Veröffentlichung muss der ersteinreichende Projektträger die Dokumentation laut den Absätzen 1 und 2 einreichen.*

#### Art. 4

##### *Domande concorrenti*

1. *Entro 120 giorni dalla data di pubblicazione del provvedimento possono essere presentate domande in concorrenza, corredate di tutta la documentazione richiesta nelle linee guida tecniche e da consegnare in una busta chiusa.*
2. *Per le domande per medie derivazioni le offerte per i fondi di compensazione sono da inserire in busta chiusa separata, da inserirsi nella busta di cui al comma 1.*
3. *Nello stesso termine di 120 giorni dalla data di pubblicazione il promotore della prima domanda deve presentare la documentazione ai sensi dei commi 1 e 2.*

Wer möchte das Wort zu diesem Artikel? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 21 Ja-Stimmen und 11 Enthaltungen genehmigt.

#### Art. 5

##### *Zulassung*

1. *Das zuständige Amt überprüft die eingereichten Gesuche und die entsprechenden Projektunterlagen innerhalb von 45 Tagen nach Ablauf der Einreichfrist auf ihre Vollständigkeit.*

2. Die als vollständig eingereicht bewerteten Gesuche werden vom zuständigen Amt zum öffentlichen Auswahlverfahren zugelassen und die entsprechende Maßnahme wird für 15 Tage im Südtiroler Bürgernetz veröffentlicht.
3. Nicht vollständig eingereichte Gesuche werden vom zuständigen Amt archiviert.

-----  
Art. 5

Ammissione

1. Entro 45 giorni dalla scadenza del termine di presentazione l'ufficio competente valuta la completezza delle domande pervenute e della relativa documentazione progettuale.
2. Le domande ritenute complete sono ammesse dall'ufficio competente alla procedura di selezione ed il relativo provvedimento è pubblicato, per la durata di 15 giorni, sulla Rete Civica dell'Alto Adige.
3. Le domande incomplete sono archiviate dall'ufficio competente.

Wer möchte das Wort zu diesem Artikel? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 21 Ja-Stimmen und 11 Enthaltungen genehmigt.

Art. 6

Ortsaugenschein

1. In der Maßnahme laut Artikel 5 Absatz 2 werden ferner der Tag, die Uhrzeit und der Treffpunkt für den Ortsaugenschein festgelegt.
2. Der Ortsaugenschein muss innerhalb von 30 Tagen nach Ablauf der Veröffentlichungsfrist durchgeführt werden.
3. Der Ortsaugenschein kann vom zuständigen Amt verschoben werden, wenn die zu prüfenden Örtlichkeiten nicht zugänglich sind oder die meteorologische Situation es nicht erlauben; in diesem Fall ist die entsprechende Frist ausgesetzt.
4. Zum Ortsaugenschein werden der oder die Gesuchsteller oder deren bevollmächtigte Vertreter und die Ämter der Dienststellenkonferenz eingeladen.
5. Bei mittleren Ableitungen werden auch die grundbücherlichen Eigentümer der betroffenen dinglichen Rechte zum Ortsaugenschein eingeladen.
6. Wenn sich die persönliche Zustellung der Einladungen infolge der großen Zahl der Eigentümer und Inhaber von dinglichen Rechte als schwierig erweist oder wenn es schwierig ist, alle Eigentümer zu identifizieren, erfolgt die Veröffentlichung gemäß Artikel 5 Absatz 2 für die Dauer von 30 Tagen im Südtiroler Bürgernetz und zusätzlich an der Anschlagtafel der betroffenen Gemeinden.
7. Am Ortsaugenschein können alle teilnehmen.

-----  
Art. 6

Sopralluogo

1. Nel provvedimento di cui all'articolo 5, comma 2, sono inoltre fissati il luogo, il giorno e l'ora del sopralluogo.
2. Il sopralluogo dovrà essere effettuato entro 30 giorni dalla scadenza del termine della pubblicazione.
3. L'ufficio competente può differire la data del sopralluogo, se i siti da esaminare non sono accessibili o la situazione meteorologica non lo permette; in tal caso il relativo termine è sospeso.
4. Al sopralluogo sono invitati il richiedente o i richiedenti o i loro delegati e gli uffici della Conferenza dei servizi.
5. Per le medie derivazioni sono invitati al sopralluogo anche i proprietari tavolari dei diritti reali interessati.
6. Nel caso in cui la notificazione individuale dell'invito risulti difficile per il rilevante numero dei proprietari e titolari di diritti reali o sia difficile l'identificazione di tutti, la pubblicazione di cui all'articolo 5, comma 2, avviene per la durata di 30 giorni sulla Rete civica dell'Alto Adige e anche per pubblica affissione all'albo dei comuni interessati.
7. Al sopralluogo può partecipare chiunque.

Wer möchte das Wort zu diesem Artikel? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 22 Ja-Stimmen und 11 Enthaltungen genehmigt.

Art. 7

*Bemerkungen*

1. *Ab der Veröffentlichung der Maßnahme laut Artikel 5 Absatz 2 bis 30 Tage nach dem Ortsaugenschein können Interessierte die Gesuche und die entsprechenden Projekte einsehen.*
2. *Während des in Absatz 1 vorgesehenen Zeitraumes können allfällige Bemerkungen und Stellungnahmen beim zuständigen Amt schriftlich eingereicht werden.*
3. *Die betroffenen Ufergemeinden können im Zeitraum laut Absatz 1 ihr Gutachten zu den vorliegenden Projekten beim zuständigen Amt einreichen.*

Art. 7

*Osservazioni*

1. *Successivamente alla pubblicazione del provvedimento di cui all'articolo 5, comma 2, e fino a 30 giorni successivi alla data del sopralluogo, gli interessati possono prendere visione delle domande pervenute e dei relativi progetti.*
2. *Nel periodo di cui al comma 1 è possibile presentare per iscritto all'ufficio competente eventuali osservazioni e prese di posizione.*
3. *Nel periodo di cui al comma 1 i comuni rivieraschi interessati possono far pervenire all'ufficio competente un proprio parere relativamente ai progetti presentati.*

Wer möchte das Wort zu diesem Artikel? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 22 Ja-Stimmen und 11 Enthaltungen genehmigt.

Art. 8

*Dienststellenkonferenz*

1. *Die zugelassenen Gesuche unterliegen dem Sammelgenehmigungsverfahren laut Artikel 28 des Landesgesetzes vom 5. April 2007, Nr. 2.*
2. *In den Fällen, in denen ein Gutachten oder eine Ermächtigung der Landesabteilung Wasserschutzbauten vorgesehen ist, wird die Dienststellenkonferenz durch einen Vertreter/eine Vertreterin dieser Abteilung ergänzt.*
3. *In Abweichung von den Artikeln 8 und 12 des Landesgesetzes vom 25. Juli 1970, Nr. 16, in geltender Fassung, und von Artikel 29 des Landesgesetzes vom 5. April 2007, Nr. 2, ist das vorherige Gutachten der Gemeindebaukommission nicht erforderlich.*
4. *Vorbehaltlich der Übereinstimmung mit der landschaftlichen Unterschutzstellung wird Artikel 8 Absatz 3 des Landesgesetzes vom 25. Juli 1970, Nr. 16, in geltender Fassung, nicht angewandt.*
5. *Die Gesuchsteller und die betroffenen Gemeinden werden zur Sitzung der Dienststellenkonferenz eingeladen und angehört.*
6. *Falls die Dienststellenkonferenz nur über Gesuche für kleine Ableitungen befinden muss, entfallen der zweite Bewertungsschritt laut Artikel 9 und auch die Möglichkeit, sich auf ein öffentliches Interesse für die Enteignung der notwendigen Flächen zu berufen.*
7. *Werden in der Dienststellenkonferenz Gesuche für kleine und mittlere Ableitungen behandelt, aber lediglich Gesuche für kleine Ableitungen positiv beurteilt, kommt Absatz 6 zur Anwendung.*
8. *Artikel 7, Artikel 8 Absatz 1 und Artikel 10 des königlichen Dekretes vom 11. Dezember 1933, Nr. 1775, in geltender Fassung, werden nicht angewandt.*

Art. 8

*Conferenza dei servizi*

1. *Le domande ammesse sono sottoposte alla procedura cumulativa prevista dall'articolo 28 della legge provinciale 5 aprile 2007, n. 2.*
2. *Nei casi in cui sia necessario un parere o un'autorizzazione della Ripartizione provinciale Opere idrauliche, la Conferenza dei servizi è integrata da un/una rappresentante di tale Ripartizione.*



3. *In deroga agli articoli 8 e 12 della legge provinciale 25 luglio 1970, n. 16, e successive modifiche, e all'articolo 29 della legge provinciale 5 aprile 2007, n. 2, non è necessario il parere preventivo della commissione edilizia comunale.*

4. *Fatta salva la conformità con i vincoli paesaggistici, non trova applicazione l'articolo 8, comma 3, della legge provinciale 25 luglio 1970, n. 16, e successive modifiche.*

5. *I richiedenti e i comuni interessati vengono invitati alla seduta della Conferenza dei servizi e sentiti in merito.*

6. *Qualora la Conferenza dei servizi debba esaminare unicamente domande per piccole derivazioni, la seconda fase di valutazione di cui all'articolo 9 non avrà luogo e non sussisterà l'interesse pubblico per attivare una procedura espropriativa delle superfici interessate.*

7. *Se nella Conferenza dei servizi vengono trattate domande per piccole e medie derivazioni, ma sono giudicate positivamente solo le domande per piccole derivazioni, si applica il comma 6.*

8. *Non trovano applicazione gli articoli 7, 8, comma 1, e 10 del regio decreto 11 dicembre 1933, n. 1775, e successive modifiche.*

**Änderungsantrag Nr. 1**, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Heiss: "Absatz 3 wird gestrichen."

"Il comma 3 è soppresso."

**Änderungsantrag Nr. 2**, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Heiss: "Absatz 4 wird gestrichen."

"Il comma 4 è soppresso."

**Änderungsantrag Nr. 3**, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Heiss: "Nach Absatz 5 wird folgender Absatz eingefügt: '5-bis. Aus den positiv beurteilten Gesuchen erstellt die Dienststellenkonferenz eine Rangordnung, wobei sie jedem Gesuch höchstens 50 Punkte zuweist.'"

"Dopo il comma 5 è inserito il seguente comma: '5-bis. Tra le domande giudicate positivamente la Conferenza dei Servizi stila una graduatoria attribuendo a ciascuna domanda fino ad un massimo di 50 punti'."

**Änderungsantrag Nr. 4**, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Heiss: "Absatz 6 wird gestrichen."

"Il comma 6 è soppresso."

**Änderungsantrag Nr. 5**, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Heiss: "Absatz 7 wird gestrichen."

"Il comma 7 è soppresso."

**Änderungsantrag Nr. 6**, eingebracht von Landesrat Theiner: "In Artikel 8 wird folgender Absatz 9 hinzugefügt: '9. Die Dienststellenkonferenz vergibt an die positiv bewerteten Gesuche bis zu maximal 40 Punkte.'"

"All'articolo 8 viene aggiunto il seguente comma 9: '9. La Conferenza dei servizi attribuisce alle richieste valutate positivamente fino a un massimo di 40 punti.'"

Wer möchte das Wort? Herr Abgeordneter Dello Sbarba, bitte.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Qui vogliamo riprendere le osservazioni che ha fatto il Consiglio dei comuni, che ha dato un giudizio piuttosto severo, e che ci ha invitato a conservare le competenze comunali in campo urbanistico e in campo edilizio. Qui ci sono una serie di commi che prevedono che invece queste competenze vengano eliminate. Leggo il giudizio del Consiglio dei comuni su questo articolo: "*Conferenza dei servizi, commi 6 e 7. Il Consiglio dei comuni chiede che il sindaco faccia parte della Conferenza dei servizi con diritto di voto. Inoltre deve essere garantito che la verifica urbanistica del progetto per gli impianti venga effettuata dal comune. Questo comporta che il parere della commissione edilizia e le concessioni edilizie rimangono in piedi. Il Consiglio dei comuni chiede che anche le domande per piccole derivazioni debbano essere assoggettate alla valutazione di cui all'art. 9. Per questo i commi 6 e 7 devono essere stralciati.*" Noi abbiamo proposto questo emendamento, cioè di eliminare il comma 3, che parte con una bruttissima parola "in deroga". Noi facciamo una legge e poi con questa parola "in deroga" non la rispettiamo, ma questo elimina il parere preventivo della commissione edilizia comunale sui progetti presentati. Il Consiglio dei comuni chiede che questo parere venga mantenuto, per mantenere anche una regia del comune sui processi autorizzativi. Se eliminiamo questo comma 3, resta il fatto che si recepisce il parere della commissione edilizia comunale.

Il comma 4 prevede le competenze urbanistiche del comune. Anche qui è una deroga. Che cosa dice l'art. 8, comma 3, della legge provinciale 25/7/70, n. 16 e successive modifiche? Dice che se un progetto viola le pre-

scrizioni urbanistiche vigenti sul territorio comunale, questo progetto deve essere inviato al Comune. Il comma 4 prevede che questa cosa non si applichi, cioè che un progetto possa violare e il Comune non viene neanche avvertito che c'è un progetto sul suo territorio che viola le prescrizioni urbanistiche. Noi proponiamo di eliminare il comma 4.

Per quanto riguarda il comma 5-bis la nostra proposta riguarda le graduatorie, per fare in modo che il progetto peggiore dal punto di vista ambientale non diventi quello migliore nella seconda fase di valutazione. Il disegno di legge in questo momento prevede che ci sia una prima valutazione della Conferenza sull'ambiente che giudica se i progetti sono compatibili o meno, ma non dà una valutazione. Tutti quelli compatibili con l'ambiente passano ad una seconda valutazione che valuta la produzione e l'offerta economica. Però fra la produzione e l'offerta economica e la valutazione ambientale c'è un nesso che è il deflusso minimo vitale, che è inversamente proporzionale. Cioè più acqua io uso, più danneggio l'ambiente, ma più acqua io uso, più vantaggio la produzione quindi posso fare un'offerta economica più alta. In commissione abbiamo sollevato il problema che questo meccanismo comporta il rischio che il peggior progetto ambientale, cioè quello che utilizza più acqua, se riesce a passare magari come ultimo nella valutazione ambientale poi nella valutazione sull'offerta economica rischia di vincere. Abbiamo posto il problema di come dare peso alla valutazione ambientale, perché così come è il disegno di legge dalla valutazione ambientale escono tutti i progetti a pari merito, cioè viene neutralizzata nella seconda valutazione. Noi avevamo proposto di dire che mettiamo che diamo 100 punti e diamo un certo punteggio, noi proponiamo 50, nella prima fase della valutazione, che i progetti se lo portano dietro, diamo un punteggio solo ai quei progetti che sono ecocompatibili ovviamente, quindi una parte saranno archiviati perché non sono accettabili, quelli accettabili dal punto di vista dell'ambiente devono uscire con un punteggio, poi essere valutati nella seconda fase sulla produzione e sull'offerta economica, ricevere anche lì un punteggio e il progetto che vince è quello che facendo la somma dei due punteggi ha il punteggio più alto. Noi del gruppo Verde pensavamo che la distribuzione dei punteggi fra ambiente ed economia dovesse essere su un totale di 100 punti, massimo 50 punti dati nella valutazione ambientale e fino a 50 punti dati nella valutazione produttiva ed economica. Ho visto che successivamente anche l'assessore Theiner ha adottato questo schema, facendo quindi una modifica notevole del disegno di legge iniziale, ha introdotto questo schema di punteggio nelle due fasi. Lui propone che l'ambiente abbia fino a 40 punti e le altre due valutazioni fino a 60 punti. Questa soluzione la ritengo accettabile, anzi l'avevo proposta io in commissione, però poi ripensandoci avevo voluto tirare su l'ambiente dando 50 punti, però ritengo sia una soluzione accettabile. Mantengo il nostro emendamento che propone 50 punti ma voteremo favorevolmente anche sull'emendamento dell'assessore Theiner se eventualmente non passasse il nostro.

Poi proponiamo di eliminare i commi 6 e 7, intanto perché il Consiglio dei comuni propone di eliminarli. Nei commi 6 e 7 si distingue fra piccole e medie derivazioni e si dice che le piccole derivazioni non sono assoggettate alla valutazione successiva di cui all'art. 9, cioè alla valutazione sulla produzione e sull'offerta economica. Il Consiglio dei comuni dice che anche le piccole derivazioni debbano essere sottoposte alla valutazione della seconda fase, io credo che abbia ragione, perché sulle piccole derivazioni va fatta una distinzione. Vanno valutate anche nella seconda parte tutte le concessioni che abbiano una rilevanza economica, cioè che vengono fatte a scopo di profitto, ad eccezione di quelle piccole che alimentano le malghe o i masi isolati, non connessi a rete, perché quelli non possono rivenderla in rete l'elettricità che producono, la usano semplicemente per alimentare il proprio edificio. Se ne producono qualcosa in più devono buttarla via, perché non sono connessi in rete e non possono fare compravendita. Ma tutti gli edifici connessi in rete che hanno anche una piccola centrale elettrica vendono in rete l'energia che non consumano, quindi hanno uno scopo di profitto. Fa bene il Consiglio dei comuni a chiedere che siano eliminati i commi 6 e 7 affinché anche le piccole concessioni passino attraverso la valutazione di cui al comma 9.

**THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP):** Unser Änderungsantrag hat die Diskussion, die im Gesetzgebungsausschuss geführt wurde, aufgenommen. Es stimmt, dass der Umweltaspekt entsprechend berücksichtigt wird. Ursprünglich war vorgesehen, dass zuerst alle Umweltgesuche die Prüfung bestehen müssen und erst anschließend alle anderen Elemente bewertet werden.

Ich komme kurz auf das zurück, was der Rat der Gemeinden gesagt hat. Auf Staatsebene ist auch keine Baukonzession mehr vorgesehen. Auch dort braucht es nichts anderes als die Meldung des Baubeginns. Wir bemängeln ja immer wieder die uferlose Bürokratie, und deshalb ist es sinnvoll, sich darüber zu unterhalten, was weggelassen werden kann. Die Gemeinden selbst haben mehrere Möglichkeiten, sich hier einzubringen. Allerdings ist nicht mehr eine eigene Kommission vorgesehen.

Der nächste Einwand betrifft die Bewertungen für die Kleinen. Irgend wann wird die Aufteilung zwischen kleinen und mittleren Konzessionen obsolet. Wir haben bewusst diese Unterteilung vorgenommen. Für die kleinen Konzessionen gibt es eine beschleunigte Spur, natürlich mit allen Konsequenzen. Man kann nicht sagen, dass für die beschleunigte Version auch all jene Maßnahmen gelten, die bei einem umfassenden Verfahren einzuhalten sind. Wir haben also nichts anderes angewandt, was auch auf Staatsebene gilt.

**PRÄSIDENT:** Wir stimmen über die Änderungsanträge ab.

Änderungsantrag Nr. 1. Ich eröffne die Abstimmung: mit 9 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Änderungsantrag Nr. 2. Ich eröffne die Abstimmung: mit 9 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Änderungsantrag Nr. 3. Ich eröffne die Abstimmung: mit 9 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Änderungsantrag Nr. 4. Ich eröffne die Abstimmung: mit 5 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen abgelehnt.

Änderungsantrag Nr. 5. Ich eröffne die Abstimmung: mit 4 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen abgelehnt.

Änderungsantrag Nr. 6. Ich eröffne die Abstimmung: mit 28 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen genehmigt.

Wer möchte das Wort zum so geänderten Artikel? Herr Abgeordneter Dello Sbarba, bitte.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Sono contento che abbiamo introdotto un sistema di punteggio. Mi dispiace che non siano stati approvati alcuni emendamenti che avevamo proposto recependo il parere del Consiglio dei comuni. Replico all'assessore che dice che è stata fatta la distinzione fra centrali piccole e medie, e qualche volta dovrà pur contare. Questo è corretto, anche se Lei sa benissimo che questa distinzione fra piccole e medie centrali è una cosa che facciamo da noi, a livello nazionale vanno da 3000 in su e da meno di 3000.

Non credo che la distinzione sia quella nel senso qui affermato di ridurre la capacità di influire dei comuni dentro questo procedimento. La distinzione fondamentale che pone questo disegno di legge e che resta, piccole e medie, è quella sull'esproprio. Le piccole non sono dichiarate di utilità pubblica, quindi i terreni necessari non vengono espropriati, bisogna avere la disponibilità del terreno, me medie concessioni vengono invece dichiarate di utilità pubblica e i terreni vengono espropriati. Questa è la grandissima differenza e la grandissima novità di questo disegno di legge, è la vera accelerazione dei processi per le medie centrali, perché sappiamo tutti che questa storia degli espropri era lo scoglio. I rappresentanti dei contadini che rappresentano i proprietari dei terreni hanno reagito tirando sul prezzo, io avrei reagito in altra maniera.

**PRÄSIDENT:** Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stimmen wir über den Artikel ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 18 Ja-Stimmen und 13 Enthaltungen genehmigt.

#### Art. 9

##### Bewertung

*1. Die von der Dienststellenkonferenz positiv beurteilten Gesuche werden, unter Einhaltung der Grundsätze des Wettbewerbs, der Niederlassungsfreiheit, der Transparenz, der Nichtdiskriminierung und des Fehlens jeglichen Interessenskonflikts sowie der höheren Ressourceneffizienz, von einer Kommission bewertet, die mit einfacher Stimmenmehrheit entscheidet und sich zusammensetzt aus dem Direktor/der Direktorin des zuständigen Amtes als Vorsitzendem/Vorsitzender, einem Vertreter/einer Vertreterin der Landesabteilung Wirtschaft, einem Vertreter/einer Vertreterin des Rates der Gemeinden.*

*2. Nach Öffnung des geschlossenen Umschlages mit den Angeboten zu den Ausgleichszahlungen bewertet die Bewertungskommission*

*die technisch-innovative Qualität der eingereichten Projekte mit 20 Prozent,*

*die energiewirtschaftliche Qualität der eingereichten Projekte mit 40 Prozent,*

*den ökonomischen Beitrag für Leistungen zum Wohle der Allgemeinheit in den Ufergemeinden mit 40 Prozent.*

3. Falls die Dienststellenkonferenz Gesuche für kleine und mittlere Ableitungen positiv beurteilt hat, berücksichtigt die Bewertungskommission nur die mittleren Ableitungen aufgrund des als prioritär zu bewertenden öffentlichen Interesses und der höheren Ressourceneffizienz; mit Ausnahme der Kleinableitungen für die hydroelektrische Versorgung von Wohnstrukturen, Schutzhütten und Almen, für die ein Anschluss an das öffentliche Stromnetz aus technischer oder wirtschaftlicher Sicht nicht vertretbar ist. .

4. Die Bewertungskommission bestimmt das Siegerprojekt innerhalb von 45 Tagen ab Erhalt des Gutachtens der Dienststellenkonferenz.

-----  
Art. 9

Valutazione

1. Le domande giudicate positivamente dalla Conferenza dei servizi sono valutate a maggioranza semplice, nel rispetto dei principi della libera concorrenza, della libertà di stabilimento, della trasparenza, della non discriminazione e dell'assenza di qualsiasi conflitto di interessi, nonché dell'uso efficiente delle risorse, da una commissione composta da:

il Direttore/la Direttrice dell'ufficio competente, che la presiede;

un/una rappresentante della Ripartizione provinciale Economia;

un/una rappresentante del Consiglio dei Comuni.

2. La commissione di valutazione, previa apertura della busta chiusa contenente l'offerta relativa ai fondi di compensazione previsti, valuta:

la qualità tecnico-innovativa dei progetti presentati, nella misura del 20 per cento;

la qualità economico-energetica dei progetti presentati, nella misura del 40 per cento;

l'apporto del contributo economico destinato a prestazioni a favore della collettività nei comuni rivieraschi, nella misura del 40 per cento.

3. Qualora la Conferenza dei servizi abbia valutato positivamente domande sia per piccole che per medie derivazioni, la commissione di valutazione considera solamente le medie derivazioni, considerato il prioritario interesse pubblico e l'uso più efficiente delle risorse, fatta eccezione per le piccole derivazioni per l'approvvigionamento idroelettrico per strutture abitative, rifugi e malghe, per le quali l'allacciamento alla rete elettrica pubblica non sia ragionevole dal punto di vista tecnico o economico.

4. La commissione di valutazione determina il progetto vincitore entro 45 giorni dalla ricezione del parere della Conferenza dei servizi.

**Änderungsantrag Nr. 1**, eingebracht von Landesrat Theiner: "In Artikel 9 wird der Absatz 2 wie folgt ersetzt: '2. Nach Öffnung des geschlossenen Umschlages mit den Angeboten zu den Ausgleichszahlungen bewertet die Bewertungskommission

a) die technisch-innovative Qualität der eingereichten Projekte mit 12 Punkten,

b) die energiewirtschaftliche Qualität der eingereichten Projekte mit 24 Punkten,

c) den ökonomischen Beitrag für Leistungen zum Wohle der Allgemeinheit in den Ufergemeinden mit 24 Punkten

Die Gesamtpunktzahl ergibt sich aus der Summe der Bewertungen in den einzelnen Bereichen, wobei das Gesuch mit der höchsten Punktzahl den Zuschlag erhält'."

"All 'articolo 9 il comma 2 viene così sostituito: '2. La commissione di valutazione, previa apertura della busta chiusa contenente l'offerta relativa ai fondi di compensazione previsti, valuta:

a) la qualità tecnico-innovativa dei progetti presentati, nella misura di 12 punti,

b) la qualità economico-energetica dei progetti presentati, nella misura di 24 punti,

c) l'apporto del contributo economico destinato ai prestazioni a favore della collettività nei comuni rivieraschi, nella misura di 24 punti,

La totalità dei punti è data dalla somma delle valutazioni nei singoli settori e la richiesta con il numero di punti più elevato riceve l'aggiudicazione'."

**Änderungsantrag Nr. 2**, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Heiss: "Die Worte 'bewertet die Bewertungskommission' werden durch folgenden Wortlaut ersetzt: 'weist die Bewertungskommission jedem Gesuch höchstens 50 Punkte zu und bewertet:'."

"La parola 'valuta' è sostituita dalle parole 'attribuisce a ciascuna domanda fino ad un massimo di 50 punti valutando:'."



**Änderungsantrag Nr. 3**, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Heiss: "Nach dem Wort 'nur' wird folgender Wortlaut eingefügt: 'die kleinen Ableitungen außer jenen, für die keine konkurrierenden Gesuche eingereicht wurden, sowie jenen, die der Versorgung von nicht ans Stromnetz angeschlossenen Gebäuden oder Almen dienen, und'."

"Dopo la parola 'solamente' è aggiunto: 'le piccole derivazioni, tranne quelle per le quali non sono state presentate domande concorrenti e quelle volte all'approvvigionamento di edifici o malghe non allacciate, e'."

**Änderungsantrag Nr. 4**, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Heiss: "Am Ende des Absatzes wird folgender Satz hinzugefügt: 'Das Siegerprojekt ist jenes, das die höchste Punktzahl erhalten hat, die sich aus der Summe der von der Dienststellenkonferenz und der Bewertungskommission zugewiesenen Punkte ergibt'."

"Alla fine del comma è aggiunto il seguente periodo: 'Il progetto vincitore è quello che ha ottenuto il punteggio più alto risultante dalla somma dei punteggi attribuiti dalla Conferenza dei servizi e dalla Commissione di valutazione'."

Wer möchte das Wort zu den Änderungsanträgen? Herr Abgeordneter Dello Sbarba, bitte.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda)**: Qui c'è l'emendamento Theiner che ci trova d'accordo e che farà decadere il nostro emendamento n. 2, che è conseguente al primo, cioè se nella prima fase si danno 40 punti nella seconda fase se ne daranno 60. Lo considero accettabile perché nella seconda fase ci sono due parametri, la capacità produttiva e l'offerta economica. Non è l'ottimo ma è accettabile, l'ottimo sarebbe stato 50 e 50.

Successivamente la Commissione di valutazione considera solamente le medie derivazioni. Noi vorremmo che la Commissione considerasse anche le piccole derivazioni, tranne quelle che servono edifici o malghe non allacciate.

Chiedo al presidente se dopo l'approvazione dell'art. 8 questo emendamento resta o decade.

Il comma 4 dice che la somma data dai punteggi determina il vincitore, ma se viene approvato l'emendamento Theiner ovviamente anche questo decade.

**THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP)**: Nachdem wir dem Umweltaspekt in Artikel 8 40 Prozent zugemessen haben, müssen es insgesamt 60 Prozent sein. Für technisch-innovative Qualität gibt es 12 Punkte, für energiewirtschaftliche Qualität 24 Punkte, genauso für den ökonomischen Beitrag für Leistungen zum Wohle der Allgemeinheit. Nachdem bereits der Artikel 8 so genehmigt wurde, ist es konsequent, wenn das auch in Artikel 9 so gemacht wird.

**PRÄSIDENT**: Sie haben vollkommen Recht. 80 und 20 sind 100, 40 und 60 sind ebenfalls 100. Formell ist es eine andere Frage. Der Artikel 8 hat formell mit dem Artikel 9 nichts zu tun. Somit müsste man die Prozentsätze inhaltlich anpassen.

Bitte, Kollege Dello Sbarba.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda)**: Votiamoli, perché non si tratta di percentuali, si tratta di numero complessivo di voti, per cui se no stabiliamo che la prima tappa ambientale dà 40 punti e la seconda, economico-produttiva ne dà 50, il totale massimo diventa 90.

**PRÄSIDENT**: In Ordnung.

Wir stimmen über die Änderungsanträge ab.

Änderungsantrag Nr. 1. Ich eröffne die Abstimmung: mit 23 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen genehmigt.

Änderungsantrag Nr. 2 ist somit hinfällig.

Änderungsantrag Nr. 3. Ich eröffne die Abstimmung: mit 5 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen abgelehnt.

Änderungsantrag Nr. 4. Ich eröffne die Abstimmung: mit 4 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen abgelehnt.

Wer möchte das Wort zum so geänderten Artikel? Herr Abgeordneter Knoll, bitte.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Herr Präsident, ich würde nur noch einmal um diese sprachliche Korrektur ersuchen. Im Deutschen spricht man nicht von einem "geschlossenen", sondern von einem "verschlossenen" Umschlag. Der Sinn ist ja, dass ein Umschlag nicht geöffnet werden, ohne dass er beschädigt wird.

**PRÄSIDENT:** Diese sprachliche Korrektur wird vorgenommen.

Gibt es weitere Wortmeldungen? Keine. Dann stimmen wir über Artikel 9 ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 19 Ja-Stimmen und 11 Enthaltungen genehmigt.

Art. 10

*Gemeinnützigkeit*

1. Die unverzichtbaren Infrastrukturen für mittlere Ableitungen und die Infrastrukturen für den Abtransport der erzeugten elektrischen Energie gelten im Sinne des Landesgesetzes vom 15. April 1991, Nr. 10, in geltender Fassung, als gemeinnützig, dringlich und unaufschiebbar.
2. Unverzichtbare Infrastrukturen für den Betrieb einer Wasserkraftanlage zur Erzeugung von elektrischer Energie sind insbesondere die Anlagen zur Wasserableitung und Wasserrückgabe, die Entsandungsanlagen, die Rohrleitungen, das Krafthaus und das notwendige Zubehör, die Stromleitungen vom Krafthaus zum Übergabepunkt ins Netz sowie die Datenübertragungs- und die Steuerungsleitungen, die Zufahrtswege.

-----  
Art. 10

*Pubblica utilità*

1. Le infrastrutture indispensabili per gli impianti per medie derivazioni e le infrastrutture per il trasporto dell'energia prodotta sono considerate, ai sensi della legge provinciale 15 aprile 1991, n. 10, e successive modifiche, di interesse pubblico, urgenti e indifferibili.
2. Sono considerate infrastrutture indispensabili per l'esercizio di una centrale idroelettrica per la produzione di energia elettrica in particolare: gli impianti per la derivazione e la restituzione dell'acqua; i dissabbiatori; le condotte; la centrale e le necessarie pertinenze; gli elettrodotti dalla centrale al punto di consegna in rete, nonché i cavi per la trasmissione dati e per la gestione; le strade d'accesso.

Wer möchte das Wort zu diesem Artikel? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab: mit 19 Ja-Stimmen und 12 Enthaltungen genehmigt.

Art. 11

*Enteignung, Auferlegung von Zwangsdienstbarkeiten und Besetzung*

1. Innerhalb von neun Monaten ab Mitteilung des Zuschlages für die mittlere Ableitung kann der Zuschlagsempfänger, wenn nachweislich keine Einigung in Bezug auf die Verfügbarkeit der Flächen im Wege von Direktverhandlungen mit den grundbücherlichen Eigentümern der betroffenen Grundstücke erzielt wird, beim Landesamt für Enteignungen um die Enteignung, die Auferlegung von Zwangsdienstbarkeiten oder Besetzungen für die Verlegung, den Betrieb und die Instandhaltung der Druckrohr-, Elektro- und Datenleitungen ansuchen.
2. Vor Einleitung des Verfahrens laut Absatz 1 müssen der Zuschlagsempfänger und die betroffenen grundbücherlichen Eigentümer ein Schlichtungsverfahren bei der Handels-, Industrie-, Handwerks- und Landwirtschaftskammer Bozen durchführen.
3. Falls die Schlichtung innerhalb von 60 Tagen nicht abgeschlossen wird, wird die Enteignung, die Auferlegung von Zwangsdienstbarkeiten oder Besetzungen von Amts wegen eingeleitet.

4. Für das Verfahren zur Enteignung der Grundflächen für die in Artikel 10 genannten unverzichtbaren Infrastrukturen oder zur Auferlegung einer entsprechenden Dienstbarkeit gelten die Bestimmungen des Landesgesetzes vom 15. April 1991, Nr. 10, soweit das vorliegende Gesetz nichts anderes vorsieht. Für Flächen der öffentlichen Hand oder des unveräußerlichen Vermögens gelten die einschlägigen Rechtsvorschriften.

-----  
Art. 11

*Espropriazione, imposizione di servitù coattive e occupazione*

1. Entro nove mesi dalla comunicazione dell'aggiudicazione della media derivazione l'aggiudicatario può chiedere, in caso di comprovato mancato accordo in ordine alla disponibilità delle superfici attraverso trattative dirette con i proprietari tavolari dei fondi interessati, all'Ufficio provinciale Espropri l'espropriazione, l'imposizione di servitù coattive o l'occupazione necessaria per la posa, la messa in opera e la manutenzione delle condotte, delle linee elettriche e dei cavi di trasmissione dati.
2. Prima che la procedura di cui al comma 1 sia avviata, l'aggiudicatario e i proprietari tavolari delle superfici interessate devono esperire un tentativo di conciliazione presso la Camera di Commercio, Industria, Artigianato e Agricoltura di Bolzano.
3. Qualora la conciliazione non si concluda entro 60 giorni, si procede d'ufficio all'esproprio, all'imposizione di servitù coattive o all'occupazione.
4. Il procedimento per l'espropriazione o per l'imposizione di una servitù, riguardante le superfici necessarie alle infrastrutture indispensabili di cui all'articolo 10, è disciplinato, in quanto non diversamente previsto dalla presente legge, dalle disposizioni della legge provinciale 15 aprile 1991, n. 10. Per le superfici di proprietà pubblica o per il patrimonio indisponibile valgono le relative norme di settore.

Wer möchte das Wort zu diesem Artikel? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 19 Ja-Stimmen und 12 Enthaltungen genehmigt.

Art. 12

*Enteignungsentschädigung*

1. Dem grundbücherlichen Eigentümer der Flächen, die zur Errichtung der Anlagen laut Artikel 10 Absatz 2 Buchstaben a), b) und d) und, falls benötigt auch Buchstabe f), zu enteignen sind, steht für die Grundablöse eine Entschädigung zu, deren Höhe folgendermaßen berechnet wird: Entschädigung =  $0,035 \times \text{Nennleistung (kW)} + \text{Basispreis (€/m}^2\text{)}$ . Der Basispreis entspricht dem Landesdurchschnitt der Höchstwerte der Gewergrundpreise auf Gemeindeebene."

-----  
Art. 12

*Indennità di espropiazione*

1. Al proprietario tavolare delle superfici da espropriare per la costruzione delle infrastrutture di cui all'articolo 10, comma 2, lettere a), b) e d) nonché, qualora necessario, anche lettera f), per l'esproprio spetta un'indennità il cui valore è calcolato nel modo seguente:  $\text{indennità} = 0,035 \times \text{potenza nominale (kW)} + \text{prezzo di base (€/mq)}$ . Il prezzo di base corrisponde alla media provinciale dei valori massimi dei prezzi per i terreni produttivi a livello comunale.

Wer möchte das Wort zu diesem Artikel? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 19 Ja-Stimmen und 13 Enthaltungen genehmigt.

Art. 13

*Ausübung der Dienstbarkeit*

1. Die Auferlegung von Dienstbarkeiten für die Ausführung und den Betrieb der Anlagen laut Artikel 10 Absatz 2 Buchstaben c) und e), für welche der Konzessionär dem grundbücherlichen Eigentümer der Fläche für die Dauer der Konzession eine Entschädigung zu leisten hat, die bei Erneuerung erneut zu entrichten ist, räumt dem Konzessionär folgende Rechte ein: die Verlegung der Rohrleitungen und der Strom-, der Datenübertragungs- und der Steuerungsleitung in Übereinstimmung mit dem genehmigten Projekt,

Zugang, auch Zufahrt mit Fahrzeugen und notwendigen Baumaschinen, zu den Grundstücken zur Durchführung der notwendigen Bau- und Instandhaltungsarbeiten an den Anlagen.

2. Dem grundbücherlichen Eigentümer steht zudem eine Entschädigung für Ernteminderung wegen der erforderlichen Bauarbeiten und notwendigen Instandhaltungsarbeiten und für sonstige Schäden zu, die allenfalls durch die Nutzung der betreffenden Grundflächen entstehen.

3. Abgesehen von dringenden und unaufschiebbaren Arbeiten ist die Durchführung der Bau- und Instandhaltungsarbeiten dem Eigentümer 15 Tage vor Beginn mitzuteilen.

4. Die Entschädigung für die Auferlegung von Dienstbarkeiten laut Absatz 1 entspricht 30 Prozent des Landesdurchschnittes der in den Gemeinden geltenden oberen Richtwerte für Gewerbeflächen laut Artikel 1-bis des Landesgesetzes vom 15. April 1991, Nr. 10.

-----  
Art. 13

*Esercizio della servitù*

1. L'imposizione di servitù per la realizzazione e l'esercizio degli impianti di cui all'articolo 10, comma 2, lettere c) ed e), per le quali il concessionario deve versare al proprietario tavolare della superficie un'indennità per la durata della concessione, che deve essere versata nuovamente in caso di rinnovo, conferisce al concessionario i seguenti diritti:

la posa delle condotte e delle linee elettriche, dei cavi per la trasmissione dati e per la gestione impianti in conformità al progetto approvato;

l'accesso, anche con i mezzi e i macchinari occorrenti, alle aree per l'esecuzione dei lavori di costruzione e di manutenzione necessari agli impianti.

2. Al proprietario tavolare spetta inoltre un'indennità quale corrispettivo per il ridotto raccolto ottenuto in seguito ai lavori di costruzione o di manutenzione necessari, nonché per altri danni eventualmente causati dall'utilizzo delle superfici interessate.

3. Salvo lavori urgenti e non differibili, l'esecuzione dei lavori di costruzione e di manutenzione è comunicata al proprietario 15 giorni prima dell'inizio degli stessi.

4. L'indennità per l'imposizione di servitù di cui al comma 1 corrisponde al 30 per cento della media provinciale dei valori di riferimento superiori previsti nei comuni per le aree destinate a zone produttive di cui all'articolo 1-bis della legge provinciale 15 aprile 1991, n. 10.

Wer möchte das Wort zu diesem Artikel? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab. Ich eröffne die Abstimmung: Mit 19 Ja-Stimmen und 12 Enthaltungen genehmigt.

Art. 14

*Dauer der Dienstbarkeit*

1. Die Dienstbarkeit ist an die Gültigkeitsdauer der Konzession gebunden. Bei Erneuerung der Konzession gehen die Rechte und Pflichten aus der Dienstbarkeit an den neuen Konzessionär über, welcher für deren rechtmäßige Umsetzung verantwortlich wird.

2. Die Dienstbarkeit erlischt, wenn die Konzession verfällt und nicht erneuert wird, der Konzessionär die damit verbundenen Pflichten nicht erfüllt und die Konzession nicht erneuert wird, die Standorte der Anlagen gewechselt werden.

3. Erlischt die Dienstbarkeit, muss der scheidende Konzessionär den ursprünglichen Zustand auf den betroffenen Grundstücken wiederherstellen.

4. (gestrichen)

-----  
Art. 14

*Durata della servitù*

1. La servitù è legata alla durata della concessione. Con il rinnovo della concessione, i diritti e gli obblighi derivanti dalla servitù passano al concessionario entrante, che diventa responsabile della loro corretta applicazione.

2. La servitù cessa, qualora:  
la concessione decada e non venga rinnovata;



*il concessionario non adempia agli obblighi derivanti dalla servitù e la concessione non venga rinnovata;*

*i siti degli impianti vengano cambiati.*

*3. Se la servitù cessa, il concessionario uscente deve ripristinare lo stato originale dei luoghi interessati.*

*4. (soppresso)*

Wer möchte das Wort zu diesem Artikel? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 19 Ja-Stimmen und 12 Enthaltungen genehmigt.

#### Art. 15

##### *Grundverfügbarkeit für kleine Ableitungen*

*1. Kleine Anlagen laut Artikel 1 Absatz 2 gelten als nicht gemeinnützig für die Zwecke des Landesgesetzes vom 15. April 1991, Nr. 10, in geltender Fassung. Der Rechtstitel, mit dem die Verfügbarkeit der Flächen für die Errichtung und den Betrieb von kleinen Ableitungen nachgewiesen wird, ist bis spätestens 90 Tage nach Erhalt der Mitteilung der Entscheidung der Dienststellenkonferenz beim zuständigen Amt vorzulegen.*

*2. Wird der Rechtstitel nicht innerhalb der Frist laut Absatz 1 nachgewiesen, wird das entsprechende Gesuch vom zuständigen Amt archiviert.*

#### Art. 15

##### *Disponibilità dei fondi per piccole derivazioni*

*1. I piccoli impianti di cui all'articolo 1, comma 2, non sono considerati di pubblica utilità ai fini della legge provinciale 15 aprile 1991, n. 10, e successive modifiche. Il titolo giuridico con il quale si dimostra la disponibilità dei fondi per la costruzione e la messa in esercizio di piccole derivazioni deve essere prodotto all'ufficio competente al più tardi entro 90 giorni dalla comunicazione della decisione della Conferenza dei servizi.*

*2. Qualora il titolo non sia prodotto nel termine di cui al comma 1, la domanda è archiviata dall'ufficio competente.*

Wer möchte das Wort zu diesem Artikel? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 19 Ja-Stimmen und 12 Enthaltungen genehmigt.

#### Art. 16

##### *Konzession*

*1. Nach Feststellung der Verfügbarkeit der Flächen und, falls notwendig, nach Durchführung des UVP-Verfahrens wird die Konzession ausgestellt, die in jeder Hinsicht alle anderen Ermächtigungen, Gutachten, Sichtvermerke oder Unbedenklichkeitserklärungen bezüglich des Projektes ersetzt.*

*2. Falls kein Auflagenheft erstellt wird, werden die Vorschriften zu Lasten des Konzessionsinhabers, die Leistungen zum Wohle der Allgemeinheit und die technischen Daten der genehmigten Anlage in die Konzession eingefügt.*

*3. Die Konzession wird für einen Zeitraum von 30 Jahren erteilt.*

*4. Die Konzession für kleine oder mittlere Ableitungen wird auszugsweise im Südtiroler Bürgernetz veröffentlicht.*

#### Art. 16

##### *Concessione*

*1. Una volta accertata la disponibilità dei fondi e, se necessario, previo espletamento della procedura VIA, è rilasciata la concessione che sostituisce a tutti gli effetti ogni altra autorizzazione, parere, visto o nulla osta relativo al progetto.*

*2. Qualora non venga redatto un disciplinare, le prescrizioni a carico del concessionario, le prestazioni a favore della collettività e i dati tecnici dell'impianto sono riportati nella concessione.*

*3. La concessione è rilasciata per una durata di 30 anni.*

4. *La concessione per piccole o medie derivazioni è pubblicata per estratto sulla Rete Civica dell'Alto Adige.*

Wer möchte das Wort zu diesem Artikel? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 22 Ja-Stimmen und 10 Enthaltungen genehmigt.

Art. 17

*Baubeginnmeldung*

1. *Mindestens 15 Tage vor Beginn der Arbeiten meldet der Konzessionär den gebietsmäßig zuständigen Gemeinden den Baubeginn unter Vorlage der Konzession und der Projektunterlagen.*
2. *Die Gemeinden überwachen die korrekte Bauausführung.*
3. *(gestrichen)*

-----  
Art. 17

*Dichiarazione di inizio lavori*

1. *Almeno 15 giorni prima dell'inizio dei lavori il concessionario comunica ai comuni territorialmente competenti l'inizio dei lavori, presentando la concessione e la documentazione progettuale.*
2. *I comuni vigilano sulla corretta esecuzione dei lavori.*
3. *(soppresso)*

Wer möchte das Wort zu diesem Artikel? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 21 Ja-Stimmen und 11 Enthaltungen genehmigt.

Art. 18

*Kaution*

1. *Als Garantie für die Einhaltung der Bauauflagen muss der Konzessionär eine Kaution im Sinne von Artikel 31 des Landesgesetzes vom 29. Jänner 2002, Nr. 1, von mindestens 100,00 Euro je kW mittlerer jährlicher Nennleistung stellen.*
2. *Diese Kaution ersetzt auch jene, die eventuell in Zusammenhang mit Auflagen zu hinterlegen sind, die in den Gesetzen über den Landschaftsschutz, über den Schutz des Naturhaushaltes und über das Forstwesen vorgesehen sind.*
3. *Die Konzession erlangt erst nach Stellung der Kaution Gültigkeit.*
4. *Hat der Konzessionär die Arbeiten nicht gemäß den Bauauflagen ausgeführt, so kann der für die Sanierung erforderliche Betrag ganz oder teilweise der hinterlegten Kaution entnommen werden.*
5. *Die Kaution wird vom zuständigen Amt freigegeben, nachdem durch die Bauabnahme festgestellt worden ist, dass die Auflagen für den Bau der Anlage eingehalten worden sind und die Flächen wiederhergestellt und in ordnungsgemäßem Zustand an den Eigentümer übergeben worden sind.*

-----  
Art. 18

*Cauzione*

1. *A garanzia dell'osservanza delle prescrizioni inerenti alla costruzione dell'impianto, il concessionario deve costituire una cauzione ai sensi dell'articolo 31 della legge provinciale 29 gennaio 2002, n. 1, di almeno 100,00 euro per kW di potenza nominale media annua.*
2. *Tale cauzione sostituisce anche quelle eventualmente da versare a seguito di prescrizioni contenute nelle leggi sulla tutela del paesaggio, delle risorse naturali e sulle foreste.*
3. *La concessione acquisisce validità solamente dopo la costituzione della cauzione.*
4. *Qualora il concessionario non abbia eseguito i lavori secondo le prescrizioni inerenti alla costruzione dell'impianto, i fondi per il rifacimento di tali lavori possono essere prelevati in toto o in parte dal deposito cauzionale.*
5. *La cauzione è svincolata dall'ufficio competente, dopo che con il collaudo è stato accertato che le prescrizioni inerenti alla costruzione dell'impianto sono state rispettate e le aree sono state ripristinate e restituite al proprietario in modo regolare.*

Wer möchte das Wort zu diesem Artikel? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 19 Ja-Stimmen und 13 Enthaltungen genehmigt.

Art. 19  
Änderungen

1. Nach Erteilung der Konzession kann das technische Projekt in der Ausführungsphase in Bezug auf folgende Infrastrukturen geringfügigen Änderungen unterzogen werden:  
Standort des Krafthauses (Radius von 15 Metern um den ursprünglichen Gebäudemittelpunkt),  
Anlagen zur Wasserableitung und Wasserrückgabe (10 Meter vom ursprünglichen Standort),  
Trassenverlauf der Druckrohrleitungen (Abweichungen von bis zu 10 Metern von der festgelegten Längsachse).
2. Die geringfügigen Änderungen gemäß Absatz 1 sind jedoch nur dann zulässig, wenn der Verlauf auf der im Projekt vorgesehenen orographischen Seite des Flusslaufs verbleibt und dadurch keine unter Schutz stehenden Flächen betroffen sind und keine zusätzlichen Belastungen (Abstand, Lärm, Elektromog) für Siedlungen entstehen und wenn sie keine verschlechternden Auswirkungen in Hinsicht auf das Naturgefahrenpotenzial haben.
3. (gestrichen)
4. Jegliche Änderung ist der zuständigen Gemeinde mitzuteilen.
5. Ausgenommen der in Absatz 1 angeführten Fälle unterliegen die Erhöhung, auch nur in einzelnen Zeitabschnitten der Nutzungsperiode, der in der Konzession vergebenen oder anerkannten Wassermengen, die Ausdehnung des Nutzungszeitraumes und die Verlegung der Wasserfassung- oder Rückgabestelle den für die neuen Konzessionen vorgesehenen Bestimmungen.

-----  
Art. 19  
Modifiche

1. Dopo il rilascio della concessione il progetto tecnico può subire, in fase di esecuzione, lievi modifiche riferite alle seguenti infrastrutture:  
la posizione della centrale (entro il raggio di 15 metri dal centro originario dell'edificio);  
le opere di presa e di restituzione dell'acqua (entro 10 metri dal luogo originario);  
il tracciato delle condotte a pressione (scarti fino ad un massimo di 10 metri dall'asse longitudinale definito).
2. Le lievi modifiche di cui al comma 1 sono ammesse solo a condizione che il tracciato rimanga sullo stesso lato orografico del corpo idrico, come previsto dal progetto, e che esse non interessino superfici sottoposte a vincoli di tutela, non causino danni aggiuntivi (distanza, rumore, elettromog) ai centri abitati e non aumentino i potenziali rischi naturali.
3. (soppresso)
4. Qualsiasi modifica va comunicata al comune competente.
5. Ad eccezione dei casi indicati al comma 1, all'aumento, anche se solo in singole fasi del periodo di utilizzo, della quantità d'acqua concessa o riconosciuta, all'estensione del periodo di utilizzo e allo spostamento del punto di presa o del punto di restituzione si applicano tutte le disposizioni concernenti le nuove concessioni.

Wer möchte das Wort zu diesem Artikel? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 19 Ja-Stimmen und 13 Enthaltungen genehmigt.

Art. 20  
Bauabnahme

1. Die Bauabnahme erfolgt, auf Kosten des Gesuchstellers, durch einen befähigten Techniker/eine befähigte Technikerin auf der Grundlage der genehmigten technischen Eigenheiten des Projektes und der angeführten Auflagen sowie der Angabe der etwaigen Abweichungen, die nur im Rahmen der in Artikel 19 angeführten Vorgaben zulässig sind. Der Gesuchsteller übermittelt dem zuständigen Amt 15 Tage vor Inbetriebnahme die Dokumentation zur Bauabnahme mit dem Endstandprojekt.
2. Falls im Zuge der Bauabnahme wesentliche Abweichungen zum genehmigten Projekt festgestellt werden, darf die Anlage nicht in Betrieb gehen.

3. (gestrichen)
4. (gestrichen)
5. (gestrichen)
6. Das zuständige Amt kann jederzeit auch auf eigene Initiative Kontrollen durchführen.

-----  
Art. 20

Collaudo

1. Il collaudo è eseguito a spese del richiedente da un tecnico abilitato/una tecnica abilitata in base alle caratteristiche tecniche progettuali approvate e alle prescrizioni previste, con indicazione delle eventuali difformità che sono ammesse solo nei limiti indicati all'articolo 19. Il richiedente trasmette la documentazione del collaudo corredata del progetto relativo allo stato finale dei lavori all'ufficio competente 15 giorni prima della messa in servizio dell'impianto.
2. Se in fase di collaudo vengono riscontrate difformità sostanziali in relazione al progetto approvato, l'impianto non può essere messo in servizio.
3. (soppresso)
4. (soppresso)
5. (soppresso)
6. L'ufficio competente può eseguire controlli di propria iniziativa e in qualsiasi momento.

Wer möchte das Wort zu diesem Artikel? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 19 Ja-Stimmen und 13 Enthaltungen genehmigt.

Art. 21

Erneuerung von Konzessionen für mittlere Ableitungen

1. Der Inhaber einer Konzession für eine mittlere Ableitung sucht frühestens zwei Jahre, aber spätestens ein Jahr vor dem Verfall dieser Konzession beim zuständigen Amt um Erneuerung an.
2. Sofern nicht ein vorrangiges öffentliches Interesse für eine anderweitige Nutzung des Gewässers besteht, welches mit der hydroelektrischen Nutzung unvereinbar ist, leitet das zuständige Amt binnen 120 Tagen das Verfahren zur Erneuerung der Konzession ein. Stellt der scheidende Konzessionär keinen Antrag auf Erneuerung innerhalb der angegebenen Frist, wird die Konzession von Amts wegen ausgeschrieben und der scheidende Konzessionär darf am Wettbewerb nicht teilnehmen.
3. Auch bei Widerruf der Konzession oder bei Verzicht auf diese kann die Ausschreibung zur Erneuerung von Amts wegen vorgenommen werden.
4. In der Ausschreibung ist Folgendes angegeben:  
die Entschädigung für den scheidenden Konzessionär für jene Anlagenteile, welche an den zukünftigen Konzessionär übergehen,  
die mittlere und maximale ableitbare Wassermenge und die auf der Ausleitungsstrecke zu wahrende Restwassermenge auf der Grundlage der Vorgaben der Fachpläne und der Erkenntnisse der vergangenen Betriebsjahre und deren Auswirkungen auf das Gewässerökosystem,  
die Zulässigkeit von Gesuchen, welche die Ablöse der bestehenden Anlage ermöglichen.
5. Die Teilnahmegesuche müssen innerhalb von 90 Tagen nach Veröffentlichung der Ausschreibung im Südtiroler Bürgernetz eingereicht werden. Die Gesuche sind mit den Modalitäten nach Artikel 4 einzureichen und es sind sämtliche, in den technischen Leitlinien laut Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a) angegebene Unterlagen vollständig beizulegen.
6. Auf die zugelassenen Gesuche sind Artikel 5 und folgende anzuwenden.
7. Im Falle der gleichwertigen Bewertung von Gesuchen durch die Bewertungskommission hat der scheidende Konzessionär Vorrang, wenn sein Gesuch unter diesen gleich bewerteten Gesuchen ist.
8. Bis zur Vergabe der neuen Konzession führt der scheidende Konzessionär die Anlage entsprechend den Auflagen seiner Konzession weiter.
9. Das Krafthaus und der Maschinenpark gehen auf den neuen Konzessionär über. Die unentgeltlich abtretbaren Güter gehen in das Eigentum des Landes über und können vom neuen Konzessionär genutzt werden.

-----

## Art. 21

*Rinnovo di concessioni per medie derivazioni*

1. Il titolare della concessione per una media derivazione ne chiede il rinnovo all'ufficio competente non prima di due anni e al più tardi un anno prima della scadenza della stessa.
2. A meno che non sussista un interesse pubblico prevalente rispetto a un altro utilizzo del corso d'acqua, che sia incompatibile con il suo utilizzo a fini idroelettrici, l'ufficio competente avvia entro 120 giorni la procedura di rinnovo della concessione. In caso di mancata domanda di rinnovo da parte del concessionario uscente entro i termini previsti, la concessione è bandita d'ufficio e alla relativa gara il concessionario uscente non può partecipare.
3. Anche in caso di revoca o di rinuncia alla concessione l'ufficio competente può procedere a bandire una gara per il rinnovo della stessa.
4. Nel bando di gara è indicato quanto segue:  
l'indennizzo dovuto al concessionario uscente per le parti dell'impianto che verranno trasferite al futuro concessionario;  
la quantità d'acqua media e massima derivabile e la quantità d'acqua residua da preservare nel tratto oggetto della derivazione, in base alle indicazioni dei piani di settore e alle esperienze acquisite nel corso degli ultimi anni di attività e ai loro effetti sull'ecosistema idrico;  
l'ammissibilità di domande che prevedono la sottomissione dell'impianto esistente.
5. Le domande di partecipazione alla gara devono essere presentate entro 90 giorni dalla data di pubblicazione del relativo bando sulla Rete civica dell'Alto Adige. Le domande devono essere presentate con le modalità di cui all'articolo 4 e corredate di tutta la documentazione richiesta dalle linee guida tecniche di cui all'articolo 2, comma 1, lettera a).
6. Le domande ammesse sono trattate ai sensi degli articoli 5 e seguenti.
7. Nel caso in cui più domande ottengano la stessa valutazione da parte della commissione di valutazione, al concessionario uscente spetta un titolo preferenziale, qualora la sua domanda rientri tra queste.
8. Fino al rilascio di una nuova concessione, il concessionario uscente continua a gestire l'impianto nel rispetto delle prescrizioni previste dalla concessione.
9. La centrale e il parco macchine passano al nuovo concessionario. I beni gratuitamente devolvibili passano in proprietà della Provincia e possono essere utilizzati dal nuovo concessionario.

**Änderungsantrag Nr. 1**, eingebracht von Landesrat Theiner: "Vor Artikel 21 Absatz 1 wird folgender Absatz 01 eingefügt: '01. Konzessionen für mittlere Ableitungen werden, abgesehen von der Ausnahme gemäß Artikel 23, nach ihrem Verfall immer neu ausgeschrieben'."

"Prima del comma 1 dell'articolo 21 viene inserito il seguente comma 01: '01. Le concessioni per medie derivazioni vengono in ogni caso nuovamente bandite, dopo la loro scadenza, ad eccezione del caso previsto all'articolo 23'."

**Änderungsantrag Nr. 1.1** (Ersetzungsantrag), eingebracht von Landesrat Theiner: "Vor Artikel 21 wird folgender Absatz 01 eingefügt: '01. Konzessionen für mittlere Ableitungen werden, abgesehen von der Ausnahme für historische Genossenschaften laut Artikel 23, nach ihrem Verfall immer neu ausgeschrieben'."

"Prima del comma 1 dell'articolo 21 è inserito il seguente comma 01: '01. Le concessioni per medie derivazioni vengono in ogni caso nuovamente bandite dopo la loro scadenza, ad eccezione delle cooperative storiche di cui all'articolo 23'."

Landesrat Theiner, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

**THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP):** Mit dem Änderungsantrag zum Änderungsantrag wird präzisiert, dass die Erneuerung von Konzessionen für mittlere Ableitungen immer ausgeschrieben wird. Zudem muss dieser Artikel an die Änderung in Artikel 23 angepasst werden.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Vorrei fare una domanda, perché la cosa più importante è l'ultima frase. Vengono sempre fatte le gare "ad eccezione delle cooperative storiche di cui all'art. 23". Per tutti noi le cooperative storiche sono da tutelare e da proteggere, anche perché hanno dei diritti particolari riconosciuti dalla legge nazionale, importante che non muoiano. La domanda è se giuridicamente è solida questa cosa. Il non prevedere gara di rinnovo per le concessioni medie in mano alle cooperative storiche, il



fatto che siano in mano alle cooperative storiche è in ordine dal punto di vista giuridico? Io spero di sì ma l'avete ben valutata questa cosa?

**THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP):** Es ist richtig, dass Sie daran erinnert haben, dass es auch auf staatlicher Ebene den Schutz der historischen Genossenschaften gibt. Wir haben im Gesetzgebungsausschuss ausführlich darüber diskutiert. Die historischen Genossenschaften müssen offen sein. Das heißt, dass es auch eine historische Genossenschaft geben könnte, die dann die ganzen Vorrechte hätte. Das wollten wir auf alle Fälle verhindern. Alle in diesem Einzugsgebiet Lebenden haben die Möglichkeit, Mitglied dieser Genossenschaft zu werden. Die Bestimmung ist vom Rechtsamt geprüft worden, und deshalb gehen wir davon aus, dass sie rechtskonform ist.

**PRÄSIDENT:** Wir stimmen über die Änderungsanträge ab.

Änderungsantrag Nr. 1.1. Ich eröffne die Abstimmung: mit 23 Ja-Stimmen und 7 Enthaltungen genehmigt.

Änderungsantrag Nr. 1 ist somit hinfällig.

Gibt es Wortmeldungen zum Artikel? Keine. Dann stimmen wir darüber ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 18 Ja-Stimmen und 11 Enthaltungen genehmigt.

#### Art. 22

##### *Festsetzung der Entschädigung*

1. Die Entschädigung laut Artikel 21 Absatz 4 Buchstabe a) wird je nach Marktwert und mit Bezug auf die für die Güter getätigten und bei Konzessionsablauf nicht amortisierten Investitionen festgelegt.
2. Die Höhe der Entschädigung wird zwischen dem scheidenden Konzessionär und dem Land vereinbart und auf der Grundlage der entsprechenden Leitlinien bestimmt.
3. Bei mangelndem Einvernehmen zwischen Land und scheidendem Konzessionär wird die Höhe der zustehenden Entschädigung durch ein Kollegium von drei nachweislich qualifizierten Experten/Expertinnen bestimmt. Jede Partei macht einen Experten/eine Expertin namhaft. Die dritte Person wird im Einvernehmen zwischen Land und scheidendem Konzessionär bestimmt. Falls kein Einvernehmen zustande kommt, wird diese Person vom Präsidenten/von der Präsidentin der Handels-, Industrie-, Handwerks- und Landwirtschaftskammer Bozen namhaft gemacht.
4. Jede Partei übernimmt die Kosten für die Honorare des/der von ihr namhaft gemachten Experten/Expertin. Die Kosten für den dritten Experten/die dritte Expertin werden je zur Hälfte vom Land und vom scheidenden Konzessionär übernommen.
5. Die beauftragten Experten/Expertinnen geben innerhalb von 60 Tagen ab ihrer Ernennung das Schätzungsgutachten zum Marktwert der Güter im zuständigen Landesamt ab.

#### Art. 22

##### *Determinazione dell'indennizzo*

1. L'indennizzo di cui all'articolo 21, comma 4, lettera a), è determinato tenendo conto del valore di mercato dei beni e degli investimenti fatti per gli stessi e non ammortizzati nel corso della concessione.
2. L'ammontare dell'indennizzo viene concordato tra il concessionario uscente e la Provincia e fissato in base alle apposite linee guida.
3. Qualora la Provincia e il concessionario uscente non pervengano ad un accordo, l'ammontare dell'indennizzo spettante a quest'ultimo viene fissato da un collegio di tre esperti/esperte di comprovata competenza in materia. Ciascuna parte nomina un esperto/un'esperta; il terzo esperto/la terza esperta viene nominato/nominata di comune accordo tra la Provincia e il concessionario uscente. Qualora la Provincia e il concessionario uscente non pervengano ad un accordo, il terzo esperto/la terza esperta viene nominato/nominata dal/dalla presidente della Camera di Commercio, Industria, Artigianato e Agricoltura di Bolzano.
4. Ciascuna parte si fa carico dell'onorario del proprio esperto/della propria esperta. Le spese per l'onorario del terzo esperto/della terza esperta sono suddivise in parti eguali tra la Provincia e il concessionario uscente.

5. Entro 60 giorni dalla loro nomina, gli esperti incaricati/le esperte incaricate presentano all'ufficio provinciale competente la loro stima peritale relativa al valore di mercato dei beni.

Wer möchte das Wort zu diesem Artikel? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 16 Ja-Stimmen und 9 Enthaltungen genehmigt.

#### Art. 23

##### *Historische Genossenschaften*

1. Der zuständige Landesrat/Die zuständige Landesrätin kann direkt Konzessionen für mittlere Ableitungen erneuern, welche bereits vor dem 26. Juli 2010 historischen Genossenschaften erteilt wurden, wie sie in Artikel 2 Absatz 2 und Artikel 9 des gesetzesvertretenden Dekretes vom 16. März 1999, Nr. 79, in geltender Fassung, und im vereinheitlichten Text über die Elektrizitätsgenossenschaften laut Beschluss der Aufsichtsbehörde für Elektroenergie, Gas und das Wassersystem vom 26. Juli 2010, Nr. ARG/elt 113/10, in geltender Fassung, definiert sind. Bedingung ist, dass die historische Genossenschaft die Voraussetzungen für eine Erneuerung der Konzession besitzt, für alle im entsprechenden Versorgungsgebiet offen ist und ihr Interesse daran bekundet.
2. Auch in dem im Absatz 1 vorgesehenen Fall werden die ableitbaren Wassermengen vom zuständigen Amt auf der Grundlage der Vorgaben der Fachpläne und der vorliegenden Erkenntnisse vorgegeben.
3. Die historischen Genossenschaften geben in der Interessensbekundung die Leistungen zum Wohle der Allgemeinheit in den Ufergemeinden an und legen über die entsprechende Umsetzung im Sinne von Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b) Rechenschaft ab.

#### Art. 23

##### *Cooperative storiche*

1. Le concessioni per medie derivazioni che prima del 26 luglio 2010 erano già state rilasciate a cooperative storiche, come definite dall'articolo 2, comma 2, e dall'articolo 9 del decreto legislativo 16 marzo 1999, n. 79, e successive modifiche, e dal testo integrato sulle cooperative elettriche di cui alla delibera dell'Autorità per l'energia elettrica il gas e il sistema idrico del 26 luglio 2010, n. ARG/elt 113/10, e successive modifiche, possono essere rinnovate direttamente dall'assessore/assessora provinciale competente. Presupposto a tal fine è che la cooperativa storica sia in possesso dei requisiti previsti, che sia aperta a tutti i ricadenti nella zona di distribuzione e che si dichiari interessata al rinnovo della concessione.
2. Anche nel caso di cui al comma 1, le quantità d'acqua derivabili sono definite dall'ufficio competente in base alle indicazioni dei piani di settore e alle informazioni disponibili.
3. Nella dichiarazione d'interesse le cooperative storiche indicano le prestazioni da erogare a favore della collettività nei comuni rivieraschi e rendono conto della loro realizzazione ai sensi dell'articolo 2, comma 1, lettera b).

**Änderungsantrag Nr. 1** (Ersetzungsantrag), eingebracht von Landesrat Theiner:  
Artikel 23 wird wie folgt ersetzt:/L'articolo 23 viene così sostituito:

#### 'Art. 23

##### *Integrierte Elektrizitätsunternehmen und historische Genossenschaften*

1. Elektrizitätsunternehmen sind gemäß der Richtlinie 2009/72/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 13. Juli 2009 über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/54/EG natürliche oder juristische Personen, mit Ausnahme der Endkunden, die mindestens eine der Funktionen Erzeugung, Übertragung, Verteilung, Lieferung oder Kauf von Elektrizität wahrnehmen und die kommerziellen, technischen und/oder wartungsbezogenen Aufgaben im Zusammenhang mit diesen Funktionen erfüllen.
2. Die Unternehmen gemäß Absatz 1 gelten als integrierte Elektrizitätsunternehmen, wenn sie als vertikal oder horizontal integrierte Unternehmen entsprechend der Richtlinie 2009/72/EG fungieren.
3. Integrierte Elektrizitätsunternehmen, die weniger als 5.000 angeschlossene Kunden oder kleine isolierte Verteilernetze beliefern, wenden Formen der Buchführung an, über welche die Zugehörigkeit

der Geschäftsvorgänge zu den Bereichen der Erzeugung, der Verteilung und des Verkaufes von elektrischer Energie auf Grundlage analytischer, nachvollziehbarer und belegbarer Daten festgestellt werden kann. Angewandt wird die Regelung gemäß 7. Titel des Anhanges A des Beschlusses der Überwachungsbehörde für Strom, Gas und Wasserversorgung vom 22. Mai 2014, 231/2014/R/COM.

4. Der zuständige Landesrat/Die zuständige Landesrätin kann direkt Konzessionen für mittlere Ableitungen erneuern, welche bereits vor dem 26. Juli 2010 an historische Genossenschaften erteilt wurden, wie sie in Artikel 2 Absatz 2 und Artikel 9 des gesetzesvertretenden Dekretes vom 16. März 1999, Nr. 79, in geltender Fassung, und im vereinheitlichten Text über die Elektrizitätsgenossenschaften laut Beschluss der Aufsichtsbehörde für Elektroenergie, Gas und das Wassersystem vom 26. Juli 2010, Nr. ARG/elt 113/10, in geltender Fassung, definiert sind. Bedingung ist, dass die historische Genossenschaft die Voraussetzungen für eine Erneuerung der Konzession besitzt, für alle im entsprechenden Versorgungsgebiet offen ist und ihr Interesse daran bekundet.

5. Auch in dem im Absatz 4 vorgesehenen Fall werden die ableitbaren Wassermengen vom zuständigen Amt auf der Grundlage der Vorgaben der Fachpläne und der vorliegenden Erkenntnisse vorgegeben.

6. Auch in dem im Absatz 1 vorgesehenen Fall werden die ableitbaren Wassermengen vom zuständigen Amt auf der Grundlage der Vorgaben der Fachpläne und der vorliegenden Erkenntnisse vorgegeben.

-----  
Art. 23

*Imprese elettriche integrate e cooperative storiche*

1. Ai sensi della direttiva 2009/72/CE del Parlamento europeo e del Consiglio del 13 luglio 2009 relativa a norme comuni per il mercato interno dell'energia elettrica e che abroga la direttiva 2003/54/CE, sono imprese elettriche le persone fisiche o giuridiche – esclusi i clienti finali – che svolgono almeno una delle funzioni di produzione, trasporto, distribuzione, fornitura o acquisto di energia elettrica e che espletano i compiti commerciali, tecnici e/o di manutenzione legati a tali funzioni.

2. Le imprese di cui al comma 1 sono da considerarsi imprese elettriche integrate, qualora esse fungano da imprese integrate verticalmente od orizzontalmente secondo la direttiva 2009/72/CE.

3. Le imprese elettriche integrate che riforniscono meno di 5.000 clienti allacciati o che riforniscono piccole reti di distribuzione isolate adottano sistemi di tenuta della contabilità atti a rilevare la destinazione dei fatti amministrativi relativi alle attività di produzione, distribuzione e vendita di energia elettrica sulla base di dati analitici, verificabili e documentabili. Si applica il regime previsto dal Titolo VII dell'Allegato A alla deliberazione dell'Autorità per l'energia elettrica il gas e il sistema idrico 22 maggio 2014, 231/2014/R/COM.

4. Le concessioni per medie derivazioni che prima del 26 luglio 2010 erano già state rilasciate a cooperative storiche, come definite dall'articolo 2, comma 2, e dall'articolo 9 del decreto legislativo 16 marzo 1999, n. 79, e successive modifiche, e dal testo integrato sulle cooperative elettriche di cui alla delibera dell'Autorità per l'energia elettrica il gas e il sistema idrico del 26 luglio 2010, n. ARG/elt 113/10, e successive modifiche, possono essere rinnovate direttamente dall'assessore/assessora provinciale competente. Presupposto a tal fine è che la cooperativa storica sia in possesso dei requisiti previsti, che sia aperta a tutti i ricadenti nella zona di distribuzione e che si dichiari interessata al rinnovo della concessione.

5. Anche nel caso di cui al comma 4, le quantità d'acqua derivabili sono definite dall'ufficio competente in base alle indicazioni dei piani di settore e alle informazioni disponibili.

6. Nella dichiarazione d'interesse le cooperative storiche indicano le prestazioni da erogare a favore della collettività nei comuni rivieraschi e rendono conto della loro realizzazione ai sensi dell'articolo 2, comma 1, lettera b)."

Die Sitzung ist bis 14.30 Uhr unterbrochen.

ORE 12.52 UHR

-----  
ORE 14.32 UHR

*Namensaufruf – appello nominale*

**PRÄSIDENT:** Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Wir fahren mit der Behandlung des Ersetzungsantrages zu Artikel 23 des Landesgesetzentwurfes Nr. 28/14 fort.

Landesrat Theiner, Sie haben das Wort.

**THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP):** Hier haben wir eine umfangreiche Änderung vorgesehen. Die ersten beiden Absätze sind der EU-Richtlinie Nr. 72 aus dem Jahr 2009 entnommen. Absatz 3 steht in Anlehnung an die Vorgaben der italienischen Überwachungsbehörde für Strom, Gas und Wasserversorgung und enthält die Pflicht zur Entflechtung von sogenannten integrierten Unternehmen bis 5.000 Kunden. Integrierte Unternehmen sind solche, welche gleichermaßen produzieren, verteilen und verkaufen. Deshalb haben alle größeren Energieunternehmen die einzelnen Bereiche getrennt. Wenn es um Verteilung geht, gibt es die Endung NET, wenn es um Handel geht TRADE usw. Für kleine Genossenschaften wäre das ein Aufwand, der nicht zu bewältigen wäre. Auf der anderen Seite hatte man auch Bedenken dahingehend, wie weit man hier gehen kann. Um möglichen Missverständnissen vorzubeugen, hat man entsprechende Definitionen der EU bzw. der italienischen Überwachungsbehörde übernommen. Es müsste also möglich sein, die kleinen Genossenschaften von der Verpflichtung des Unbundlings zu entbinden.

**Vorsitz des Vizepräsidenten | Presidenza del vicepresidente: dott. Roberto Bizzo**

**PRESIDENTE:** Chi chiede la parola? Nessuno. Apro la votazione sull'emendamento n. 1, sostitutivo dell'articolo: approvato con 15 voti favorevoli e 13 astensioni.

*Art. 24*

*Rinnovo di concessioni per piccole derivazioni*

1. *Il rinnovo della concessione per una piccola derivazione può essere richiesto non prima di un anno e al più tardi sei mesi prima della relativa scadenza.*
2. *La concessione è rinnovata dal Direttore/dalla Direttrice della ripartizione competente, ove non sussistano nuovi elementi contrari, interessi pubblici superiori o nuove questioni a favore di un utilizzo più ecocompatibile del corso d'acqua, ostativi al rinnovo.*
3. *Per il rinnovo della concessione è richiesto il parere dell'ufficio provinciale competente per la tutela delle acque, che può imporre vincoli ritenuti necessari ai fini di un utilizzo ecocompatibile delle risorse idriche e che può in particolare prescrivere degli adeguamenti alla quantità di acqua residua.*

-----  
*Art. 24*

*Erneuerung von Konzessionen für kleine Ableitungen*

1. *Die Erneuerung der Konzession für kleine Ableitungen kann frühestens ein Jahr, aber spätestens sechs Monate vor ihrem Verfall beantragt werden.*
2. *Die Konzession wird vom Direktor/von der Direktorin der zuständigen Abteilung erneuert, falls sich nicht neue gegenteilige Erkenntnisse, übergeordnete öffentliche Interessen oder neue Anliegen für eine umweltverträglichere Nutzung des Gewässers ergeben, die einer Erneuerung entgegenstehen.*
3. *Für die Erneuerung der Konzession muss das Gutachten des für Gewässerschutz zuständigen Landesamtes eingeholt werden; dieses kann Auflagen festlegen, die für eine umweltverträgliche Nutzung der Wasserressourcen als notwendig erachtet werden, und insbesondere auch Anpassungen der Restwassermenge vorschreiben.*

**Emendamento n. 1**, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss: "Comma 2 Le parole: "dal Direttore/dalla Direttrice della ripartizione competente sono sostituite da: "dall'Assessore provinciale/Assessora provinciale all'energia, ad eccezione di quelle volte all'approvvigionamento di edifici o malghe non allacciate che vengono rinnovate dal Direttore/dalla Direttrice della ripartizione competente."

"Absatz 2, der Absatz erhält folgende Fassung:

"2. Die Konzession wird von der zuständigen Energielandesrätin/vom zuständigen Energielanderrat erneuert, falls sich nicht neue gegenteilige Erkenntnisse, übergeordnete öffentliche Interessen oder neue Anliegen für eine umweltverträglichere Nutzung des Gewässers ergeben, die einer Erneuerung entgegenstehen. Betrifft die Konzession hingegen die Versorgung von nicht am Stromnetz angeschlossenen Gebäuden oder Almen, wird diese von der zuständigen Abteilungsdirektorin/vom zuständigen Abteilungsdirektor erneuert."

**Emendamento n. 1.1**, all'emendamento n. 1, presentato dall'assessore Theiner: ""Comma 2, le parole: "dal Direttore/dalla Direttrice della ripartizione competente" sono sostituite con le seguenti parole: "dall'assessore provinciale/assessora provinciale all'energia".

"In Absatz 2, werden die Worte "Direktor/von der Direktorin der zuständigen Abteilung" mit den Worten "Landesrat/von der Landerätin für Energie" ersetzt."

La parola all'assessore Theiner, prego.

**THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP):** Diesbezüglich gab es schon im Gesetzgebungsausschuss verschiedene Diskussionen. Dabei ging es um die Frage, was der Landesrat unterschreiben soll und welche Akten vom Amts- oder Abteilungsdirektor unterschrieben werden sollen. Der Rat der Gemeinden hat den Einwand gemacht, dass auch die sogenannten kleineren Konzessionen vom Landesrat unterschrieben werden sollen. Ursprünglich war ja vorgesehen, dass das auf technischer Ebene geschehen soll. Wir haben uns intern darüber unterhalten, wobei der Abteilungsdirektor folgender Meinung ist: Um Schwierigkeiten vorzubeugen, sollte alles von derselben Person unterschrieben werden. Der Landesrat ist für alles zuständig, und deshalb gibt es auch verwaltungstechnisch keine Missverständnisse.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Siamo d'accordo. Noi abbiamo presentato l'emendamento a cui il subemendamento dell'assessore Theiner si collega. Noi salvavamo gli edifici non allacciati dalla rete, ma va benissimo che venga ripreso quello che avevamo proposto già in commissione, cioè chi rilascia le concessioni anche nel rinnovo sia l'assessore all'ambiente, in questo modo rendendo coerente questo passo con quello che abbiamo già approvato nell'art. 2.

**PRESIDENTE:** Apro la votazione sull'emendamento 1.1: approvato con 25 voti favorevoli e 3 astensioni. L'emendamento n. 1 decade.

Apro la votazione sull'art. 24: approvato con 23 voti favorevoli, 1 voto contrario e 7 astensioni.

#### Art. 25

##### Monitoraggio

1. Il titolare di una concessione per una media derivazione presenta, a cadenza triennale, ai comuni rivieraschi e all'ufficio competente una relazione sulle prestazioni erogate a favore della collettività.
2. Il titolare di una concessione comunica all'ufficio competente, secondo le modalità previste, la quantità di energia elettrica prodotta.

#### Art. 25

##### Monitoring

1. Der Inhaber einer Konzession für eine mittlere Ableitung legt den Ufergemeinden und dem zuständigen Amt dreijährlich einen Bericht über die zum Wohle der Allgemeinheit erbrachten Leistungen vor.
2. Der Inhaber einer Konzession teilt dem zuständigen Amt mit den entsprechend festgelegten Modalitäten die erzeugte Energiemenge mit.

Chi chiede la parola? Nessuno. Apro la votazione sull'art. 25: approvato con 18 voti favorevoli e 12 astensioni.

L'articolo 26 è stato soppresso dalla Commissione legislativa.

#### Art. 27

##### Verifiche e sicurezza



1. *Il titolare di una concessione esegue la manutenzione tecnica dei suoi impianti in modo tale che ne siano sempre garantite la funzionalità e la sicurezza e che da essi non derivi nessun pericolo.*

-----  
Art. 27

*Überprüfungen und Sicherheit*

1. *Der Inhaber einer Konzession hält die Anlagen aus technischer Sicht so instand, dass ihre Funktionalität und die Sicherheit ständig gewährleistet sind und keine Gefahr von ihnen ausgeht.*

Chi chiede la parola? Nessuno. Apro la votazione sull'art. 27: approvato con 23 voti favorevoli e 7 astensioni.

Art. 28

*Modifica e revoca*

1. *Le prescrizioni tecniche della concessione possono essere modificate o integrate, qualora sia necessario per la tutela del suolo, delle acque, dell'ambiente, della natura o del paesaggio o nell'interesse pubblico in generale.*

2. *Ai sensi dell'articolo 27 della legge provinciale 18 giugno 2002, n. 8, e dell'articolo 13 del Piano generale per l'utilizzazione delle acque pubbliche, la concessione può essere modificata o revocata in tutto o in parte in caso di incompatibilità con lo stato ecologico dei corsi d'acqua interessati o con l'approvvigionamento di acqua potabile.*

3. *Dalla modifica o dalla revoca della concessione non deriva nessun obbligo di indennizzo a carico della Provincia, eccezion fatta per l'adeguamento dei canoni dovuti.*

-----  
Art. 28

*Abänderung und Widerruf*

1. *Wenn es im Interesse des Boden-, des Gewässer-, des Umwelt-, des Natur- oder des Landschaftsschutzes oder im allgemeinen öffentlichen Interesse notwendig ist, können die technischen Vorschriften der Konzession abgeändert oder neue hinzugefügt werden.*

2. *Gemäß Artikel 27 des Landesgesetzes vom 18. Juni 2002, Nr. 8, und Artikel 13 des Gesamtplanes für die Nutzung der öffentlichen Gewässer kann die Konzession geändert oder vollständig oder teilweise widerrufen werden, falls Unverträglichkeiten mit dem ökologischen Zustand der betroffenen Gewässer oder mit der Trinkwasserversorgung bestehen.*

3. *Aus der Abänderung und dem Widerruf der Konzession erwachsen keine Entschädigungsverpflichtungen für das Land, ausgenommen die Neuanpassung der zu leistenden Abgaben.*

Chi chiede la parola? Nessuno. Apro la votazione sull'art. 28: approvato con 23 voti favorevoli e 7 astensioni.

Art. 29

*Sottensioni*

1. *Nel caso in cui una domanda di concessione per un'utilizzazione d'acqua risulti incompatibile con utenze meno importanti ma già legittimamente costituite o concesse, la nuova concessione può essere rilasciata, a condizione che essa risponda al miglior utilizzo della risorsa in funzione dell'interesse pubblico.*

2. *Prima del rilascio della nuova concessione l'ufficio competente sente i titolari dell'utenza sottesa.*

3. *Nei casi previsti dal comma 1 il nuovo concessionario fornisce agli utenti preesistenti, per tutta la durata dell'originaria concessione, una corrispondente quantità d'acqua ovvero, nel caso di sottensione di impianti per forza motrice, una quantità di energia corrispondente a quella effettivamente avuta a disposizione dall'utente preesistente.*

4. *Il nuovo concessionario provvede a proprie cura e spese alle trasformazioni tecniche necessarie al fine di non pregiudicare gli interessi degli utenti preesistenti.*

5. *Gli utenti preesistenti versano annualmente al nuovo concessionario un importo pari al canone di concessione e alla relativa addizionale regionale che avrebbero dovuto versare in favore della Provincia.*
6. *Qualora, per effetto delle trasformazioni effettuate dal nuovo concessionario, gli utenti preesistenti siano manlevati da spese di esercizio, essi dovranno rifondere al nuovo concessionario una quota delle spese dallo stesso sostenute, in ogni caso in misura non superiore agli esborsi che avrebbero sostenuto in assenza della nuova concessione.*
7. *Nel caso in cui la fornitura di acqua o energia risulti eccessivamente onerosa in rapporto al valore economico della preesistente utenza, il nuovo concessionario non è tenuto alla fornitura ma solo a indennizzare il titolare di quest'ultima in base alle norme sulle espropriazioni.*
8. *La valutazione in ordine alla sussistenza degli elementi ai fini dell'applicazione del comma 7 è attribuita in via esclusiva all'ufficio competente e in nessun caso al nuovo concessionario.*

-----  
 Art. 29

Ablöse

1. *Wenn ein Konzessionsgesuch für eine Nutzung eines Gewässers mit bestehenden, rechtmäßig gewährten, aber weniger bedeutenden Nutzungsrechten unvereinbar ist, kann die neue Konzession dennoch erlassen werden, falls sie der bestmöglichen Nutzung der Ressource Wasser im öffentlichen Interesse entspricht.*
2. *Vor der Vergabe der neuen Konzession müssen die Inhaber der bestehenden Nutzungsrechte vom zuständigen Amt angehört werden.*
3. *In dem von Absatz 1 vorgesehenen Fall ist der neue Konzessionär verpflichtet, den bestehenden Nutzern für die Gültigkeitsdauer der ursprünglichen Konzession die Wassermenge oder im Falle von Antriebsanlagen die Energiemenge zur Verfügung zu stellen, die ihnen nachweislich vorher zur Verfügung stand.*
4. *Der neue Konzessionär hat auf eigene Initiative und Kosten alle notwendigen technischen Anpassungen vorzunehmen, um die Interessen der bestehenden Nutzer nicht zu beeinträchtigen.*
5. *Die bestehenden Nutzer überweisen dem neuen Konzessionär jährlich einen Betrag in Höhe der Konzessionsabgabe und des regionalen Zuschlages, die sie dem Land für ihre Nutzung zu zahlen hätten.*
6. *Entfallen den bestehenden Nutzern Betriebskosten durch die vom neuen Konzessionär ausgeführten Anpassungen, so sind sie verpflichtet, diesem einen Teil der von ihm getätigten Ausgaben zu vergüten; der entsprechende Betrag darf in keinem Fall über den Ausgaben liegen, die sie bei Nichterteilung der neuen Konzession hätten tätigen müssen.*
7. *Erweist sich die Zulieferung von Wasser und Energie im Verhältnis zum ökonomischen Wert der bestehenden Nutzung als zu aufwendig, ist der neue Konzessionär nicht verpflichtet die Versorgung aufrecht zu erhalten; er muss jedoch die bestehenden Nutzer auf der Grundlage der Bestimmungen zu den Enteignungen angemessen entschädigen.*
8. *Die Entscheidung darüber, ob die Voraussetzungen für die Anwendung von Absatz 7 gegeben sind, darf nur vom zuständigen Amt, in keinem Fall aber vom neuen Konzessionär getroffen werden.*

Chi chiede la parola? Nessuno. Apro la votazione sull'art. 29: approvato con 18 voti favorevoli e 12 astensioni.

Art. 30

Rinuncia

1. *Il concessionario che intenda rinunciare alla concessione provvede mediante comunicazione scritta all'ufficio competente, contenente il codice identificativo della concessione e una dichiarazione sullo stato di consistenza di tutte le opere di derivazione, condotte a pressione, turbine ed edificio di produzione.*
2. *L'ufficio competente invia al concessionario rinunciatario una comunicazione di presa d'atto della rinuncia e valuta la possibilità di un nuovo affidamento della concessione. Nel caso di un nuovo affidamento il concessionario uscente ha diritto ad una compensazione determinata in base all'articolo 22.*

3. Qualora la concessione non venga più riassegnata, l'ufficio competente impartisce al concessionario uscente le prescrizioni ai fini del ripristino dello stato dei luoghi.
4. L'obbligo di pagamento del canone di concessione cessa al termine dell'annualità in corso alla data di ricezione della comunicazione di rinuncia da parte dell'ufficio competente.

-----  
Art. 30

Verzicht

1. Der Konzessionär, der auf die Konzession verzichten will, teilt dies dem zuständigen Amt unter Angabe der Identifikationsnummer der Konzession und einer Erklärung zum Zustand aller Ableitungsanlagen, Druckrohrleitungen, Turbinen und Kraftwerksgebäude schriftlich mit.
2. Das zuständige Amt bestätigt dem verzichtenden Konzessionär den Erhalt der Verzichtserklärung und prüft die Möglichkeit einer Neuvergabe der Konzession. Bei Neuvergabe erhält der verzichtende Konzessionär eine nach Artikel 22 festgelegte Ablöse.
3. Wird die Konzession nicht mehr neu vergeben, erlegt das zuständige Amt dem scheidenden Konzessionär die Vorgaben zur Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes der betroffenen Flächen auf.
4. Die Verpflichtung zur Zahlung der Konzessionsabgabe erlischt mit Ende des Jahres, in welchem die Verzichtserklärung beim zuständigen Amt eingegangen ist.

Chi chiede la parola? Nessuno. Apro la votazione sull'art. 30: approvato con 21 voti favorevoli e 9 astensioni.

Ha chiesto la parola il consigliere Dello Sbarba sull'ordine dei lavori, prego.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Per quanto riguarda il nostro emendamento che abbiamo presentato all'art. 31 c'è stato un colloquio con l'assessore Theiner e abbiamo concordato un subemendamento per renderlo coerente e accettabile da parte della Giunta, però chiedo una breve sospensione in attesa che venga distribuito.

**PRESIDENTE:** Accolgo la richiesta e sospendo brevemente la seduta.

ORE 14.46 UHR

-----  
ORE 15.06 UHR

**PRESIDENTE:** Riprendiamo la seduta.

Comunico all'aula che all'art. 24 è stato riscontrato un piccolo ma sostanziale errore nella traduzione dell'emendamento, per cui dovremo tornare alla votazione dell'articolo una volta pronta la traduzione. Vi prego di pazientare ancora qualche minuto.

Art. 31

Decadenza

1. L'impianto per la derivazione oggetto della concessione deve essere realizzato e messo in esercizio entro tre anni dal rilascio della relativa concessione.
2. In casi motivati il termine di cui al comma 1 può essere prorogato fino ad un massimo di cinque anni.
3. In caso di mancata realizzazione dell'impianto, la concessione decade e viene archiviata.
4. In caso di mancato esercizio dell'impianto, la concessione può essere annullata e, con indennizzo degli investimenti eseguiti, affidata ad altri interessati secondo la procedura di cui all'articolo 21.
5. Il concessionario decade dal diritto di derivare e di utilizzare l'acqua concessa nei seguenti casi:
  - a. per il cattivo uso della risorsa in relazione ai fini dell'utilizzazione, ovvero per un uso diverso da quello oggetto di concessione;
  - b. per il mancato rispetto delle prestazioni a favore della collettività, per il mancato rispetto delle prescrizioni per l'esercizio degli impianti, per il mancato rispetto delle prescrizioni

sulla manutenzione e sulle verifiche delle opere, nonché per il ripetuto mancato rispetto del deflusso minimo vitale;

- c. per il mancato pagamento o il pagamento parziale di oltre due annualità consecutive dei canoni previsti;
- d. per cessione dell'utenza effettuata senza il nulla osta o per sub concessioni a terzi, anche parziali, senza il nulla osta;
- e. per il mancato collaudo;
- f. per il mancato adempimento, per due anni consecutivi, degli obblighi derivanti dalla servitù.

6. La decadenza della concessione può essere dichiarata solo previa contestazione scritta al concessionario dei difetti riscontrati e degli inadempimenti rilevati, con contestuale diffida alla loro eliminazione entro un termine adeguato al caso di specie.

7. La decadenza della concessione è dichiarata dall'ufficio competente con provvedimento motivato e comunicata al concessionario.

-----  
Art. 31

Verfall

1. Die Anlage für die konzessionierte Ableitung ist binnen drei Jahren ab Erteilung der Konzession zu errichten und innerhalb derselben Frist in Betrieb zu nehmen.

2. In begründeten Fällen kann die in Absatz 1 vorgesehene Frist bis zu maximal fünf Jahren verlängert werden.

3. Bei Nichterrichtung der Anlage verfällt die Konzession und wird archiviert.

4. Bei fehlender Inbetriebnahme der Anlage kann die Konzession widerrufen und gegen Vergütung der getätigten Investitionen gemäß dem Verfahren laut Artikel 21 anderen Interessenten übertragen werden.

5. Dem Konzessionär verfällt das Recht auf Ableitung und Nutzung des zugestandenen Wassers ferner, wenn

- a) die Ressource im Hinblick auf den Nutzungszweck unsachgemäß oder abweichend von der Konzession genutzt wird,
- b) die Leistungen zum Wohle der Allgemeinheit nicht umgesetzt und die Auflagen für den Betrieb der Anlagen nicht erfüllt werden, die Vorschriften zur Wartung und Überprüfung der Anlagen und wiederholt die Bestimmungen zur Restwassermenge nicht eingehalten werden,
- c) die vorgesehenen Abgaben für einen Zeitraum von mehr als zwei aufeinander folgenden Jahren nicht oder nur teilweise entrichtet werden,
- d) die Nutzung an Dritte oder Sub-Konzessionen ohne Unbedenklichkeitserklärung vergeben wurden,
- e) die Bauabnahme nicht durchgeführt wird,
- f) der Konzessionär über zwei Jahre seine Pflichten aus den Dienstbarkeiten nicht einhält.

6. Der Verfall einer Konzession kann erst nach Übermittlung an den Konzessionär einer schriftlichen Vorhaltung mit Angabe der festgestellten Mängel und der Nichterfüllungen und gleichzeitiger Aufforderung zur Behebung des beanstandeten Tatbestandes innerhalb einer dem Fall angemessenen Frist erklärt werden.

7. Das zuständige Amt erklärt den Verfall der Konzession mit begründeter Maßnahme, die dem Konzessionär mitzuteilen ist.

**Emendamento n. 1**, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss: "Comma 5, lettera g) Al comma 5 viene aggiunta la seguente lettera: "g) per danni duraturi all'ambiente causati da un errato utilizzo degli impianti".

"Absatz 5 Buchstabe g) Dem Absatz 5 wird folgender Buchstabe hinzugefügt: "g) bleibende Umweltschäden infolge einer falschen Verwendung der Anlagen entstehen."

**Emendamento n. 1.1** all'emendamento n. 1, presentato dal consigliere Dello Sbarba: "Comma 5, lettera g) L'emendamento è così sostituito: "Al comma 5 viene aggiunta la seguente lettera: g) per danni gravi all'ambiente causati da un utilizzo degli impianti difforme da quanto previsto dal disciplinare di concessione".

"Absatz 5 Buchstabe g) Der Änderungsantrag erhält folgende Fassung: "Dem Absatz 5 wird folgender Buchstabe hinzugefügt: g) schwerwiegende Umweltschäden infolge einer von den Bestimmungen des Lastenheftes abweichenden Nutzung der Anlagen".

La parola all'assessore Theiner, prego.

**THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP):** Siamo d'accordo con il subemendamento 1.1 però nel testo in lingua tedesca si dovrebbe sostituire la parola "Lastenheftes" con la parola "Auflagenheftes" che nel testo italiano è scritto giusto: disciplinare di concessione.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** In effetti il termine in lingua tedesca non è corretto, è una modifica linguistica.

Siamo all'art. 31 che elenca i motivi per cui può essere ritirata una concessione. Noi proponiamo di aggiungere "per danni gravi all'ambiente causati da un utilizzo degli impianti difforme da quanto previsto dal disciplinare di concessione". Può accadere, e credo sia una violazione grave delle condizioni per cui uno ha ricevuto la concessione e credo debba essere sanzionato per quanto merita. Ringrazio l'assessore per il sostegno a questo emendamento.

**PRESIDENTE:** Metto in votazione il subemendamento 1.1. Apro la votazione: approvato con 21 voti favorevoli e 6 astensioni. L'emendamento n. 1 decade.

Metto in votazione l'art. 31. Apro la votazione: approvato con 20 voti favorevoli e 7 astensioni.

#### Art. 32

##### *Smantellamento di impianti*

1. *Gli impianti oggetto di concessioni non rinnovate, revocate, annullate o dichiarate decadute e non più rilasciate, ovvero di concessioni oggetto di rinuncia da parte del concessionario, sono smantellati dal concessionario uscente a proprie spese.*
2. *Tutte le opere fuori terra (presa, restituzione, edifici, condotte in superficie) sono smantellate a regola d'arte e in conformità alle norme, e le superfici interessate sono ripristinate allo stato originario.*
3. *Il ripristino deve avvenire in modo tale da garantire l'originario uso dei fondi, senza alcuna limitazione.*
4. *Occorre inoltre garantire che le condotte sotterranee non causino più alcun pericolo, anche in termini di stabilità dei pendii.*

#### Art. 32

##### *Abbruch von Anlagen*

1. *Wird die Konzession nicht verlängert, wird sie widerrufen, für nichtig oder als verfallen erklärt oder verzichtet der Konzessionär darauf und wird sie anschließend nicht neu vergeben, hat der scheidende Konzessionär die Anlagen auf eigene Kosten abzubauen.*
2. *Sämtliche oberirdische Bauten (Wasserfassung, Wasserrückgabe, Gebäude, oberirdische Rohrleitungen) sind sachgemäß und regelkonform abzubauen und die betroffenen Flächen in den ursprünglichen Zustand zurückzuführen.*
3. *Der Rückbau muss in einer Weise erfolgen, dass für die ursprüngliche Nutzung der Grundstücke keine Einschränkungen mehr vorliegen.*
4. *Bei unterirdischen Leitungen ist sicherzustellen, dass von ihnen keinerlei Gefahren, auch für die Stabilität der Hänge, mehr ausgehen können.*

Chi chiede la parola? Nessuno. Apro la votazione sull'art. 32: approvato con 21 voti favorevoli e 8 astensioni.

#### Art. 33

##### *Vigilanza e controllo*

1. *Il controllo sull'applicazione della presente legge e sul rispetto dei disciplinari di concessione spetta alle funzionarie e ai funzionari a tal fine autorizzati dall'Agenzia provinciale per l'ambiente,*



dalla Ripartizione provinciale Foreste e dalla Ripartizione provinciale Sviluppo del territorio, natura e paesaggio, nonché agli organi di controllo dei comuni.

2. Le persone incaricate del controllo hanno libero accesso ai luoghi soggetti alla vigilanza.

3. In caso di derivazione o utilizzazione di acque pubbliche per la produzione di energia elettrica in assenza di concessione o di altro titolo legittimo, il direttore/la direttrice dell'ufficio competente dispone l'immediata interruzione della derivazione.

-----

Art. 33

Aufsicht und Kontrolle

1. Die Aufsicht über die Anwendung dieses Gesetzes und die Einhaltung der Auflagenhefte der Konzessionen erfolgt durch die bevollmächtigten Beamten/Beamtinnen der Landesagentur für Umwelt, der Landesabteilung Forstwirtschaft und der Landesabteilung Natur, Landschaft und Raumentwicklung sowie durch die Kontrollorgane der Gemeinden.

2. Die mit den Kontrollen beauftragten Personen haben freien Zutritt zu allen Orten, an denen sie Überprüfungen durchzuführen haben.

3. Im Falle der Ableitung oder Nutzung von öffentlichen Gewässern ohne Konzession oder anderem gültigen Rechtstitel zur Erzeugung elektrischer Energie verfügt der Direktor/die Direktorin des zuständigen Amtes die sofortige Einstellung der Ableitung.

**Emendamento n. 1** presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss: "Comma 1 Alla fine del comma è aggiunto il seguente periodo: "Il controllo del rispetto delle norme sul deflusso minimo vitale viene esercitato anche dalle guardie giurate addette alla vigilanza ittica (guardia pesca)."

"Absatz 1 Am Ende des Absatzes wird folgender Satz hinzugefügt: "Die Kontrolle über die Einhaltung der Bestimmungen zur Restwassermenge wird auch von den beauftragten Fischereiaufsehern durchgeführt."

La parola al consigliere Dello Sbarba per l'illustrazione.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** L'art. 33 riguarda la vigilanza e il controllo, tema piuttosto complesso in questo campo delle medie e piccole concessioni. Abbiamo saputo stamattina che le medie e piccole concessioni sono arrivate a 960 sul territorio della provincia di Bolzano, soprattutto per le piccole che sono molto capillari, entrano dentro i fiumi, i torrenti e sono 800, è molto difficile garantire il controllo, tanto è vero che anche lo studio della Convenzione delle Alpi presentato all'Accademia europea 2 anni fa sull'impatto degli impianti idroelettrici sull'ecosistema idrico delle alpi dimostra che purtroppo l'impatto più grosso deriva dalle piccole e medie concessioni ma soprattutto dalle piccole, perché c'è una difficoltà di avere personale che controlla questo gran numero di concessioni. Paradossalmente è più facile controllare un grande impianto dove sono molto localizzate le opere di presa, di restituzione ecc. che non le centinaia di piccole e medie concessioni che ci sono.

C'è la disponibilità a dare una mano su questo per quanto riguarda il punto decisivo, cioè la garanzia del deflusso minimo vitale, da parte dei guardia pesca che, ricordo, sono guardie giurate, hanno uno status giuridico che li metterebbe in grado di svolgere questa funzione al pari di un altro organo di controllo sul territorio. Potrebbe essere un ausilio importante proprio per essere all'altezza della capillarità della diffusione di questi impianti e dell'esigenza di controllarli. Proponiamo quindi di aggiungere al primo comma la frase: "Il controllo del rispetto delle norme sul deflusso minimo vitale viene esercitato anche dalle guardie giurate addette alla vigilanza ittica (guardia pesca)."

**THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP):** Über diesen Änderungsantrag haben wir bereits im Gesetzgebungsausschuss diskutiert. Das Amt für Jagd und Fischerei ist neben der Umweltagentur bereits Kontrollorgan. Deshalb erscheint es nicht sinnvoll, ein weiteres Organ einzubinden. Das wäre auch problematisch, weil es sich um Private handelt.

**PRESIDENTE:** Metto in votazione l'emendamento. Apro la votazione: respinto con 4 voti favorevoli, 17 voti contrari e 10 astensioni.

Chi chiede la parola sull'articolo 33? Nessuno. Apro la votazione: approvato con 15 voti favorevoli e 15 astensioni.

## Art. 34

## Sanzioni amministrative

1. Chi contravviene all'obbligo di comunicazione di cui all'articolo 13, comma 3, è tenuto al pagamento di una sanzione amministrativa da 500,00 euro a 1.500,00 euro.
2. Chi contravviene alla disposizione sul ripristino dello stato dei luoghi dopo la cessazione della servitù, di cui all'articolo 14, comma 3, è tenuto al pagamento di una sanzione amministrativa da 4.000,00 euro a 12.000,00 euro; in caso di superfici superiori a 50 metri quadrati, la sanzione è aumentata di 100,00 euro per ogni ulteriore metro quadrato.
3. Chi contravviene alla disposizione sulle lievi modifiche ammissibili di cui all'articolo 19, comma 2, è tenuto al pagamento di una sanzione amministrativa da 4.000,00 euro a 12.000,00 euro.
4. Chi contravviene all'obbligo di comunicazione al comune di cui all'articolo 19, comma 4, è tenuto al pagamento di una sanzione amministrativa da 500,00 euro a 1.500,00 euro.
5. Chi contravviene alla disposizione sulle difformità sostanziali di cui all'articolo 20, comma 2, è tenuto al pagamento di una sanzione amministrativa da 5.000,00 euro a 15.000,00 euro.
6. Chi non rispetta i termini di scadenza della concessione di cui all'articolo 21, comma 1, è tenuto al pagamento di una sanzione amministrativa da 1.000,00 euro a 3.000,00 euro.
7. Chi non rispetta i termini di scadenza della concessione di cui all'articolo 24, comma 1, è tenuto al pagamento di una sanzione amministrativa da 500,00 euro a 1.500,00 euro.
8. Chi contravviene all'obbligo di presentazione di cui all'articolo 25, comma 1, è tenuto al pagamento di una sanzione amministrativa da 2.000,00 euro a 6.000,00 euro.
9. Chi contravviene all'obbligo di comunicazione di cui all'articolo 25, comma 2, è tenuto al pagamento di una sanzione amministrativa da 3.000,00 euro a 9.000,00 euro.
10. Chi contravviene alla disposizione sulle verifiche e sulla sicurezza di cui all'articolo 27 è tenuto al pagamento di una sanzione amministrativa da 5.000,00 euro a 15.000,00 euro.
11. Chi contravviene alle disposizioni sullo smantellamento degli impianti di cui all'articolo 32 è tenuto al pagamento di una sanzione amministrativa da 6.000,00 euro a 18.000,00 euro; in caso di superfici superiori a 50 metri quadrati, la sanzione è aumentata di 300,00 euro per ogni ulteriore metro quadrato.
12. In caso di concessione per piccole derivazioni è tenuto al pagamento di una sanzione amministrativa da 4.000,00 euro a 12.000,00 euro chi:
  - a. realizza opere di derivazione abusive;
  - b. non rispetta la portata d'acqua residua prescritta;
  - c. attua abusivamente varianti sostanziali a derivazioni;
  - d. non osserva il periodo di utilizzo e la quantità d'acqua concessa.
13. La sanzione amministrativa di cui al comma 12 è triplicata per le medie derivazioni.
14. In caso di concessione per piccole derivazioni, è tenuto al pagamento di una sanzione amministrativa da 1.000,00 euro a 3.000,00 euro chi:
  - a) effettua varianti non autorizzate alle opere di derivazione;
  - b) non osserva le prescrizioni generali e speciali della concessione;
  - c) mantiene le opere di presa, raccolta, adduzione o restituzione in stato di funzionamento non regolare.
15. In caso di concessioni per medie derivazioni la sanzione amministrativa di cui al comma 14 va da 5.000,00 euro a 15.000,00 euro.

-----  
Art. 34

## Verwaltungsstrafen

1. Wer gegen die Mitteilungspflicht laut Artikel 13 Absatz 3 verstößt, muss eine Verwaltungsstrafe von 500,00 Euro bis zu 1.500,00 Euro entrichten.
2. Wer gegen Artikel 14 Absatz 3 über die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes nach Erlöschen der Dienstbarkeit verstößt, muss eine Verwaltungsstrafe von 4.000,00 Euro bis zu 12.000,00 Euro entrichten, wobei ab einer Fläche von über 50 Quadratmetern die Verwaltungsstrafe um 100,00 Euro für jeden zusätzlichen Quadratmeter erhöht wird.
3. Wer gegen Artikel 19 Absatz 2 über die zulässigen geringfügigen Änderungen verstößt, muss eine Verwaltungsstrafe von 4.000,00 Euro bis zu 12.000,00 Euro entrichten.

4. Wer gegen die Pflicht zur Mitteilung an die Gemeinde laut Artikel 19 Absatz 4 verstößt, muss eine Verwaltungsstrafe von 500,00 Euro bis zu 1.500,00 Euro entrichten.
5. Wer gegen Artikel 20 Absatz 2 über wesentliche Abweichungen verstößt, muss eine Verwaltungsstrafe von 5.000,00 Euro bis zu 15.000,00 Euro entrichten.
6. Wer die Fristen zur Erneuerung der Konzession laut Artikel 21 Absatz 1 nicht einhält, muss eine Verwaltungsstrafe von 1.000,00 Euro bis zu 3.000,00 Euro entrichten.
7. Wer die Fristen zur Erneuerung der Konzession laut Artikel 24 Absatz 1 nicht einhält, muss eine Verwaltungsstrafe von 500,00 Euro bis zu 1.500,00 Euro entrichten.
8. Wer gegen die Vorlagepflicht laut Artikel 25 Absatz 1 verstößt, muss eine Verwaltungsstrafe von 2.000,00 Euro bis zu 6.000,00 Euro entrichten.
9. Wer gegen die Mitteilungspflicht laut Artikel 25 Absatz 2 verstößt, muss eine Verwaltungsstrafe von 3.000,00 Euro bis zu 9.000,00 Euro entrichten.
10. Wer gegen die Sicherheitsbestimmungen laut Artikel 27 verstößt, muss eine Verwaltungsstrafe von 5.000,00 Euro bis zu 15.000,00 Euro entrichten.
11. Wer gegen die Bestimmungen zum Abbau der Anlagen laut Artikel 32 verstößt, muss eine Verwaltungsstrafe von 6.000,00 Euro bis zu 18.000,00 Euro entrichten, wobei ab einer Fläche von über 50 Quadratmetern die Verwaltungsstrafe um 300,00 Euro für jeden zusätzlichen Quadratmeter erhöht wird.
12. Bei kleinen Ableitungen muss eine Verwaltungsstrafe von 4.000,00 Euro bis zu 12.000,00 Euro entrichten, wer
  - a) illegale Ableitungsanlagen errichtet,
  - b) die vorgeschriebene Restwassermenge nicht einhält,
  - c) widerrechtlich wesentliche Änderungen an Ableitungen durchführt,
  - d) den Nutzungszeitraum und die gewährte Wassermenge nicht einhält.
13. Die Verwaltungsstrafe laut Absatz 12 wird verdreifacht, wenn es sich um mittlere Ableitungen handelt.
14. Bei kleinen Ableitungen muss eine Verwaltungsstrafe von 1.000,00 Euro bis zu 3.000,00 Euro entrichten, wer
  - a) nicht genehmigte Änderungen an den Ableitungsanlagen vornimmt,
  - b) die allgemeinen und Sondervorschriften der Konzession nicht einhält,
  - c) die Entnahme-, Sammel-, Zuleitungs- oder Rückgabeeinrichtungen nicht ordnungsgemäß instand hält.
15. Die Verwaltungsstrafe laut Absatz 14 beträgt mindestens 5.000,00 Euro und höchstens 15.000,00 Euro, wenn es sich um mittlere Ableitungen handelt.

**Emendamento n. 1**, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss: "Comma 12 Le parole "da 4.000,00 euro a 12.000,00 euro" sono sostituite dalle parole: "da 500,00 euro a 5.000,00 euro per impianti con potenza nominale media fino a 50 kW e da 5.000,00 euro a 50.000,00 euro per impianti con potenza nominale media superiore a 50 kW".

"Absatz 12 Die Worte "von 4.000,00 Euro bis zu 12.000,00 Euro" werden durch folgenden Wortlaut ersetzt: "von 500,00 Euro bis zu 5.000,00 Euro bei Anlagen mit einer mittleren Nennleistung bis 50 kW und von 5.000,00 Euro bis zu 50.000,00 Euro bei Anlagen mit einer mittleren Nennleistung über 50 kW".

**Emendamento n. 2**, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss: "Comma 13 Dopo le parole "comma 12" sono inserite le parole: ", riferita agli impianti con potenza nominale media superiore a 50 kW, ",

"Absatz 13 Nach den Worten "Absatz 12" werden die Worte ", bezogen auf Anlagen mit einer mittleren Nennleistung über 50 kW," eingefügt."

**Emendamento n. 3**, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss: "Comma 14 Le parole "da 1.000,00 euro a 3.000,00 euro" sono sostituite dalle parole: "da 250,00 euro a 2.500,00 euro per impianti con potenza nominale media fino a 50 kW e da 1.000,00 euro a 10.000,00 euro per impianti con potenza nominale media superiore a 50 kW".

"Absatz 14 Die Worte "von 1.000,00 Euro bis zu 3.000,00 Euro" werden durch folgenden Wortlaut ersetzt: "von 250,00 Euro bis zu 2.500,00 Euro bei Anlagen mit einer mittleren Nennleistung bis 50 kW und von 1.000,00 Euro bis zu 10.000,00 Euro bei Anlagen mit einer mittleren Nennleistung über 50 kW".

**Emendamento n. 4**, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss: "Comma 15 La cifra "15.000,00" è sostituita dalla cifra "40.000,00".

"Absatz 15 Die Ziffer "15.000,00" wird durch die Ziffer "40.000,00" ersetzt."  
La parola al consigliere Dello Sbarba per l'illustrazione.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Avevo già parlato di questa cosa nella relazione di minoranza. Si tratta delle sanzioni e io ho fatto un piccolo confronto tra le sanzioni previste fino ad oggi e le sanzioni previste dalla nuova normativa. Colpisce in particolare che nei commi 12, 13, 14 e 15 che prevedono le sanzioni per violazione grave sia per le piccole che per le medie concessioni, vengono aumentate leggermente le sanzioni minime ma le sanzioni massime vengono tagliate, cioè si passa da una sanzione massima di 50 mila euro a 12 mila euro. Per le grandi concessioni si passa da una sanzione massima di 150 mila euro a 36 mila euro. Tra l'altro queste cifre sono state stabilite nel 2005, quindi già i 50 mila euro del 2005 sono diversi dai 50 mila euro di oggi, e noi facciamo una legge che per queste violazioni gravi riduce ad un terzo le sanzioni massime. E guardate che quello che viene punito con queste sanzioni massime ridotte ad un terzo sono: derivazioni abusive, non rispetto del deflusso minimo vitale. Sono violazioni gravi e se noi abbassiamo così la guardia rispetto al 2005 credo che nessuno ci prenderà più in considerazione. Questa storia mi ricorda le grida manzoniane, facciamo una legge che ha grandi ambizioni e grandi dichiarazioni ma poi chi non rispetta queste ambizioni non rischia.

Nei miei emendamenti non faccio altro che ripristinare le sanzioni così come sono fino ad oggi, hanno funzionato, non capisco perché le dobbiamo cambiare. Sono cifre fissate nel 2005, pensate l'inflazione quanto le ha mangiate nel loro valore. Noi proponiamo di lasciare le sanzioni come erano nella vecchia legge, non tutte, solo quelle dei commi 12, 13, 14 e 15 che riguardano le violazioni gravi, che riguardano chi utilizza l'acqua senza avere la concessione, chi non rispetta il deflusso minimo vitale ecc. cioè chi fa un danno notevole all'ambiente e all'interesse collettivo. Queste persone non devono ricevere il messaggio che facciamo loro uno sconto fino a 1/3 delle sanzioni come fino ad oggi erano previste. Per noi forse questi numeri vogliono dire poco ma per chi lavora nel settore il messaggio è chiaro, è chiudere un occhio o forse tutti e due, dire di non prendere troppo sul serio le nostre norme, perché se facciamo una legge che è più rigorosa della precedente però riduciamo di tre volte le sanzioni massime, mi pare che il messaggio che le persone ricevono è che nemmeno noi prendiamo in considerazione le norme che fissiamo.

**THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP):** Wir sind der Meinung, dass die vorgesehenen Sanktionen sehr wohl angemessen sind. Es stimmt, dass bisher teilweise höhere Höchststrafen vorgesehen waren, aber man muss auch sagen, wie oft diese angewandt wurden. Es geht nicht darum, mit exorbitant hohen Strafen zu drohen, wenn diese dann nie zur Anwendung kommen. Wenn schon, dann sollen realistische Strafen vorgesehen werden, die dann auch verhängt werden können.

**PRESIDENTE:** Metto in votazione gli emendamenti. Apro la votazione sull'emendamento n. 1: respinto con 5 voti favorevoli, 16 voti contrari e 8 astensioni.

Apro la votazione sull'emendamento n. 2: respinto con 5 voti favorevoli, 18 voti contrari e 8 astensioni.

Apro la votazione sull'emendamento n. 3: respinto con 5 voti favorevoli, 18 voti contrari e 8 astensioni.

Apro la votazione sull'emendamento n. 4: respinto con 5 voti favorevoli, 18 voti contrari e 9 astensioni.

Chi chiede la parola sull'articolo 34? Nessuno Apro la votazione sull'articolo è approvato con 18 voti favorevoli, 5 voti contrari e 9 astensioni.

#### Art. 35

##### Norme transitorie

1. *Fino all'entrata in vigore del Piano di tutela delle acque e comunque non oltre il 30 giugno 2015 non vengono accettate nuove domande. Fino all'entrata in vigore di tale piano la Giunta provinciale, sentiti il Consiglio dei comuni, il tavolo di esperti sull'energia e le associazioni ambientaliste più rappresentative dell'Alto Adige, determina i tratti di corsi d'acqua particolarmente sensibili, che sono in ogni caso esclusi dall'utilizzo idroelettrico.*

2. *Alle domande di concessione per piccole e medie derivazioni già pubblicate all'entrata in vigore della presente legge si applicano le disposizioni vigenti prima dell'entrata in vigore della presente legge.*

3. *Le domande di concessione per piccole e medie derivazioni, che all'entrata in vigore della presente legge sono ancora pendenti e non ancora pubblicate, saranno trattate dopo la scadenza del*

*termine di cui al comma 1 ai sensi delle disposizioni della presente legge. I richiedenti devono esserne informati e, nel termine di 90 giorni dal ricevimento della relativa comunicazione, hanno il diritto di integrare i progetti presentati in base alle prescrizioni della presente legge.*

*4. Le disposizioni della presente legge concernenti la disponibilità dei fondi si applicano anche alle concessioni per medie derivazioni già rilasciate.*

-----  
Art. 35

*Übergangsbestimmungen*

*1. Bis zum Inkrafttreten des Gewässerschutzplanes, aber nicht länger als bis zum 30. Juni 2015 werden keine neuen Gesuche angenommen. Bis zum Inkrafttreten dieses Planes legt die Landesregierung, nach Anhören des Rates der Gemeinden, der Expertenrunde Energie und der repräsentativsten Umweltschutzverbände Südtirols, die besonders sensiblen Gewässerabschnitte fest, welche auf jeden Fall von der hydroelektrischen Nutzung ausgeschlossen sind.*

*2. Auf die bei Inkrafttreten des vorliegenden Gesetzes bereits veröffentlichten Gesuche für kleine und mittlere Ableitungen werden die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes vorgesehenen Bestimmungen angewandt.*

*3. Die bei Inkrafttreten des vorliegenden Gesetzes anhängigen, nicht bereits veröffentlichten Gesuche für kleine und mittlere Ableitungen werden nach Ablauf der Frist laut Absatz 1 nach den Bestimmungen dieses Gesetzes bearbeitet. Die Gesuchsteller sind darüber entsprechend zu informieren und sie haben das Recht, innerhalb der Frist von 90 Tagen ab Erhalt der entsprechenden Mitteilung die eingereichten Projekte gemäß den Vorgaben dieses Gesetzes zu integrieren.*

*4. Die Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes betreffend die Grundverfügbarkeit werden auch auf laufende Konzessionen für mittlere Ableitungen angewandt.*

**Emendamento n. 1**, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss:

L'articolo 35 e così sostituito:

"Art. 35

Norme transitorie

1. Fino all'entrata in vigore del Piano di Tutela delle Acque, di cui all'art. 27 della legge provinciale 18 giugno 2002, n. 8, non vengono rilasciate nuove concessioni, non vengono accettate nuove domande e viene sospesa ogni procedura riguardante le domande ancora pendenti.

2. Le domande di concessione per piccole e medie derivazioni che all'entrata in vigore della presente legge provinciale sono ancora pendenti saranno trattate dopo la scadenza del termine di cui al comma 1 ai sensi delle disposizioni della presente legge. I richiedenti devono esserne informati e, nel termine di 90 giorni dal ricevimento della relativa comunicazione, hanno il diritto di integrare i progetti presentati in base alle prescrizioni della presente legge.

3. Le disposizioni della presente legge provinciale concernenti le disponibilità dei fondi si applicano anche alle concessioni per medie derivazioni già rilasciate."

"Der Artikel erhält folgende Fassung:

"Art. 35

Übergangsbestimmungen

1. Bis zum Inkrafttreten des Gewässerschutzplanes laut Artikel 27 des Landesgesetzes vom 18. Juni 2002, Nr. 8, werden keine neuen Konzessionen erteilt, keine neuen Gesuche angenommen und jegliches Verfahren bezüglich noch anhängiger Gesuche ausgesetzt.

2. Die bei Inkrafttreten des vorliegenden Landesgesetzes anhängigen Gesuche für kleine und mittlere Ableitungen werden nach Ablauf der Frist laut Absatz 1 nach den Bestimmungen dieses Gesetzes bearbeitet. Die Gesuchsteller sind darüber entsprechend zu informieren und sie haben das Recht, innerhalb der Frist von 90 Tagen ab Erhalt der entsprechenden Mitteilung die eingereichten Projekte gemäß den Vorgaben dieses Gesetzes zu integrieren.

3. Die Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes betreffend die Grundverfügbarkeit werden auch auf laufende Konzessionen für mittlere Ableitungen angewandt."

**Emendamento n. 2**, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss: "Il comma 1 è così sostituito:

"1. Fino all'entrata in vigore del Piano di Tutela delle Acque, di cui all'art. 27 della legge provinciale 18 giugno 2002, n. 8, non vengono rilasciate nuove concessioni, non vengono accettate nuove domande e viene sospesa ogni procedura riguardante le domande ancora pendenti."



"Der Absatz 1 erhält folgende Fassung: "1. Bis zum Inkrafttreten des Gewässerschutzplanes laut Artikel 27 des Landesgesetzes vom 18. Juni 2002, Nr. 8, werden keine neuen Konzessionen erteilt, keine neuen Gesuche angenommen und jegliches Verfahren bezüglich noch anhängiger Gesuche ausgesetzt."

**Emendamento n. 3**, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss: "Comma 1, le parole "e comunque non oltre il 30 giugno 2015" sono soppresse.

"Absatz 1, die Worte ", aber nicht länger als bis zum 30. Juni 2015," werden gestrichen.

**Emendamento n. 4**, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss: "Comma 1, le parole "accettate nuove domande" sono sostituite dalle parole "rilasciate nuove concessioni".

"Absatz 1, die Worte "keine neuen Gesuche angenommen" werden durch die Worte "keine neuen Konzessionen erteilt" ersetzt.

**Emendamento n. 5**, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss: "Il comma 2 è soppreso."

"Der Absatz 2 wird gestrichen."

**Emendamento n. 6**, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss: "Comma 3 le parole "e non ancora pubblicate" sono soppresse.

"Absatz 3, die Worte ", nicht bereits veröffentlichten" werden gestrichen.

La parola al consigliere Dello Sbarba per l'illustrazione.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Questo è l'articolo "in cui casca l'asinò", l'articolo in sostanza è come se dicesse che tutto ciò che è scritto dagli articoli 1 al 34 non viene applicato alle 416 domande che giacciono presso l'ufficio elettrificazione, alcune da parecchio tempo. Visto che sono state lì parecchio tempo riteniamo sia inutile fare pasticci e creiamo tutte le condizioni per poterle giudicare con tutte le carte in mano e tutti i criteri che prevede la stessa legge. Essa prevede che le concessioni vengano erogate in base al piano di tutela delle acque. Ripeto, è la volontà della Giunta provinciale nuova di fare finalmente questo piano di tutela delle acque che doveva essere pronto nel 2003 e che non è stato fatto, non perché a Roma qualcuno ce lo ha impedito ma perché qui a Bolzano la vecchia Giunta non voleva legarsi le mani, la nuova Giunta invece vuole fare questo piano di tutela delle acque, credo che gli elementi ci siano già tutti negli uffici per andare celermente ad approvare il piano di tutela delle acque, quindi non capisco perché questa massa di 416 domande che giacciono negli uffici debbano essere giudicate senza il piano di tutela delle acque, e comunque "entro e non oltre il 30 giugno 2015" per esempio per la presentazione di nuove domande. L'articolo prevede che non vengano accettate nuove domande solo fino al 30 giugno 2015, per cui se il piano di tutela delle acque non è pronto, dopo il 30 giugno 2015 comunque ci può essere di nuovo l'assalto di chi presenta le domande, ma che fino prima dell'entrata in vigore di questo piano le domande possono essere giudicate, quindi accettate o respinte in base ad una specie di tutela provvisoria che è vero che la Giunta provinciale determina a priori, ma ci sono due punti, il primo è che le determina attraverso un percorso che non è quello del piano di tutela delle acque. Quindi c'è una specie di tutela provvisoria che la Giunta provinciale decide attraverso delibera, con un percorso che non è quello del piano di tutela delle acque, anche se questa tutela provvisoria viene utilizzata al posto del piano di tutela delle acque, e questo dà origine anche a elementi di arbitarietà nel senso che la legge provinciale prevede un certo iter per mettere sotto tutela un flusso d'acqua. Senza questo iter la Giunta provinciale fa una tutela provvisoria, decide su 3, 4 o 5 pezzi di corsi d'acqua che vengono messi sotto tutela. Io ritengo che questa cosa possa anche dare adito a dei contenziosi, perché è chiaro che di fronte ad un percorso di questo tipo che è anomalo, "né carne e né pesce" ci può essere la persona che ha presentato un progetto che viene respinto in base a questa tutela stabilita dalla Giunta provinciale fuori dal piano di tutela come è previsto dalla legge che si senta discriminata. "Ma perché a me avete detto di no e all'altro avete detto sì? Perché a me avete messo sotto tutela il pezzo di fiume che voglio utilizzare a scopo idroelettrico e all'altro no?" Su questo non c'è una grande storia positiva da parte della Provincia. Ricordo che tra gli elementi dell'inchiesta giudiziaria che riguardano la vicenda "Stein an Stein" c'è anche una simile tutela fissata nel piano di utilizzo delle acque per la parte d'Isarco che andava da Mules a Fortezza che sembrava una tutela fissata a priori ma che in realtà i magistrati hanno verificato che quella era una tutela ad personam, anzi "contra personam", anche quella era ammantata di tutti i criteri oggettivi possibili, fatto sta che serviva per impedire un certo progetto e proteggerne un altro, cioè la concessione della "Stein an Stein". Per carità, ognuno deve assumersi le proprie responsabilità, e queste sono responsabilità della passata Giunta provinciale, lo dico chiaramente, ma per dire che chi ha seguito le vicende anche nella scorsa legislatura questa storia delle tutele stabilite dalla Giunta provinciale in deroga o in anticipo o in stralcio rispetto a piani previsti che non vengono fatti nel loro complesso ma vengono prese delle decisioni parziali e in deroga ai percorsi di elaborazione dei piani di settore così come sono previsti dalla legge, se ne sono visti e non hanno dato buona prova di sé.

Noi proponiamo, con i nostri emendamenti, il primo dei quali è quello più coerente, cioè di sostituire completamente l'art. 35 e dire che fino a quando non entra in vigore il piano di tutela delle acque non vengono rilasciate nuove concessioni, non vengono accettate nuove domande e viene sospesa ogni procedura riguardante le domande ancora pendenti. Non è che perché un privato mi fa una domanda per forza mi deve mettere sotto pressione. Ha fatto la domanda? Si è visto che ce ne sono 416, di queste sono convinto che la metà sono richieste campate per aria, tra l'altro negli ultimi 10 anni tutti hanno capito che c'è il business, che basta mettere una macchinetta con la turbina e quella sputa soldi, per cui tutti hanno fatto le domande, però non dobbiamo farci mettere sotto pressione. E poi la frittata l'avete già fatta negli scorsi anni, queste persone le avete fatte aspettare per anni, le potete fare aspettare fino a quando sarà pronto il piano di tutela delle acque. L'assessore in commissione ha detto che entro l'anno sarà pronto, e questo piano dipende solo da noi, è un piano di settore che non va a Roma, resta qui.

Gli altri emendamenti sono volti a modifiche parziali rispetto all'eventualità che non passi l'emendamento n. 1. Per esempio la cosa che vi proporrei è almeno di togliere questa scadenza del 30 giugno 2015, perché da quello che voi scrivete vorrebbe dire che se il 30 giugno 2015 non è entrato in vigore il piano di tutela delle acque può ricominciare la valanga di domande. Io vi consiglio di chiudere quella porta fino a quando non ci sarà il piano di tutela delle acque, cioè di non dare possibilità ad altre 100 persone, di cui 50 certamente campate per aria, di riportarvi una valanga di domande. Chiudete almeno la possibilità di portare domande nuove finché non c'è il piano di tutela delle acque. Non "o comunque entro il 30 giugno 2015", perché se voi dite che ci vorranno anni per fare il piano di tutela delle acque, allora dopo il 30 giugno 2015 sarete coperti di nuovo da una valanga di domande e saremo di nuovo da capo a dover fronteggiare le esigenze e le aspettative della gente, per colpa nostra perché abbiamo riaperto il termine delle domande prima che ci fosse il piano di tutela delle acque. Anche se non passa l'emendamento ottimale, il n. 1, almeno questa tutela dell'amministrazione di chiudere lo sportello fino a che non ci sarà il piano di tutela delle acque, credo che sia opportuno. Anche perché onestamente credo che 416 domande ricoprano tutte le possibilità di usufrutto e anche di più, di quelle poche che son rimaste in provincia di Bolzano, per cui non c'è da approvare nuovi progetti dopo che sono state smaltite queste. Credo che bisogna tutelare l'amministrazione. Ripeto, c'è un menù degustazione completo con il primo emendamento, ma poi vi proponiamo di modificare puntualmente gli elementi più discutibili, se non si vuole prendere il menù completo, almeno qualche buona pietanza spero che venga accettata.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Zu diesem Artikel habe ich schon in der Generaldebatte eine Frage gestellt, wobei ich noch nicht ganz verstanden habe, wie das funktionieren soll. Das, was der Kollege Dello Sbarba sagt, ist schlüssig. Ich frage mich, was es mit dem Datum 30. Juni auf sich hat. Es muss ja einen Sinn haben, wenn man ein Datum hineinschreibt. Einerseits heißt es bis zur Verabschiedung des Gewässerschutzplanes, was schlüssig ist. Damit kann man begründen, warum man die Anträge bis jetzt nicht behandelt hat. Wenn man den Gewässerschutzplan bis zum 30. Juni nicht zustande bringt, dann ist der Termin für neue Gesuche wieder offen oder? Wie gesagt, so wie es hier steht, beinhaltet es einen Widerspruch, aber es wird sicher einen Grund dafür geben. Bis zum 30. Juni dauert es ja nicht mehr lange. Ich weiß nicht, auf welchem Stand der Gewässerschutzplan ist. Es kann ja sein, dass er bis dahin verabschiedet wird, aber ich habe da eher Bedenken.

**THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP):** Es war von Anfang an klar, dass es zu diesem Artikel einige Diskussionen geben wird. Zum besseren Verständnis Folgendes: Es ist nicht so, dass alle 418 Gesuche, die aufliegen, nach dem alten Gesetz abgehandelt werden. 137 von diesen sind bereits veröffentlicht worden. Für diese Gesuche gilt das alte Gesetz. Wir haben Rechtsholungen von verschiedener Seite eingeholt, wobei alle der einhelligen Meinung sind, dass jene Gesuche, die bereits veröffentlicht sind, nach dem alten Gesetz abgewickelt werden müssen. Wenn wir es umgekehrt machen würden, dann würde genau das eintreten, was der Kollege Dello Sbarba befürchtet. Für die Gesuche, die noch nicht veröffentlicht worden sind, gilt das neue Gesetz. Ich verlese kurz den ersten Absatz: "*Bis zum Inkrafttreten des Gewässerschutzplanes, aber nicht länger als bis zum 30. Juni 2015 werden keine neuen Gesuche angenommen. Bis zum Inkrafttreten des Gewässerschutzplanes legt die Landesregierung nach Anhören des Rates der Gemeinden, der Expertenrunde Energie und der repräsentativsten Umweltschutzverbände Südtirols die besonders sensiblen Gewässerabschnitte fest, welche auf jeden Fall von der hydroelektrischen Nutzung ausgeschlossen sind.*" Wir werden sicher nicht innerhalb Juni 2015 den neuen Gewässerschutzplan verabschiedet haben. Das ist ausgeschlossen. Verschiedene Debattenteilnehmer haben beklagt, dass die Bearbeitung der Gesuche zu lange dauern würde. Damit es nicht noch zu weiteren Wartezeiten kommt, haben wir in Absprache mit dem Rat der Gemeinden, mit Experten des Energietisches und der Umwelt-

schutzverbände einen Vorschlag unterbreitet, der die besonders heiklen Gewässerabschnitte beinhaltet, die nicht hydroelektrisch genutzt werden können. Wir haben also schon vorweg einen Schutzmechanismus eingebaut. All jene Gesuche, die nicht unter diesen 137 aufscheinen, unterliegen bereits dem neuen Gesetz. Aus all diesen Gründen sind wir für die Ablehnung dieser Änderungsanträge.

**PRESIDENTE:** Metto in votazione gli emendamenti.

Apro la votazione sull'emendamento n. 1: respinto con 5 voti favorevoli, 18 voti contrari e 11 astensioni.

Apro la votazione sull'emendamento n. 2: respinto con 6 voti favorevoli, 18 voti contrari e 10 astensioni.

Apro la votazione sull'emendamento n. 3: respinto con 6 voti favorevoli, 18 voti contrari e 10 astensioni.

Apro la votazione sull'emendamento n. 4: respinto con 6 voti favorevoli, 19 voti contrari e 10 astensioni.

Apro la votazione sull'emendamento n. 5: respinto con 6 voti favorevoli, 19 voti contrari e 10 astensioni.

Apro la votazione sull'emendamento n. 6: respinto con 6 voti favorevoli, 19 voti contrari e 10 astensioni.

Chi chiede la parola sull'articolo 35? Consigliere Dello Sbarba, prego.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Noi riteniamo questo articolo non condivisibile e vorrei chiarire bene il perché. Si può vedere il bicchiere mezzo vuoto o il bicchiere mezzo pieno. Io la vedo così: il piano di tutela delle acque che sarebbe alla base di questa legge non sarà pronto, e ci saranno 416 domande che vengono giudicate senza questo piano. Di queste, quelle già pubblicate addirittura con la vecchia legge. al posto del piano di tutela delle acque la Giunta provinciale stabilirà una forma di tutela di alcuni tratti di acqua, decisa con delibera e quindi fuori dal percorso previsto per legge, sentiti una serie di soggetti. Per essere chiari, le associazioni ambientaliste non sono d'accordo su questa cosa. Non solo, ma detto tutto questo, dopo il 30 giugno 2015 anche se non è pronto il piano di tutela delle acque, comunque riaprite i termini per presentare nuove domande, per cui ci sarà la possibilità di essere giudicati in base non a tutti gli strumenti previsti da questa legge, ma a questo strumento provvisorio fatto con delibera della Giunta provinciale.

Questa è una soluzione che compromette il rigore di questa legge, affievolisce cioè la portata di questa legge proprio nel giudicare la grossa partita che sta davanti e che è quella di accettare o meno le domande già presentate, che sono tutto ciò che è possibile utilizzare, tutto ciò che è possibile inventare di idroelettrico in provincia di Bolzano, diciamoci la verità. Non ci saranno tante fantasie dopo le oltre 400 domande. Questa legge andrà in vigore pienamente, col piano di tutela e tutto sostanzialmente solo per i rinnovi delle concessioni, da quando cominciano a scadere le medie e piccole concessioni in poi, perché una volta esaurite le potenzialità idroelettriche, che sono già al lumicino, con questo smaltimento delle domande già presentate, non credo che ci sarà molta possibilità. E queste sono concessioni trentennali, quindi questa legge andrà in vigore tra diversi anni. Questo è l'impatto che ha questo articolo, che purtroppo noi giudichiamo negativo.

**PRESIDENTE:** Apro la votazione sull'articolo 35: approvato con 18 voti favorevoli, 5 voti contrari e 8 astensioni.

**Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Dr. Thomas Widmann**

**PRÄSIDENT:** Wir kommen zu Artikel 36.

#### Art. 36

##### Weitere Bestimmungen

*Änderung des Landesgesetzes vom 30. September 2005, Nr. 7, „Bestimmungen auf dem Gebiet der Nutzung öffentlicher Gewässer und elektrischer Anlagen“*

1. Der Titel des Landesgesetzes vom 30. September 2005, Nr. 7, erhält folgende Fassung: „Bestimmungen auf dem Gebiet der Nutzung öffentlicher Gewässer“.

2. Artikel 1 des Landesgesetzes vom 30. September 2005, Nr. 7, erhält folgende Fassung:

„Art. 1 (Anwendungsbereich) - 1. Dieses Gesetz regelt die Nutzung der öffentlichen Gewässer in Übereinstimmung mit dem Gesamtplan für die Nutzung der öffentlichen Gewässer laut Artikel 14 des Dekretes des Präsidenten der Republik vom 31. August 1972, Nr. 670.

2. Die Bestimmungen über kleine und mittlere Wasserableitungen zur Erzeugung elektrischer Energie werden dadurch nicht berührt.“

-----

## Art. 36

## Altre disposizioni

*Modifica della legge provinciale 30 settembre 2005, n. 7, "Norme in materia di utilizzazione di acque pubbliche e di impianti elettrici"*

1. Il titolo della legge provinciale 30 settembre 2005, n. 7, è così sostituito: "Norme in materia di utilizzazione di acque pubbliche".

2. L'articolo 1 della legge provinciale 30 settembre 2005, n. 7, è così sostituito:

"Art. 1 (Ambito di applicazione) - 1. La presente legge disciplina l'utilizzazione delle acque pubbliche in conformità al Piano generale per l'utilizzazione delle acque pubbliche di cui all'articolo 14 del decreto del Presidente della Repubblica 31 agosto 1972, n. 670.

2. È fatta salva la disciplina delle piccole e medie derivazioni d'acqua per la produzione di energia elettrica."

**Änderungsantrag Nr. 1**, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Heiss: "Absatz 2 Im neuen Artikel 1 Absatz 1 des Landesgesetzes vom 30. September 2005, Nr. 7, werden nach den Worten "in Übereinstimmung mit" die Worte "dem Gewässerschutzplan laut Artikel 27 des Landesgesetzes vom 18. Juni 2002, Nr. 8, und" eingefügt."

"Comma 2. Al comma 1 del nuovo articolo 1 della legge provinciale 30 settembre 2005, n. 7, dopo le parole "in conformità" sono aggiunte le parole "al Piano di Tutela delle Acque, di cui all'articolo 27 della legge provinciale 18 giugno 2002, n. 8, e".

**Änderungsantrag Nr. 2**, eingebracht von Landesrat Theiner: "Im Artikel 36 wird folgender Absatz 3 hinzugefügt: 3. Nach Artikel 2 Absatz 1-bis des Landesgesetzes vom 10. Oktober 1997, Nr. 14, in geltender Fassung, wird folgender Absatz eingefügt:

„1-ter. Im Falle von kleinen und mittleren Anlagen zur Erzeugung hydroelektrischer Energie kann die Abtretung von Aktien oder Anteilen von Gesellschaften, an denen das Land direkt oder indirekt eine Beteiligung hält, an andere Gesellschafter zum Preis der Gesamtinvestitionskosten (Kapitalanlagen, Kapitalzuzahlungen und Gesellschafterfinanzierungen) zuzüglich ASTAT-Aufwertung erfolgen, sofern es sich um örtliche Körperschaften handelt.“

"È inserito il seguente comma 3: "3. Dopo il comma 1-bis dell'articolo 2 della legge provinciale 10 ottobre 1997, n. 14, e successive modifiche, è inserito il seguente comma:

"1-ter. In caso di piccoli e medi impianti per la produzione di energia idroelettrica, la cessione di azioni o quote di società partecipate direttamente o indirettamente dalla Provincia, ad altri soci può avvenire al prezzo delle spese complessive di investimenti (conferimenti, pagamenti in conto capitale e finanziamenti soci) comprensivi della rivalutazione ASTAT, a condizione che gli stessi siano Enti locali."

**Änderungsantrag Nr. 2.1**, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Noggler, Foppa und Heiss: "Absatz 3 Im Absatz 1-ter von Artikel 2 des Landesgesetzes vom 10. Oktober 1997, Nr. 14, werden nach den Worten "Gesamtinvestitionskosten (Kapitalanlagen, Kapitalzuzahlungen und Gesellschafterfinanzierungen) " die Worte „nach Abzug der Abschreibungskosten, "eingefügt".

"Nel comma 1-ter dell'articolo 2 della legge provinciale 10 ottobre 1997, n. 14, dopo le parole "spese complessive di investimenti (conferimenti, pagamenti in conto capitale e finanziamenti soci" sono aggiunte le parole: "sottratti i costi di ammortamento".

Wer möchte das Wort zu den Änderungsanträgen? Herr Abgeordneter Dello Sbarba, bitte.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Il primo emendamento è una precisazione, cioè in ogni altro articolo della legge si cita il piano di tutela delle acque pubbliche, quindi credo sia opportuno ripeterlo anche qui. Spero che la Giunta provinciale non abbia grosse difficoltà nell'accettarlo.

L'emendamento vero su cui bisogna discutere, è quello presentato dall'assessore Theiner e il subemendamento presentato da noi del gruppo Verde più il collega Noggler. Questa è una materia completamente nuova e riguarda il tema della cessione delle quote detenute dalla SEL in medie e piccole centrali sparse per la provincia di Bolzano ai Comuni. Qui c'è una storia abbastanza lunga e dolorosa di conflitti, perché c'era un'epoca in cui de un comune voleva fare una centrale su un pezzo di fiume, andava ad informarsi, ad un certo punto si arrivava ad un colloquio spesso con il presidente della Giunta provinciale, in cui veniva fatto presente che la concessione veniva data a patto che la SEL fosse tirata in barca con una certa quota di partecipazione, di solito oscillava fra il 40 e il 60%. Sono piccoli impianti che vendono partecipazioni mista di Comuni e SEL e adesso, tra l'altro dando seguito

ad una mozione che noi approvammo la scorsa legislatura, la Giunta provinciale si è dichiarata disponibile a cedere queste quote SEL ai comuni. Cioè se il Comune ha il 60% delle quote e la SEL il 40%, se il Comune è interessato la quota del 40% viene offerta con l'intenzione, a mio parere corretta, che la SEL debba ritirarsi almeno dalle piccole e medie centrali e lasciarle come competenza ai Comuni, perché la SEL non deve entrare in concorrenza con i comuni, togliendo loro fette di territorio. Questo è corretto.

Il comma 3 dell'art. 36 che propone l'assessore Theiner, stabilisce il prezzo e la sua regolazione. Si dice che la scissione di azioni o quote delle società partecipate direttamente o indirettamente dalla Provincia, quindi la SEL, ad altri soci, a condizione che siano enti locali, può avvenire al prezzo delle spese complessive di investimenti, cioè conferimenti, pagamenti in conto capitale, finanziamenti ai soci, comprensivi della valutazione Istat. Sostanzialmente la SEL che cosa vuole indietro per cedere queste quote ai comuni? Vuole tutti gli investimenti che ha fatto rivalutati con l'inflazione. Ora la SEL su queste quote non scordiamoci che ha fatto anche profitti, ne abbiamo discusso ieri pomeriggio con il collega Nogglar e anche lui era d'accordo, per questo abbiamo pensato di presentare insieme questo subemendamento, e abbiamo detto che quando si rivaluta il capitale di solito tra società si ragiona di capitale così come questo capitale è valutato nel bilancio, se io vendo oggi, di oggi. Gli impianti sono messi a bilancio ogni anno tenendo conto dei costi d'ammortamento. Questi impianti vengono ammortizzati ogni anno. Da impianti fatti 10 o 15 anni fa naturalmente va scontato il costo di ammortamento, e questi sono iscritti a bilancio nelle società. È una cifra precisa. Abbiamo pensato che per fare una cosa corretta, naturalmente che va incontro ai Comuni, perché c'è un interesse della Provincia nel quadro della politica provinciale, perché la Provincia non fa solo conti per guadagnare, ha una strategia politica, nella quale c'è la cessione ai comuni del campo delle piccole e medie concessioni idroelettriche, anche questo è un cambiamento che salutiamo positivamente, però chiediamo che questo avvenga con il rimborso degli investimenti, come tutte le transazioni che hanno come oggetto la valutazione del valore di investimento fatto, va sottratto il costo di ammortamento. Cioè non è che questi impianti sono all'anno 1 della loro realizzazione, hanno degli anni, sono iscritti a bilancio con valore decrescente tenendo conto degli ammortamenti quindi ci sembra che questo terzo comma sia accettabile se emendato aggiungendo "sottratti i costi di ammortamento."

**PRÄSIDENT:** Bevor ich dem Kollegen Nogglar das Wort gebe, möchte ich die Klasse 5B der Wirtschaftsfachoberschule Bozen mit Professorin Spornberger begrüßen und im Landtag willkommen heißen.

Kollege Nogglar, bitte.

**NOGGLER (SVP):** Danke, Herr Präsident! Ich möchte dem, was der Kollege Dello Sbarba bereits ausgeführt hat, einiges hinzufügen. Wir hatten im Gesetzgebungsausschuss nicht die Möglichkeit, über diesen Artikel zu diskutieren – er wurde ja erst jetzt als Änderungsantrag eingereicht -, wobei ich glaube, dass es sich wirklich um ein gutes Gesetz handelt. Es ist also erforderlich, dass wir dieses Problem hier klären.

An diesem Änderungsantrag sieht man, dass man gewillt ist, einige Ungereimtheiten der Vergangenheiten, die sich in Zusammenhang mit der Vergabe von Konzessionen ergeben haben, auszuräumen. Wir wissen, wie die Vergabe von Konzessionen bei Großableitungen verläuft, wobei wir uns in Bezug auf die Vergabe von Konzessionen für kleine Ableitungen vielleicht etwas weniger gut auskennen. Dieses Gesetz regelt kleine und mittlere Ableitungen. Ich sehe das Ganze etwas mehr aus der Sicht der Gemeinden. Wir wollen ja etwas verbessern, und deshalb müssen wir es aus der Sicht derjenigen sehen, die hier benachteiligt worden sind. Die Gemeinden wollten ja ein Werk bauen, aber sie mussten Anteile angeben. Man hat jetzt erkannt, dass das nicht richtig war. In diesem Änderungsantrag steht, dass die Gemeinden die Möglichkeit haben, dieses Aktienpaket zurückzukaufen, unter der Bedingung, dass sie für die Entstehungskosten aufkommen. Die SEL AG ist seit 15 Jahren operativ, wobei für kleinere und mittlere Ableitungen Werke erstellt wurden. Für eine mittlere Ableitung wurden Kosten in etwa 6 Millionen Euro berechnet. Bei 50 Prozent wären das circa 1,5 Millionen Euro. Der Großteil dieser Werke wurde über Leasing-Verträge mit einer Laufzeit von 18 Jahren finanziert. Wenn ein Werk vor zehn Jahren errichtet wurde, dann wurde die Hälfte der Kosten bereits über die Produktion bezahlt. Wir alle wissen, dass das große Geld nicht mit der produzierten Energie, sondern mit der Staatsförderung gemacht wird. Die Staatsförderung gibt es 15 Jahre lang, wobei sie zwischen 22 und 28 Cent je produzierte Kilowattstunde. Wenn eine Gemeinde also ein Werk kauft, das bereits 10 oder 15 Jahre lang produziert hat, dann kauft sie diesen Anteil relativ teuer, da sie die Hälfte der Entstehungskosten zahlen muss, aber nur mehr den Strompreis bekommt. Das ist zu wenig. Wenn man hier korrekt vorgehen will, dann müsste man präzisieren, dass der Anteil der Abschreibungen wekommt. Das wäre den Gemeinden gegenüber korrekt, wobei die SEL AG trotzdem noch einen Vorteil hätte. In all den Jahren, in denen sie produziert hat, wurde ja nicht alles für die Abschreibung verwendet. Das gilt natürlich für Werke, die



schon seit zehn Jahren operativ sind. Anders ist es natürlich bei Werken, das erst vor ein, zwei Jahren gebaut worden ist. Für diese Werke würde der Vorschlag von Landesrat Theiner gut gehen.

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** Landesrat Theiner und ich haben vereinbart, uns die Stellungnahme der Regierung zu teilen. Ich möchte zunächst eine politische Stellungnahme abgeben.

Warum hat dieser Passus Eingang ins Gesetz gefunden? Wir könnten die Abtretung auch ohne Gesetz machen, aber dann müsste sie zum Marktpreis erfolgen. Es gibt einschlägige Gutachten und Urteile. Das ist auch die Einlösung eines politischen Versprechens. Ich habe seinerzeit als Präsident des Gemeindenverbandes und des Rates der Gemeinden mit dem damaligen Landeshauptmann Durnwalder verhandelt. Es war immer die Forderung des Gemeindenverbandes, dass die Gemeinden diese Quoten erwerben dürfen. Irgendwo waren sie ja gezwungen, das gemeinsam mit der SEL zu machen. So wurde es zumindest empfunden. Diese Forderung der Gemeinden hat Eingang ins Regierungsprogramm gefunden und wird jetzt eingelöst. Wir wollten das schon eher machen, wurden aber darauf hingewiesen, dass es dafür eine gesetzliche Bestimmung braucht. Wenn der Verwaltungsrat der SEL so etwas ohne gesetzliche Grundlage beschlossen hätte, dann hätte er in Schwierigkeiten kommen können.

Zum Vorschlag, es anders zu machen, wird Landesrat Theiner Stellung nehmen. Ich teile diesen Vorschlag nicht, denn er beinhaltet auch einige Denkfehler, unter anderem auch jenen, dass diese Abschreibungen Gewinn mindernd gewirkt haben.

**THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP):** Änderungsantrag Nr. 1 geht in Ordnung. Unser Änderungsantrag ist schon hinreichend begründet worden und steht außer Diskussion. Jetzt geht es nur noch um den Preis. Es gibt im Grunde genommen zwei Möglichkeiten: Entweder wird warden den Marktpreis oder den Selbstkostenpreis an. Wir wollen nicht den Marktwert, sondern den Selbstkostenpreis, mit der entsprechenden ASTAT-Aufwertung. Wenn wir den Marktwert hernehmen, dann ist es richtig, dass auch die Abschreibungskosten hinzugezogen werden. Ich kann Ihnen sagen, dass es zwischen dem Marktpreis und dem Selbstkostenpreis enorme Unterschiede gibt. Klar ist, dass dieses Argument auch bei den Fusionsgesprächen eine Rolle gespielt hat. Der Preis für die Bereitschaft zu verkaufen, liegt nämlich erheblich unter dem Marktwert. Deshalb sind wir gegen den entsprechenden Änderungsantrag. Es geht darum, ein Unrecht, das begangen wurde, aus dem Weg zu räumen. Dabei müssen wir einen Weg beschreiten, der rechtlich abgedeckt ist und in Bezug auf die Absprachen, die es im Vorfeld gegeben hat, kohärent ist. Er muss aber auch dem entsprechen, was die Zukunft angeht, vor allem im Hinblick auf die Fusionsgespräche.

**PRÄSIDENT:** Wir stimmen über die Abänderungsanträge ab.

Änderungsantrag Nr. 1. Ich eröffne die Abstimmung: mit 29 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen genehmigt.

Änderungsantrag Nr. 2.1. Ich eröffne die Abstimmung: mit 5 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen abgelehnt.

Änderungsantrag Nr. 2. Ich eröffne die Abstimmung: mit 20 Ja-Stimmen und 14 Enthaltungen genehmigt.

Wer wünscht das Wort zu Artikel 36? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 19 Ja-Stimmen und 14 Enthaltungen genehmigt.

#### Art. 37

##### *Aufhebung von Rechtsvorschriften*

1. Folgende Rechtsvorschriften sind aufgehoben:

a) Artikel 57-bis Absatz 1 Buchstabe c) Ziffern 1), 2) und 3) und Absatz 2 Buchstabe c) Ziffern 1), 2) und 3) des Landesgesetzes vom 18. Juni 2002, Nr. 8, in geltender Fassung,

b) Artikel 3 Absatz 5 des Landesgesetzes vom 30. September 2005, Nr. 7, in geltender Fassung,

c) Artikel 8 Absatz 6 Buchstabe a) des Landesgesetzes vom 30. September 2005, Nr. 7, in geltender Fassung.

2. In Artikel 2 Absatz 1 des Landesgesetzes vom 30. September 2005, Nr. 7, sind die Worte „, mit Ausnahme der großen Wasserleitungen zur Erzeugung elektrischer Energie“ gestrichen.

3. In Artikel 3 Absatz 6 des Landesgesetzes vom 30. September 2005, Nr. 7, in geltender Fassung, sind die Worte „, sowie, wenn es sich um Ableitungen zur Erzeugung elektrischer Energie handelt, mit dem Direktor des Amtes für Stromversorgung“ gestrichen.

4. In Artikel 8 Absatz 4 Buchstabe b) des Landesgesetzes vom 30. September 2005, Nr. 7, in geltender Fassung, sind die Worte „Teilen der Anlagen für die hydroelektrische Nutzung und“ gestrichen.

5. In Artikel 1-bis Absatz 1 des Landesgesetzes vom 7. Juli 2010, Nr. 9, in geltender Fassung, sind die Worte „, unbeschadet der Bestimmung nach Artikel 3 Absatz 5 des Landesgesetzes vom 30. September 2005, Nr. 7, in geltender Fassung“ gestrichen.

-----  
Art. 37

Abrogazioni

1. Sono abrogati:

a) i numeri 1), 2) e 3) della lettera c) del comma 1, e i numeri 1), 2) e 3) della lettera c) del comma 2 dell'articolo 57-bis della legge provinciale 18 giugno 2002, n. 8, e successive modifiche;

b) il comma 5 dell'articolo 3 della legge provinciale 30 settembre 2005, n. 7, e successive modifiche;

c) la lettera a) del comma 6 dell'articolo 8 della legge provinciale 30 settembre 2005, n. 7, e successive modifiche.

2. Al comma 1 dell'articolo 2 della legge provinciale 30 settembre 2005, n. 7, sono soppresse le parole: „, escluse le grandi derivazioni a scopo idroelettrico“.

3. Al comma 6 dell'articolo 3 della legge provinciale 30 settembre 2005, n. 7, e successive modifiche, sono soppresse le parole: „nonché, se si tratta di derivazioni a scopo idroelettrico, dal direttore dell'Ufficio Elettrificazione“.

4. Alla lettera b) del comma 4 dell'articolo 8 della legge provinciale 30 settembre 2005, n. 7, e successive modifiche, sono soppresse le parole: „di parti di impianti idroelettrici e“.

5. Al comma 1 dell'articolo 1-bis della legge provinciale 7 luglio 2010, n. 9, e successive modifiche, sono soppresse le parole: „, fatto salvo quanto disposto dall'articolo 3, comma 5, della legge provinciale 30 settembre 2005, n. 7, e successive modifiche“.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Ich eröffne die Abstimmung: mit 19 Ja-Stimmen und 14 Enthaltungen genehmigt.

Art. 38

Finanzbestimmung

1. Dieses Gesetz bringt keine neuen oder Mehrausgaben für das Haushaltsjahr 2014 mit sich.

-----  
Art. 38

Disposizione finanziaria

1. La presente legge non comporta nuovi o maggiori oneri per l'esercizio finanziario 2014.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Ich eröffne die Abstimmung: mit 19 Ja-Stimmen und 15 Enthaltungen genehmigt.

Wegen eines Übersetzungsfehlers müssen wir die Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 1 der Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Heiss zu Artikel 24 wiederholen.

Zuvor verlese ich den Text: "Absatz 2 Die Worte "vom Direktor/von der Direktorin der zuständigen Abteilung erneuert" werden durch die Worte „von der zuständigen Energielandesrätin/vom zuständigen Energielanderrat erneuert, ausgenommen die Konzession betrifft die Versorgung von nicht am Stromnetz angeschlossenen Gebäuden oder Almen, in welchem Falle sie von der zuständigen Abteilungsdirektorin/vom zuständigen Abteilungsdirektor erneuert werden" ersetzt.

"Comma 2 le parole: "dal Direttore/dalla Direttrice della ripartizione competente sono sostituite da: "dall'Assessore provinciale/Assessora provinciale all'energia, ad eccezione di quelle volte all'approvvigionamento di edifici o malghe non allacciate che vengono rinnovate dal Direttore/dalla Direttrice della ripartizione competente".

Landesrat Theiner, bitte.

**THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP):** Ich ziehe den Änderungsantrag Nr. 1.1 zurück und akzeptieren den Änderungsantrag der Kollegen Dello Sbarba, Foppa und Heiss. Allerdings ersuche ich um eine getrennte Abstimmung, und zwar eine Abstimmung bis zum Wort "erneuert" und eine weitere Abstimmung vom Wort "ausgenommen" bis zum Wort "werden".

**PRÄSIDENT:** In Ordnung.

Herr Abgeordneter Dello Sbarba, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Voglio solo ricordare di cosa stiamo parlando. Si tratta del rinnovo delle concessioni, e si tratta di portare sotto la sovranità dell'assessore all'energia anche le piccole concessioni. Noi prima abbiamo approvato un emendamento che era stato presentato dall'assessore Theiner, poi non ho capito perché non funziona, ma comunque torniamo al nostro emendamento in cui proponevamo di lasciare al direttore per l'Agenzia per l'ambiente di approvare gli impianti che riguardano le malghe isolate non connesse alla rete. Per chiarezza della legge mettiamo tutto sotto la sovranità dell'assessore all'energia, per questo bisogna togliere la seconda parte dell'emendamento.

**PRÄSIDENT:** Wir stimmen über den Änderungsantrag Nr. 1 ab, und zwar nach getrennten Teilen, so wie von Landesrat Theiner beantragt.

Ich eröffne die Abstimmung über den Teil bis zum Wort "erneuert": mit 29 Ja-Stimmen und 5 Stimmenthaltungen genehmigt.

Ich eröffne die Abstimmung über den Teil vom Wort "ausgenommen" bis zum Wort "werden": mit 1 Ja-Stimme, 25 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über Artikel 24: mit 19 Ja-Stimmen und 15 Enthaltungen genehmigt.

Wir kommen zu den Stimmabgabeerklärungen. Herr Abgeordneter Dello Sbarba, Sie haben das Wort.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Caro presidente della Giunta provinciale e caro assessore Theiner, la decisione su come votare su questa legge è una delle più difficili che mi sia mai trovato a prendere in vita mia, perché fino all'art. 33 gran parte della legge si può dire che è un parto comune, è stata elaborata attraverso un lavoro comune in commissione legislativa. Ringrazio anche per le tante proposte che sono state accettate da parte dell'assessore e della Giunta, compresa adesso quest'ultima che è tecnica, e molte altre. Abbiamo cambiato completamente i criteri con cui si giudicano le concessioni, l'attribuzione dei punteggi, abbiamo pulito tutta una serie di punti che riguardavano la possibilità ex post di cambiare progetti una volta che avevano vinto le gare e modificarli dopo, si è rafforzato anche il peso dell'ambiente in una serie di punti, quando si è detto che le misure compensative devono andare al risanamento del bacino idrografico come prima opzione. Abbiamo riportato sotto l'assessore all'ambiente cose che erano state delegate al direttore d'ufficio per le piccole concessioni. Moltissime cose le abbiamo fatte insieme, sono certamente positive e sono un segno di uno stile di lavoro sia da parte della maggioranza che da parte nostra, noi a volte facciamo la figura dei secchioni perché ci studiamo le cose a fondo, ma questo è il nostro stile di lavoro e ci fa piacere che questa volta sia stato apprezzato.

Però ci sono gli articoli 34 e 35 che per noi sono inaccettabili e ci impediscono di votare a favore. Nell'art. 34 si riducono le sanzioni per violazioni gravi, utilizzi d'acqua abusivi, violazione del "Restwassermenge" stabilito dai disciplinari di concessione, si riducono le sanzioni massime fissate nel 2005, quindi 10 anni fa, ad un terzo e questo vuol dire dare il segnale a chi gestisce impianti idroelettrici che neanche noi prendiamo sul serio il rispetto rigoroso delle norme, perché facciamo una legge che verrà percepita dicendo: "Guarda, hanno ridotto le sanzioni gravi a un terzo della pena". Questo è un segnale molto negativo. Non costava niente lasciare le sanzioni come sono state per dieci anni, mentre sono state ridotte a un terzo.

L'art. 35 affronta il grossissimo nodo dell'attualità, cioè come giudicare le 418 domande di concessione già presentate e che attendono l'accettazione o di essere respinte e queste 418 domande rappresentano il grosso della partita, perché riguardano tutti i pochi corsi d'acqua ancora disponibili per l'utilizzo a scopo idroelettrico e qui si dice che queste domande verranno giudicate anche se non abbiamo il piano di tutela delle acque, sulla base di una decisione della Giunta provinciale di mettere sotto tutela, ma una decisione che non è il piano di tutela delle acque, quindi sostanzialmente la Giunta provinciale deciderà il grosso della partita idroelettrica senza presupposti su cui è basata questa legge. È come se l'art. 35 dicesse che quello che abbiamo scritto dall'art. 1 all'art. 33 non va in vigore o va in vigore molto in ritardo, ma per la partita grossa che si gioca adesso, questa legge non conta, contano altri criteri. Questo è un classico. Per esempio io che sono in commissione che riguarda la legge urbanistica, l'ho discussa spesso, anche nella legge urbanistica ci sono un sacco di questi esempi dove si fanno ottime norme e poi l'ultima norma vanifica tutte quelle che sono state fatte prima. Quindi, di fronte all'art. 35 non possiamo votare a favore di questa legge. Ringrazio comunque per la collaborazione tutti coloro che hanno lavorato a

questa legge. Il nostro voto non compromette il giudizio positivo che è stato nel percorso di cui ci dobbiamo rallegrare.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Ich kann mich mit einem Punkt einfach nicht anfreunden, nämlich, dass wir unterm Strich trotzdem nur eine Regelung der Geschäftemacherei mit dem Wasser vornehmen und kein klares Moratorium für die Vergabe der Konzessionen vornehmen. Letztlich schicken wir uns mit diesem Gesetz an, so zu tun, als bräuchten wir den Gewässerschutzplan nicht. Das ist das Problem! Unsere Gewässer werden bereits übermäßig ausgebeutet und ausgenutzt. Deshalb sollte, wenn schon, ein klarer Riegel vorgeschoben werden. Deshalb werde ich gegen diesen Gesetzentwurf stimmen.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Es ist höchst an der Zeit, Klarheit in die Geschichte der Konzessionen zu bringen. Die Gesuche für kleinere und mittlere Ableitungen haben sich mittlerweile ja auf 418 angehäuft. Ich hätte mir gewünscht, dass man den Gewässernutzungsplan vorher macht, das heißt, dass für alle ganz klare Spielregeln gelten. Jetzt machen wir eine Regelung für die 137 bereits veröffentlichten Konzessionen und eine andere Regelung für diejenigen, die noch nicht veröffentlicht worden sind. Ich weiß nicht, ob es hier eine Flut von Klagen geben wird. Natürlich werden alle froh sein, wenn sie eine Genehmigung bekommen. Wenn sie sie bekommen, dann gibt es jetzt auch Klarheit, was Ausgleichszahlungen und Wasserzins anbelangt. Das ist sicher positiv. Wenn die Gemeinden und die öffentliche Hand grundsätzlich mitkassiert, dann muss das den Bürgern in irgendeiner Form weitergegeben werden, damit sie wirklich zu einem günstigeren Strompreis kommen. Das ist es, was die Leute nach wie vor interessiert. Wir haben die Einwände von Naturschützern, Fischern und anderen natürlich sehr ernst zu nehmen. Die Wasserkraft hat in Südtirol eine große Bedeutung und wurde lange Zeit sehr falsch und fehlgeleitet. Jetzt haben wir die Möglichkeit, das selber in die Hand zu nehmen und Ordnung zu schaffen, damit die Bäche nicht ausgetrocknet werden. Es ist richtig, dass diese Energiequelle genutzt wird. Es würde niemand verstehen, wenn wir auf andere Dinge setzen und das Wasser vorbeirinnen lassen würden. Wie gesagt, die Gewässer dürfen nicht ausgetrocknet werden, wobei die Restwassermenge ein wichtiges Instrument ist, um zu kontrollieren. Jetzt muss man die produzierte Menge ja auch melden. Das ist positiv. Ich habe heute Vormittag schon auf eine Antwort des Landesrates auf eine Anfrage verwiesen, aus der hervorgeht, dass man nicht wisse, wie viel ein bestimmtes E-Werk produziere. Es hat geheißen, dass man beim UTIF nachfragen müsse. Das tue ich bestimmt nicht, das können Sie tun, denn diese Verantwortung haben Sie!

Wir begrüßen, was mit diesem Gesetz an Positivem geschaffen wird, werden uns aber der Stimme enthalten.

**STEGER (SVP):** Ich möchte jetzt schnell ein paar Dinge abhaken, um nicht langweilig zu werden. Kollege Leitner, ich möchte einiges von dem wiederholen, was Sie gesagt haben. Sie haben gesagt, dass in diesem Bereich Ordnung geschaffen werden müsse. Dem kann ich nur zustimmen, und in diesem Bereich wird mit diesem Gesetz Ordnung geschaffen. Es ist ein Bereich, in dem es natürlich verschiedene Interessen gibt. Auf der einen Seite steht die wirtschaftliche Nutzung, auf der anderen Seite der ökologische Anspruch, dem man gerecht werden muss. Ich glaube, dass man mit dem Gesetzentwurf einen Ausgleich zwischen Ökologie und den ökonomischen Interessen gefunden hat. Der Kollege Leitner hat richtigerweise erwähnt, dass man unsere Gewässer nicht überstrapazieren dürfe, dass man das, was nutzbar ist, aber nutzen solle. Wesentlich ist auch, dass in diesem Gesetz die Bewertung des allgemeinen Interesses vorgesehen ist. Es ist auch wichtig, dass es zu einer Trennung zwischen den Ausgleichszahlungen und den technischen Umweltschutzmaßnahmen kommt. Ebenso sind im Gesetz einige Verfahrensänderungen vorgesehen, die zu Beschleunigungen führen, ohne die dahinter liegenden Rechte und Sicherheiten zu schmälern. Ich weiß, dass der Rat der Gemeinden dies beanstandet hat, aber ich glaube, dass es richtig ist, dass im Bereich der Baukonzessionen Verfahrensbeschleunigungen vorgenommen werden.

Kollege Dello Sbarba, es ist stimmt, dass der Gewässerschutzplan noch nicht verabschiedet ist, aber Sie wissen, dass es einen provisorischen Schutz gibt. Ich habe schon in der Generaldebatte erklärt, warum es den Gewässerschutzplan noch nicht gibt. Das hängt auch mit dem Wassernutzungsplan zusammen, der immer noch in Rom behängt. Es wäre einfach nicht richtig, wenn viele Gesuche nach dem alten System behandelt würden, da in fast allen Bereichen die neuen Bestimmungen anzuwenden sind.

Ein Letztes noch in Bezug auf die Strafbestimmung. Machen Sie keine Vergleiche, sondern schauen sich die Strafen an, die jetzt vorgesehen sind. Das sind angemessene Strafen und nicht Bagatelstrafen. Ich möchte diese Norm nicht im Vergleich bewerten, sondern als solche, wie sie substantiell besteht. Ich denke, dass die Strafbestimmungen adäquat und angemessen sind.

Es handelt sich um einen Gesetzentwurf, der viele positive Elemente enthält. Ich sehe nur wenig Schwächen, und deshalb ist ihm nur zuzustimmen.

**PRÄSIDENT:** Wir kommen zur Schlussabstimmung über den Landesgesetzentwurf Nr. 28/14. Ich eröffne die Abstimmung: mit 19 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen genehmigt.

Wir kommen nun zur Behandlung des Landesgesetzentwurfes Nr. 31/14.

Frau Abgeordnete Mair, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Heute um 18.00 Uhr soll es ja ein Treffen mit Landesrat Achammer geben, bei welchem er uns ein Gegengutachten präsentieren will. Ich frage mich, ob es Sinn macht, jetzt mit der Behandlung des Gesetzes zu beginnen oder ob es nicht sinnvoller wäre, dieses Treffen mit dem Landesrat jetzt abzuhalten und erst dann mit der Behandlung des Gesetzes zu beginnen. Ich würde vorschlagen, die Sitzung für eine halbe Stunde zu unterbrechen, damit uns der Landesrat dieses Gutachten vorstellen kann und dass wir erst danach mit der Behandlung des Gesetzes beginnen.

**PRÄSIDENT:** In Ordnung. Die Sitzung ist bis 17.15 Uhr unterbrochen.

ORE 16.39 UHR

-----

ORE 17.16 UHR

**PRÄSIDENT:** Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Punkt 185 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 31/14: "Änderungen zu Landesgesetzen in den Bereichen Bildung, Rechtsstatus des Lehrpersonals und Lehrlingsausbildung"*.

Punto 185) all'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 31/14: "Modifiche di leggi provinciali in materia di istruzione, di stato giuridico del personale insegnante e di apprendistato."*

#### ***Begleitbericht/relazione accompagnatoria***

*Mit diesem Landesgesetzentwurf werden Änderungen zu Landesgesetzen in den Bereichen Bildung und Rechtsstatus des Lehrpersonals vorgeschlagen.*

*Im Bericht werden die einzelnen Änderungen erläutert.*

*Artikel 1*

*Absatz 1 [Direktorenwettbewerb]*

*Nach den allgemeinen Bestimmungen haben die Rangordnungen von Wettbewerben für die Aufnahme von Personal in den öffentlichen Dienst ab dem Datum ihrer Veröffentlichung drei Jahre lang Gültigkeit.*

*Auch die Ausschreibung für die Aufnahme von Schulführungskräften, welche die Schulämter im Jahr 2010 beziehungsweise im Jahr 2011 veröffentlicht haben, enthält diese Klausel.*

*Noch wurden nicht alle Lehrpersonen, die in den Bewertungsrangordnungen der Wettbewerbe aufscheinen, als Schulführungskräfte aufgenommen. Die Formulierung des Textes, welche einen vom Landesschulrat angenommenen Änderungsvorschlag übernimmt, klärt, dass alle diejenigen, die in der Bewertungsrangordnung des Wettbewerbs eingetragen sind, Anrecht auf die Aufnahme als Schulführungskraft haben. Dies erfolgt in Analogie zu den Bewertungsrangordnungen vergleichbarer Direktorenwettbewerbe auf Staatsebene, welche aufgrund des Gesetzes Nr. 128/2013 inzwischen zu Rangordnungen mit Auslaufcharakter erklärt wurden. Daher sind die Bewertungsrangordnungen dieser Wettbewerbe zu verlängern.*

*Der vom Gesetz Nr. 128/2013 neu gefasste Artikel 29 des gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 165/2001 sieht vor, dass die Schulführungskräfte über einen Ausbildungslehrgang mit Auswahlverfahren aufgenommen werden, den die „Scuola nazionale dell'amministrazione“ ausschreibt und durchführt. Angesichts der besonderen sprachlichen Gegebenheiten in Südtirol soll die Landesver-*



waltung die künftigen Ausbildungslehrgänge zur Aufnahme von Schulführungskräften in Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Universitäten und Forschungseinrichtungen durchführen.

*Absatz 2 [Neue Landesrangliste]*

Da sich Lehrpersonen um die (unbefristete) Aufnahme bewerben, die ganz unterschiedliche Ausbildungswege beschritten haben, hat die Landesregierung die geltenden Landesbestimmungen über die Aufnahme des Lehrpersonals überprüft und schlägt die folgende Änderung vor, die nicht nur zweckmäßig, sondern auch notwendig erscheint:

Die bestehenden Landesranglisten werden geschlossen und in Landesranglisten mit Auslaufcharakter umgewandelt. Sie dienen weiterhin der Vergabe von unbefristeten und befristeten Arbeitsverträgen. Gleichzeitig wird eine neue Landesrangliste errichtet, welche der Vergabe von unbefristeten und befristeten Arbeitsverträgen dient. Im Unterschied zur Landesrangliste mit Auslaufcharakter enthält die neue Landesrangliste keine Gruppen, sondern die Bewerberinnen und Bewerber werden darin gemäß ihrer Punktezahl gereiht.

Der Landesgesetzentwurf berücksichtigt den vom Landesschulrat angenommenen Änderungsvorschlag, wonach allfällige neue Bestimmungen beachtet werden müssen, die auf gesamtstaatlicher Ebene zu den Lehrpersonen der Grundschule mit dem Abschlussdiplom der Lehrerbildungsanstalt erlassen werden.

Die neuen Bestimmungen zu den Landesranglisten gelten für die italienischsprachigen Schulen erst nach der Einführung der lokalen Wettbewerbsklassen.

*Absatz 3 [Vergabe der Stellen]*

Bei der Vergabe der Stellen für die unbefristete Aufnahme von Lehrpersonen werden 50% der dafür zur Verfügung stehenden Stellen den Bewerberinnen und Bewerbern vorbehalten, die in den Wettbewerbsranglisten aufscheinen, 25% gehen an die Bewerberinnen und Bewerber in den Landesranglisten mit Auslaufcharakter und 25% an jene in den neuen Landesranglisten.

Was den Abschluss von befristeten Arbeitsverträgen betrifft, wird eine Rangliste geschaffen, welche die günstigere Position berücksichtigt, welche die Lehrpersonen in den Landesranglisten mit Auslaufcharakter und in den neuen Landesranglisten einnehmen.

Auf diese Weise soll eine Regelung geschaffen werden, welche die (zum Teil oft entgegen gesetzten) Interessen der verschiedenen Gruppen von Lehrpersonen möglichst ausgleicht.

*Absatz 4 [Erweiterung des Landeszusatzstellenplans]*

Aufgrund der Erkenntnis, dass die Schulverwaltung jährlich viele 100 Lehrpersonen mit befristeten Arbeitsverhältnissen als Supplentinnen und Supplenten anstellt, wurde mit dem Landesgesetz Nr. 2/2008 ein Landeszusatzstellenplan errichtet, der unter Beachtung verschiedener Kriterien die unbefristete Aufnahme von Lehrpersonen auf Stellen erlaubt, die nicht frei, aber ganzjährig verfügbar sind. Diese Lehrpersonen erhalten einen zeitlich unbefristeten Arbeitsvertrag mit einer Laufbahntwicklung und werden jährlich aufgrund der Maßnahmen zur Mobilität einem Dienstsitz zugewiesen.

Dieses System soll nun erweitert werden, indem einerseits auch Stellen aufgrund ganzjähriger Abwesenheiten berücksichtigt werden und andererseits der Prozentsatz für die Berechnung des Landeszusatzstellenplans von derzeit 40 % auf mindestens 50% angehoben wird.

*Absatz 5 [Spezifische Qualifikation von Lehrpersonen und Bestätigung des Dienstsitzes]*

Für die Besetzung von Stellen, die aufgrund von besonderen Unterrichtsverfahren oder von besonderen schulischen Angeboten eine spezifische Qualifikation erfordern, kann eine eigene Rangliste von Lehrpersonen erstellt werden. Die Eintragung in diese Rangliste erfolgt auf Antrag der Lehrpersonen und aufgrund eines Ausleseverfahrens.

Die Landesregierung bestimmt die besonderen Unterrichtsverfahren und schulischen Angebote, die Gegenstand dieser Ranglisten sind, und legt weitere Modalitäten des Ausleseverfahrens fest.

Zur Erhöhung der didaktischen und organisatorischen Kontinuität können sowohl Lehrpersonen mit unbefristetem Arbeitsvertrag als auch Lehrpersonen mit befristetem Arbeitsvertrag um Bestätigung des Dienstsitzes des Vorjahres ansuchen, sofern sie bestimmte Voraussetzungen erfüllen und an der betreffenden Schule ein Bewertungsverfahren positiv abgeschlossen haben.

*Absatz 6 [Streichung von Lehrpersonen aus der Landesrangliste, die bereits in der Stammrolle sind]*

Die derzeit gültige Regelung (Buchstabe d) sieht vor, dass Lehrpersonen mit einem unbefristeten Arbeitsverhältnis für den Unterricht in einer Schulstufe nicht länger in der Landesrangliste für eine Wettbewerbsklasse derselben Schulstufe angeführt sein dürfen. Der für das Schuljahr 2015/2016

vorgeschlagene Änderungsantrag zielt – wie die analoge Regelung für die staatlichen Ranglisten mit Auslaufcharakter - darauf ab, die Landesranglisten zu „leeren“ und jene Lehrpersonen daraus zu streichen, die bereits einen unbefristeten Arbeitsvertrag haben, auch wenn in einer anderen Schulstufe.

Die Streichung dieser Personen hat auch den Zweck, den Umfang der Ranglisten an die tatsächliche Situation der Lehrpersonen anzupassen, die auf eine unbefristete oder befristete Aufnahme warten, und die Arbeit der Schulen bei der Suche nach Ersatzlehrkräften zu erleichtern.

Diese Streichung aus den Ranglisten beeinträchtigt die Rechte der Lehrpersonen und deren Recht auf den Übertritt in eine andere Stammrolle keineswegs, da sie sich stets der Regelungen zur Mobilität bedienen können.

*Absatz 7 [Dreijährige Gültigkeit der Schulranglisten]*

Der Änderungsantrag betrifft die Gültigkeitsdauer der Schulranglisten, welche der befristeten Aufnahme des Lehrpersonals (Supplentinnen und Supplenten) dienen. Der Landesgesetzentwurf übernimmt einen vom Landesschulrat angenommenen Änderungsvorschlag. Die neue Formulierung besagt ausdrücklich, dass es sich um die Ranglisten für die italienischsprachigen, deutschsprachigen und ladinischen Schulen handelt.

Im Besonderen erhöht er die Gültigkeitsdauer der Schulranglisten für die italienischsprachigen Schulen auf drei Jahre (mit Ausnahme jener für die Lehrpersonen der Zweiten Sprache) und gleicht so deren Dauer an jene der Schulranglisten im restlichen Staatsgebiet an. Dadurch soll verhindert werden, dass die Schulranglisten in Südtirol als einzige in ganz Italien jedes Jahr geöffnet sind und dadurch sich Personen eintragen lassen können, die sich im restlichen Staatsgebiet nicht eintragen lassen könnten.

Die Schulranglisten für die deutschsprachigen und die ladinischen Schulen, sowie die Schulranglisten für die Lehrpersonen der Zweiten Sprache an den italienischsprachigen Schulen behalten ihre einjährige Gültigkeit bei, um den lokalen Realitäten und Bedürfnissen besser gerecht zu werden.

*Absatz 8 [Besondere Voraussetzungen für den Unterricht an Südtiroler Schulen]*

Derzeit besteht die einzige besondere Voraussetzung für Lehrpersonen, die an einer Schule in der Provinz Bozen unterrichten wollen, darin, dass ihre Muttersprache der Unterrichtssprache der Schule entspricht. Die Gesetzesänderung sieht vor, dass Lehrpersonen, die künftig durch Überstellung aus Ranglisten anderer Provinzen in die Südtiroler Landesranglisten aufgenommen werden wollen, die derzeit vorgeschriebenen Voraussetzungen erfüllen müssen oder noch festzulegende Voraussetzungen, die das Berufsbild der Lehrperson an Schulen in der Provinz Bozen prägen.

Der Landesgesetzentwurf übernimmt die vom Landesschulrat angeregte Formulierung, um die Flüssigkeit und die Verständlichkeit des Textes zu erhöhen, ohne aber den Inhalt abzuändern.

*Absatz 9 [Mobilität des Lehrpersonals]*

Es wird die Änderung des bisher geltenden Artikel 12/quinquies vorgeschlagen, weil dieser im Absatz 1 eine Regelung enthält, die sowohl zur Überschrift des Artikels („Mobilität des Lehrpersonals“) im Widerspruch steht als auch zum Absatz 2. Für Lehrpersonen der Berufsbildung, die zu Schulen staatlicher Art wechseln wollen, war nämlich bisher ein anderer Weg vorgesehen (über die Landesrangliste) als für Lehrpersonen der Schulen staatlicher Art, die zur Landesberufsschule wechseln wollen (Versetzung).

Der Landesgesetzentwurf beauftragt – je nach Zuständigkeit - die Landesregierung oder die Kollektivvertragsverhandlungen, die Kriterien festzulegen, welche die Mobilität des Lehrpersonals ermöglichen.

*Absatz 10 [Mobilität der Lehrpersonen für die Zweite Sprache]*

Der Landesgesetzentwurf übernimmt einen vom Landesschulrat angenommenen Änderungsantrag im Zusammenhang mit der vom letzten Satz von Artikel 12/ter Absatz 11 des Landesgesetzes vom 12. Dezember 1996, Nr. 24, geändert durch Artikel 18 des Landesgesetzes vom 20. Dezember 2012, Nr. 22, vorgesehenen Regelung zur Inanspruchnahme der Mobilität der Lehrpersonen für die Zweite Sprache: aus dem geltenden Gesetzestext wird das Wort „effektiven“ gestrichen sodass die Versetzung nach fünf Dienstjahren erfolgen kann, unabhängig von der effektiven Dienstleistung. Auf diese Weise gelten für alle Lehrpersonen dieselben Bedingungen für die Versetzungen.

*Absatz 11 [Berufseingangsphase und Probezeit für Supplentinnen und Supplenten]*

Berufseingangsphase:

Der Gesetzestext greift eine in der deutschsprachigen Schule bereits gängige Praxis auf: dem Lehrpersonal, welches ernsthaft und dauerhaft den Schuldienst anstrebt, werden in verschiedensten Bereichen (im pädagogisch didaktischen Bereich, im verwaltungsrechtlichen Bereich und im Bereich des Dienstrechts) Kurse und Hilfestellungen angeboten, damit der Einstieg in den Lehrberuf möglichst gut gelingt und das Lehrpersonal frühzeitig das für den Unterricht notwendige Rüstzeug erhält. Die Fortbildungen der Berufseingangsphase werden für das Berufsbildungsjahr anerkannt, zu dem das Lehrpersonal nach Abschluss eines unbefristeten Arbeitsvertrags verpflichtet ist.

*Probezeit:*

Die Einführung einer Probezeit für das Lehrpersonal mit befristetem Auftrag entspricht einer langen Forderung von Seiten der Schulführung und trägt dazu bei, dass das Lehrpersonal die Berufseingangsphase ernsthaft und mit der notwendigen Sorgfalt durchläuft.

Die Probezeit gilt für die Zeit der befristeten Aufnahme. Für die Bestätigung des unbefristeten Dienstverhältnisses unterliegt das Lehrpersonal gemäß den geltenden staatlichen Bestimmungen erneut einer einjährigen Probezeit.

*Artikel 2*

*Absatz 1 [Mehrjährigkeit von Maßnahmen]*

Derzeit werden gemäß der vom Staat übernommenen Regelung Lehrerstellen, die aufgrund von Teilzeitarbeit, Verwendung, Freistellung und Abkommandierung frei werden, jedes Jahr neu in den Stellenplan eingetragen und besetzt. Die Folge davon ist ein häufiger Wechsel des Lehrpersonals.

Die Abänderung des Artikels 15/bis Absatz 1 des Landesgesetzes Nr. 12/2000 betreffend die „Autonomie der Schulen“, zielt auf die Erhöhung der Kontinuität der Lehrpersonen vor Ort an den Schulen ab.

Aus diesem Grund soll die Landesregierung neue Regeln für die Erstellung der Stellenpläne erlassen und für eine mehrjährige Ausrichtung der Maßnahmen und eine möglichst definitive Besetzung der Stellen sorgen. Konkret ist vorgesehen, dass Abordnungen, Freistellungen, Verwendungen, Teilzeitarbeit grundsätzlich mehrere Schuljahre umfassen, so dass die freiwerdenden Stellen unbefristet besetzt werden können. Die Möglichkeit der Stelleninhaber, auf die Stelle zurückzukehren, bleibt aufrecht. In diesem Fall werden die Stellenverlierer an den Schulen wie bisher ermittelt.

*Artikel 3*

*Absatz 1*

*[Anerkennung von Bildungsangeboten]*

Die Bildungstätigkeiten an den Musikschulen des Landes sowie außerschulische Bildungstätigkeiten werden derzeit laut Art. 18 des Landesgesetzes Nr. 5/2008 nur im Wahlbereich anerkannt. Die vorgeschlagene Neuformulierung sieht nun die Anerkennung der Bildungstätigkeit an den Musikschulen des Landes und die Anerkennung von außerschulischen Bildungsangeboten der Schülerinnen und Schüler vor und ermöglicht es, dafür eine Befreiung von der Pflichtunterrichtszeit zu gewähren.

Grund- und Mittelschulen können Bildungstätigkeiten an den Musikschulen und außerschulische Bildungstätigkeiten anerkennen und dafür eine Befreiung von maximal 34 Jahresstunden in jenem Bereich gewähren, in dem die Schülerinnen und Schüler während der Pflichtunterrichtszeit aus verschiedenen Angeboten auswählen können (rund eine Stunde pro Woche).

Die deutschsprachigen Grund- und Mittelschulen müssen für die Bildungstätigkeiten an den Musikschulen des Landes auf Antrag der Erziehungsverantwortlichen eine Befreiung von 34 Jahresstunden in jenem Bereich gewähren, in dem die Schülerinnen und Schüler während der Pflichtunterrichtszeit aus verschiedenen Bildungsangeboten auswählen können. Diese Befreiung kann auch zusätzlich zu jener laut Absatz 1 gewährt werden. In den italienischsprachigen Schulen kann diese Befreiung auch im Rahmen des jeweiligen Faches erfolgen.

Alle Schulen der Oberstufe können die Bildungstätigkeiten an den Musikschulen des Landes sowie die außerschulischen Bildungsangebote anerkennen und die Schülerinnen und Schüler dafür im Ausmaß von maximal 57 Jahresstunden vom Unterricht freistellen.

Das Land erlässt allgemeine Richtlinien für die Anerkennung von Bildungsguthaben. Damit sollen einige grundsätzliche Qualitätsindikatoren für diese Bildungsangebote definiert und Hinweise zur Bewertung dieser Tätigkeit gegeben werden. Auf der Grundlage dieser Richtlinien und unter Beachtung der jeweils spezifischen Situation an der Schule und im Umfeld der Schule legen die einzelnen Schuldirektionen Qualitätskriterien und detaillierte Bestimmungen für die Anerkennung und Zusam-

menarbeit fest und verankern diese im Schulprogramm. Die Anerkennung erfolgt dann durch jede Schule auf der Grundlage der im Schulprogramm festgelegten Regeln. Die Bildungsangebote müssen sich aber jedenfalls auf den allgemeinen Bildungsauftrag der jeweiligen Schule und auf die Rahmenrichtlinien des Landes beziehen.

Die Anerkennung von Bildungsangeboten der Musikschulen des Landes und von außerschulischen Bildungsangeboten hat keine Auswirkung auf das Stellenkontingent der einzelnen Schule, da die Schulen die Angebote im Rahmen der Pflichtunterrichtszeit immer im vollen Umfang aufrechterhalten müssen.

[Schulinformationssystem des Landes]

Es wird mit dieser Bestimmung die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen, dass die Landesverwaltung ein Informationssystem zur vernetzten Verwaltung und zur Verwendung und Übermittlung von Daten der verschiedenen Akteure im Bildungssystem des Landes (z.B. Landesverwaltung, autonome Schulen) errichten kann. Dies bewirkt nicht nur eine Entbürokratisierung, sondern bringt auch eine größere Vereinfachung und Beschleunigung der Verwaltungsverfahren mit sich.

Die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage ist zudem erforderlich, damit im Schulinformationssystem auch sensible Daten verarbeitet und allgemeine personenbezogene Daten der Schülerinnen und Schüler – sofern die Voraussetzungen bestehen – an bestimmte Außenstehende mitgeteilt werden können.

Artikel 4

Aufgehoben werden die folgenden Bestimmungen:

Buchstabe a):

Bestimmungen im Landesgesetz Nr. 24/1996:

Artikel 12/bis Absatz 1 Buchstabe e): einjährige Gültigkeit der Schulranglisten,

Artikel 12/ter Absatz 3 zweiter Satz: Verlängerung von befristeten Arbeitsverträgen,

Buchstabe b):

Bestimmung im Landesgesetz Nr. 5/2008:

Anerkennung außerschulischer Bildungsangebote.

Die Abgeordneten werden gebeten, den vorliegenden Gesetzentwurf zu genehmigen.

-----

Con il presente disegno di legge provinciale si propongono modifiche a leggi provinciali in materia di istruzione e stato giuridico del personale insegnante.

La presente relazione ha lo scopo di illustrare le modifiche proposte.

Articolo 1

Comma 1 [Concorso dirigenti scolastici]

Per norma generale, le graduatorie dei concorsi per il reclutamento del personale presso le pubbliche amministrazioni rimangono in vigore per tre anni dalla data di pubblicazione.

Anche i bandi di concorso per il reclutamento di dirigenti scolastici che le Intendenze scolastiche hanno pubblicato rispettivamente nel 2010 e nel 2011, contengono la suddetta clausola.

Attualmente non tutti i docenti inseriti nelle graduatorie di merito dei concorsi sono stati assunti nel ruolo dirigenziale. La modifica di testo introdotta, che recepisce l'emendamento proposto in Consiglio scolastico provinciale, chiarisce che hanno titolo all'assunzione nel ruolo dirigenziale tutti coloro che sono inseriti nelle graduatorie di merito del concorso. Questo in analogia con le graduatorie di merito di concorsi analoghi banditi a livello nazionale sono state dichiarate ad esaurimento per effetto della legge n. 128/2013. Pertanto, le graduatorie di merito di questi concorsi vanno prorogate.

L'articolo 29 del decreto legislativo n. 165/2001, novellato dalla legge n. 128/2013, prevede che il reclutamento dei dirigenti scolastici si realizzi mediante corso-concorso selettivo di formazione bandito dalla "Scuola Nazionale dell'Amministrazione" e che il corso-concorso si svolga presso la stessa "Scuola Nazionale dell'Amministrazione". In considerazione delle particolari situazioni linguistiche presenti in provincia di Bolzano, i corsi-concorsi selettivi di formazione per il reclutamento di dirigenti scolastici verranno organizzati dall'Amministrazione provinciale in collaborazione con le università e con i centri di ricerca nazionali o di altri Stati.

Comma 2 [Nuova graduatoria provinciale]



*In considerazione del fatto che i docenti che si candidano all'assunzione (a tempo indeterminato) hanno frequentato percorsi abilitanti di varia tipologia, la Giunta provinciale ha rivisto le disposizioni legislative provinciali vigenti in materia e propone questa modifica ritenuta necessaria ed opportuna:*

*Le esistenti graduatorie provinciali vengono chiuse e trasformate in graduatorie ad esaurimento. Vengono utilizzate per il conferimento di contratti di lavoro a tempo indeterminato ed a tempo determinato. Contemporaneamente viene istituita una nuova graduatoria provinciale, che viene utilizzata per il conferimento di contratti di lavoro a tempo indeterminato e determinato. A differenza delle graduatorie provinciali ad esaurimento le nuove graduatorie provinciali non sono suddivise in fasce, ma in esse gli aspiranti vengono inquadrati solo in base al punteggio che possiedono.*

*Viene recepito l'emendamento approvato dal Consiglio scolastico provinciale e riguardante la necessità di salvaguardare le eventuali nuove disposizioni nazionali sugli insegnanti in possesso del diploma magistrale.*

*Per quanto riguarda la scuola in lingua italiana, tutte le nuove disposizioni introdotte sulle graduatorie, entreranno in vigore solo successivamente all'introduzione delle classi di concorso locali.*

*Comma 3 [Assegnazione dei posti]*

*In sede di assegnazione dei posti per l'assunzione a tempo indeterminato, il 50% dei posti a tal fine disponibili è riservato agli aspiranti inseriti nelle graduatorie di merito dei concorsi, il 25% viene assegnato agli aspiranti inseriti nelle graduatorie provinciali ad esaurimento ed il restante 25% agli aspiranti inseriti nella nuova graduatoria provinciale.*

*Per quanto riguarda la stipulazione dei soli contratti a tempo determinato verrà predisposta una graduatoria che terrà in considerazione solamente la migliore posizione dei docenti inseriti nelle graduatorie di cui alle lettere b) e c), vale a dire "graduatorie provinciali ad esaurimento" e "nuove graduatorie provinciali".*

*In questo modo si intende creare una disciplina che sia in grado di equilibrare il più possibile gli interessi (talvolta addirittura opposti) dei diversi gruppi di docenti.*

*Comma 4 [Ampliamento della dotazione organica provinciale supplementare]*

*Dato che ogni anno l'Amministrazione scolastica assume centinaia di docenti con contratti di lavoro a tempo determinato, con legge provinciale n. 2/2008 è stata istituita una dotazione organica provinciale supplementare, che nel rispetto di diversi criteri consente di assumere dei docenti con contratto di lavoro a tempo indeterminato su posti che non sono vacanti, ma che sono annualmente disponibili. Ai predetti docenti è conferito un incarico a tempo indeterminato con sviluppo di carriera secondo le vigenti disposizioni; essi vengono utilizzati secondo le disposizioni contrattuali in materia di mobilità.*

*Con la presente proposta si intende ampliare il sistema già esistente, conteggiando da un lato anche i posti derivanti da assenze per tutto l'anno scolastico ed aumentando dall'altro lato la percentuale applicabile al calcolo della dotazione organica provinciale supplementare dall'attuale 40% ad almeno il 50%.*

*Comma 5 [Qualifica specifica di docenti e conferma della sede di servizio]*

*Al fine di coprire dei posti che richiedono l'impiego di personale specificamente qualificato in relazione a particolari metodologie didattiche o a particolari tipologie di offerta formativa, può essere istituita una graduatoria apposita. L'inserimento ha luogo a domanda del personale docente interessato e previo superamento di una procedura selettiva.*

*Viene demandata alla Giunta provinciale la definizione di quali siano le metodologie didattiche, le tipologie di offerta formativa oggetto di tali graduatorie oltre alle modalità che dovrà avere questa particolare procedura selettiva.*

*Al fine di favorire la continuità didattica ed organizzativa, la conferma sul posto occupato l'anno precedente può essere richiesta sia da docenti con contratto di lavoro a tempo indeterminato che da docenti con contratto di lavoro a tempo determinato che siano in possesso di determinati requisiti e che abbiano superato una apposita procedura di valutazione.*

*Comma 6 [Depennamento dalle graduatorie provinciali dei docenti già assunti a tempo indeterminato]*

*La norma attualmente in vigore (lettera d) prevede che un docente di ruolo in un determinato ordine di scuola, non possa più figurare nelle altre graduatorie delle classi di concorso dello stesso ordine di scuola. L'emendamento che si propone per l'anno scolastico 2015/2016, in analogia con quanto già previsto per le graduatorie ad esaurimento nazionali, ha lo scopo di sfoltire le graduatorie provinciali,*



depenando i nominativi di quei docenti che sono già assunti a tempo indeterminato, seppure in un altro ordine di scuola.

Il depennamento di questi nominativi ha anche la funzione di adeguare la consistenza delle graduatorie al numero effettivo dei docenti che attendono l'assunzione a tempo indeterminato o determinato e di agevolare il lavoro delle scuole nell'individuazione degli aspiranti ad una supplenza.

Il depennamento dalle graduatorie non lede minimamente i diritti dei docenti e non preclude loro il passaggio di ruolo tramite la mobilità, in quanto essi possono sempre avvalersi degli istituti previsti per la mobilità.

Comma 7 [Validità triennale delle graduatorie d'istituto]

L'emendamento riguarda la durata delle graduatorie d'istituto finalizzate all'assunzione a tempo determinato del personale docente (supplenti). Viene recepita la proposta di emendamento avanzata in Consiglio scolastico provinciale e ora il testo esplicita che le graduatorie a cui ci si riferisce sono quelle delle scuole in lingua italiana, in lingua tedesca e località ladine.

In particolare, porta a tre anni la validità delle graduatorie di istituto delle scuole in lingua italiana, fatta eccezione per quelle di seconda lingua che così si allineano alla validità delle graduatorie di istituto nazionali. Lo scopo è quello di evitare che quelle di Bolzano siano le uniche graduatorie aperte ogni anno in tutta Italia, e che come tali, possano essere soggette all'inserimento di docenti che nel resto d'Italia sarebbero, invece, esclusi.

Le graduatorie d'istituto della scuola in lingua tedesca e delle scuole delle località ladine e quelle di seconda lingua delle scuole in lingua italiana, mantengono la loro validità annuale per rispondere meglio alla realtà e alle esigenze locali.

Comma 8 [Requisiti particolari per l'insegnamento nelle scuole della provincia di Bolzano]

Attualmente, l'unico requisito particolare richiesto per insegnare nelle scuole della provincia di Bolzano è il possesso della madrelingua corrispondente alla lingua di insegnamento della scuola. Il comma che si va a sostituire introduce come presupposto per i docenti che in futuro vorranno inserirsi, tramite trasferimento dalle graduatorie di altre province, nelle graduatorie della provincia di Bolzano, il possesso dei requisiti attualmente richiesti o di requisiti che verranno stabiliti per caratterizzare il profilo professionale del docente delle scuole della provincia di Bolzano.

Il testo è stato riformulato secondo le indicazioni fornite dal Consiglio scolastico provinciale in ordine a scorrevolezza e comprensibilità ma senza variazione di contenuto.

Comma 9 [Mobilità del personale docente]

La presente modifica viene proposta in quanto il comma 1 dell'art. 12/quinqies conteneva una contraddizione sia rispetto al titolo dell'articolo stesso ("Mobilità del personale docente") sia rispetto al comma 2; esso, infatti, prevedeva per il passaggio dei docenti dalla formazione professionale alle scuole a carattere statale un percorso diverso (graduatoria provinciale) rispetto a quello dei docenti delle scuole a carattere statale per l'accesso (trasferimento) alle scuole della formazione professionale provinciale.

La modifica introdotta affida alla Giunta provinciale o alla contrattazione, per quanto di rispettiva competenza, la fissazione dei criteri che consentiranno la mobilità del personale docente.

Comma 10 [Mobilità degli insegnanti di seconda lingua]

Recependo l'emendamento approvato dal Consiglio scolastico provinciale, ai fini della possibilità di fruire della mobilità degli insegnanti di seconda lingua, all'ultimo periodo del comma 11 dell'articolo 12/ter della Legge provinciale 12 dicembre 1996, n.24 modificato dall'articolo 18 della Legge provinciale 20 dicembre 2012, n. 22, è soppressa la parola "effettivo". In tale modo il trasferimento può avvenire dopo cinque anni, indipendentemente dal servizio effettuato. In questo modo, per tutti i docenti valgono le stesse condizioni per i trasferimenti.

Comma 11 [Periodo di inserimento professionale e periodo di prova per supplenti]

Periodo di inserimento professionale:

La proposta di legge prende spunto da una prassi già implementata nelle scuole di lingua tedesca. Al personale che intende entrare, in modo serio e continuativo, nel mondo della scuola vengono offerte numerose iniziative di formazione e di aiuto nei più diversi ambiti (ambito pedagogico, didattico, amministrativo, giuridico), con l'obiettivo di rendere più proficuo e rapido possibile il suo inserimento nel mondo scolastico.

*I corsi di formazione del periodo di inserimento professionale sono riconosciuti ai fini dell'anno di formazione previsto per il personale neoassunto con contratto di lavoro a tempo indeterminato.*

*Periodo di prova:*

*L'introduzione di un periodo di prova per il personale con contratto di lavoro a tempo determinato va incontro a una vecchia richiesta della dirigenza scolastica e garantisce che il periodo di inserimento professionale possa trasformarsi in una fase di serio e attento apprendimento.*

*Il periodo di prova vale per quando si assume servizio con contratto di lavoro a tempo determinato. Ai fini della conferma del contratto di lavoro a tempo indeterminato il personale docente dovrà invece superare un ulteriore periodo di prova di un anno, come previsto dalla vigente disciplina statale.*

*Articolo 2*

*Comma 1 [Pluriennalità di provvedimenti]*

*Attualmente, in base alla normativa statale finora recepita, i posti che si rendono disponibili per il passaggio al lavoro a tempo parziale di docenti, utilizzi, esoneri e distacchi, vengono previsti annualmente in organico e occupati. Ne consegue un frequente cambiamento del personale docente.*

*La modifica dell'attuale articolo 15/bis comma 1 della legge provinciale n. 12/2000 "Autonomia delle scuole" mira ad accrescere la continuità di servizio del personale docente presso gli istituti scolastici nelle varie località.*

*Per questa ragione, la Giunta provinciale si è fatta carico di emanare nuove norme per l'istituzione degli organici puntando su una pluriennalità dei provvedimenti e – nei limiti del possibile- anche su una assegnazione definitiva della sede. Nel concreto è previsto che i provvedimenti di comando, esonero, assegnazione e part time abbiano validità sostanzialmente pluriennale in modo che i posti che si liberano possano essere attribuiti a contratti a tempo indeterminato. Al titolare del posto è comunque garantita la possibilità di rientro nel posto. In tali casi i perdenti posto degli istituti scolastici saranno individuati secondo i criteri attualmente in vigore.*

*Articolo 3*

*Comma 1*

*[Riconoscimento delle offerte formative]*

*Le attività formative svolte presso le scuole di musica della Provincia e le attività extrascolastiche sono attualmente riconosciute dall'art. 18 della legge provinciale n. 5/2008 solo nei limiti del monte ore rientrante nella quota facoltativa opzionale. Il nuovo articolo proposto prevede il riconoscimento dell'attività formativa delle scuole di musica della Provincia e dell'offerta formativa extrascolastica delle alunne e degli alunni permettendo un esonero dall'orario di insegnamento obbligatorio.*

*Le scuole del primo ciclo di istruzione possono riconoscere l'offerta formativa delle scuole di musica della Provincia e le offerte formative extrascolastiche e concedere un esonero per un massimo di 34 ore all'anno da quelle attività che le alunne e gli alunni possono scegliere tra diverse offerte durante l'orario d'insegnamento obbligatorio (circa un'ora alla settimana).*

*Le scuole del primo ciclo di istruzione in lingua tedesca devono concedere, su richiesta degli esercenti la responsabilità genitoriale, per le attività formative presso le scuole di musica della Provincia, un esonero di 34 ore annue dalla quota riservata alle scuole, entro la quale le alunne e gli alunni, durante l'orario di insegnamento obbligatorio, hanno facoltà di scegliere tra diverse offerte formative. Questo esonero può essere concesso anche in aggiunta a quello di cui al comma 1. Per le scuole in lingua italiana tale riconoscimento può avvenire all'interno del curriculum della medesima disciplina.*

*Tutte le scuole del secondo ciclo di istruzione e formazione possono riconoscere un esonero delle alunne e degli alunni dall'insegnamento, nella misura di 57 ore annuali, attraverso il riconoscimento di attività di formazione presso le scuole di musica della Provincia nonché attraverso il riconoscimento di offerte formative extrascolastiche.*

*La Provincia emana indicazioni generali per il riconoscimento del credito formativo, al fine di definire alcuni indicatori di qualità di base per le offerte formative e di fornire indicazioni per la valutazione di tale attività. In base a queste indicazioni e nel rispetto della rispettiva situazione specifica della scuola e del suo contesto, le singole istituzioni scolastiche stabiliscono i criteri di qualità e le disposizioni dettagliate finalizzate al riconoscimento e alla collaborazione inserendole nel piano dell'offerta formativa. Di seguito, sulla base delle disposizioni contenute nel piano dell'offerta formativa ogni singola scuola provvede al riconoscimento. Le offerte formative devono comunque far riferimento alla funzione formativa della scuola e alle indicazioni provinciali.*

*Il riconoscimento dell'offerta formativa delle scuole di musica della Provincia e dell'offerta formativa extrascolastica non ha ripercussioni sull'organico delle singole scuole, poiché le scuole devono comunque garantire integralmente le offerte nell'ambito dell'orario d'insegnamento obbligatorio.*

*[Sistema informativo scolastico provinciale]*

*Con questa disposizione viene creata la base giuridica affinché l'Amministrazione provinciale possa istituire un sistema di informazione al fine di gestire, utilizzare e comunicare i dati dei diversi soggetti del sistema educativo provinciale di istruzione e formazione (ad es. Amministrazione provinciale, scuole autonome) in modo interconnesso. Ciò comporta non solo una sburocratizzazione, ma anche una maggiore semplificazione e speditezza dei procedimenti amministrativi.*

*La creazione di una base giuridica è altresì necessaria per poter trattare nel sistema informativo scolastico anche dati sensibili e comunicare – se ne sussistono i presupposti – i dati personali comuni delle alunne e degli alunni a determinati terzi.*

*Articolo 4*

*Sono abrogate le seguenti disposizioni:*

*Lettera a):*

*Disposizioni nella legge provinciale n. 24/1996:*

*Articolo 12/bis, comma 1, lettera e): validità annuale delle graduatorie d'istituto;*

*Articolo 12/ter, comma 3, secondo periodo: proroga dei contratti di lavoro a tempo determinato;*

*Lettera b):*

*Disposizioni nella legge provinciale n. 5/2008:*

*Riconoscimento di attività formative extrascolastiche.*

*Si chiede alle Signore e ai Signori Consiglieri l'approvazione dell'allegato disegno di legge.*

### **Bericht des ersten Gesetzgebungsausschusses/Relazione della prima commissione legislativa**

*Die Arbeiten im Ausschuss*

*Der Landesgesetzentwurf Nr. 31/14 wurde vom I. Gesetzgebungsausschuss in der Sitzung vom 15. Dezember 2014 geprüft. An der Ausschusssitzung nahmen auch der Landesrat für deutsche Bildung und Kultur, Philipp Achammer, der Landesrat für italienische Schule, Berufsbildung und Kultur, Dr. Christian Tommasini, der Abteilungsdirektor für das deutsche Schulamt, Dr. Arthur Pernstich, der Amtsdirektor für Aufnahme und Laufbahn des Lehrpersonals, Dr. Stephan Tschigg, der Inspektor für Grund- und Sekundarschulen, Dr. Franz Lemayr, der Amtsdirektor für Verwaltung des Lehrpersonals, Dr. Albrecht Matzneller, der Amtsdirektor für Schulverwaltung, Dr. Wolfgang Oberparleiter, die Inspektorin für Grund- und Sekundarschulen, Dr.<sup>in</sup> Martha Herbst, der Abteilungsdirektor für das italienische Schulamt, Dr. Renzo Roncat, der stellvertretende Direktor des Amtes für Aufnahme, und Laufbahn des Lehrpersonals und Führungskräfte, Dr. Enrico Hell, der Abteilungsdirektor für ladinische Kultur und ladinisches Schulamt, Dr. Alexander Oswald Prinoth, die Beamtin des Amtes für ladinische Kultur und ladinisches Schulamt, Dr.<sup>in</sup> Elisabetta Rindler, und die Amtsdirektorin für Lehrlingswesen und Meisterausbildung, Dr.<sup>in</sup> Cäcilia Baumgartner, teil.*

*Da der Ausschuss auf die Verlesung des Begleitberichtes verzichtete, wurde nur das bedingt positive Gutachten des Rates der Gemeinden verlesen. Sodann eröffnete die Vorsitzende die Generaldebatte.*

*LR Philipp Achammer verwies eingangs auf das informelle Treffen mit den Mitgliedern des 1. Gesetzgebungsausschusses vom vergangenen Freitag, in dessen Rahmen die Grundzüge des Gesetzentwurfes Nr. 31/14 erläutert wurden. Die Dringlichkeit des Gesetzentwurfes bestehe in der Erstellung einer durchgängigen Rangliste für Lehrpersonen und in der Abwicklung eines Auswahlverfahrens für Schulführungskräfte, die zu Beginn des kommenden Jahres in die Tat umgesetzt werden müssten. Mithilfe eines Reißverschlussystems würden unterschiedliche Gruppen von Lehrpersonen, die verschiedene Arten der Lehrbefähigung – wie z.B. die Absolventen eines Lehramtsstudiums oder jene Lehrkräfte, die bis zum 2002 die Lehrerbildungsanstalt abgeschlossen haben – vorweisen können, in eine neue Rangliste eingeordnet, was vor allem jungen Lehrkräften den Zugang zu einer Stammrollenstelle ermöglichen soll. Dabei werde die bestehende Rangliste geschlossen und die Be-*

setzung der neuen Stellen werde zu 50 Prozent über Wettbewerbe, zu 25 Prozent über die Landesrangliste mit Auslaufcharakter und zu weiteren 25 Prozent über die neue Rangliste besetzt. Der Übergang ins neue System würde dabei so gestaltet, dass die unausweichlichen Konflikte unter den Bewerbern gering gehalten werden, allerdings werde es auch bei dieser Umstellung Gewinner und Verlierer geben. Für besonders qualifizierte Lehrpersonen würden eigene Ranglisten erstellt, damit in bestimmten Bereichen, wie z.B. CLIL oder die Montessori-Pädagogik, für die Schülerinnen und Schüler eine bessere Kontinuität gewährleistet werden kann. Um die didaktische Kontinuität in den Schulen im Allgemeinen zu verbessern, würden über 1940 Stellen neu vergeben, da durch den Zusatzstellenplan seit dem Jahr 2008 auch unbefristete Aufnahmen in den Schuldienst möglich seien. Die Bestätigung des Dienstsitzes sei in diesem Zusammenhang künftig auch für Lehrkräfte mit befristetem Lehrauftrag möglich. Mit den neuen Artikeln 12-quinquies und 12-sexies des Landesgesetzes Nr. 24/1996 (Artikel 1 des Gesetzentwurfes) würden neue Kriterien für die Mobilität und die Berufseinstiegsphase der Lehrpersonen festgelegt und Artikel 2 des Gesetzentwurfes sehe die Erstellung eigener Bestimmungen für die Mehrjährigkeit des Lehrpersonals bei Freistellungen, Verwendungen, Abordnungen und Teilzeitarbeit vor. Im Bereich der Anerkennung von schulischen und außerschulischen Bildungsangeboten sehe Artikel 3 in der Unterstufe eine Anerkennung von bis zu 34 Stunden pro Jahr im Rahmen des Wahlpflichtbereiches vor. In der Oberstufe würden die autonomen Schulen selbst über eine Anerkennung dieser Bildungsangebote in einem Ausmaß von bis zu 57 Stunden pro Jahr entscheiden. LR Achammer unterstrich in diesem Zusammenhang, dass mit dieser Maßnahme auch das außerschulische Lernen eine Wertschätzung erfahren sollte, wobei es aber auf keinen Fall zu einer Reduzierung zu dem von den Rahmenrichtlinien festgelegten Kernunterricht an den Schulen kommen dürfe. Im neuen Artikel 1-quinquies des Landesgesetzes Nr. 5/2008 sei schließlich die Aktivierung eines neuen Schulinformationssystems des Landes vorgesehen, mit dem eine bessere digitale Vernetzung aller Akteure im Schulbereich erreicht werden soll.

Bezüglich der italienischen Schule wies Christian LR Tommasini darauf hin, dass die unter Artikel 1 des Gesetzentwurfes vorgesehene neue Landesrangliste erst erstellt wird, sobald die besonderen Voraussetzungen für die Lehrbefähigung in Südtirol feststehen. Er dementierte kategorisch, dass für die Lehrkräfte der Zweisprachigkeitsnachweis vorgesehen werden könnte, zumal das Thema der Sondervoraussetzungen fälschlicherweise an jenes des Zweisprachigkeitsnachweises gekoppelt wurde, was völlig irreführend sei. Da die Regierung nur angekündigt habe, dass die künftige Aufnahme von Lehrpersonen mit Wettbewerb erfolgen werde, strebe man auch in Südtirol ein Auswahlverfahren mit Wettbewerb an. Sollte die einheitliche Rangliste beibehalten werden, wird die Möglichkeit vorgesehen, Sondervoraussetzungen einzuführen. Im Rahmen der Lehrbefähigung könnte somit verlangt werden, dass als Voraussetzung die Beherrschung des Sachfachunterrichts oder die Kenntnis der Besonderheiten der örtlichen Autonomie nachgewiesen werden muss. Durch die Einführung dieser Voraussetzungen könnte außerdem die etwaige Forderung entkräftet werden, Lehrkräfte von anderen Provinzen nach Südtirol zu versetzen, falls die Provinz Bozen als einzige Provinz Italiens bei der Aufnahme von Lehrpersonen das System der Rangliste beibehalten sollte. Nach Ansicht des Landesrates wäre die Einführung dieser Voraussetzungen auch im Sinne einer dreisprachigen Schule, wobei die Definition dieser Voraussetzungen in jedem Fall mit dem Ministerium zu vereinbaren sei. Ein anderer zentraler Punkt des Gesetzentwurfes, so der Landesrat weiter, sei die Stabilisierung des Lehrpersonals, um den Schülern eine didaktische Kontinuität zuzusichern. Was schließlich das außerschulische Bildungsangebot anbelangt, so werde im Unterschied zur deutschen Schule, die Entscheidung, bestimmte Fächer auszubauen, in der italienischen Schule nicht der Familie überlassen, sondern werde direkt von der Schule getroffen. Da in der italienischen Schule die meisten Entscheidungen auf eine verstärkte Mehrsprachigkeit hinauslaufen, hat man es vorgezogen vorzusehen, dass die Anerkennung der außerschulischen Bildungstätigkeiten im Rahmen des Curriculums des entsprechenden Faches erfolgen kann.

Abteilungsdirektor Dr. Alexander Oswald Prinoth verwies auf die Parallelismen in der deutschen und ladinischen Schulwelt bei der Erstellung der Schulranglisten und der Ausschreibung der Direktorenwettbewerbe. Vor allem für die Abgänger der Bildungsfakultät der Universität in Brixen sei die Einführung eines neuen Landesstellenplanes begrüßenswert. Dr. Prinoth hob die Besonderheiten des ladinischen Schulsystems mit dem mehrsprachigen Unterricht und den entsprechenden Sprachkompe-



tenzen der Schülerinnen und Schüler hervor, die auch bei der Anerkennung von außerschulischen Bildungsguthaben unbedingt beibehalten werden müssten.

Nach einer kurzen Diskussion über die kurzfristige Einberufung des Ausschusses und der damit zusammenhängenden fehlenden Vorbereitungszeit für die Ausschussmitglieder, wurde der von der Abg. Myriam Atz Tammerle gestellte Antrag auf Vertagung der Behandlung des Gesetzentwurfes mehrheitlich abgelehnt. Der vom Abg. Alessandro Urzi eingebrachte Vorschlag, vor der Behandlung des Entwurfes im Plenum am 8. Jänner 2015 eine Anhörung der Schulgewerkschaften und der im Schulbereich tätigen Organisationen und Interessensvertretungen abzuhalten, wurde vom Ausschuss hingegen einstimmig genehmigt.

Der Abg. Urzi äußerte seine Bedenken bezüglich der Bewertung der Sondervoraussetzungen bei Lehrern aus anderen Provinzen, die künftig eine Übertragung in die Ranglisten der Provinz Bozen beantragen möchten. Insbesondere wollte er nähere Einzelheiten über den Inhalt der vom Landesrat ventilierten Voraussetzungen erfahren, nämlich bezüglich der Fähigkeit zum Sachfachunterricht und der Kenntnis der örtlichen Gegebenheiten, wobei er es bedauerte, dass die Erstellung dieser Kriterien der Landesregierung überlassen werde. Seiner Ansicht nach handle es sich um eine nicht sehr transparente Vorgangsweise, die vor allem für die italienische Schule riskant sei, zumal die Entscheidungen in der Landesregierung von der politischen Mehrheit getroffen werden. Es wäre daher wünschenswert, in das Gesetz eine Garantieklausel einzufügen, die den einzelnen Ressorts der verschiedenen Sprachgruppen die Möglichkeit gibt, die Voraussetzungen für ihren jeweiligen Bereich festzulegen, aber darüber hinaus sollte das Thema Voraussetzungen vor der Haushaltsdebatte geklärt werden. Zur Einführung der neuen Landesrangliste meinte der Abgeordnete lediglich, dass das Problem der Aufnahme des gesamten Lehrpersonals mit befristeten Stellen in den Stellenplan angegangen werden müsse.

Abg. Brigitte Foppa lobte den von LR Achammer beschrittenen Weg des offenen Dialoges bei der Vorlage des Gesetzentwurfes Nr. 31/14, zeigte sich zugleich aber beeindruckt über die grundverschiedenen Ausrichtungen der italienischen und deutschen Schulwelt, die auch bei den heutigen Ausführungen der beiden Landesräte zum Ausdruck gekommen ist. Die Abgeordnete kritisierte die vielen Delegationen an die Landesregierung, die im Gesetzentwurf enthalten sind, und forderte deutliche Nachbesserungen, die bei der entsprechenden Behandlung im Landtag noch genauer zu erörtern sind. Was die Anerkennung außerschulischer Bildungsangebote betrifft, seien die hohen Kosten des Musikschulunterrichts für ärmere Familien oft nicht zu bewältigen, weshalb hier die Wahlfreiheit unabhängig vom Einkommen zu garantieren sei. Die von LR Tommasini angesprochenen besonderen Voraussetzungen ("requisiti speciali") für die Aufnahme von Lehrkräften in Südtirol – in diesem Zusammenhang sei trotz der Beteuerungen von LR Tommasini während des Bildungsdialoges auch vom Besitz der Zweisprachigkeitsprüfung die Rede gewesen – seien auf jeden Fall nochmals zu überdenken.

Abg. Albert Wurzer begrüßte die Vorlage des Bildungsgesetzentwurfes, der auch aufgrund der flächendeckenden Einführung der 5-Tage-Woche, notwendige Anpassungen im Schulbereich enthält. In Bezug auf die Kritik der Abg. Foppa hinsichtlich der vielen Delegationen an die Landesregierung, erklärte der Abgeordnete, dass gewisse Bereiche, wie z.B. die Maßnahmen zu Freistellung, Verwendung oder Abordnung, nicht mit Gesetz sondern mit Beschluss der Landesregierung geregelt werden müssten, um zeitgerecht auf die Bedürfnisse der Schulwelt reagieren zu können. Bei den neuen Landesranglisten sei jedoch die Qualität der Ausbildung vor der Anreifung von Dienstjahren zu reihen, weshalb das vorgeschlagene Reißverschlussystem den Anforderungen eines qualitativ hochwertigen Unterrichts nicht ganz gerecht werde. Aus diesem Grund habe er einige Änderungsanträge zum betreffenden Artikel vorbereitet, auch um Diskriminierungen zu vermeiden und für die Lehrpersonen, die bereits in der bestehenden Rangliste eingetragen sind, eine gerechtere Lösung zu finden.

Abg. Dieter Steger stimmte den Ausführungen seines Vorredners hinsichtlich des Vorranges der Qualifikation bei der Erstellung der Ranglisten und der Delegation bestimmter Aufgaben an die Landesregierung bei. Nachdem die Schulen immer mehr zu richtigen Betrieben geworden sind, sollten in Zukunft bei der Auswahl der Schulführungskräfte auch Managementfähigkeiten bewertet und eventuell auch Personen mit Erfahrung im Bereich der Unternehmensführung in Betracht gezogen werden. Der Wunsch des Rates der Gemeinden, den zweiten Nachmittagsunterricht durch eine Änderung des Schulkalenders entfallen zu lassen, sei ebenso nachvollziehbar, weil die Schülerinnen



und Schüler mit zwei vollen Unterrichtstagen pro Woche überlastet sind. Die Anerkennung der in den Musikschulen erworbenen Bildungsguthaben sei durchaus zu begrüßen, weil die gesellschaftlichen Leistungen der Musikschulen im Lande größte Wertschätzung verdienen. Die Bildung sollte weiterhin einen hohen Stellenwert in der Politik behalten und das Land werde immer mehr gut ausgebildete Lehrkräfte brauchen, weshalb der Zugang zum Lehrberuf auch in Zukunft den hohen Qualitätsanforderungen einer modernen Schule gerecht werden sollte.

Abg. Veronika Stirner plädierte ebenfalls für eine ausgeglichene Lösung im Bereich der neuen Landesranglisten. Bei der Ausbildung der Lehrkräfte sollte besonderen Wert auf die Bedürfnisse von Kindern mit Lernschwierigkeiten gelegt werden, damit die entsprechenden Probleme im Unterricht nicht allein auf die Integrationslehrpersonen abgewälzt werden. In Bezug auf die Ausführungen des Abg. Steger, betonte die Abgeordnete, dass die Aufgaben der Schulführungskräfte nicht mit jenen eines Managers eines gewöhnlichen Unternehmens vergleichbar sind, weil die Schulwelt viele delicate und komplexe Aspekte aufweist, die rein ökonomische Denkweisen und Strategien bei weitem überschreiten. Bei der Anerkennung außerschulischer Bildungsangebote sollte auch der Sport nicht zu kurz kommen und deshalb verpflichtend in den Wahlpflichtbereich aufgenommen werden. Vor allem in den 4. und 5. Klassen der Grundschule sei eine Stunde Sport und Bewegung viel zu wenig, weshalb man hier ohne weiteres die Stundenanzahl anderer Fächer, wie z.B. Religion, kürzen könnte. Die Abgeordnete sprach sich auch gegen den Vorschlag des Rates der Gemeinden auf Reduzierung des Nachmittagsunterrichtes aus, weil die Tendenz der modernen Schulwelt vielmehr zur Ganztageschule ohne Hausaufgaben gehe.

Abg. Myriam Atz Tammerle sprach LR Achammer ihre Anerkennung für die Beschreibung des umfassenden partizipativen Dialoges im Vorfeld der Einreichung des Gesetzentwurfes Nr. 31/14 aus. Die Erstellung der neuen Landesranglisten sei sehr problematisch, denn viele Betroffene seien in diesem Zusammenhang bei den Ausschussmitgliedern vorstellig geworden, um ihre Ängste bezüglich ihrer beruflichen Laufbahn kundzutun. Die Anerkennung der außerschulischen Bildungsangebote sei hingegen zu begrüßen und man sollte auch eine Anerkennung der im ehrenamtlichen Bereich geleisteten Tätigkeiten ins Auge fassen.

In seiner Replik verwies LR Philipp Achammer auf die sekundäre Gesetzgebungsbefugnis des Landes im Bereich der Ranglisten für die Lehrpersonen, weshalb man sich hier an die staatlichen Vorgaben zu halten habe. In Vergangenheit habe es unterschiedliche Situationen in der Ausbildung der Lehrpersonen gegeben, wobei es der Verwaltung nicht zustehe, über die Qualität der entsprechenden Qualifikation zu urteilen. Oberstes Ziel sei die Lehrbefähigung und eine einheitliche Einstufung in den neuen Landeszusatzstellenplan. Dabei würden sich verständlicherweise Schwierigkeiten bei der Einordnung einzelner Gruppen ergeben und auch die Verschlechterung individueller Positionen werde in einigen Wettbewerbsklassen, wo es viele Bewerber gibt, unvermeidlich sein. Trotz allem sollte eine Kompromisslösung gesucht werden, um vor allem jungen Lehrpersonen in einem annehmbaren Zeitraum eine Fixanstellung im Schuldienst zu ermöglichen. Widrigenfalls würde man eine Situation wie in anderen Regionen Italiens heraufbeschwören, wo seit längerer Zeit nur mehr befristete Stellen vergeben werden. LR Achammer betonte abschließend noch die zunehmende Bedeutung des ganzheitlichen Lernens, dem mit der Anerkennung außerschulischer Bildungsguthaben, die auch ausführlich mit den Vertretern der Gewerkschaften erörtert wurde, Rechnung getragen werde.

LR Christian Tommasini antwortete auf die Anmerkungen des Abg. Urzi bezüglich der besonderen Voraussetzungen für die Lehrkräfte, die sich nach Südtirol versetzen lassen möchten und wies darauf hin, dass die Kriterien für deren Festlegung sich noch in Ausarbeitung befinden und derzeit Kontakte mit dem Ministerium im Gang sind. Was die Voraussetzung in Bezug auf die Kenntnis der lokalen Gegebenheiten betrifft, so erklärte der Landesrat, dass er sich auf die Kenntnis der Gesetzesbestimmungen im Schulwesen bezogen habe. Er wünsche sich jedenfalls eine stärkere Interaktion zwischen den Schulen der verschiedenen Sprachgruppen, da er sich einiger konkreter Unterschiede in der Gesellschaft bewusst sei. Bezug nehmend auf die Anerkennung des außerschulischen Bildungsangebots meinte er, dass dieses Thema in der italienischen Schule nicht einheitlich als so positiv erachtet werde, was auf die verschiedenen pädagogischen Ansätze zurückzuführen sei. Abschließend erklärte der Landesrat, dass ein gemeinsamer Nenner zwischen den verschiedenen Erfordernissen innerhalb der Gesellschaft gefunden werden müsse.

Nach Abschluss der Generaldebatte wurde der Übergang zur Artikeldebatte des Landesgesetzentwurfes Nr. 31/14 vom Ausschuss mit 5 Jastimmen und 4 Enthaltungen genehmigt.

Nach Absprache mit den zuständigen Landesämtern stimmte der Ausschuss den vom Rechtsamt des Landtages vorgeschlagenen sprachlichen und technischen Verbesserungen und Korrekturen, die im beiliegenden Gesetzestext hervorgehoben sind, zu.

Die einzelnen Artikel wurden mit folgendem Abstimmungsergebnis genehmigt:

Artikel 1: Der Ausschuss behandelte zahlreiche Änderungen von LR Achammer, der Vorsitzenden Amhof sowie der Abg.en Atz Tammerle, Urzi e Foppa zu Absatz 2, mit dem der neue Absatz 1-bis Buchstabe b) in den Artikel 12 des Landesgesetzes Nr. 24/96 eingefügt wird und der die Erstellung der neuen Landesranglisten betrifft. Nach einer ausgiebigen Debatte über die einzelnen Änderungsanträge wurden diese teils mehrheitlich abgelehnt und teils von den Einbringern zurückgezogen. Der Änderungsantrag von LR Achammer und der Vorsitzenden Amhof zwecks Streichung der Bestimmung, wonach die Lehrpersonen mit unbefristetem Arbeitsvertrag mindestens fünf Jahre lang nicht die Mobilität auf eine Stelle außerhalb der Provinz Bozen beantragen dürfen, wurde von den Einbringern zurückgezogen, in der Folge jedoch vom Abg. Urzi übernommen und sodann vom Ausschuss mehrheitlich abgelehnt. Der Ausschuss genehmigte hingegen mit 8 Jastimmen und 1 Gegenstimme einen Änderungsantrag und einen Änderungsantrag zu demselben der Abg. Foppa, wonach die Lehrpersonen aus anderen Regionen Italiens zum Besuch von spezifischen Fortbildungskursen über die Geschichte Südtirols und seiner Autonomie sowie über Unterrichtsmethoden in einem mehrsprachigen Kontext verpflichtet sind. Nach der mehrheitlichen Ablehnung eines Änderungsantrags der Abg. Atz Tammerle zum neuen Artikel 12 Absatz 1-ter des Landesgesetzes Nr. 24/96 prüfte der Ausschuss die Änderungsanträge der Abg.en Wurzer, Foppa und Amhof zu Absatz 3, mit dem der neue Absatz 2-bis in den Artikel 12 des LG Nr. 24/96 eingefügt wird, der die Vergabe der jährlich für die unbefristete Aufnahme des Lehrpersonals an den Grund-, Mittel- und Oberschulen zur Verfügung stehenden Stellen betrifft. Nach einer eingehenden Debatte und nachdem der Abg. Wurzer und die Vorsitzende Amhof ihre jeweiligen Änderungsanträge zurückgezogen hatten, genehmigte der Ausschuss mit 1 Jastimme und 7 Enthaltungen den Änderungsantrag der Abg. Foppa zwecks Ersetzung der Buchstaben b) und c) des neuen Absatzes 2-bis, wonach durch eine Neufestlegung des Prozentsatzes des Gesamtkontingents der Vorrang der Lehrkräfte mit vielen Dienstjahren aber ohne Befähigung gegenüber der Position der Lehrer, die die Lehrbefähigung erlangt haben, verringert werden soll. Der Ausschuss genehmigte sodann mehrheitlich einen technischen Änderungsantrag der Vorsitzenden Amhof zu Absatz 4 zwecks Streichung des letzten Satzes von Artikel 12 Absatz 3 des Landesgesetzes Nr. 24/96. Sodann wurde ein Änderungsantrag der Abg. Foppa zu Absatz 5 behandelt, mit dem als weitere Gewährleistung der didaktischen Kontinuität die Möglichkeit von mehrjährigen befristeten Verträgen eingeführt werden soll. Nach eingehender Diskussion wurde der Änderungsantrag mit 7 Jastimmen und 1 Enthaltung genehmigt. Schließlich lehnte der Ausschuss eine Reihe von Änderungsanträgen der Abg. Foppa zu den Absätzen 6 und 11 ab, und zwar betreffend die Streichung der bereits unbefristet aufgenommenen Lehrkräfte aus den Landesranglisten, die Berufseingangsphase sowie die Probezeit für die Lehrpersonen. Die Abg. Foppa zog hingegen zwei Änderungsanträge zu Absatz 9, der die Mobilität der Lehrkräfte regelt, zurück. Der so abgeänderte Artikel wurde schließlich ohne weitere Wortmeldungen mit 4 Jastimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.

Artikel 2: Zum Artikel, der den Artikel 15-bis Absatz 1 des LG Nr. 2000/12 abändert und die Einführung von mehrjährigen Maßnahmen durch die Landesregierung zur Abordnung, Freistellung, Verwendung und Teilzeitarbeit des Lehrpersonals betrifft, wurden zwei Änderungsanträge eingebracht, einer von der Abg. Foppa und der andere gemeinsam von LR Achammer und der Vorsitzenden Amhof. Mehrheitlich abgelehnt wurde der Ersetzungsantrag der Abg. Foppa zu Artikel 15-bis Absatz 1 des LG Nr. 12/2000, während der Änderungsantrag von LR Achammer und der Vorsitzenden Amhof, wonach die Landesregierung auch die Termine für die Anträge um ganzjährige Abwesenheiten festlegen soll, einstimmig gutgeheißen wurde. Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, genehmigte der Ausschuss den Artikel in seiner Gesamtheit mit 4 Jastimmen, 1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen.

Artikel 3: Der Ausschuss behandelte sodann die Bestimmung zur Anerkennung der Bildungsangebote, nämlich den neuen Artikel 1-quater des LG Nr. 5/2008. Nachdem die Vorsitzende Amhof ihren

Ersetzungsantrag zu Absatz 1 des neuen Artikels 1-quater zurückgezogen hatte und eine Reihe von Änderungsanträgen der Abg. Foppa zu den Absätzen 1, 2 und 5 des neuen Artikels 1-quater abgelehnt bzw. zurückgezogen wurden, genehmigte der Ausschuss mit 4 Jastimmen und 4 Enthaltungen den Ersetzungsantrag der Vorsitzenden Amhof zu Absatz 3 des neuen Artikels 1-quater, der darauf abzielt, die Bildungsangebote der Sportvereine als weiteres außerschulisches Bildungsangebot anzuerkennen. Der Änderungsantrag von LR Achammer und der Vorsitzenden Amhof zwecks Einfügung eines neuen Absatzes 6 in den Artikel 1-quater, um eine im Gutachten des Rates der Gemeinden vorgeschlagene Änderung zu übernehmen, wurde zwecks einer weiteren Abklärung zurückgezogen. Vom Ausschuss einstimmig genehmigt wurde hingegen der Änderungsantrag von LR Achammer und der Vorsitzenden Amhof, um eine weitere im Gutachten des Rates der Gemeinden vorgeschlagene Änderung in den neuen Artikel 1-quinquies über das Schulinformationssystem des Landes einzufügen. Schließlich genehmigte der Ausschuss mehrheitlich, diesem Artikel einen neuen Absatz 2 anzufügen, der eine Änderung am Artikel 20 Absatz 6 des LG Nr. 5/2008 betrifft, wonach auch Privatisten zur Staatsprüfung zur Aufnahme in die Oberschule zugelassen werden. Der Artikel wurde sodann vom Ausschuss ohne weitere Wortmeldungen mit 4 Jastimmen und 4 Enthaltungen genehmigt.

Zusatzartikel 3-bis: Der Ausschuss behandelte sodann den Änderungsantrag zur Einfügung eines neuen Artikels 3-bis in den Gesetzentwurf, mit dem eine Änderung am Gesetz über die Lehrlingsausbildung vorgenommen wird. Nach der Erörterung der neuen Bestimmung durch die Amtsdirektorin, Frau Dr.<sup>in</sup> Baumgartner, die darauf abzielt, dass Personen, die an Arbeitsrehabilitationsmaßnahmen teilnehmen, eine reguläre Lehrlingsausbildung absolvieren und den Berufstitel erhalten können, wurde der Änderungsantrag vom Ausschuss einstimmig genehmigt.

Nach aufmerksamer Prüfung und eingehender Debatte lehnte der Ausschuss hingegen zwei Änderungsanträge und einen Änderungsantrag zum Änderungsantrag der Abg. Foppa mehrheitlich ab, die darauf abzielten, einen neuen Artikel 3-ter in den Gesetzentwurf einzufügen, um eine geschlechtergerechte Vertretung der Schüler in den Klassenräten und einen stärkeren Kontakt zwischen Eltern und Kassenrat zu fördern.

Artikel 4: Der Artikel über die Aufhebung von Bestimmungen wurde ohne Wortmeldungen mit 4 Jastimmen und 4 Enthaltungen genehmigt.

Zusatzartikel 5: Der Ausschuss prüfte sodann den Änderungsantrag von LH Kompatscher, mit dem die Finanzbestimmung in den vorliegenden Gesetzentwurf eingefügt wird. Nach einer kurzen Diskussion über den von LR Achammer und der Vorsitzenden Amhof vorgelegten und in der Folge zurückgezogenen Änderungsantrag zum Änderungsantrag, mit dem eine Anmerkung im Gutachten des Rates der Gemeinden in Bezug auf Artikel 3 Absatz 1 (neuer Artikel 1-quater) übernommen werden soll, was bereits mit einem vom Ausschuss zwecks näherer Abklärung abgelehnten Änderungsantrag hätte erfolgen sollen, wurde der Änderungsantrag mit 4 Jastimmen und 4 Enthaltungen genehmigt.

Zusatzartikel 6: Der Ausschuss genehmigte schließlich mit 4 Jastimmen und 4 Enthaltungen den Änderungsantrag zwecks Einfügung der Dringlichkeitsklausel zum Inkrafttreten des Gesetzentwurfes.

Im Rahmen der Stimmabgabeerklärungen kündigte der Abg. Alessandro Urzi an, dass er nach der für den 8. Jänner 2015 anberaumten Anhörung mit den Gewerkschaften und Schulvereinigungen eine endgültige Stellungnahme zum Gesetzentwurf abgeben werde.

Die Abg.en Myriam Atz Tammerle und Ulli Mair kündigten ihre Stimmenthaltung an, während der Dieter Abg. Steger ankündigte, dass er für den Gesetzentwurf stimmen werde.

Der vom Gesetzgebungsausschuss gemäß Artikel 6 Absatz 4 des Landesgesetzes Nr. 4/2010 erlassene Beschluss zum bedingten Gutachten des Rates der Gemeinden zu Artikel 3 Absatz 1 (neuer Artikel 1-quater des LG Nr. 5/2008) wurde einstimmig genehmigt.

In der Schlussabstimmung wurde der Landesgesetzentwurf Nr. 31/14 mit 4 Jastimmen (der Vorsitzenden Amhof und der Abg.en Steger, Stirner, und Wurzer), 1 Gegenstimme (Abg. Urzi) und 3 Enthaltungen (Abg.e Atz Tammerle, Foppa und Mair) genehmigt.

-----

*I lavori in commissione*

*La I commissione legislativa ha esaminato il disegno di legge provinciale n. 31/14 nella seduta del 15 dicembre 2014. Ai lavori della commissione hanno partecipato anche l'assessore all'istruzione e cul-*

tura tedesca, Philipp Achammer, l'assessore alla scuola, formazione professionale e cultura italiana, dott. Christian Tommasini, il direttore della ripartizione intendenza scolastica tedesca, dott. Arthur Pernstich, il direttore dell'ufficio assunzione e carriera del personale, dott. Stephan Tschigg, l'ispettore per le scuole elementari e secondarie, dott. Franz Lemayr, il direttore dell'ufficio amministrazione del personale docente, dott. Albrecht Matzneller, il direttore dell'ufficio amministrazione scolastica, dott. Wolfgang Oberparleiter, l'ispettrice per le scuole elementari e secondarie, d.ssa Martha Herbst, il direttore della ripartizione intendenza scolastica italiana, dott. Renzo Roncat, il direttore sostituto dell'ufficio assunzione e carriera del personale docente e dirigente, dott. Enrico Hell, il direttore della ripartizione cultura e intendenza scolastica ladina, dott. Alexander Oswald Prinoth, la funzionaria dell'ufficio cultura e scuola ladina, d.ssa Elisabetta Rindler e la direttrice dell'ufficio apprendistato e maestro artigiano, d.ssa Cäcilia Baumgartner.

Preso atto che la commissione ha rinunciato alla lettura della relazione, e dopo la lettura del parere positivo condizionato del Consiglio dei comuni, la presidente ha dichiarato aperta la discussione generale.

L'ass. Philipp Achammer ha accennato in apertura all'incontro informale dello scorso venerdì con i/le componenti della I commissione legislativa, nel corso del quale sono stati illustrati i tratti salienti del disegno di legge n. 31/14. Questa proposta legislativa è urgente in quanto occorre predisporre una graduatoria completa dei/delle docenti e avviare il corso-concorso selettivo per dirigenti scolastici, due cose che vanno fatte all'inizio del prossimo anno. Con l'aiuto di un sistema a cerniera, le varie categorie di insegnanti in possesso di abilitazioni diverse – ad esempio coloro che hanno completato il corso di laurea "Lehramt" oppure i docenti che hanno acquisito il diploma di laurea magistrale entro il 2002 – verranno inserite in una nuova graduatoria, il che permetterà in particolare ai/alle giovani docenti di accedere a un posto di ruolo. In questo caso la graduatoria esistente viene chiusa e la copertura dei posti avviene per il 50% tramite concorso, per il 25% tramite la graduatoria provinciale a esaurimento e per il restante 25% tramite la nuova graduatoria. Il passaggio al nuovo sistema è stato definito in modo da ridurre al minimo gli inevitabili conflitti tra gli/le aspiranti, ma purtroppo anche questa riforma comporterà vincitori e perdenti. Per i/le docenti particolarmente qualificati sono state istituite apposite graduatorie, affinché in alcuni ambiti – ad esempio CLIL o pedagogia Montessori – possa essere assicurata agli alunni e alle alunne una certa continuità. Per migliorare la continuità didattica nelle scuole in generale sono stati assegnati più di 1.940 posti, in quanto dal 2008 sono possibili anche le assunzioni a tempo indeterminato tramite la dotazione organica provinciale supplementare. A tale proposito va ricordato che la conferma della sede di servizio sarà possibile in futuro anche per i/le docenti con incarico a tempo determinato. Con i nuovi articoli 12-quinquies e 12-sexies della legge provinciale n. 24/1996 (articolo 1 del disegno di legge) sono stati definiti nuovi criteri per la mobilità e il periodo di inserimento professionale dei docenti, mentre l'articolo 2 del disegno di legge contiene disposizioni specifiche riguardanti l'adozione di misure pluriennali per esoneri, utilizzi, distacchi e lavoro a tempo parziale. Per quanto riguarda il riconoscimento delle offerte formative scolastiche ed extrascolastiche, l'articolo 3 prevede per il primo ciclo di istruzione il riconoscimento di un massimo di 34 ore all'anno nell'ambito della quota riservata all'istituzione scolastica. Nel secondo ciclo le scuole possono decidere di riconoscere queste offerte formative fino a un massimo di 57 ore all'anno. L'ass. Achammer ha sottolineato che questo provvedimento rivaluta la formazione extrascolastica, senza tuttavia in alcun modo ridurre le ore di insegnamento di base nelle scuole stabilite dalle direttive quadro. Nel nuovo articolo 1-quinquies della legge provinciale n. 5/2008 è prevista l'attivazione di un nuovo sistema informativo scolastico provinciale finalizzato a un migliore collegamento in rete di tutti i soggetti del sistema scolastico.

L'ass. Christian Tommasini ha fatto presente che per quanto riguarda la scuola italiana, la nuova graduatoria provinciale prevista all'articolo 1 del disegno di legge, verrà istituita solo nel momento in cui verranno definiti i requisiti specifici per l'abilitazione all'insegnamento nelle Provincia di Bolzano. L'assessore ha smentito categoricamente la possibilità che possa essere previsto il patentino di bilinguismo per gli insegnanti, in quanto il tema dei requisiti speciali è stato accostato a quello del patentino in maniera impropria e del tutto fuorviante. Dopo aver ricordato che allo stato attuale il Governo si è limitato ad annunciare il futuro reclutamento degli insegnanti tramite concorso, ha chiarito che anche a livello locale l'obiettivo è quello di introdurre la selezione per concorso e laddove dovesse essere mantenuta la graduatoria unica, viene prevista la possibilità di introdurre anche dei re-



quisiti speciali. Questo significa che nell'ambito del percorso abilitante potrebbe venire richiesto di soddisfare il requisito relativo alla conoscenza della metodologia CLIL oppure quello riguardante la conoscenza del contesto locale dell'autonomia. La previsione di questi requisiti consentirebbe inoltre di arginare l'eventuale richiesta di trasferimento da altre province laddove la provincia di Bolzano dovesse mantenere, unica a livello nazionale, il reclutamento degli insegnanti anche tramite il sistema della graduatoria. Secondo l'assessore la previsione di questi requisiti risulterebbe poi funzionale anche all'obiettivo di attuare una scuola trilingue e, in ogni caso, la definizione di tali requisiti dovrà essere preventivamente concordata con il Ministero. L'assessore ha poi fatto presente che un'altra punto centrale del disegno di legge riguarda la stabilizzazione del personale insegnante in modo da garantire la continuità didattica a favore degli studenti. Infine, sull'offerta formativa extrascolastica, l'assessore ha precisato che sono invece previste delle differenze rispetto alla scuola tedesca, in quanto nella scuola italiana la decisione di potenziare determinate materie non è lasciata alla famiglia ma viene assunta direttamente dalla scuola. Preso atto che nell'ambito della scuola italiana la maggior parte delle scelte si è orientata verso il potenziamento plurilingue, si è preferito prevedere che il riconoscimento dell'offerta formativa extrascolastica possa avvenire all'interno del curriculum della stessa disciplina.

Il direttore di ripartizione dott. Alexander Oswald Prinoth ha ricordato i parallelismi nella scuola tedesca e ladina per quanto riguarda la predisposizione della graduatorie e i bandi di concorso per i dirigenti. L'istituzione di un nuovo ruolo provinciale è positiva soprattutto per chi si laurea in scienze della formazione presso la facoltà di Bressanone. Il dott. Prinoth ha evidenziato le peculiarità del sistema scolastico ladino, basato sull'insegnamento plurilingue, il quale conferisce agli alunni competenze linguistiche che devono essere assolutamente considerate nell'ambito del riconoscimento dei crediti formativi extrascolastici.

Dopo una breve discussione sulla convocazione così a breve termine della commissione e dunque sulla mancanza del tempo necessario per prepararsi, la richiesta di rinvio dell'esame del disegno di legge avanzata dalla cons. Myriam Atz Tammerle è stata respinta a maggioranza. È stata invece approvata all'unanimità la proposta del cons. Urzi di tenere l'8 gennaio 2015 un'audizione dei sindacati della scuola e delle organizzazioni e associazioni di categoria attive nel settore scolastico prima dell'esame in aula del disegno di legge.

Il cons. Alessandro Urzi ha espresso perplessità in ordine al valore da attribuire ai requisiti speciali previsti nei confronti dei docenti provenienti da altre province che in futuro vogliono presentare domanda di trasferimento nelle graduatorie della Provincia di Bolzano. Il consigliere ha chiesto in particolare chiarimenti sul contenuto dei requisiti ipotizzati dall'assessore, cioè sulla capacità di insegnare secondo la metodologia CLIL e sulla conoscenza del contesto locale, deplorando il fatto che la definizione di questi criteri sia demandata alla Giunta provinciale. Secondo il cons. Urzi si tratterebbe di una delega poco trasparente ma soprattutto rischiosa per la scuola italiana a fronte del fatto che in Giunta provinciale le decisioni sono assunte dalla maggioranza politica. A suo parere sarebbe pertanto auspicabile non solo l'inserimento nella legge di una clausola di garanzia che preveda la possibilità per i singoli assessorati delle varie parti linguistiche di stabilire i requisiti per la rispettiva parte ma anche che il tema di questi requisiti venga chiarito prima del dibattito sulla legge in Aula. Sull'introduzione della nuova graduatoria provinciale il consigliere si è limitato ad osservare che si dovrà affrontare il problema dell'assorbimento di tutto il personale precario.

La cons. Brigitte Foppa ha espresso apprezzamento per la strada del dialogo imboccata dall'ass. Achammer nell'ambito della presentazione del disegno di legge provinciale n. 31/14, ma si è detta colpita dalle profonde divergenze di orientamento della scuola italiana e tedesca, emerse anche dalle odierne affermazioni dei due assessori. La consigliera ha criticato le molte deleghe alla Giunta provinciale contenute nel disegno di legge e ha chiesto di porvi rimedio in modo chiaro, così da poterle poi discutere in dettaglio in aula. Per quanto riguarda il riconoscimento delle offerte formative extrascolastiche, va detto che le famiglie meno abbienti spesso non sono in grado di sostenere i costi delle scuole di musica, per cui in questo ambito deve essere garantita la libertà di scelta a prescindere dal reddito. Vanno poi in ogni caso ripensati i requisiti speciali citati dall'ass. Tommasini per l'assunzione di docenti in Alto Adige; in realtà nonostante le rassicurazioni dell'ass. Tommasini nell'ambito del "dialogo per la formazione", a questo proposito si è parlato anche del possesso del patentino di bilinguismo.



*Il cons. Albert Wurzer ha salutato con favore la presentazione del disegno di legge sull'istruzione che contiene adeguamenti resisi necessari anche in seguito all'introduzione in tutta la provincia della settimana di 5 giorni. Per quanto riguarda le critiche espresse dalla cons. Foppa relativamente alle troppe deleghe alla Giunta provinciale, il consigliere ha spiegato che alcuni ambiti, come ad esempio le misure per esoneri, utilizzi o distacchi, devono essere regolamentate non per legge ma con delibera della Giunta provinciale, per poter reagire tempestivamente alle esigenze del mondo della scuola. Per quanto riguarda le nuove graduatorie provinciali va comunque data priorità alla qualità della formazione rispetto alla maturazione degli anni di servizio, motivo per cui il proposto sistema a cerniera non soddisfa appieno le esigenze di un insegnamento di alta qualità. Per questa ragione egli ha presentato alcuni emendamenti all'articolo in questione, anche per evitare le discriminazioni e per trovare una soluzione più equa per i/le docenti già iscritti nella graduatoria esistente.*

*Il cons. Dieter Steger si è detto d'accordo con le dichiarazioni del collega Wurzer in merito alla maggiore importanza delle qualifiche ai fini della stesura delle graduatorie e alla delega di determinati compiti alla Giunta provinciale. Visto che le scuole sono sempre più vere e proprie aziende, in futuro la scelta dei/delle dirigenti delle scuole dovrebbe essere effettuata valutando anche le capacità manageriali, eventualmente prendendo in considerazione anche persone con esperienza nel settore della gestione aziendale. È inoltre comprensibile la proposta del Consiglio dei comuni di sostituire il secondo rientro pomeridiano modificando il calendario scolastico, in quanto due giornate intere alla settimana sono troppo gravose per i ragazzi. Il riconoscimento dei crediti formativi acquisiti nelle scuole di musica è del tutto positivo, perché il contributo alla società di queste strutture merita tutto il nostro apprezzamento. L'istruzione dovrebbe continuare a essere tenuta in alta considerazione dalla politica, infatti la nostra provincia avrà sempre più bisogno di docenti ben preparati. Proprio per questo l'accesso alla professione di insegnante dovrà essere subordinato al rispetto degli alti requisiti di qualità di una scuola moderna.*

*Anche la cons. Veronika Stirner ha invocato una soluzione equilibrata per quanto riguarda le nuove graduatorie provinciali. Nella formazione degli insegnanti si dovrebbe prestare particolare attenzione alle esigenze dei bambini con difficoltà di apprendimento, per evitare che le conseguenti difficoltà di insegnamento ricadano completamente sugli insegnanti di sostegno. Relativamente alle affermazioni del cons. Steger, la consigliera ha sottolineato che le funzioni dei/delle dirigenti scolastici non sono paragonabili a quelli dei manager delle aziende, perché il mondo della scuola è delicato e complesso, con problematiche che non si possono affrontare con le strategie e i modelli economici. Per quanto riguarda il riconoscimento delle offerte formative extrascolastiche, non bisogna trascurare le attività sportive, che devono essere necessariamente inserite nella quota riservata all'istituzione scolastica. In particolare in quarta e quinta elementare un'ora di sport e attività motoria è troppo poco, per cui in questo caso si potrebbe senz'altro ridurre il numero di ore di altre materie, come ad esempio la religione. La consigliera si è detta del tutto contraria alla proposta del Consiglio dei comuni di ridurre i rientri pomeridiani, anche perché la scuola moderna tende verso il tempo pieno senza compiti a casa.*

*La cons. Myriam Atz Tammerle ha espresso all'ass. Achammer il suo apprezzamento per la strada del dialogo partecipativo da lui imboccata fin dall'elaborazione del disegno di legge n. 31/14. La predisposizione delle nuove graduatorie provinciali comporta dei problemi, e molte persone direttamente interessate hanno contattato i/le componenti della commissione per esprimere le loro preoccupazioni in merito alla propria carriera professionale. È invece positivo il riconoscimento delle offerte formative extrascolastiche, e anzi bisognerebbe prendere in considerazione la possibilità di riconoscere anche le attività di volontariato.*

*Nella sua replica l'ass. Philipp Achammer ha ricordato che la Provincia ha competenze legislative secondarie in materia di graduatorie degli insegnanti, per cui è necessario attenersi alle direttive statali. In passato la formazione degli insegnanti è avvenuta secondo criteri diversi, quindi non spetta all'amministrazione giudicare la qualità delle varie qualifiche. L'obiettivo prioritario è l'abilitazione all'insegnamento e un adeguato inquadramento nella nuova dotazione organica provinciale supplementare, anche se ciò comporta inevitabili difficoltà per quanto riguarda l'inquadramento di singoli gruppi e purtroppo anche un peggioramento della posizione di singoli docenti in alcune classi di concorso con molti candidati e candidate. Ciò nonostante occorre trovare una soluzione di compromesso, soprattutto per consentire ai/alle giovani docenti di essere assunti in via definitiva entro un*

lasso di tempo accettabile. In caso contrario si rischia di creare una situazione simile a quella di altre regioni italiane, nelle quali da molto tempo vengono solo più assunti insegnanti a tempo determinato. L'ass. Achammer ha infine ricordato che il riconoscimento dei crediti formativi extrascolastici – questione discussa in modo approfondito anche con i rappresentanti dei sindacati – va nella direzione del cosiddetto apprendimento olistico, il quale sta acquisendo sempre maggiore importanza.

L'assessore Christian Tommasini ha replicato alle osservazioni del cons. Urzi in ordine ai requisiti speciali per i docenti che vogliono trasferirsi in Provincia di Bolzano, ricordando anzitutto che i criteri per la loro definizione sono ancora in fase di elaborazione e attualmente sono in atto contatti con il Ministero. Per quanto riguarda il requisito della conoscenza del contesto locale, l'assessore ha precisato che intendeva riferirsi alla conoscenza del contesto di legislazione scolastica. L'assessore ha comunque auspicato una progressiva e maggiore interazione tra le scuole dei diversi gruppi linguistici nella consapevolezza di alcune differenze reali nella società. Per quanto riguarda ad esempio il tema del riconoscimento dell'attività formativa extrascolastica, l'assessore ha infatti evidenziato che questo tema non è considerato in modo così univocamente positivo nell'ambito della scuola italiana e questo è frutto di distinte filosofie pedagogiche. L'assessore ha concluso dichiarando che occorre ricercare una sintesi equilibrata tra le varie esigenze che emergono nella società.

Conclusa la discussione generale, la commissione ha approvato con 5 voti favorevoli e 4 astensioni il passaggio alla discussione articolata del disegno di legge provinciale n. 31/14.

La commissione ha accettato le correzioni linguistiche e tecniche che sono state proposte dall'ufficio legale del Consiglio provinciale sentiti gli uffici competenti dell'amministrazione provinciale e che, nell'allegato testo di legge, sono sottolineate.

I singoli articoli sono stati approvati con le seguenti votazioni:

Articolo 1: la commissione ha dovuto esaminare una numerosa serie di emendamenti presentati dall'ass. Achammer e dalla presidente Amhof nonché dai cons. Atz Tammerle, Urzi e Foppa al comma 2, istitutivo del nuovo comma 1-bis, lettera b), nell'ambito dell'articolo 12 della legge provinciale n. 24/96 e relativo all'istituzione delle nuove graduatorie provinciali. Dopo un ampio dibattito, svolto sui singoli emendamenti, una parte di questi sono stati respinti a maggioranza e altri sono stati ritirati dagli stessi presentatori mentre l'emendamento dell'ass. Achammer e della presidente Amhof, teso a stralciare la disposizione che impone un limite temporale di 5 anni ai docenti con contratto a tempo indeterminato per richiedere la mobilità fuori provincia, è stato ritirato dai presentatori ma successivamente fatto proprio dal cons. Urzi e quindi respinto dalla commissione a maggioranza. La commissione ha invece approvato con 8 voti favorevoli e 1 voto contrario un emendamento e un subemendamento della cons. Foppa, diretti a prevedere l'obbligo per gli insegnanti provenienti da altre regioni d'Italia di frequentare aggiornamenti specifici sulle basi di storia della Provincia autonoma di Bolzano e della sua autonomia nonché sulle metodologie di insegnamento in contesto plurilingue. Di seguito la commissione, dopo aver respinto a maggioranza un emendamento della cons. Atz Tammerle in ordine al nuovo comma 1-ter dell'articolo 12 della LP n. 24/96, si è concentrata sull'esame degli emendamenti, presentati dai cons. Wurzer, Foppa e Amhof al comma 3, che istituisce il nuovo comma 2-bis nell'ambito dell'articolo 12 della LP n. 24/96, concernente l'assegnazione dei posti annualmente disponibili per l'assunzione a tempo indeterminato del personale docente delle scuole primarie e secondarie di primo e secondo grado. Dopo un'ampia discussione e il ritiro da parte del cons. Wurzer e della presidente Amhof dei rispettivi emendamenti, la commissione ha approvato con 1 voto favorevole e 7 astensioni l'emendamento della cons. Foppa, diretto a sostituire le lettere b) e c) del nuovo comma 2-bis, volto a ridurre, mediante una ridefinizione percentuale del contingente complessivo, la posizione preferenziale degli insegnanti con molti anni di servizio ma senza abilitazione, rispetto alla posizione degli insegnanti che si sono invece adoperati per conseguire l'abilitazione. La commissione ha poi assentito a maggioranza un emendamento tecnico della presidente Amhof relativo al comma 4 e riguardante la soppressione dell'ultimo periodo del comma 3 dell'articolo 12 della LP n. 24/96. È stato poi esaminato un emendamento, presentato dalla cons. Foppa, relativo al comma 5 e diretto ad introdurre, quale ulteriore strumento per garantire la continuità didattica nell'ambito delle scuole, la possibilità di contratti pluriennali a tempo determinato. Dopo un ampio dibattito l'emendamento è stato approvato con 7 voti favorevoli e 1 astensione. Infine la commissione ha respinto una serie di emendamenti presentati dalla cons. Foppa ai commi 6 e 11, riguardanti rispettivamente il depennamento dalle graduatorie provinciali dei docenti già assunti a tempo indeter-

minato e il periodo di inserimento professionale nonché il periodo di prova per il personale docente. La cons. Foppa ha invece ritirato due ulteriori emendamenti al comma 9, relativo alla disciplina della mobilità del personale docente. Senza ulteriori interventi l'articolo, come emendato, è stato infine approvato dalla commissione con 4 voti favorevoli e 2 astensioni.

Articolo 2: l'articolo, relativo ad una modifica del comma 1 dell'articolo 15-bis della LP n. 12/2000 e concernente l'adozione di misure pluriennali da parte della Giunta provinciale in ordine a provvedimenti di comando, esonero, assegnazione e lavoro a tempo parziale, è stato oggetto di due emendamenti, uno presentato dalla cons. Foppa e l'altro, presentato congiuntamente dall'ass. Achammer e dalla presidente Amhof. La commissione ha respinto a maggioranza l'emendamento integralmente sostitutivo del comma 1 dell'articolo 15-bis della LP n. 12/2000 della cons. Foppa mentre ha assentito, sempre a maggioranza, l'emendamento dell'ass. Achammer e della presidente Amhof, diretto a completare la disposizione in esame, prevedendo che la Giunta provinciale stabilisca anche i termini per la presentazione delle domande per assenze di durata annuale. In assenza di ulteriori interventi, la commissione ha approvato l'articolo nel suo complesso con 4 voti favorevoli, 1 voto contrario e 3 astensioni.

Articolo 3: la commissione si è quindi dedicata all'esame della disposizione concernente il riconoscimento delle offerte formative, cioè il nuovo articolo 1-quater della LP n. 5/2008. Dopo il ritiro da parte della presidente Amhof del suo emendamento sostitutivo del comma 1 del nuovo articolo 1-quater e il diniego nonché il ritiro di una serie di emendamenti da parte della cons. Foppa ai comma 1, 2 e 5 del nuovo articolo 1-quater, la commissione ha approvato con 4 voti favorevoli e 4 astensioni l'emendamento sostitutivo del comma 3 del nuovo articolo 1-quater, presentato dalla presidente Amhof e diretto a riconoscere l'offerta formativa delle associazioni sportive, quale ulteriore offerta formativa extrascolastica. L'emendamento dell'ass. Achammer e della presidente Amhof volto a inserire un nuovo comma 6 all'articolo 1-quater, finalizzato a recepire una modifica proposta dal Consiglio dei comuni nel proprio parere, è stato ritirato per ulteriori approfondimenti. Di seguito la commissione ha invece assentito all'unanimità l'emendamento, presentato sempre dell'ass. Achammer e dalla presidente Amhof, diretto a inserire un'altra modifica proposta dal Consiglio dei comuni nel proprio parere e relativa al nuovo articolo 1-quinquies, concernente il sistema informativo scolastico provinciale. Infine la commissione ha approvato a maggioranza l'inserimento di un nuovo comma 2 all'articolo in esame, concernente una modifica dell'articolo 20, comma 6, della LP n. 5/2008, in relazione all'esame di Stato per i candidati privatisti ai fini dell'accesso alla scuola secondaria di secondo grado. Senza ulteriori interventi, la commissione ha infine approvato l'articolo con 4 voti favorevoli e 4 astensioni.

Articolo aggiuntivo 3-bis: di seguito la commissione ha trattato l'emendamento diretto ad introdurre un nuovo articolo 3-bis nel disegno di legge e avente ad oggetto una modifica della legge in materia di apprendistato. Dopo i chiarimenti forniti dalla direttrice d'ufficio dott.ssa Baumgartner sulla nuova norma proposta, volta a consentire lo svolgimento di un apprendistato regolare nonché il conseguimento della qualifica professionale per singole persone che partecipano a misure di riabilitazione lavorativa, la commissione ha approvato l'emendamento all'unanimità.

Dopo un'attenta disamina e un ampio dibattito, la commissione ha invece respinto a maggioranza due emendamenti e un subemendamento della cons. Foppa, diretti a introdurre un nuovo articolo 3-ter nel disegno di legge, volto a promuovere la rappresentanza di genere tra gli studenti nell'ambito dei consigli di classe nonché una maggiore partecipazione e contatto tra genitori e consiglio di classe.

Articolo 4: in assenza di interventi, l'articolo relativo alle abrogazioni è stato approvato con 4 voti favorevoli e 4 astensioni.

Articolo aggiuntivo 5: la commissione ha quindi esaminato l'emendamento del presidente della Provincia Kompatscher, diretto ad introdurre la disposizione finanziaria nel disegno di legge in esame. L'emendamento è stato approvato con 4 voti favorevoli e 4 astensioni dopo una breve discussione sul subemendamento, presentato dall'ass. Achammer e dalla presidente Amhof e successivamente ritirato, volto a fare propria un'osservazione contenuta nel parere del Consiglio dei comuni in relazione all'articolo 3, comma 1 (nuovo articolo 1-quater), già oggetto di un precedente emendamento respinto dalla commissione per approfondimenti.

*Articolo aggiuntivo 6: la commissione ha infine approvato con 4 voti favorevoli e 4 astensioni l'emendamento diretto ad introdurre la clausola d'urgenza per l'entrata in vigore del disegno di legge in esame.*

*Per dichiarazione di voto è intervenuto il cons. Alessandro Urzi, il quale ha dichiarato di riservarsi una presa di posizione definitiva sul disegno di legge all'esito dell'audizione con i sindacati e le associazioni della scuola, prevista per l'8 gennaio 2015.*

*Le conss. Myriam Atz Tammerle e Ulli Mair hanno preannunciato il proprio voto di astensione mentre il cons. Dieter Steger ha annunciato il suo voto favorevole al disegno di legge.*

*La deliberazione adottata dalla commissione legislativa ai sensi dell'articolo 6, comma 4, della legge provinciale n. 4/2010 sul parere positivo condizionato del Consiglio dei comuni in merito all'articolo 3, comma 1 (nuovo articolo 1-quater della LP n. 5/2008), è stata approvata all'unanimità.*

*Posto poi in votazione finale, il disegno di legge provinciale n. 31/14, è stato infine approvato con 4 voti favorevoli (presidente Amhof e conss. Steger, Stirner e Wurzer), 1 voto contrario (cons. Urzi) e 3 astensioni (conss. Atz Tammerle, Foppa e Mair).*

Die Generaldebatte ist eröffnet. Wer möchte das Wort? Frau Abgeordnete Hochgruber Kuenzer, bitte.

**HOCHGRUBER KUENZER (SVP):** Werte Kolleginnen und Kollegen, werter Herr Landesrat! Das vorliegende Bildungsgesetz hat natürlich viele Lehrer in Aufruhr gebracht. Ich bin der Meinung, dass wir öfters so ein Gesetz machen sollten, da es Schwung und Bewegung in die Lehrerschaft hineingebracht hat, vor allem in jene, die noch keine Feststellung haben. Außerdem ist es auch dazu gekommen, dass der eine und andere seine Position hinterfragt hat. Jeder hat natürlich die beste Ausbildung und Vorbereitung bzw. die größte Erfahrung. Wir wissen, dass das Stammrollensystem für die Lehrer sehr vorteilhaft ist. Wenn ein Lehrer eine Stammrolle erhält, dann bedeutet das eine große Absicherung für die zukünftige Lebensplanung. Natürlich kann so eine Stammrolle auch hinterfragt werden, denn 20, 30 Jahre an ein und derselben Stelle kann natürlich auch müde machen und hat oft auch mit etwas wenig Motivation zu tun. In diese Diskussion haben sich vor allem junge Lehrer eingeschaltet. Wir alle wissen, dass eine Lehrkraft nach dem Abschluss der Lehrbefähigung in relativ sicheren Gewässern ist. Ich möchte nicht in Frage stellen, dass es sehr viele gute Lehrer gibt, die sich trotz der 100-prozentigen Sicherheit des Arbeitsplatzes darum bemühen, die Zeichen der Zeit zu erkennen und mit in die Schule hineinzunehmen. Wir wissen, dass eine Lehrerin/ein Lehrer mehr ist als ein Wissensvermittler/eine Wissensvermittlerin. In erster Linie ist sie/er auch eine Pädagogin/ein Pädagoge. Es nützt nichts, noch so viel Wissen zu vermitteln. Wichtig ist es, die Begeisterung und Motivation der Kinder dafür zu wecken. Sonst kann man das Wissen zwar abfragen, aber nach einiger Zeit wissen die Kinder nicht mehr viel darüber.

Ich habe an der Aussprache mit Landesrat Achammer teilgenommen und gesagt, dass man sich Gedanken darüber machen muss, dass es Lehrerinnen und Lehrer braucht, die sehr gut ausgebildet sind. Wir wissen, dass es gewisse Ranglisten gibt – beispielsweise bei den literarischen Fächern an Sekundarschulen -, die überfüllt sind. Es gibt dann auch gewisse Bereiche, in die Lehrerinnen und Lehrer sofort einsteigen können. Das gilt vor allem in Bezug auf die Vermittlung von Fremdsprachen. Trotzdem bin ich der Meinung, dass es nicht damit getan ist, wenn wir dieses Gesetz verabschieden. Ich weiß, dass die Autonomie der Schulen in Südtirol begrenzt ist. Trotzdem muss versucht werden, gute junge Lehrerinnen und Lehrer nachzuholen. In diesem Zusammenhang muss natürlich die Frage gestellt werden, wie es mit der Lehrerausbildung in Brixen aussieht. Möchte man dieses Angebot der Ausbildung verbessern? Was sagt man jungen Maturantinnen und Maturanten? Welchen Bildungsweg sollen sie einschlagen? Ein Lehrerstudium im Ausland oder in Südtirol?

Ich begrüße die Diskussionen der letzten Monate. Landesrat Achammer hat sich bemüht, einen Konsens mit den unterschiedlichen Gruppierungen zu finden. In Bezug auf die Landesranglisten starten wir mit diesem Gesetz neu. Wir sollten den Bildungsbereich im Auge behalten und nicht nur alle sechs, sieben Jahre neue gesetzliche Rahmenbedingungen schaffen. In erster Linie geht es darum, dass wir in Südtirol die besten Lehrerinnen und Lehrer haben. Danke!

**URZI (L'Alto Adige nel cuore):** Sull'ordine dei lavori. Si è appena svolta una riunione con l'assessore Achammer per chiarire alcuni aspetti particolarmente complessi e delicati che riguardavano alcune perplessità circa l'applicazione delle norme per quanto attiene, in modo particolare, il comparto della scuola in lingua tedesca. Ho apprezzato molto questo tipo di interlocuzione continua che c'è stata con la commissione legislativa. Sono stati



distribuiti ieri gli emendamenti, fra i quali c'è quello famoso di cui avevamo discusso anche con gli assessori alla scuola, che riguarda l'art. 1, comma 2, lettera b che interveniva sulla questione dei requisiti speciali. Di fatto l'emendamento è diverso da come ci era stato prospettato, nel corso degli incontri che abbiamo avuto, e di questo sono ancora riconoscente agli assessori Tommasini e Achammer e anche l'assessore Mussner attraverso i suoi delegati che hanno dato la loro disponibilità, ma in quegli incontri c'era stato un chiarimento in un percorso accidentato di questa legge, circa l'assorbimento del tema dei requisiti speciali, ma non è mai entrato in discussione il tema della definizione di nuove classi di concorso.

Sono intervenuto perché vorrei fare un passo indietro, che è quello relativo al percorso accidentato che ha conosciuto questa legge. Siamo arrivati in commissione legislativa con il disegno di legge consegnato poche ore prima, non era stato possibile discuterlo, analizzarlo, studiarlo, anche perché erano in corso dibattiti di altra natura e di assoluta rilevanza. Ci siamo trovati nella condizione di poter scegliere tra una opposizione alla discussione immediata del disegno di legge oppure ad agevolare il percorso. Noi dell'opposizione abbiamo accettato che ci fosse un'agevolazione del percorso però con la riserva di approfondire alcuni temi in previsione del dibattito in Consiglio. Questi momenti ci sono stati, e lo riconosco, però l'impegno era che ci fosse un chiarimento per quanto riguarda le volontà, altrimenti saltava il meccanismo dell'accordo che avevamo assunto. Ribadisco che negli incontri che abbiamo avuto, nel parlare dell'art. 1, comma 2, lettera b) si parlava di soppressione dei requisiti speciali ma non dell'introduzione di classi di concorso. Questo è un elemento molto importante e nuovo che credo meriti un approfondimento prima di procedere nel dibattito generale.

Chiedo, se c'è l'accordo, un incontro con l'assessore Tommasini, per poter interloquire in maniera più ordinata di quanto possa accadere in aula, per chiarire alcuni aspetti prima dell'avvio del dibattito, perché dal chiarimento di questi aspetti poi dipenderà molta parte dello svolgimento del dibattito.

**PRÄSIDENT:** Ich gebe dem Antrag statt. Die Sitzung ist für 10 Minuten unterbrochen.

ORE 17.28 UHR

-----

ORE 17.40 UHR

**PRÄSIDENT:** Die Sitzung ist wieder aufgenommen. Wir fahren mit der Generaldebatte fort. Frau Abgeordnete Mair, bitte.

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Danke, Herr Präsident! Ich möchte mich mit meinen Ausführungen kurz halten, da ich in der Artikeldebatte noch die Möglichkeit haben werde, ausführlich Stellung zu nehmen.

Insgesamt muss ich sagen, dass ich das Bildungsgesetz im Großen und Ganzen schon für gelungen halte. Dieser Bereich musste angegangen werden. Wir haben schon darüber diskutiert, als noch Landesrat Saurer für die Schule zuständig war. Diese Diskussion ist nicht neu bzw. sie ist immer wieder aufgeflammt. Die Aufnahme des Lehrpersonals bedurfte wirklich einer dringenden Neuregelung. Das bisherige Ranglistensystem, das die Personen mit Lehrbefähigung in verschiedene Gruppen unterteilt hat, wurde von vielen Lehrerinnen und Lehrern im Land als nicht unbedingt gerecht angesehen. Dass man diese alten Landesranglisten auslaufen lässt und eine neue Rangordnung erstellen will, in welcher alle Lehrbefähigten nach Dienstjahren ohne Unterteilung gereiht werden sollen, ist in meinen Augen eine richtige und notwendige Entscheidung. Dass man so nicht alle Lehreanwärter in diesem Land zufriedenstellen wird und dass es Gewinner und Verlierer geben wird, war von vorneherein klar. Aufgrund der Tatsache, dass in unserem Land viele Personen unterschiedliche Ausbildungswege besuchen oder besucht haben und es somit verschiedene Lehrbefähigungen gibt – Lehramtstudenten, SLK, UBK-Absolventen usw. -, gibt es viele Gruppen mit gegensätzlichen Interessen. Denen geht es natürlich vor allem darum, eine Benachteiligung zu verhindern. Ich denke, dass der Landesrat große Schwierigkeiten hatte, einen Interessensausgleich zu finden. Das Ganze war sicher eine Mammut-Aufgabe, weil hier natürlich jeder auf sich selber schaut. Das ist absolut nachvollziehbar. Persönlich muss ich sagen, dass ich die österreichischen Lehramtstudenten aufgrund der längeren Studiendauer und des anschließenden Anerkennungs-Prozederes ihres Studiums in Italien etwas benachteiligt sehe. Die Einwände, die von dieser Gruppe kommen, sind für mich absolut nachvollziehbar und plausibel. Das Lehramtstudium in Innsbruck, das bei Südtiroler Studenten sehr beliebt ist, wird mit dieser Regelung sicher an Attraktivität verlieren. Um dem entgegen zu wirken, hat unsere Landtagsfraktion einen entsprechenden Änderungsantrag eingebracht, der vorsieht, dass Lehramtstudenten für ihr verpflichtendes Unterrichtspraktikumsjahr Ranglistenpunkte im Ausmaß eines vollen Unterrichtsjahres erhalten.



Was die Anerkennung der außerschulischen Bildungsangebote betrifft, betrachte ich diese Neuregelung grundsätzlich als positiv. Die Förderung von außerschulischen Bildungstätigkeiten – allen voran im Bereich der Musik und des Sports - ist sicher wichtig. Allerdings sind die Stunden, für die Schüler dafür vom Unterricht befreit werden können, für mich etwas zu hoch angesetzt. Unsere Fraktion hat deshalb einen Änderungsantrag eingebracht, der eine Reduzierung dieser Stunden vorsieht.

Ich hoffe, dass man vielleicht noch das eine und andere in Bezug auf die Lehramtstudenten machen kann. Auf nähere Details werde ich dann im Rahmen der Artikeldebatte eingehen. Danke inzwischen!

**ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** In den letzten Wochen hat man immer wieder ein und denselben Satz gehört, nämlich folgenden: "Kaum haben sich Lehrer und Schulen an eine Regelung gewöhnt, kommt schon wieder eine neue." Diese neue Regelung verändert sehr viele Bereiche. Aus zahlreichen Unterredungen mit den verschiedenen Interessensvertretern ist hervorgegangen, dass dieser Gesetzentwurf für sehr viel Aufruhr sorgt. Das ist verständlich, da er zum einen die Erstellung von Ranglisten und Arbeitsqualifikationen, zum anderen Schüler betrifft, die außerschulische Tätigkeiten ausüben. Hier geht es auch um das heikle Zusammenspiel zwischen Schule und Freizeit.

Bei der Erstellung der Ranglisten ist besondere Vorsicht geboten, da es Widersprüche zu geltenden Staatsgesetzen und europäischen Normen zu überprüfen gilt. Bei der Anerkennung der außerschulischen Tätigkeiten braucht es eine besondere Sensibilität, damit Schule und Freizeit nicht zu Konkurrenten werden. In Bezug auf die Autonomie der Schulen möchte ich sagen, dass eine engere Zusammenarbeit zwischen dem deutschen und italienischen Schulamt gewünscht wird. Die Betonung liegt auf engere Zusammenarbeit und nicht auf Zusammenlegung. Es ist wichtig, eine klare Linie nach innen und nach außen aufzuzeigen. Es geht darum, dass Eltern selbst entscheiden können, ob sie ihr Kind in eine deutsche oder in eine italienische Schule geben wollen.

Es ist nicht gut, wenn Lehrer und Schüler und somit auch deren Familien unzufrieden sind, weil sie sich ungerecht behandelt fühlen. Deshalb ist es wichtig, eine gerechte und saubere Lösung für alle zu schaffen, die dann langfristig gilt. Es ist wichtig, dass bei Lehrern und somit auch bei Schülern und deren Familien wieder Ruhe einkehrt. Danke!

**AMHOF (SVP):** Der vorliegende Gesetzentwurf wurde sehr breit, mit verschiedenen Interessensgruppen und direkt Betroffenen diskutiert und erarbeitet. Die Vorgangsweise, die der Landesrat hier gewählt hat, ist sehr lobenswert. Es würde mich freuen, wenn auch andere Gesetzentwürfe in so einer partizipativen Form erarbeitet werden könnten. Dies vorausgeschickt, hat der Gesetzentwurf dennoch zu sehr heftigen Diskussionen und unterschiedlichen Meinungen geführt. Für Kritik haben vor allem zwei Punkte gesorgt. Ein Punkt war die Erstellung der neuen Lehrerrangliste. Da haben uns tagtäglich E-Mails und Anrufe erreicht, in denen uns betroffene Lehrpersonen ihre jeweilige persönliche Situation erläutern und geschildert haben, wie sich diese aufgrund der neuen Regelung ändern würde. Mit der Erstellung der neuen durchgängigen Landesranglisten vereinheitlichen wir ein System, das bis heute zum Teil als sehr ungerecht wahrgenommen wurde und wird, äußerst kompliziert und in vielen Teilen nur schwer nachvollziehbar ist und vor allem jungen LehrerInnen den Zugang zu Stammrollen-Stellen erschwert. Glücklicherweise wird auch mit dieser Regelung kaum eine Kategorie sein, aber dennoch – so empfinde ich es – gibt es keinen wirklichen Gewinner und auch keinen wirklichen Verlierer. Das ist ja schon mal etwas, das heißt, dass es alle in irgendeiner Form trifft. Im Rahmen der Artikeldebatte werden einige Änderungsanträge zur Behandlung kommen, die vor allem jene Lehrpersonen betreffen, die praktisch Ausbildung nach Plan gemacht haben. Wenn wir das noch hinbekommen, dann haben wir den großen Kategorien Rechnung getragen. Das Ziel ist es, eine Vereinheitlichung zu erreichen und keine Verlierer zu haben.

Lobend möchte ich hervorheben, dass es für besondere Qualifizierungen – Montessori-Ausbildung, reformpädagogische Ausbildung usw. – eigene Ranglisten gibt. Bisher war es so, dass sich Schulen mit solchen Ausrichtungen an die ordentlichen Ranglisten halten mussten und nicht spezifisch ausgebildetes Personal heranziehen konnten.

Auch kritisch wahrgenommen wurde von Teilen der Schulwelt die Anerkennung des außerschulischen Angebotes. Darauf möchte ich jetzt noch kurz eingehen. Dadurch kommt auf die Schulen selbstverständlich eine zusätzliche organisatorische Aufgabe hinzu, was meines Erachtens die wichtige Maßnahme aber nicht verhindern darf. Der Musikschulunterricht muss anerkannt werden. Ehrenamtliches Engagement und sportliche Tätigkeiten können anerkannt werden. All diese Angebote tragen maßgeblich zur Sozialisierung und zur Persönlichkeitsentwicklung der Schülerinnen und Schüler und zu spezifischen Ausbildungen bei. Das sollte eigentlich im Vorder-

grund stehen, wobei ich damit in keinster Weise den Regelunterricht schmälern möchte, der heute in den Bereichen Sport und Musikerziehung stattfindet.

Gewünscht hätte ich mir natürlich auch, dass die Tätigkeit in Sportvereinen in eine Mussbestimmung Eingang findet, was aber nicht möglich ist. Ich kann auch sehr gut mit dieser Kann-Bestimmung leben.

Diskutiert wurde bei der Anhörung, die hier im Landtag in Zusammenhang mit diesem Gesetzentwurf stattgefunden hat, auch über die Zertifizierung der außerschulischen Angebote. Dabei fordert auch der Jugendring eine Zertifizierung. Ich persönlich empfinde es nicht als zielführend, diese Anerkennung zu zentralisieren. Meiner Meinung nach wird das Ganze dadurch erschwert. Es wäre ein viel zu großer bürokratischer Aufwand. Die Anerkennung soll also an den jeweiligen Schulen stattfinden, vorausgesetzt, dass die Landesregierung klare Kriterien für diese Zertifizierung festlegt.

Insgesamt ist das Gesetz ein sehr gutes und schafft vor allem Klarheit im Bereich der Ranglisten. In der Übergangsphase wird es sicher für gewisse Unsicherheiten sorgen, aber langfristig gibt es den Lehrpersonen in den Südtirol doch eine gewisse Planungssicherheit.

**STIRNER (SVP):** Ich möchte meine Stellungnahme gerne morgen abgeben.

**PRÄSIDENT:** In Ordnung.

Vor Beendigung der heutigen Sitzung teile ich Ihnen noch mit, dass gegen das Protokoll der letzten Landtagssitzung, welches zu Beginn der heutigen Sitzung zur Verfügung gestellt wurde, während der laufenden Sitzung keine schriftlichen Einwände vorgebracht wurden und dass dasselbe deshalb im Sinne von Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung als genehmigt gilt.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Ore 17.55 Uhr**

**Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:**

**Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:**

AMHOF (101)

ATZ TAMMERLE (101)

DELLO SBARBA (15, 25, 28, 31, 33, 37, 39, 43, 45, 47, 55, 60, 63, 65, 66, 69, 71, 73, 74, 78)

HOCHGRUBER KUENZER (99)

KNOLL (2, 40, 48)

KÖLLENSPERGER (1, 4)

KOMPATSCHER (1, 2, 76)

LEITNER (24, 32, 38, 72, 79)

MAIR (80, 100)

NOGGLER (34, 75)

PÖDER (23, 34, 79)

SCHULER (34)

STEGER (25, 32, 79)

STIRNER (102)

THEINER (4, 26, 29, 32, 38, 40, 44, 47, 55, 56, 59, 60, 65, 66, 69, 72, 76, 77)

URZÌ (2, 99)

WURZER (35)

ZIMMERHOFER (22)